



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 85. Sitzung  
- endgültige Fassung -

**1. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 26. September 2024, 12.00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)  
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

<b>Einzigiger Tagesordnungspunkt</b>	<b>Seite</b>
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
<b>Eberhard Zorn</b> Generalinspekteur der Bundeswehr a. D. (Beweisbeschluss Z-97)	<b>9</b>
<b>Gerd Hoofe</b> Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung a. D. (Beweisbeschluss Z-98)	<b>87</b>
<b>Benedikt Zimmer</b> Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung (Beweisbeschluss Z-99)	<b>134</b>

Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt.  
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.00 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 85. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 40. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, nur ein paar wenige Vorbemerkungen:

Ton- und Bildaufnahmen sind auch weiterhin während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

### *Öffentliche Zeugenvernehmung*

#### **Eberhard Zorn**

Generalinspekteur der Bundeswehr a. D.  
(Beweisbeschluss Z-97)

#### **Gerd Hoofe**

Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung a. D.  
(Beweisbeschluss Z-98)

#### **Benedikt Zimmer**

Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung  
(Beweisbeschluss Z-99)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

### **Vernehmung des Zeugen Eberhard Zorn**

Ich begrüße unseren ersten Zeugen, den General Eberhard Zorn, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 21. April 2024 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor.

Sie sind als Zeuge geladen. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das bedeutet, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine unehrliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Eberhard Zorn:** Nein, keine Fragen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und auch laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, dass es sich um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann komme ich jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Eingang werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Anschließend folgt der Beginn der Vernehmung zur Sache. Dort haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Da sich das nicht geändert hat, bleibt die Reihenfolge, wie wir sie kennen.

Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Eberhard Zorn, Dienstgrad: General außer Dienst. Ich bin 64 Jahre alt, erreichbar über Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin, und würde gerne ein Eingangsstatement abgeben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Bevor Sie das tun, will ich Ihnen noch sagen, dass, wenn Ihnen Vorhalte gemacht werden aus den Akten, Ihnen der Fragesteller oder die Fragestellerin auf Ihren Wunsch die entsprechenden Unterlagen vorlegt. Und die Kolleginnen und Kollegen erinnere ich sicher völlig unnötigerweise daran, dass sie zu Beginn der Fragen mit der MAT-Nummer beginnen, sodass alle den Fragen folgen können und wir insofern gut vorankommen. - Das gesagt habend haben Sie jetzt gern das Wort. Bitte schön.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke Ihnen für die Einladung zu diesem Untersuchungsausschuss und auch für die Gelegenheit zum Eingangsstatement. Mir sind dieser Ausschuss und die Enquete-Kommission zum 20-jährigen Afghanistan-Einsatz besonders wichtig, und sie liegen mir am Herzen; das möchte ich gern vorneweg stellen. Warum? 20 Jahre Afghanistan, das ist die Hälfte meines Berufslebens, hat also im Prinzip wesentlich Einfluss darauf genommen. Und auf all meinen Dienstaufsichtsbesuchen in der Truppe in der aktiven Zeit haben mir alle Soldatinnen und Soldaten, die in diesen Operationen eingesetzt waren, immer wieder verdeutlicht, wie wichtig es ihnen ist, dass wir unsere sogenannten Lessons learned aus dem Einsatz ziehen, und zwar nicht nur bundeswehrintern, sondern auch politisch und in der Gesellschaft.

Ich war fünf Jahre Generalinspekteur, von 2018 bis 23, und war als solcher - und das will ich gern noch mal unterstreichen, was ich hier eigentlich so gemacht habe - der militärische



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Berater der Bundesregierung, nahm an allen Sitzungen des Verteidigungsausschusses und auf besondere Einladung auch an den Sitzungen vom Auswärtigen Ausschuss teil. Alle Soldatinnen und Soldaten waren mir in dieser Zeit als truppendienstlichem Vorgesetzten unmittelbar unterstellt, insbesondere die Einsatzkontingente; das ist in den entsprechenden Weisungen entsprechend auch dargelegt gewesen. Damit trug ich militärische Führungsverantwortung für alle Einsätze, für deren Vorbereitung und für deren Nachbereitung.

Mit Blick auf die Evakuierungsoperation möchte ich besonders ergänzen: Ich habe den Aufbau der Kräfterdispositive für die sogenannte nationale Krisenreaktion - der Begriff änderte sich über die vielen Jahre, aber hatte immer Evakuierungen zum Ziel - seit 1995 in nahezu all meinen Verwendungen mit diesem Themenfeld beschäftigt, und ich habe als Führungskraft auf unterschiedlichen Ebenen das Thema auch verantwortet.

Als Brigadekommandeur der Luftlandebrigade 26 - das ist also die Vorläuferorganisation für die Luftlandebrigade 1, die General Arlt hinterher geführt hat - und als Divisionskommandeur der Division Schnelle Kräfte habe ich selbst erlebt, wie diese militärischen Evakuierungskräfte jährlich intensiv in Übungsserien namens Schneller Adler und Extricate Owl geübt wurden. Diese Truppe hat General Arlt letztendlich im Kern der Kräfte in Kabul dabeigehabt. Auch als Generalinspekteur habe ich diese Übungen im Rahmen meiner Dienstaufsicht besucht und mich von der Einsatzbereitschaft dieser Truppe überzeugt. Wir haben dieses Dispositiv dauerhaft für weltweite Einsätze in der höchstmöglichen Bereitschaftsstufe und in der Ausbildungsebene gehalten. Diese Truppe war darauf eingestellt, im Bedarfsfall unsere eigenen Staatsbürger und Soldaten aus den Einsatzländern herauszuholen, bis hin zu Geiselnbefreiungen.

Im Rahmen der Dauereinsatzaufgabe „Nationales Risiko- und Krisenmanagement“ zum Schutz deutscher Staatsbürger im Ausland halten wir auch heute noch permanent 2 900 Soldaten aller Organisationsbereiche in hoher Verfügbarkeit, der sogenannten Notice to Move 1 bis 7 Tage. In

diesem Zusammenhang wurden von Beginn an immer sogenannte generische Operationspläne für die Einsatzgebiete erarbeitet, die im Bedarfsfall an die Lage angepasst wurden. Ich habe insofern in diese Truppe von Anbeginn hohes Vertrauen gehabt, in deren Leistungsfähigkeit und Ausbildungsstand.

Als sich nun dann die Lage in Afghanistan verschlechterte, haben wir uns im April 21 bereits damit befasst und das Einsatzführungskommando beauftragt, diese sogenannten Eventualfallplanungen festzuschreiben. Dieses Thema haben wir damit praktisch aufgesetzt mit Blick auf das Ende der Mission Resolute Support. Die Planungen umfassten drei Optionen: schnelle Luftabholung, schnelle Luftevakuierung und die sogenannte robuste Evakuierung. Und im August 21 konnten wir uns dann auf diese Planungen entsprechend aufsetzen und darauf zurückgreifen, sie an die Situation anpassen und damit auch schnell reagieren. Wir waren somit Mitte August mit USA und Großbritannien eine der frühesten Nationen, die in diesem Zeitfenster eine Evakuierung ermöglicht haben und großen Anteil an der Organisation und Durchführung der internationalen Evakuierung vor Ort trugen.

Lassen Sie mich noch etwas sagen zum Thema der Ortskräfte. In allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr hat die Bundeswehr sich auf Ortskräfte mit ihren spezifischen Sprach- und Landeskennntnisse abgestützt. Sie waren in vielen Bereichen wichtiger Schlüssel für unser erfolgreiches militärisches Handeln. Und wir haben für diese Ortskräfte eine Verantwortung und auch eine moralische Verpflichtung. Das ist bei vielen Soldaten und Soldatinnen heute noch tatsächlich so verankert, und viele von ihnen haben sich in diesem Kontext auch nach den Einsätzen ehrenamtlich engagiert. Und so war uns klar, dass wir für gefährdete Ortskräfte und deren Familien mit dem sogenannten Ortskräfteverfahren ressortübergreifend auch dann Schutz gewähren wollten.

Als sich die Lage in Afghanistan verschlechterte, hat die damalige Ministerin Kramp-Karrenbauer sehr früh auf die Beschleunigung und vor allem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Entbürokratisierung des Ortskräfteverfahrens gedrängt. Das tat sie im April 2021 in allen politischen Gremien. Der Abstimmungsprozess zwischen den Ressorts war aus meiner Bewertung komplex, die Interessenlagen unterschiedlich. Ein enger Dialog und eine ressortübergreifende Lösung waren erforderlich und wurden am Ende unter dem großen Zeitdruck dann auch gefunden.

Die Bundeswehr hat mit allem unterstützt, was uns möglich war. Vieles lag nicht in unserer organischen Zuständigkeit. Dennoch halfen wir eigenständig oder im Wege der Amtshilfe, in Afghanistan durch Unterstützung der Visaerteilungen, bei den Sicherheitsüberprüfungen, beim Transport nach Ankunft in Deutschland, bei der vorübergehenden Unterbringung in Bundeswehrliegenschaften, bei der Kontakthaltung über unser Callcenter lange nach dem Einsatz und auch nach der Evakuierung in der Nachhaltung der Transporte aus Afghanistan in Nachbarländer, in Richtung Deutschland. Und auch im ehrenamtlichen Bereich, wie ich das schon andeutete, haben viele Soldaten eine große Menge für ihre ehemaligen afghanischen Kollegen getan.

Lassen Sie mich abschließen: Wenn bei einer Evakuierung militärische Kräfte zum Einsatz kommen, dann herrschen in aller Regel chaotische Zustände und eine extrem schwierige Sicherheits- und Gesamtlage. Denn sonst bräuchte es keine Soldaten zur Durchführung und Absicherung. Ausbildungen und Übungen, die wir zu Hause betrieben haben, sind die Basis. Flexibles Handeln und Handeln im Sinne der Auftragstaktik, das sind dann erforderliche Dinge, die dann vor Ort zu klären sind.

Während dieser Evakuierung im Sommer 21 haben unsere Soldat/-innen im Einsatz und zu Hause ihr Bestes gegeben, alles ermöglicht, was ging, und unter hohem persönlichen Einsatz und oft unter großem Risiko und Opfern ihren Auftrag erfüllt. Für mich hat sich in dieser Operation gezeigt, wie wichtig unser Gesamteinsatz seit 1995 war und ist und wie notwendig es ist, ein solches Kräftedispositiv vorzuhalten. Die Operation hat uns aber auch gezeigt, welchen Handlungsbedarf wir in diesem speziellen Feld unseres militärischen Auftrags noch haben. Als Staat dürfen wir

meines Erachtens hier nicht nachlassen, auch nicht unter den aktuellen Vorzeichen von Zeitenwende und Landes- und Bündnisverteidigung.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, ich danke für die Gelegenheit des Eingangsstatements und freue mich jetzt auf Ihre Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Zeuge. - Wir beginnen mit unseren Befragungsrunden, und als Erster hat das Wort der Herr Kollege Nürnberger. Bitte schön.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag auch von meiner Seite, Herr Zorn! Vielen Dank, dass Sie heute da sind. Nachdem Sie ja inzwischen aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, möchte ich Sie zu Beginn, als erste Frage, danach fragen, wie Sie sich denn heute auf diese Sitzung vorbereitet haben.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, zum einen sind mir auf meine Person bezogen Unterlagen zur Verfügung gestellt worden, die ich noch ansehen konnte, um quasi meine Erinnerungen aufzufrischen, um die Chronologie dieses Jahres noch mal zusammenzutragen. Wir wurden des Weiteren auch entsprechend in die juristischen Rahmenbedingungen eingewiesen, sodass das also grob der Rahmen war, der half, die Ereignisse noch mal Revue passieren zu lassen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Sie haben ja vorhin erwähnt, dass Sie als Generalinspekteur truppendienstlicher Vorgesetzter aller Soldatinnen und Soldaten waren. Können Sie mir daher zu Beginn beschreiben, wie Ihre Rolle als Generalinspekteur im Hinblick auf den Einsatz der militärischen Evakuierungsoperation in Afghanistan sich ausgestaltet hat?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, im Grunde war das eine extrem verdichtete Führungsleistung, die da am Ende im August abgefordert wurde, die sich verdichtet hat im Zuge des ersten Halbjahres 2021. Und zwar ab dem Moment, als wir wussten, dass wir mit unseren regulären Truppen des RSM-Mandats bis zum Juni abziehen sollten, war



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für uns klar, dass wir jetzt unter erhöhten Planungsdruck und erhöhten Organisationsdruck kommen. Da war ich also regelmäßig gefordert im Kontext des Rückbaus der bisherigen Kontingentruppenteile und parallel dazu, wie ich das alles kurz angerissen habe, etwa seit April mit der parallelen Erstellung von Planungen für die Evakuierungsoperation. Da war die Sicherheitslage aber noch nicht so gravierend, wie wir sie im August am Ende vorgefunden haben. Da war ich jedes Mal eingebunden in entsprechende Morgenlagen, Morgenunterrichtungen, allgemeine Lagevorträge für die Ministerin, für die Leitung insgesamt. Das Einsatzführungskommando war mir zu diesem Zweck unmittelbar zugeordnet. Die Abteilungen im Ministerium haben in diesem Kontext zusammengewirkt. - Also, das war so der nationale Strang, wo wir in diese Richtung gearbeitet haben.

Mit Blick auf die Soldaten selber - truppendienstlicher Vorgesetzter und dessen Rolle -: Ich war noch mal in Afghanistan selber und habe die Truppe dort, die den Kontingentwechsel im Prinzip vorgenommen hat, selber besucht - das war im Juni des entsprechenden Jahres - und habe mir dann von dort aus noch mal selber ein Bild gemacht, dass die Rückbaumaßnahmen entsprechend abgeschlossen wurden und wie dort das Bild letzten Endes dann vor Ort sich ausgestaltet hat.

Hier zu Hause habe ich mir natürlich angeschaut, wie die Truppe, die zurückverlegt ist, hier ankam, wie die ihre Nachbereitung des Auslandseinsatzes gemacht hat, und mit Blick auf die Truppe, die hinterher für Evakuierungsoperationen im Kern möglicherweise abgerufen werden konnte, ebenfalls dort Dienstaufsicht gemacht und mir angeschaut, wie der Ausbildungsstand ist.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Zwei ganz wesentliche Teile der Bundeswehr, die sich mit Afghanistan beschäftigt haben, sind auf der einen Seite das Einsatzführungskommando und auf der anderen Seite die Abteilung „Strategie und Einsatz“, die jetzt inzwischen etwas anders heißt und anders strukturiert ist. Können Sie uns beschreiben, wie

die Zusammenarbeit mit diesen beiden Einrichtungen der Bundeswehr abgelaufen ist im entscheidenden Zeitraum?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, also, die Abteilung SE, also „Strategie und Einsatz“, zum damaligen Zeitraum, da gibt es einen Abteilungsleiter, mit dem ich im Grunde täglich im Daueraustausch war, und zwar sowohl in der Phase, ich würde es mal zeitlich charakterisieren, April bis Juni 21 - das war der Rückbau des Kontingents RSM - wie auch dann in der Phase des Monats August, als wir in die Evakuierung hineingegangen sind. Also da gab es einen täglichen Austausch, mal formalisiert in entsprechenden Morgenrunden oder Lagerunden, die wir hatten, teilweise auch bis auf Referatsebene. Also gerade bei der Evakuierung war ein spezielles Referat beauftragt, das alles vom Ministerium aus zu führen und zu planen. Auch da war man regelmäßig mit dem Referat dann in unmittelbarem Austausch.

Im Einsatzführungskommando war die hauptsächliche Austauschbewegung über Telefon und durch unmittelbaren Kontakt. Da war ich, glaube ich - ich weiß es nicht mehr genau -, aber mit Sicherheit einmal auch noch vor Ort gewesen. Da könnte ich das Datum nicht mehr sagen. Aber da war ebenfalls ein enger Austausch mit dem Kommandanten dort.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt ist ja die Stellung des Generalinspektors auch dadurch gekennzeichnet, dass es so etwa auch Elemente, um es nicht juristisch völlig falsch auszudrücken - - so ein Bindeglied zur politischen Ebene ist und im Prinzip auf der Ebene der Staatssekretäre ein bisschen angesiedelt ist. Aber wenn ich mir den Geschäftsverteilungsplan anschau, dann hat eben der Staatssekretär Hoofe, der heute auch noch als Zeuge gehört wird, sogenannte funktionale Zuständigkeiten im Hinblick auf die Abteilung „Strategie und Einsatz“, aber Sie auch. Können Sie uns erläutern, wie hier die Kompetenzabgrenzungen zwischen diesen beiden, zwischen Ihnen und dem Staatssekretär, waren?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, im Grunde folgte diese Aufteilung dem Prinzip des Primats der Politik. Das heißt, wir hatten ja im Ministerium bei jedem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der beamteten Staatssekretäre - und das ist heute, glaube ich, auch noch so - eine feste Zuordnung, für welche Abteilungen die sich entsprechend zuständig fühlen - bedeutet also im täglichen Alltag den Vorlageweg im Wesentlichen. Also wenn eine Vorlage aus meinem Themengebiet nach oben ging, dann ging die Vorlage immer über einen der beiden Staatssekretäre - entweder endet es dort oder von dort dann zur Ministerin. Das heißt also, das ist schon mal im Weg festgelegt und auch von den Themen.

Der Staatssekretär Hoofe hatte insbesondere das Thema „militärisches Nachrichtenwesen“. Hier gab es regelmäßig Sitzungen, durch den BND organisiert, zu denen Staatssekretär Hoofe ging. Bei diesen Sitzungen war ich nie dabei. Er hat maximal aus diesen zurückgebriefft oder Informationen weitergegeben, wenn er das für erforderlich hielt. Das heißt, mein Weg Richtung SE, also diese Abteilung und in den dortigen Bereich des Militärischen Nachrichtenwesens, das war meine Möglichkeit, mich dort zu informieren - keine Frage! -; aber die politische Ebene und BND, da war die Aufgabe zum Beispiel beim Staatssekretär Hoofe verankert, also, um das jetzt mal so nebeneinanderzulegen.

Analog gab es Themenfelder beim Staatssekretär Zimmer, die er aufgenommen hat. Es gab ja auch die Sicherheitspolitischen Jours fixes im Bereich der Regierung, zu denen dann ebenfalls die Staatssekretäre hingegangen sind. Auch bei denen war ich nie dabei.

Ergänzen muss ich die Ministerin. Die Ministerin hat logischerweise im Kabinett ihre Rolle dort gespielt. Auch dort war das immer so, dass mein militärischer Ratschlag im Grunde an die Ministerin ging, auf dem eben genannten Weg, und die Ministerin das mit ins Kabinett genommen hat. Ich war in der gesamten Phase - also, unter Merkel kann ich es definitiv sagen - nie im Kabinett, nie irgendwo mitgenommen worden oder bei irgendwelchen Dingen. Das lief alles unmittelbar über die Ministerin. Und so lief der militärische Ratschlag praktisch hoch und dann im Ergebnis möglicherweise dann auch wieder zu mir zurück, wenn es da einen Handlungsbedarf gab.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke sehr. - Sie haben die Ministerin angesprochen. Da schließt sich meine Frage an: Wie bewerten Sie die Zusammenarbeit? Welchen Zugang hatten Sie zur Hausleitung, insbesondere zur damaligen Verteidigungsministerin?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das kann ich wirklich unverhohlen sagen: absolut vertrauenswürdig, absolut vertrauensvoll. Wir haben regelmäßig telefoniert, wir haben regelmäßig Morgenlagen gehabt, Jours fixes, bilaterale Gespräche. Also es ging im Grunde in den normalen Phasen keine Woche umher, wo wir nicht mindestens zweimal ein Vieraugengespräch hatten. In der Phase des Evakuierungseinsatzes haben wir jeden Vormittag einmal zusammengesessen, bevor dann die üblichen weiteren festgesetzten Routineterminen kamen, und haben uns ausgetauscht, Lagefeststellung betrieben: „Was hat sich verändert? Was ist noch an Handlungsbedarf?“, bevor die Ministerin dann in ihre jeweiligen Runden gegangen ist. Also kann ich nur sagen: absolut vertrauensvoll und eng.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Hatten Sie daneben auch direkte Kontakte Richtung Bundeskanzleramt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich hatte natürlich Kontakt über diesen Gruppenleiter 23, also den militärischen Repräsentanten, der im Kanzleramt ist, muss aber dazusagen, dass in der Phase der Evakuierung dieser Kontakt de facto nicht stattfand. Ich kann Ihnen heute nicht sagen, warum. Es war kein Unwille. Ich vermute, wir waren alle ziemlich gut im Zeitplan eingebunden. Aber es gab da keinen Bedarf oder keinen ständigen Austausch in diese Richtung.

Ansonsten hatten wir dort im Grunde routinemäßig immer die Sitzungen des Bundessicherheitsrates. Da war dieser Gruppenleiter 23 der Sekretär und hat das im Prinzip organisiert. Da war ich immer in Begleitung der Ministerin und habe dann immer teilgenommen. Der ist nun eingestuft in seinen Inhalten; aber rein organisatorisch hat es da im Grunde im Regelfall keine Debatten gegeben mit dem Themenkomplex, den wir hier befassen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Weil sich die Frage an der Stelle anbietet: Hat die Bundeskanzlerin a. D. Angela Merkel zur Zeit der Vorbereitungen der Durchführung der Evakuierungsaktion mit Ihnen persönlich Kontakt aufgenommen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, sie mit mir nicht, ich mit ihr auch nicht. Es gab sicher - da kann ich mich genau dran erinnern - zwei Abendsitzungen im Bundeskanzleramt, bei denen ich in Begleitung der Ministerin mit dabei war, wo sich die Bundeskanzlerin umfassend hat über die Gesamtlage informieren lassen. Das sind zwei Ereignisse, die ich definitiv weiß. Aber darüber hinaus war ich nicht gefordert.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn Sie die beiden Ereignisse ansprechen: Können Sie sich erinnern, wann die stattgefunden haben, welche Themen dort genau im Detail besprochen wurden?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich meine, Kanzleramt war in der zweiten Woche, und das war am Abend, und da ging es im Kern auch um eine Schaltung mit General Arlt in Kabul - Telefonschaltung -, wo es im Wesentlichen darum ging - ich würde es mal militärisch sagen -: um Betreuung und Fürsorge. Also sprich: Wie geht es den Soldatinnen und Soldaten? Wie ist die Lage insgesamt? Und wie ist deren, ich nenne es mal, Verfassung, also wie geht es ihnen? - Das war mehr so das Themenfeld, was dort erörtert wurde, bis dann hin zur Frage, was Arlt in dem Fall noch braucht und wo man ihm noch helfen könnte.

Und in dem einen Gespräch, erinnere ich mich noch, ging es zum Beispiel darum, dass unwahrscheinlich viele kleine Kinder in der Evakuierungszone dort mit angekommen sind. Und Arlt sagte: Wir brauchen dringend Babynahrung, Windeln und Ähnliches. - Auf solche Dinge waren wir nicht eingestellt. Das war ein Infopunkt. Das wurde dann aber durch alle anderen anwesenden Minister mitgenommen und praktisch dort nach Abschluss dieser Runde dann in den Ressorts zuständigkeitshalber umgesetzt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Ich springe in der Zeit etwas zurück. Wie ist Ihre

Erinnerung an den Zeitpunkt und an die Vorbereitungen und dann den tatsächlichen Entschluss, diese Evakuierung durchzuführen? In welchen Zeitabläufen geschah das? Wer hat da welche Entscheidung wann getroffen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, da ist im Grunde der April der Kernmonat, in dem wir offiziell in dieses Themenfeld eingestiegen sind. Ich meine, es war der 13. April, als diese Krisenausschusssitzung beim Auswärtigen Amt stattgefunden hat und aus der heraus am Ende dieser Entschluss getroffen wurde.

Ich habe aber in meinen Unterlagen, die ich noch so zu Hause hatte, noch mal nachgeprüft: Also, wir haben schon deutlich vorher, also schon am Jahresbeginn, immer wieder natürlich von uns aus den Punkt gemacht und haben gesagt: Also, wenn wir jetzt aus Afghanistan rausgehen zum Sommer, müssen wir uns darauf einstellen, und zwar auch für dieses Kontingent, was wir rausziehen, oder für das, was drum herum noch passiert im Kontext mit Ortskräften, ebenfalls bereits einen Plan haben für eine mögliche Evakuierung. - Insofern war das im Grunde schon der Beginn, wo die Ministerin auch schon seinerzeit sehr häufig gesagt hat: Also, plant mir verschiedenen Optionen aus, auch eine Option mit robusten Anteilen, also nicht nur Reinfliegen, Abholen und Rausfliegen, sondern auch mit robusten Anteilen zum Schutz und zur Absicherung.

Wir haben natürlich drüber diskutiert, welche Abholpunkte man nimmt - Kabul, Masar -, also all die Optionen wurden diskutiert. Und da hat die Ministerin schon vor dem April im Grunde immer wieder Einzelaufträge erteilt, die ich dann an das Einsatzführungskommando zur weiteren Ausplanung gegeben habe. Das war der Rahmen. Und den endgültigen Druckpunkt hat dann diese Krisenausschusssitzung im Auswärtigen Amt gesetzt, die dann dazu geführt hat, dass wir explizit diese Eventualfallplanungen dann vorgenommen haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich beziehe mich jetzt auf einen Artikel von CBC News vom 12. August 2021, der dem Sekretariat zur Verfügung steht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Danach waren Tausende britische und amerikanische Truppen am 12. August bereits auf dem Weg nach Kabul, während kanadische Spezialkräfte auf Stand-by waren. - Sie sehen, da war eine gewisse Aktivität in Kabul vorhanden. Was war Ihnen zu diesem Zeitpunkt, am 12. August, zur Sicherheitslage, zur militärischen Lage in Afghanistan und insbesondere in Kabul und seiner nächsten Umgebung bekannt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Die Bewertung der Sicherheitslage insgesamt hat sich für mich immer sehr schwierig und widersprüchlich dargestellt. Ich hatte also beispielsweise über dieses US- und UK-Thema und auch Kanada keine unmittelbare Information durch meine Amtskollegen. Also man darf sich das jetzt nicht so vorstellen, dass die uns sofort anrufen, weil alle Evakuierungsoperationen grundsätzlich immer in nationaler Regie laufen. Das heißt, da ruft keiner den anderen an, und schon gar nicht diese Nationen - das sage ich ganz bewusst -, und zwar deswegen, weil sie einfach strategisch in der Lage sind, so etwas selber zu machen. Sie haben genug Lufttransport, sie haben genug Sicherungskräfte, sie sind in vierstelligen Soldatenumfängen in diesen Gebieten gewesen, und sie haben vor allem dort noch Kräfte vor Ort gehabt, während wir, Bundeswehr, seit 30.06. aus Afghanistan abgezogen sind. Wir haben da niemanden mehr gehabt, weder Aufklärungskräfte noch irgendwelche Kräfte vor Ort, die uns hätten helfen können. Insofern: Von dort kamen erst mal keine Informationen.

Was wir hatten, waren immer die Informationen des BND, die bei uns dann in entsprechend zusammengefassten Papieren angekommen sind. Auch hier hatte ich keine Details, sondern eigentlich immer eine zusammenfassende Bewertung mit der Aussage. Und da gab es diese berühmte Landkarte, wo die verschiedenen Distrikte und Bereiche Afghanistans drauf waren, die so zunehmend rot wurde. Das waren dann auch die Dinge, die wir in der Oberteilung oder im Ausschuss gezeigt haben, also wie praktisch zunehmend die Taliban die Provinzen im Grunde eingenommen haben. Und diese grafische Darstellung hat sich immer weiter verschlechtert im Sinne von Farbgebung, also sie ist immer weiter rot geworden, über die Zeit schneller, als wir das

erwartet haben, sodass wir im Grunde dann schon spätestens in dieser Phase gesagt haben: Das wird sich weiter verschlechtern.

Und die Grundfrage für uns war - wir waren ja nicht mehr in Masar-i-Scharif, sondern wir haben dann nur noch geguckt -: Wo sind deutsche Staatsbürger? Die waren im Wesentlichen in der deutschen Botschaft und in Kabul. Die Frage, die sich dann stellte: Wie geht man jetzt da um? Wie lange ist der Flugplatz in Kabul offen? Wie lange können wir noch mit normalen Mitteln dort rauskommen? Oder müssen wir eventuell mehr tun, sprich: eine militärische Evakuierung ansetzen?

Die Beurteilungen, bis wann die Taliban in irgendeiner Form sowohl die Provinzstädte, also die urbanen Zentren, wie aber vor allem auch Kabul einnehmen sollten, waren unterschiedlich, waren aber immer so, dass es geheißen hat: Wir haben noch Monate Zeit. - Es war immer der 11.09. so ein bisschen als der Ankerpunkt genommen, weil das der Termin war, den die Amerikaner sich zu diesem Zeitpunkt der Betrachtung immer noch so als einen hinteren Endpunkt vorgenommen hatten, bis wann sie raus sein wollten aus Afghanistan. Das heißt, wir haben also alle darauf gehofft, dass im Grunde Kabul gehalten werden kann, länger als nun so, wie wir es jetzt erlebt haben, also September, Ende des Jahres.

Das war schon eine Zuspitzung in diesem Zeitfenster. Denn wenn ich ein halbes Jahr zurückgegangen bin, da haben wir noch darüber nachgedacht, ob wir noch ein diplomatisches Engagement dranhängen wollen, wenn wir weg sind, ob das noch Jahre dauert, bis die Taliban kommen. Also das hat sich immer weiter konzentriert. Und in diesem Zeitraum, 12.08., da ist es dann tatsächlich so zur Spitze geraten, dass wir gesagt haben: Wir müssen jetzt was tun.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Der Oberstleutnant mit dem Namen „Tobias“, Leiter der KSK-Einheit während der Evakuierung, hatte bei uns ausgesagt - ich beziehe mich auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/64 II, Blatt 4, ich zitiere -:

„Ich komme persönlich zur Bewertung, dass wir zu spät kamen.“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und auf Blatt 6:

„Obwohl ich Tage zuvor meine vorgesetzten Stellen gefragt habe, ob wir gebraucht werden ... Freitags sind die Amerikaner und die Briten geflogen. Das hat bei uns natürlich in einer gewissen Art und Weise für ein Alarmsignal gesorgt. Wir sind erst Sonntag 17.30 Uhr alarmiert worden, mit dem Auftrag: bis zum nächsten Tag um 6 Uhr.“

Teilen Sie die Einschätzung - - Oder fragen wir offen: Wie bewerten Sie die Einschätzung des von mir zitierten Oberstleutnants?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Im Grunde sind wir bei dieser Evakuierungsoperation immer in dem klassischen Dilemma - und da mache ich eine Klammer drum rum -, das ich bei allen Auslandseinsätzen erlebt habe, auch bei anderen, dass wir immer ganz lange versuchen, diplomatisch eine Lösung zu finden, die auskommt ohne den Einsatz von Militär - also, wenn ich sage „wir“, meine ich damit Deutschland -, das heißt damit lange auf allen Ebenen versuchen, das Bestmögliche herauszuholen, ohne militärischen Einsatz durchzuführen. Und wenn das am Ende wirklich kurz vor Schluss ist, dann wird erwartet - auf Schnipp -: Jetzt fliegt die Bundeswehr los.

Jetzt kennen Sie unsere Ausstattung mit Flugzeugen. Also wir brauchen für alles ein bisschen Vorlauf. Diesen Vorlauf, den muss man aber auch wieder ganz fein ausziseln. Wenn ich mich also hingestellt hätte als GI und hätte mal so Anfang August gesagt: „So, jetzt mal alle auf den Flugplatz und sammeln“ - erst mal kann ich das gar nicht alleine befehlen, das ist ein Politikum, und wenn es dann gemacht wird, neigen wir ja auch dazu, dass diese Dinge schon am gleichen Tag in Medien und überall veröffentlicht sind. Das heißt also, Sie können solche Dinge kaum geheim halten. Und das wiederum torpedierte dann in so einem Fall die diplomatischen Bemühungen.

Das ist das Verständnis, was ich immer hatte. Also wir mussten immer gucken, dass wir die

parallele Planungsarbeit und das, was wir damit zusammenstellen, behutsam machen, also nicht jetzt als das Megazeichen, das vielleicht dann politisch Negativausschläge erzeugt, das aber immer in Synchronität mit den diplomatischen Bemühungen. Das ist der Kunstgriff.

In dieser Zeit, wo wir das tun, informieren wir nicht innerhalb der Bundeswehr jeden Obergefreiten. Das sind Dinge, die auf der obersten Ebene bleiben, maximal noch auf den Führungsebenen. Das führt dann in der Regel hinterher dazu - zu dem, was Sie zitiert haben, Herr Abgeordneter -, dass die Soldaten sagen: Wir standen da rum. Hätten die uns mal früher Bescheid gesagt, wären wir früher dort gewesen. - Ja, das ist immer diese Dilemmalage, in der wir waren.

Und insofern - die Zeitfenster sind ja bekannt -: In dieser berühmten Sitzung war dann wirklich diese diplomatische Bemühung aus meiner Bewertung am Ende, und jetzt musste schnell gehandelt werden. Und da hat uns nur geholfen, dass wir dieses Kräftedispositiv klar geearmarkt, also vorgemerkt hatten. Jeder wusste im Grunde, wo es hingeht.

Und beim KSK ist ein Spezifikum drin: Wir hatten an dem Sonntag noch einen Lagevortrag mit der Ministerin, wo praktisch noch mal das Kräftedispositiv dargestellt wurde, das im Grunde durch die Ministerin zu genehmigen war. Da ist explizit die Frage der Ministerin gekommen: Sollen wir Spezialkräfte mitnehmen, ja oder nein? - Und da hat mich bewogen, ihr zu empfehlen - das habe ich gemacht -, ein kleines Kontingent Spezialkräfte mitzunehmen. Warum? Die sind die Einzigen, die noch in der Lage gewesen wären - ich nenne das jetzt mal so -, versprengte zu Evakuierende im Stadtgebiet Kabul bei Nacht und Dunkelheit zu Fuß mit der Ortskenntnis, die sie haben, oder - das war dann der zweite Tag später - mit dem Hubschrauber noch mal abzuholen.

Das sind Dinge, die wir bei den von mir eben eingangs genannten Übungen immer wieder geübt haben, also sprich: Leute, die es nicht geschafft haben, zu einem Flughafen oder Sammelpunkt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zu kommen, an anderer Stelle noch mal abzuholen, aber geräuschlos. Da haben Sie keine Chance, mit großen Autos rumzufahren. Ich kann jetzt nicht alle Einzelheiten, wie die das genau gemacht haben, hier sagen, aber so als Bild: Die Spezialkräfte gehen dann halt in irgendeinem Kittel vor die Haustür, also dieses Sammelraums, holen sich dort irgendwo ein Auto vom Markt und fahren mit dem irgendwo hin.

Das andere Beispiel waren die Hubschrauber. Auch hier wollten wir dem General Arlt alles zur Verfügung stellen, was geht, weil Sie mit so einem kleinen Hubschrauber eben relativ zügig da irgendwohin fliegen können, und dann werden so viele Leute eingepackt, wie reinpassen, und nicht mit so einem großen Ding und am liebsten noch drei Kampfhubschraubern zur Unterstützung. Kleiner Footprint ist eigentlich das Bild.

Und insofern war meine Empfehlung: Spezialkräfte mitnehmen. Und daher rührt dann auch der Punkt, dass die natürlich etwas später erst erfahren haben: Ihr dürft mit einsteigen und euch im Kontingent entsprechend mit integrieren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Zeuge. - Das Fragerecht wechselt. Herr Kollege Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Herr General, ganz herzlichen Dank zunächst, dass Sie uns heute als Zeuge zur Verfügung stehen. Und als Eingangsbemerkung: Auch unter Berücksichtigung dessen, was Sie als Eingangsstatement abgegeben haben, ist es mir ein Anliegen, mich bei Ihnen ganz herzlich für Ihren persönlichen Einsatz über die vielen Jahre, insbesondere auch im Afghanistan-Mandat, aber insbesondere bei der Rückverlegung unseres Kontingents und der Evakuierung der Ortskräfte, zu bedanken. Wir haben aus den bisherigen Zeugenvernehmungen der unmittelbar beteiligten Soldatinnen und Soldaten ein gutes Bild darüber, was das auch mit der Truppe gemacht hat und vor welchen großen Herausforderungen die gestanden haben. Und deswegen ist es mir ein Anliegen, Ihnen persönlich, aber auch stellvertretend für die von Ihnen

befehligen Soldatinnen und Soldaten für den Einsatz zu danken.

Ich möchte mit Ihnen zu Beginn meiner Befragung gern über die Rückverlegung reden, die ja auch in Ihrem Eingangsstatement eine Rolle gespielt hat. Spätestens mit der Veröffentlichung und dem Abschluss des Doha-Abkommens war ja klar, dass wir über die Beendigung des Einsatzes und damit eben auch über die Rückverlegung unseres Einsatzkontingentes geredet haben. In der Folge wissen wir aus unseren Unterlagen und den bisherigen Vernehmungen, dass es immer noch Versuche, Hoffnungen, Erwartungen, Aktivitäten gegeben hat, den endgültigen Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan dem Grunde oder dem Zeitpunkt nach noch mal zu überprüfen und vielleicht zu verschieben. Können Sie uns mitteilen, was Sie über solche Überlegungen auch auf der Ebene der NATO wussten und wann Sie - das ist für mich ganz entscheidend - die Abzugsentscheidung für unumkehrbar gehalten haben?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Zum einen zum Doha-Abkommen. Ich darf es mal so formulieren: Das haben wir von außen oder ich von außen verfolgt. Wir waren nicht eingebunden, auch nicht militärisch in irgendeiner Form, dass wir dort ständig Informationen hätten abziehen können, geschweige denn eigene Faktoren als Beeinflussungsfaktoren dort hätten melden können. Also wir waren da außen vor.

Auch im Kontext der NATO spielte das eine geringe Rolle. Wir waren jetzt nicht in den Doha-Verhandlungen drin. Erst als es die ersten Ergebnisse gab im Sinne von „Jetzt planen wir zum Beispiel zum 30.04. Einstellung sämtlicher Ausbildungsbemühungen“ oder als dann erst mal 04.07., 11.09. kam - das kam ja mehr aus amerikanischer Seite: wann planen die Amerikaner, rauszugehen? -, dann wurden die Termine insgesamt konkreter. Das heißt also, Einflussnahme auf das Abkommen: keine. Informationen aus großen NATO-Meetings, bei denen ich war - also, die klassischen sind Military Committee Meetings -, kamen dort wenig; wenn, kam es über die Amerikaner unmittelbar. Und mich rief dann in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Regel mein amerikanischer Amtskollege unmittelbar an und sagte mir - das war zum Beispiel im Rahmen eines Verteidigungsministertreffens, bei dem er auch mit dabei war - und informierte mich: Also, wir gehen jetzt beispielsweise vom 11.09. aus - das war mal so ein Datum nach hinten -, da geht das los. - Und das war so für uns der erste Schritt: Jetzt müssen wir unsere Rückverlegeplanung entsprechend aufsetzen.

Auch da haben wir schon lange Erfahrungen aus den Voreinsätzen gehabt, ich persönlich noch aus Balkan-Zeiten, als wir dort die Kontingente aufgelöst und umgeföhrt haben. Aus der Zeit existieren noch so Begriffe wie „blaue Halle“, „Logistikunterstützung in allen Richtungen“. Also da hatten wir schon ungeheuer viel Erfahrung, wie man so was macht und wie lange so was dauert. Und aus diesen Erfahrungen haben wir seinerzeit auch immer das Parlament informiert und gesagt: Wir brauchen, wenn es gut und geordnet laufen soll, etwa sechs Monate, um eine solche Rückverlegung vernünftig aufzusetzen. - Und die sechs Monate haben sich dann bezogen auf einen geordneten Rückbau der Feldlager vor allem in jetzt diesem Kontext in Afghanistan, auf eine vernünftige Übergabe dieser Feldlager an die afghanischen Sicherheitskräfte oder die Regierungsvertretungen, die da waren. Denn das war immer ja unser Ziel. Wir bauen dort also keine Holzhütten, sondern wir haben - wer von Ihnen dort war, hat das gesehen - dort ja wirklich in Beton gebaut. Also Sie können heute noch in Kunduz unser Verpflegungsgebäude sehen, erdbebensicher und alles, wie wir es damals halt gebaut haben, mit Unterkünften und allem. Das haben wir auch dann so übergeben - völlig funktionsfähig - an die afghanischen Sicherheitskräfte. Das musste vorbereitet werden, haben wir gemacht.

Diese sechs Monate sind immer schon ein maximal und optimistisch angelegter Rahmen gewesen, wenn alles läuft wie geplant. Jetzt sind wir beim Militär aber dann immer so gestrickt, dass wir sagen: Es könnte ja schlechter kommen. - Also, wir hatten immer Optionen, schneller fertig zu werden. Und insofern hat mich das überhaupt nicht mehr überrascht, wenn wir dann plötzlich vom 11.09. von der amerikanischen Seite auf den 04.07. zurückgerutscht sind. Ich habe auch gar

nicht hinterfragt, warum das Datum und nicht - das konnte man ja alles interpretieren -, sondern wir haben gesagt: Jawohl, drei Monate kürzer, schaffen wir das? - Und dann hatten wir eine Option: Schaffen wir!

Wie schafft man das? Indem man beispielsweise bei der Planung „Wie viel Material fliegen wir eigentlich nach Deutschland zurück?“ bestimmtes Material dann eben vor Ort lässt. Also wir haben vor Ort gelassen: Container, Büromöbel, Dinge, die wir hier zu Hause unter der Überschrift „ziviles Material“ letzten Endes führen. Das ist Material, was dann in größeren Teilen dort vor Ort verblieb, verkauft wurde, verwertet wurde. Und insofern haben wir dann also die Zeiten verkürzen können für den Rücktransport. Insofern hat uns das also da nicht wesentlich überrascht.

Entscheidend war für uns aber noch ein anderer Punkt, nämlich die Frage: Wie bilden wir eigentlich die afghanischen Sicherheitskräfte noch weiter aus? Denn es wäre ja fatal gewesen, sehr früh oder zu früh diese Ausbildung einzustellen. Denn dann hätte man im Grunde die afghanischen Sicherheitskräfte wieder sich selbst überlassen. Also haben wir noch bis April/Mai weiter unterstützt in beratender Funktion, auch in Richtung Kunduz, in Richtung Masar-i-Scharif im Wesentlichen durch eigene Kräfte, teilweise dann mit Telefonberatung und was wir alles versucht haben, bis dann am Ende im Mai es nicht mehr weiter leistbar war. Das heißt: Einstellung der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und dann nur noch Konzentration auf das Wesentliche, Rückverlegung.

Bei der Rückverlegung ist immer erforderlich, dass wir die vorhandenen Truppen ausdünnen, damit Platz schaffen für das sogenannte logistische Fachpersonal und die Sicherungskräfte für das Redeployment. Also wir haben ein eigenes Redeployment-Package gehabt, was wir dann nach Masar-i-Scharif eingeflogen haben. Die haben sich nur gekümmert um Logistik bzw. Absicherung, quasi bis zum letzten Tag, und haben damit der alten Truppe ermöglicht, ordnungsgemäß abzufließen. - Also das war so der Rahmen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich würde mal sagen: Unumkehrbar war es im Grunde spätestens Ende April/Anfang Mai, weil dann die alte Truppe im Wesentlichen schon raus war, auch vieles vom Großgerät raus war, wir nur noch die notwendigsten Dinge vor Ort hatten, um das Feldlager zu sichern und uns dort zu halten, um den Abzug dann entsprechend von dort zu planen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich glaube, wir haben uns ein bisschen missverstanden. Meine Frage war: Es gab ja nach Doha, mit dem festen Abzugstermin offensichtlich aus Deutschland, aber aus der NATO heraus noch Bemühungen, auf die Amerikaner einzuwirken, sozusagen nicht ein festes Datum als Abzugsende zu nehmen, sondern es Condition-based zu machen. Meine Frage ist: Was ist Ihnen über diese Diskussion bekannt? Und haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass es die Bereitschaft der Amerikaner gab, den endgültigen Abzug noch einmal zu konditionieren oder zu verschieben?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, was bei mir ankam, war eigentlich immer eher Time-based, das heißt: 11.09., 04.07. Dieses „Condition-based“ war etwas, wo aus meiner Bewertung die Amerikaner am Ende nicht erfolgreich mit den Taliban tatsächlich verhandelt haben und man nicht zueinandergekommen ist. Also für mich waren das die Eckpunkte. Wenn Condition-based, dann hätte ich das irgendwann, spätestens bis Mai, wissen müssen, damit man das wieder runddreht. Aber das waren die Eckdaten, und von denen aus haben wir dann immer rückgerechnet und die Planung vorgezogen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Jetzt noch mal kurz: Sie haben vorhin Ihre Funktion geschildert, sozusagen auch in der politischen Beratung der Ministerin und der Bundesregierung. Deswegen noch mal die Frage: Die ganze Rückverlegung und Beendigung des Mandats, ist das eine eigenständige Entscheidung des Verteidigungsministeriums gewesen? Gab es Zustimmungsnotwendigkeiten, Abstimmungsbedarfe mit anderen Ressorts? Oder ist es definitiv eine eigene Planung und eine eigene Entscheidung des Verteidigungsministeriums gewesen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Zum einen will ich da noch mal gerne unterstreichen, dass die Federführung für Afghanistan und für alle Auslandseinsätze beim Auswärtigen Amt liegt, und zwar immer gelegen hat, auch wenn man, wenn man die rückliegenden Jahre so verfolgt, immer den Eindruck hatte: Auslandseinsätze eigentlich eher Bundeswehr, die anderen machen sowieso ihr Ding - ich mache jetzt ein Gänsefüßchen dran -, also Entwicklungshilfeszusammenarbeit läuft eh, Auswärtiges Amt hat immer irgendwo eine Botschaft. - Also insofern sind das Dinge, die wie so ein Basislevel unten drinliegen. Und das Besondere war immer Militäreinsatz. Tatsächlich aber war das alles federführend AA.

Die Entscheidung am Ende aber über so was war zunächst mal aus meiner Sicht multinational - multinational politisch - im Wesentlichen der NATO; der Einsatz war ein NATO-Einsatz. Und dort hat man sich militärisch international abgestimmt, um das auch tatsächlich zueinanderzuführen. Also es war kein nationaler Alleingang, definitiv nicht. Und wir haben uns damals da auch immer den Satz drübergelegt: gemeinsam rein, gemeinsam weiterentwickeln, gemeinsam raus. - Also auch hier war immer klar, dass wir das zusammen machen.

Wir hatten eine besondere Rolle in Masar-i-Scharif. Wir waren dort ja federführend für das Feldlager und für die Gesamtorganisation dort und auch für die Operationen dort und hatten eine ganze Reihe von unterstützenden Nationen, die uns ja dort geholfen haben in dieser Zeit. Das heißt, wir mussten auch die Koordinierung herbeiführen mit den Nachbarnationen, also: Wer geht dort wann raus? Was macht wann Sinn im Sinne der Ausbildungsaufträge oder der Absicherung? Und vor allem: Was macht Sinn mit Blick auf das Gerät, was andere Nationen dort mit dabei hatten? - Also diese ganzen Abstimmungsprozesse sind international gelaufen und wurden auch so abgestimmt. Es war keine Einzelentscheidung des BMVg.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das war auch nicht der Hintergrund meiner Frage. Meine Frage war einfach jetzt nur, weil wir auch über die Frage reden: Inwieweit hat die Bundesregierung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einheitlich gehandelt, gab es Meinungsunterschiede?

Dann frage ich mal anders: Hat es Einflüsse auf Ihre Rückverlegungsplanung, also Ihre militärische Rückverlegungsplanung - hat es da eine politische Einflussnahme oder einen Abstimmungsbedarf mit anderen Ressorts gegeben?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also nicht, dass ich jetzt persönlich sagen würde: Mich hat Heiko Maas damals jeden Tag angerufen und mir gesagt, ich müsste es anders machen. - Nein, also, mit dem Auswärtigen Amt hatten wir immer das Einverständnis über die entsprechenden Gremien. Ich war auch dort mit meiner Abteilung SE damals immer mit Vertretern im Auswärtigen Amt zusammen, und wir haben das alles gemeinsam besprochen. Da sah ich jetzt nirgendwo eine Einflussnahme, die unsere Planung torpediert hätte. Wir haben auch immer regelmäßig dorthin informiert, wie wir das zeitlich vorsehen. Und wir mussten natürlich in diesem gesamten Kontext logischerweise auch immer die Botschaft in Kabul mit an Bord nehmen, die natürlich das auch von dort aus mitverfolgt hat.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Dann würde ich Ihnen jetzt gerne noch mal eine Fundstelle aus den Akten vorhalten. Das ist MAT A AA-8.356 VS-NfD, Blatt 274. Da wird berichtet aus Diskussionen innerhalb des Auswärtigen Amtes zur Vorbereitung auf den Abzug im Mai 2020, also kurz nach Doha, würde ich jetzt mal sagen. Und da heißt es - Zitat -:

„Es sei das falsche politische Signal, sich auf Konsequenzen eines möglichen Abzugs der BW vorzubereiten. Sie“

- gemeint ist die Politische Abteilung des Auswärtigen Amtes -

„wisse, dass die Ressorts sich dies wünschten, insbesondere die Bundeswehr, 201 sei aber dagegen, da 201 sich für den Verbleib der BW einsetze, da könne man sich nicht gleichzeitig auf die Konsequenzen eines Abzugs vorbereiten ...“

Zitat Ende. - Also, Sie sind nicht Empfänger dieser Nachricht oder so, aber das will ich Ihnen schildern als Überlegung damals im Auswärtigen Amt.

Deswegen noch mal meine Frage. Im Frühjahr/Sommer 2020 gab es im Auswärtigen Amt diese Diskussion: Welches Signal hat die Planung - oder die Auswirkung - eines Abzugs der Bundeswehr? - Ist Ihnen diese Diskussion bekannt? Hat sie Einfluss auf Ihre Überlegungen gehabt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, im Grunde ist das das, was ich eben an anderer Stelle angedeutet habe mit dem diplomatischen Prozess auf der einen Seite und dem militärisch Wünschenswerten, der sich parallel darunter abgebildet hat. Wir haben uns natürlich immer an dem orientiert, also ich konnte ja schlecht jetzt sagen: „Wir machen eine Abzugsplanung“, wissend, dass wir an anderer Stelle anders diskutieren.

Wir haben auch bei uns noch in dieser Zeit - ich erinnere mich da noch an eine Sitzung unseres Militärischen Führungsrates - diskutiert: Wenn da jetzt sich was bewegt, könnte es eine Option geben, die uns nach Resolute Support Mission zu einem weiteren Verbleib bringt, und, wenn ja, was könnten wir da tun? - Also wir waren immer - ich würde es fast schon so unterschreiben - beseelt davon, für die afghanischen Sicherheitskräfte weiter Ausbildung zu betreiben und Beratung zu betreiben. Also wir haben tatsächlich auch Dinge diskutiert: Man könnte die ja hier in Teilen, die Führungskräfte, zu uns nach Deutschland holen, sie hier ausbilden. - Also all diese Modelle wurden am Ende durchdiskutiert, weil wir immer noch guter Dinge waren, dass wir dort am Ende länger bleiben könnten. Also, es war nie so, dass wir von uns aus gedacht haben: Jetzt raus, weil ... - Also, es war auch nie eine in der Bundeswehr vorhandene Stimmung, die gesagt hat: Das ist völlig vergebene Liebesmüh, dort weiter auszubilden, das hilft nichts. - Wir waren immer eigentlich interessiert daran, da was zu tun und positiv zu tun und damit den diplomatischen Prozess auch zu unterstützen und auch eine Anschlussoption zu machen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das war diese Zwei-Säulen-Geschichte, die in der Zeit hochkam, also Insurance auf der einen Seite, also Absicherung, und Training auf der anderen. Und wir hatten - das ist mehr auf NATO-Ebene gewesen - immer die Frage: „Wenn es jetzt verkleinert werden soll, wie geht das mit den Speichen und den Rädern“ - also, Speichen waren immer, wo die verschiedenen Nationen in Masari-Scharif und anderen Orten stationiert waren -, „und was ist mit Kabul als Zentrum?“ Und da gab es auch verschiedene Optionen, die diskutiert wurden, die immer vor Augen hatten: weitere Präsenz von internationalen Truppen in diesem Land, egal, in welcher Organisationsform.

Insofern: Die Diskussion gab es. Und das meinte ich mit dem Punkt: Jawohl, oben ist die diplomatische Ebene weiterhin, aber wir müssen uns innen drin natürlich auch darauf einstellen: Was passiert jetzt? - Und theoretisch: Hätten wir die Speichen eingeklappt - also Masari-Scharif auflösen und nur noch Kabul halten -, dann wäre auch die Frage gewesen: Wie kriege ich Masari abgewickelt, wie kriege ich dort einen Rückweg gemacht unter Verbleib in Kabul? Also, auch solchen Diskussionen haben wir uns natürlich gestellt. Aber das war in 2020 eben noch bei Weitem nicht durch die politischen Entscheidungen Amerikas so beeinflusst und vor allem noch nicht über die Sicherheitslage und eben halt die Entwicklung dort, wie sich diese entsprechend verschärfen sollte.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Sie, Herr General, haben eben sozusagen auf die Abstimmung in der NATO verwiesen. Uns liegt ein E-Mail-Verkehr zwischen Ihnen und General Schütt aus Januar 2021 vor. Das ist MAT A BMVg-5.47 VS-NfD, Blätter 28 bis 35. Wenn Sie es sehen wollen, können wir es Ihnen gerne vorlegen. Da hat Herr General Schütt Ihnen geschrieben, dass „die Hilflosigkeit der NATO ... ein einziges ‚Trauerspiel‘“ sei. Ich weiß nicht, ob Sie sich an diese Mail und dieses Wording erinnern, sonst würden wir es Ihnen gerne vorlegen.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Ja, dann legen wir es mal eben vor.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Dann würde ich gerne mal draufgucken. Das erinnere ich so nicht.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau, Sie haben es ja gesehen.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich würde jetzt mal eine Frage dazu stellen wollen. Die Sprache von General Schütt ist ja ziemlich eindeutig. Er sagt also, die „die Hilflosigkeit der NATO“ sei „ein einziges ‚Trauerspiel‘“. Dann spricht er davon, dass man sich - bei der „Verhandlungsbereitschaft der Taliban“ - „bei ... erhöhter Bedrohung mit reduzierter Truppe“ und „eingeschränkten ... Fähigkeiten auf Kampf und Verluste“ einstellen müsse. Sie kommentieren dies:

„... ich stimme Deiner Bewertung vollständig zu. Ein echtes Elend.....“

Wenn sich das weiter so abzeichnet, dann müssen wir uns national wenigstens noch einmal die Karten legen, welchen in extremis support wir zur Verfügung haben und welche Kpfr“

- „Kampftruppe“, nehme ich an, heißt das -

„wir ggf noch nach MES reinverlegen müssten ...“

Aus DEU innenpolit Sicht ist das Vorgehen sicher eines, welches von allen angesichts Wahljahr und "tiefer Sorge" zur eigenen klaren Positionierung gestützt werden wird.“

Meine Frage ist: Was ist der Hintergrund dieser Diskussion, die Sie da geführt haben, und wie hat sich das am Ende nach Ihrer Erinnerung aufgelöst?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Eberhard Zorn:** Der Kernpunkt war ja, dass - also das, was im Doha-Abkommen ja abgestimmt wurde zwischen den Taliban und den Amerikanern - sich die Taliban daran gehalten haben, nicht gegen die Coalition Forces vorzugehen. Das ist durchgängig so auch bis zum Schluss gewesen.

Was sie aber getan haben, ist: Sie haben gegen die afghanischen Sicherheitskräfte gekämpft. - Und wir haben ja die afghanischen Sicherheitskräfte ausgebildet, beraten. Aber die waren letzten Endes auch angewiesen auf eine entsprechende Unterstützung, im Wesentlichen durch Kräfte aus der Luft, im Wesentlichen gestellt durch die Amerikaner, durch Aufklärungsmittel, durch Aufklärungsergebnisse. - Also, das war so dieser Zusammenhang.

Und hier haben wir halt festgestellt, dass die afghanischen Sicherheitskräfte immer mehr an eigener Kraft verloren haben durch diese Attacken durch die Taliban und am Ende die Frage war: Reicht die bisherige Unterstützung, die wir den Afghanen haben zukommen lassen, aus, oder müssen wir hier gegebenenfalls noch mal verstärkend eingreifen, um die wenigstens so stabil zu halten, dass sie ihren Auftrag erfüllen können? Daraus resultierte dann die Frage, ob wir noch mal Kampftruppen mobilisieren müssen, also „in extremis support“ quasi dorthin. Das war die Diskussion, die wir da hatten. Dazu kam es am Ende nicht.

Wir hatten die Diskussion dann nachher noch mal im Zusammenhang mit dem Rausgehen aus Masar-i-Scharif, wo wir dann noch mal gesagt haben: „Wir müssen noch mal zusätzliche Schutzkomponenten einbringen“, die dann auch zum Beispiel dazu geführt haben, dass die niederländischen Kameraden dann noch Mörser mit dort hineingebracht haben und wir dort personell unterstützt haben. Also das war noch mal auch so eine Phase, wo wir gesagt haben: „Wir müssen uns etwas mehr schützen mit kampfkraftigeren Elementen gegen vielleicht mögliche Talibanangriffe“ - oder es gab ja noch ISKP, es gab ja noch Al-Qaida-Reste, die es dort gab -, also dass wir uns doch ein bisschen stärker hinstellen.

Das war aber mit der NATO - also mit NATO-Ländern, NATO-Partnern - schwer unter einen Hut zu bringen, weil die Ersten auch schon dabei waren, tatsächlich dann auch sich zu verabschieden aus Afghanistan. Darunter haben wir auch in Masar-i-Scharif besonders gelitten, weil wir schon die ersten Nationen hatten, die gesagt hatten: Wir ziehen dann und dann ab. - Das war in Ordnung mit Blick auf den Abzugsplan, aber hat Lücken gerissen in bestimmten Bereichen. Das steckte letzten Endes dahinter: ob wir das noch mal voranbringen sollen.

Ja, und der innenpolitische Approach ist klar: Wir waren da in einem Wahljahr. In einem Wahljahr auf der einen Seite zu sagen: „Wir ziehen aus Afghanistan ab“ - und dann mache ich mal meine Bewertung dazu: ein Einsatz, der in der Bevölkerung nie so richtig besonders beliebt wurde - - Am Ende haben da ja kaum Leute dafür demonstriert, dass wir noch ewig in Afghanistan bleiben sollen, sondern das hat man zur Kenntnis genommen: Wir ziehen ab. Punkt.

Und damit ist natürlich dann klar: In so einem Wahljahr dann zu sagen: „Und jetzt verlegen wir entgegen allem, was erwartet wurde, plötzlich eine Kampftruppe rein oder, in dem Fall, Steilfeuerwaffen“, das war begründungsintensiv. Also das musste genau durchdacht werden, ob man so was will, ob man so was politisch vorschlägt oder nicht. Das steckte letzten Endes hinter diesem Gedanken.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt zu den Grünen. Frau Kollegin Bayram.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Zorn! Vielleicht will ich noch mal kurz voranstellen, dass mein Respekt gegenüber der Arbeit, die dort geleistet wurde, sehr groß ist. Und ich konnte mir davon ja auch sowohl in Masar als auch in Kabul und Kunduz einen Eindruck verschaffen.

Ich habe Fragen, die, damit wir das hier auch mal ein bisschen zeitlich einordnen, sich auf den 13. August 2021 beziehen. Da gibt es - MAT A



## Nur zur dienstlichen Verwendung

BMVg-3.127 VS-NfD, Blatt 92 - eine E-Mail von Generalmajor Hoppe, die Sie erhalten haben. Darin informiert er Sie darüber, dass der Kippunkt „überschritten“ wurde und dass die USA nun Kampftruppen in „24-48 Stunden“ an den Flughafen verlegen würden, um die Evakuierung des Botschaftspersonals und von Ortskräften sicherzustellen. Wie haben Sie diese Entwicklung bewertet?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das war im Grunde schon der Schritt dahin, dass wir gesagt haben: „Wir müssen jetzt darüber entscheiden, ob wir eine militärische Evakuierung jetzt ansetzen wollen oder nicht“, weil unsere Befürchtung war, wenn die Amerikaner und die Briten in dieser Weise vorgehen, dass dann irgendwann die Nutzung insbesondere des Flughafens mit zivilen Flugzeugen nicht mehr möglich sein würde und vor allem dann das Erreichen auch der Sammelpunkte, nenne ich es im Allgemeinen, oder des Flugplatzes für Leute, die rauswollen, immer schwieriger würde. Das heißt, unter der Prämisse war das wie so eine Art Musterbeispiel, dass wir jetzt auch dort tätig werden müssten.

Das führte dann ja zu den entsprechenden Folgesitzungen, sei es jetzt im Krisenstab. Denn eigentlich war ja zu dem Zeitpunkt noch eine Sitzung des Krisenstabes in der Folgeweche erst vorgesehen und dann die Entsendung dieses Krisenunterstützungsteams. Also all die Dinge waren ja planerisch quasi ein paar Tage später, und hier kulminierte im Grunde die Situation. Und - -

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Entschuldigung.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie denn diese Information auch mit dem Auswärtigen Amt geteilt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich persönlich nicht.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wissen Sie, ob das BMVg diese Information mit dem Auswärtigen Amt geteilt hat?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das müsste ich jetzt spekulieren. Kann ich jetzt nicht sagen. Weiß ich nicht.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie dürfen hier gar nicht spekulieren. Das will hier keiner, und ich verleite Sie auch nicht dazu.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist gut.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Eine andere Frage: Flossen diese Informationen in die Krisenstabssitzung am 13.08. mit ein?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das kann ich nur interpretieren im Lesen des Krisenstabsprotokolls und der Ergebnisse daraus - das ja! Aber wer jetzt nun konkret die da eingebracht hat, das könnte ich jetzt nicht mehr nachvollziehen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Also, in dieser Vorlage heißt es ja, dass die USA ihre Maßnahmen „in der Five-Eyes-Community abgestimmt“ hätten. Bedeutet das im Umkehrschluss, dass eine solche Abstimmung mit der Bundesregierung nicht stattgefunden hat? Kann man das so schlussfolgern?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das würde ich so schlussfolgern aus den Erfahrungen mit dem Five-Eyes-Thema. Also, um es vielleicht noch mal einzuordnen: Es gab immer schon einen sehr engen Austausch. - Five Eyes ist eben Großbritannien, Kanada, USA, Neuseeland, Australien. Während des gesamten Afghanistan-Mandats war das spürbar, auch in allen anderen Dingen, die wir danach und davor getan haben. Das war immer der Kern. Und ich kann mich nur erinnern, dass wir in einem konkreten Fall - nicht Afghanistan, sondern in dem Fall halt jetzt Irak und Anti-IS-Operation - als Deutsche deutlich stärker reinkamen in diese Community, weil wir auch mal was mitzubringen hatten, also entweder mal Material oder mal nachrichtendienstliche Informationen. Dann ging das. Und aus dem heraus hat sich ja dann auch dort eine ganz andere Art der Zusammenarbeit ergeben. Aber das ist was, Five Eyes, was tatsächlich prägt. Das prägt das Zusammen-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

arbeiten in der NATO, und es prägt die Zusammenarbeit auch mit anderen Staaten aus dem, sage ich mal, westeuropäischen Kontext.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank so weit. - Wäre denn aus Ihrer damaligen fachlichen Sicht eine sofortige Evakuierungsentscheidung auf der Krisenstabssitzung am 13. August 2021 eigentlich notwendig gewesen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, wenn ich jetzt im Rückblick schaue und auch damals: Wir empfanden die Situation schon als sehr gravierend, und die Entscheidung hätte dann zumindest dazu geführt, dass wir ein bisschen schneller bestimmte Dinge tun. Wir waren ja noch in dem klassischen modellhaften Vorgehen. Also, das ist ja das Prinzip, was wir immer geübt haben: Ist irgendwas, dann schickst du erst mal ein Krisenunterstützungsteam. Die gucken mal in Ruhe vor Ort: Wie geht es der Botschaft? Wo wohnen die? Wo sind die Sammelpunkte? Sind die Strecken noch erreichbar? All diese Dinge. - Dann schicken die einen Bericht zurück. Dann wird noch mal befunden, und dann erst mal gehen die Kräfte dann langsam mal in Bewegung und versammeln sich. Also, mit jedem Tag, den man mehr hat, könnte man im Prinzip auch schneller sein.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da kam es auf jeden Tag an; das kann man nur bestätigen. - Aber warum hat denn das BMVg empfohlen, dass eine Evak-Entscheidung bis 16.08. getroffen werden müsste? Können Sie sich das erklären?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, ich glaube, das war in der Zeit noch ein bisschen ein optimistischer Ansatz, weil wir eben immer noch im Hintergrund hatten, die Taliban sind nicht so schnell beim Erobern von Kabul. Denn schon wenige Tage nach dem 13., also sprich: am 15., haben wir dann ja gesagt: Jetzt wird es Zeit, jetzt müssen wir schneller sein.

Also, insofern: Das waren, glaube ich, die Ereignisse, die sich dann wirklich überholt haben, und dann noch mal die Bewertung, dass das Einnehmen Kabuls jetzt halt doch schneller bevorsteht als ursprünglich angenommen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, laut des BMVg-Beitrags auf der Krisenstabssitzung am 13. August 2021 sollte ein Kräfte-dispositiv eine Woche später zum Flughafen verlegt werden. Dies würde dann im Gleichklang mit anderen Nationen stehen. Bedeutet das, dass das BMVg am 13.08. noch keine unmittelbar bestehende Evakuierung sah? Können Sie das beantworten?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, und zwar vor dem Hintergrund der Gefährdungsanalyse. Das würde ich so unterstreichen, ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wie passt das dann zu der Aussage von dem Generalmajor Hoppe vom 13.08.? Vielleicht auch noch mal die Uhrzeit: Der hat das ja um 8.13 Uhr gesagt: zusammen, also dass die USA, Kanada, Großbritannien und Österreich mit der Evakuierung schon begonnen hätten.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das ist die Beobachtung halt vor Ort auch gewesen, dass andere Nationen einfach früher und schneller waren bei bestimmten Dingen. Vielleicht hatten sie ein anderes Lagerbild. Das vermag ich nicht einzuschätzen. Aber das war praktisch als Beispiel. Und wenn man sieht, dass andere Nationen dieses tun - - dann wir Ihnen im Prinzip da auch jetzt hinterherkommen müssen, damit wir nicht die Letzten sind, die dann dort unten aufschlagen.

Hintergrund war da sicherlich: Es ist weniger Österreich - ja? -, also, es sind mehr Amerika und Großbritannien, die natürlich am Ende dort den Flughafen betrieben haben mit den Türken zusammen und den Luftraum beherrschten und die letzten Endes uns die Slots gegeben haben, um rein- und rauszufliegen. Also, wenn wir was hätten machen müssen, dann müsste man schnell sein, um eben früh mit all denen zusammen vor Ort zu sein.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gab es denn bezüglich der Positionen des BMVg in der Krisenstabssitzung auf der politischen Ebene abgestimmte Vorgaben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das könnte ich jetzt nicht mehr genau beantworten; war nicht selbst dabei.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann wäre noch mal meine Nachfrage, inwieweit diese Informationen auch innerhalb des BMVg miteinander ausgetauscht wurden, also inwieweit Sie mit anderen Ebenen hoch-, runter- darüber diskutiert haben.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, das klassische Gremium dafür war im Grunde immer - - Wenn der Krisenstab beim Auswärtigen Amt getagt hat, gab es hinterher immer eine Sitzung noch mal im Hause, wo wir uns diese Informationen sofort dann vorgetragen und weitergegeben haben. Das war im Grunde in dieser Phase auch so, dass wir da die Ministerin immer sehr eng informiert haben, damit die letzten Endes auch im Kabinett dann dazu noch mal ihrerseits aussagefähig war. Also, das lief immer rund.

Und wir haben in diesem Kontext ganz eng angebunden auch das Einsatzführungskommando, das natürlich diese Überlegungen oder Absichten, die wir dann hatten, auch sofort dann natürlich in Operationspläne oder in die Tat hat umsetzen müssen. Also, das ging sehr reibungslos und tatsächlich in einem Kontinuum.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und gab es denn da widersprüchliche Ansichten, oder waren sich alle einer Meinung?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich glaube, militärisch waren wir alle einer Meinung, nicht wegen Befehl und Gehorsam, sondern quasi aus Überzeugung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann wechselt das Fragerecht zu Ihnen.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank. - Herr General, laut Fundstelle MAT A BMVg-6.04 VS-NfD, Blatt 33, zeichneten Sie im März 2020 ein Dokument ab, aus dem hervorging, dass im Frühjahr 2020 von knapp 1 300 damals in Afghanistan eingesetzten Bundeswehrsoldaten nur 35 als Berater und Ausbilder der afghanischen Armee tätig waren; die über 1 250 anderen deutschen Soldaten

waren für das Aufrechterhalten des Kasernenbetriebes eingesetzt. Aus welchen Gründen sind damals etwa 97 Prozent der in Afghanistan eingesetzten Bundeswehrsoldaten mit der Aufrechterhaltung des Kasernenbetriebs betraut gewesen? Und hat es Erwägungen gegeben, die Zahl der Ausbilder und Berater in Afghanistan zu erhöhen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, zum einen haben wir das Feldlager und den Flugplatz dort, Masar-i-Scharif, natürlich betrieben für alle Nationen, die mit uns dort zusammen untergebracht waren. Also, das war eine Rolle, die wir letzten Endes übernommen haben aus der Gesamtoperationsplanung vom HQ RSM. Das heißt, wir haben ja dort auch gestellt beispielsweise Lazarett-, also sanitätsdienstliche Leistungen, Lazarettfunktionen, dann natürlich die komplette Frage der Housing Area, dann des Betriebs des Flughafens selber. Das sind Dinge, die natürlich mit darunter gerechnet sind. Insofern ist das ein Punkt, der fast feststeht und überall einen großen Footprint in allen Einsatzländern generiert hat, wenn wir dort letzten Endes im Einsatz waren. Es klingt immer als unausgewogen. Das ist sicherlich so von den Quantitäten her.

Die andere Frage ist natürlich, was wir noch - - welche Ebene wir überhaupt noch beraten und ausbilden konnten. Wir hatten ja in dem gesamten Verlauf von RSM ja auch in den verschiedenen Ebenen, also in den unteren Führungsebenen der afghanischen Sicherheits- und Streitkräfte, begonnen. Da brauchten wir ein paar mehr, auch andere Dienstgradstrukturen, und haben uns aber in der letzten Phase dann im Wesentlichen darauf beschränkt, die Führungskräfte zu beraten und auszubilden. Das heißt, die haben ja auch eine gewisse Eigenständigkeit entfalten sollen, eigene Operationspläne, Ausbildungspläne gestalten, die unsere Berater dann gegengezeichnet haben, angeschaut haben und überprüft haben. Insofern ist das etwa der Rahmen.

Eine weitere Erhöhung der Berater war zu diesem Zeitpunkt auch aus Sicht RSM, also der Hauptquartiere in Kabul, nicht erforderlich, weil wir unseren Auftrag so ganz gut erfüllen konnten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Noch mal ein anderer Sachzusammenhang zur Evakuierung der Ortskräfte, zur rechtlichen Grundlage des Ausfliegens von Afghanen nach Deutschland. Dr. Jens Jokisch, der Leiter des Krisenreaktionszentrums des Auswärtigen Amtes, sagte uns hier in diesem Untersuchungsausschuss - Zitat aus dem vorläufigen Protokoll der Sitzung vom 30.03.23, Seite 85; ich zitiere; Zitat Anfang -:

„Der Grundsatz ist - und das hat auch die Bundeswehr immer ganz klar gesagt -: Ortskräfte evakuieren wir nicht in unseren Fliegern; das ist nicht unser gesetzlicher Auftrag. - Das hat sie gesagt, bevor diese Entscheidung am 15.08.21 getroffen worden ist. Das war immer - - Das spiegelt eben auch die Rechtslage wider.“

Zitat Ende.

Gegen Mittag des besagten 15. August 2021 warnte der deutsche Sonderbeauftragte Jasper Wieck laut MAT A AA-8.312 VS-NfD, Blatt 39, mit Blick auf das nun geplante Ausfliegen von Afghanen durch die Bundeswehr vor einer späteren Befassung des Bundesverfassungsgerichtes.

Herr Zorn, hat es im Sommer 21 in der Bundeswehr und dem BMVg ebenfalls Stimmen gegeben, die mit Blick auf das geplante Ausfliegen von Afghanen aus Afghanistan mittels Bundeswehrmaschinen vor einer späteren Befassung des Bundesverfassungsgerichtes warnten oder auf eine mangelnde Rechtsgrundlage hinwiesen, und, wenn ja, welche Stimmen waren dies, und weshalb wurde dann doch so verfahren?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, da muss ich jetzt ehrlich sagen, dass ich mich an eine solche Diskussion zum Thema „rechtliche Folgen irgendwann“ definitiv nicht erinnern kann; also, da war ich zumindest nicht dabei. Als wir am Ende in die Evakuierung gegangen sind, hatten wir, noch bevor es losging, würde ich das jetzt mal formulieren, eine gewisse Prioritätensetzung. Die ersten Prioritäten waren deutsche Staatsbürger. Wir gingen noch davon aus, etwa 300, dann deren Ge-

folge in irgendeiner Form, natürlich auch europäische Staatsbürger, die sich da bei uns entsprechend melden und dann in der Folge zweite Priorität dann auch Ortskräfte, und zwar die, die wir - das war so unsere theoretische Vorstellung - schon quasi namentlich erfasst hatten in der Vergangenheit, bedingt durch Gefährdungsanzeigen oder weil sie schon über ein Visum verfügten oder ähnliche Dinge.

Das waren zu dem Zeitpunkt aber alles, ich nenne es mal so, die theoretischen Planungsgrundlagen, die ab dem Moment, wo wir da in Kabul gelandet sind, dann durch die reale Welt völlig überrollt wurden, weil dann plötzlich nämlich die Leute nicht da standen, einen Ausweis gezeigt haben und - Sie haben das vermutlich von Herrn Arlt auch schon so gehört - wir dann praktisch Listen abarbeiten konnten. Das war also dann nachher eine ganz andere Realität. Insofern haben wir dann schon die Ortskräfte mitgenommen.

Was das Mitfliegen betrifft: Das ist im Grunde so aus der Vorlaufzeit, dass wir Überlegungen anstellten, mit zivilen Maschinen noch aus Masar-i-Scharif oder aus Kabul Möglichkeiten anzubieten. Es ging bis dahin, dass überlegt wurde, den Ortskräften beispielsweise die Flüge zu bezahlen und zu sagen: Ihr kriegt Geld von uns; damit könnt ihr euch selber ein Ticket buchen. - Und all diese Dinge haben wir überlegt, bis hin zu Chartermaschinen. Auch das waren ja Optionen, die wir noch durchdacht hatten, als wir noch selber vor Ort mit unseren Truppen waren.

Also, so muss man, glaube ich, diese Kette sehen. Ehrlich gesagt, ich habe nie die Drohkulisse gesehen, Stichwort „Verfassungsgericht“. Das sage ich ganz offen. Da war klar jetzt Auftrag, die rausholen, die gehen, Menschenleben retten, maximal Leute rausfliegen. Und da ist für mich noch - das darf ich so schildern, wenn Sie es erlauben - ganz prägnant im Auge, als wir mit der ersten Maschine gelandet sind und am Ende die Nachricht „Wir sind mit sieben Leuten abgeflogen“ rauskam. Und daneben hatte ich das Bild: vollbesetzte Maschine der Amerikaner bis zum Anschlag. - Das kann alles so gar nicht sein, ja?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann gibt es die tausend Gründe, die alle bekannt sind. Aber ab dem Moment haben wir dann auch gesagt: So, jetzt wird hier mit Bordmitteln mitgenommen, was geht. - Und das haben wir am Ende dann auch so umgesetzt.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. Prima. Vielen Dank.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das vielleicht als Ergänzung, weil das das Bild vielleicht noch abrundet.

**Stefan Keuter (AfD):** Ist verstanden worden - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sekunde. Wir halten mal die Zeit einen Moment an. - Ich will darauf hinweisen - wir haben das gerade noch mal überprüft -: Das Zitat, was Sie verwendet haben, bezog sich überhaupt gar nicht auf verfassungsrechtliche Zweifel am Ortskräfteverfahren, und insofern war das ein bisschen irreführend für den Zeugen. Aber er hat ja trotzdem in der Sache geantwortet. Aber das bitte ich korrekter zu handhaben, dass die Fragen auch korrespondieren mit dem, wonach da gefragt wird. Und dieses Zitat, was Sie verwendet haben, hatte mit Zweifeln an der Verfassungsgemäßheit des Ortskräfteverfahrens bezogen auf das Mitfliegen nichts zu tun. Insofern war es falsch attribuiert und von dem Zeugen nicht zu erkennen. Wir wollen aber gerne Fragen stellen, die der Zeuge auch beantworten kann. Er hat es trotzdem getan; aber ich will darauf hinweisen, damit das nicht irreführend im Protokoll bleibt.

Sie haben noch eine halbe Minute, wenn Sie wünschen.

**Stefan Keuter (AfD):** Am 23. November 2020 hat ein Mehrministergespräch im Kanzleramt stattgefunden. Der Bundesnachrichtendienst hat hier Unterlagen zugeliefert, und ich würde gerne von Ihnen wissen, ob das Szenario, dass also Afghanistan an die Taliban fallen könnte, hier bereits diskutiert worden ist.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, die Information habe ich so nicht. Also, ich kenne auch nicht die Inhalte dieses Gesprächs im Kanzleramt.

Das Risiko, dass die Lage sich verschlechtern würde, war bei uns als Allgemeinpunkt ständig im Fokus. Zu dem Konkreten kann ich da nichts sagen. Aber unsere Beurteilung war immer die - und da stützen wir uns ja im Wesentlichen auf BND-Quellen - zu dem Zeitpunkt 20, allerdings auch nur aufgrund eigener Erkenntnisse unserer Kräfte vor Ort, die uns da gesagt haben: Also, so schnell sind die Taliban nicht; das kann noch länger dauern. - Das heißt also, da ist jetzt keine Gefahr im Verzuge zu diesem Zeitfenster Ende 20, sodass wir das eher als eine Option im Hintergrund mitverfolgt haben.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Zorn! Auch noch mal von meiner Seite vielen herzlichen Dank an Sie und an die Truppe für die herausragende Arbeit, die auch gerade bei der Evakuierung geleistet wurde, aber auch in vielen, vielen Jahren davor. Das möchte ich gerne hier auch noch mal zum Ausdruck bringen.

Ich möchte gerne mit Ihnen über die sogenannte Haber-DKOR sprechen. Am Freitag, den 6. August 2021, verfasste Emily Haber, die deutsche Botschafterin, eine DKOR, über die vielfach auch in den Medien berichtet wurde. Ich werde jetzt hier nicht auf die Inhalte eingehen, auch wegen der Einstufung. Aber in einer Sitzung des Verteidigungsausschusses am 25. August 2021 erläuterten Sie, Herr General, wie die DKOR aus Washington in Ihrem Haus verarbeitet wurde. Können Sie das hier auch noch mal darlegen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, sehr gerne. Wenn Sie mir kurz eine halbe Sekunde geben, kann ich gucken. Ich habe mir das nämlich extra aufgeschrieben. Das muss ich mir noch mal genau angucken, wo ich das habe. Eine Sekunde.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wenn Sie möchten, könnte ich Ihnen sonst auch Ihre Aussage aus dem Verteidigungsausschuss - -

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das können Sie auch gerne machen, weil jetzt ist das wie immer: Man hat es sich aufgeschrieben, aber findet es nicht. Sekunde.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Der Mitarbeiter kommt.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das wäre sehr nett, wenn Sie mir das noch mal -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ja. Ist auf dem Weg.

**Zeuge Eberhard Zorn:** - zur Verfügung stellen könnten. Dann haben wir es schneller.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Welche Protokollseite haben Sie jetzt übergeben?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Entschuldigung. Das ist MAT A BT-Präs-2.21 VS-NfD, Blatt 25.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Danke.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, also zum zeitlichen Ablauf ist das in der Tat so, wie ich das da geschrieben habe. Das heißt also, es besteht auf jeden Fall - das kann ich von hinten aufzäumen - - ist klar, dass ich den Bericht gesehen habe. Mein Stellvertreter, weil ich in Urlaub war, hat den auch gesehen. Das Papier ging federführend im Auswärtigen Amt ein - 6. August ist das eine Datum -, ist dann so ausgewertet worden, dass das am 9. August - das war, glaube ich, der Montag dann - bei uns im Hause in den zuständigen Fachreferaten ausgewertet wurde. Daraus ist eine Vorlage erstellt worden an meinen Stellvertreter am 10. August und dann am 11. August in einen

Vermerk geführt worden, der am 12. August vorgelegt wurde. So, und das war die Zeit, als ich aber noch in Urlaub war.

Ich selber habe mir das dann nach Rückkehr unmittelbar noch mal vorlegen lassen und das auch noch mal quergelesen. Die Inhalte, die waren ja eingestuft. Aber im Grunde ist ja wesentlich, was man eigentlich für Schlussfolgerungen daraus ziehen konnte. Und die Schlussfolgerung am Ende war, dass man prüfen musste: Müssen wir jetzt ad hoc und dringlich auch irgendwelche Maßnahmen mit Blickrichtung auf eine Evakuierung ergreifen, also Planungsarbeit und ähnliche Dinge, oder ist das alles schon erfolgt? - Und da ist die klare Schlussfolgerung - das habe ich im Ausschuss damals auch so gesagt -, dass wir, wie ich eingangs schon sagte, quasi schon seit Anfang des Jahres 21, insbesondere seit dem 13. April, Eventualfallplanungen angestellt haben. Und nicht mehr war als Empfehlung für uns da ableitbar.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Darf ich noch mal ganz kurz darauf eingehen? Wir haben hier MAT A BMVg-5.181, Blatt 211, und da steht drin, dass Sie am 17. August bezüglich der DKOR von SE I 5 eingewiesen wurden. Können Sie diesen Vorgang so bestätigen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das passt zusammen auch mit meiner Präsenz im Hause, ja. Ich gucke gerade mal. Sekunde.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Zu welchem Zeitpunkt haben Sie sich denn persönlich mit dem Inhalt der DKOR beschäftigt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, das war der 17. Das kommt hin. Also, ich war ab 16. wieder in Berlin, und da kam das. Also, die Priorität, die in allen Ecken dieser DKOR zugewiesen wurde, und die Brisanz haben sich für mich aus dem Inhalt so definitiv nicht abgeleitet.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ihr Urlaub ist ja am 13. August zu Ende gewesen. Wieso sind Sie dann jetzt nicht am 14. schon darin eingewiesen worden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, also, erst mal ist es ja so: Also, ich hatte Urlaub; das stimmt. Der schloss das Wochenende aber mit ein. So, und ich bin dann allerdings am 13. schon mit der Ministerin zusammengetroffen, wo wir uns das erste Mal ausgetauscht haben. Die war nämlich, glaube ich, auch in Urlaub. Dann hatten wir am 15. die entsprechende Sitzung, Lagevortrag, und an dem Tag dann ging es quasi nach Berlin. Aber ich war da in Bonn mit der Ministerin persönlich auch zusammengetroffen, um die Dinge dort zu besprechen. Aber da war der DKOR ein Mini-randthema, ja?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Können Sie aber trotzdem noch mal darauf eingehen, welche Handlungen denn in Ihrem Haus direkt nach Eingang des DKOR vorgenommen wurden?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich würde es mal als „routinemäßiges Abarbeiten“ bezeichnen. Das heißt, dieses Papier - - Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie so eine DKOR verteilt wird. Die haben in der Regel einen Weltverteiler. Da kriegt jeder, der nicht bei fünf auf dem Baum ist, einen DKOR - jeden Tag, von jeder Botschaft.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dementsprechend das hier eingestuft, damit entsprechend weniger Verteiler, aber da eingestuft, entsprechend auch zu behandeln, so. Das heißt, die Referate bei uns - das waren die Abteilung „Politik“ und bei uns die Abteilung SE - haben dieses Papier bekommen, haben es dann ausgewertet, bewertet, nicht am Wochenende, sondern halt am Montag, nachdem es dann im Postfach war. Dann wird daraus eine Vermerk geschrieben, eine Vorlage nach oben adressiert, und so lief das seinen Gang hoch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Darf ich da mal einhaken? - Ich gehe hier auf MAT A BMVg-509, Blatt 6, ein. Da haben Sie sich einen Zeitstrahl, eine Zeitlinie der Vorgänge im Zusammenhang mit dem DKOR angefordert. Stimmt es, dass diese Forderung, diesen Zeitstrahl zu erstellen, von Ihnen kam, und, wenn ja, warum?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, weil im Grunde dadurch, dass das Papier als solches ja bekannt war - es war bekannt im parlamentarischen Raum bei einer Abgeordneten, die wir heute nicht mehr im Parlament haben, aber die Sie alle kennen, aus den Medien mindestens; ich kenne sie als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses - - die uns damals gesagt hat: Passt mal auf, Freunde, ich höre, da gibt es so was. - Und da war natürlich dann Druck aus dem parlamentarischen Raum, und da musste ich ja im Ausschuss was dazu sagen. Und dann ist das Beste, immer zu sagen: Wann kam es an? Wer hat wann was gewusst, und auf welchem Zeitstrahl wurde es eigentlich bearbeitet? - Das ist der eine Grund gewesen.

Und der andere Grund war natürlich, dass es parallel sofort in den Medien auch erschienen ist und man dann, auch ohne die Inhalte zu kennen, unwahrscheinlich viele Gerüchte um dieses Papier hatte. Ich bin jetzt nicht sicher, ob die Absenderin auch persönlich ein bisschen daran mitgewirkt hat. Aber am Ende hat das Ding natürlich eine Riesenbrisanz entfaltet. Und das musste natürlich aufgeräumt werden im Sinne von: Wo kam es eigentlich an? Wer hat Federführung usw.?

Letzter Punkt: Federführung. Wenn ich sage „Federführung AA“, ist das das eine. Der Verteiler in so einem DKOR hat aber nichts mit Federführung zu tun, sondern der Verteiler ist querfeldein, natürlich Hauptadressat AA, Nebenabdruck alle, also alle anderen, die Sie sich noch in diesem Kontext dieses Themas vorstellen können. Und damit geht das natürlich breit. Und dann ist die Frage: Wer fühlt sich jetzt eigentlich verantwortlich? Und insofern muss das dann aufbereitet werden: Wer hat hier was gemacht und wann gewusst? - Das war der Aufhänger.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Es wird ja da betont, dass bereits in dem Papier, also in diesem Zeitstrahl - - dass bereits am 22. April die Eventualfallplanungen für Deutschland - ich zitiere - „durch BMVg eingeleitet und forciert wurden, sodass auf schnell wechselnde Lageänderungen reagiert werden kann und auch wurde“; das ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das gleiche MAT, was vorher schon zum Gespräch kam. Was genau ist hier mit den Eventualfallplanungen gemeint, und welche Handlungen wurden denn da eingeleitet ab April?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das ist im Grunde die Frage gewesen, die wir uns zu diesem Zeitpunkt schon gestellt haben: Wenn wir also eine militärische oder überhaupt eine Evakuierung machen müssten, welche Handlungsoptionen stünden uns da zur Verfügung?

Und das waren die Planungen, die wir im April bereits eingeleitet haben, national. Dahinter verbirgt sich das, was ich in meinen Eingangsbemerkungen kurz angerissen habe, nämlich diese drei Handlungsoptionen - die finde ich jetzt direkt -, einmal eine sogenannte schnelle Luftabholung. So, was ist das? Da wären wir davon ausgegangen, dass wir, ohne ein Mandat des Deutschen Bundestages haben zu müssen, praktisch eine militärische Unterstützungsleistung für das Auswärtige Amt liefern. Also, wir fliegen mit Flugzeugen der Bundeswehr dorthin, holen irgendwelche zu Evakuierenden ab und transportieren sie nach Hause. Das ist schnelle Luftabholung.

Zweite Option wäre die schnelle Luftevakuierung. Das heißt, das wäre schon mit einer entsprechenden Bedrohungslage. Und da wäre der Deutsche Bundestag mit Sicherheit gefordert gewesen, auch ein Mandat zu erteilen. Darin sind enthalten dann, in diesem Dispositiv, Sicherungs- und Schutzkräfte, also bewaffnete Kräfte, die vor Ort dann örtlich begrenzt die Maschinen, den kleinen Flugplatz oder den Abholpunkt letztendlich sichern könnten.

Dritte Option, die wir ausgeplant haben, war die sogenannte robuste Evakuierung, also am Ende in etwa das, was wir jetzt zum Schluss dann auch tatsächlich gemacht haben im August, also die höchste Stufe mit weiteren durchsetzungsfähigen Kräften, also mehr Kampftruppe mit dabei, mehr bewaffnete Kräfte, die die Handlungsfähigkeit vor Ort für die Gruppe dann entsprechend erweitert hätten.

Das waren die drei groben Handlungsfelder, die wir erarbeitet haben, die dann immer wieder natürlich überprüft wurden anhand der Sicherheitslage, die vor Ort ist, bzw. auch gespiegelt wurden daran, wo wir eigentlich noch mit Truppe sind. Also, sind wir noch in Kabul, sind wir noch in Masar-i-Scharif, oder haben wir schon an irgendwelchen Stellen Truppe abgebaut, die nicht mehr vor Ort mit unterstützen kann?

Das sind Dinge, die sich dann auf der Zeitachse entwickelt haben, aber damit waren wir dann eng beauftragt, und das hat das Einsatzführungskommando dann auch entsprechend zusammengestellt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eine Frage hätten Sie noch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay. - Ja, der nächste Schritt war ja dann die Weisung für die Vorbereitung einer robusten Evakuierung deutscher Staatsangehöriger aus Kabul am 13. August. Erst am 15. August 2021 ist in der Weisung Nummer 3 - MAT A BMVg-4.87 VS-NfD, Blatt 106 bis 109 - erstmals auch ausdrücklich die Rede davon, dass unter der Kategorie - Führungszeichen - „weitere[r] designierte[r] Personen“ auch afghanische Ortskräfte berücksichtigt werden sollten; das ist auf Blatt 107. - Können Sie uns aus Ihrer Erinnerung mal sagen, mit welcher Größenordnung an Ortskräften man im OPLAN ausging?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, in unserem OPLAN haben wir zunächst mal zugrunde gelegt die Ortskräfte, die wir aus dem reinen, ich nenne es „Arbeitsverhältnis BMVg zu Ortskräften“ noch abgeleitet haben, plus deren Familienangehörige. Das war noch so im Dreistelligen, also im Hunderterpäckchen irgendwo. Dass wir aus Nachbarressorts natürlich auch Ortskräfte hatten, die hätten eingeplant werden müssen, haben wir uns gedacht, hatten aber keine konkreten Zahlen zu diesem Zeitpunkt. Ich kann Ihnen sagen, ab dem Moment, wo wir die - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Haben Sie die eingefordert, die Zahlen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich persönlich nicht, aber ich vermute mal, wir haben auf den Arbeitsebenen regelmäßig nachgefragt, wie viele das sind.

Woran ich mich noch definitiv erinnern kann, ist, dass die Zahl exponentiell gestiegen ist ab dem Moment, wo klar war, dass wir dort ebenfalls evakuieren. Also, bis zu mir hin haben mich Leute angerufen, per E-Mail mir geschrieben, wer noch wen kennt aus alten Einsatztagen. Da gibt es also teilweise noch Schriftwechsel. Es gab auch teilweise von Organisationen, die sich mit dem Themenfeld beschäftigt haben, Ortskräfte, die uns namentlich benannt wurden, die dann auch bei mir im Büro ankamen. Also, wir wurden wirklich mit einem riesigen Fächer versehen, und wir haben es dann gebündelt im Einsatzführungskommando, sodass wir sehr schnell nachher im Tausenderbereich von Ortskräften waren, die zur Evakuierung gemeldet wurden, wo wir teilweise aber erst mal prüfen mussten: Wer sind die Leute eigentlich? Wo sind sie vor allem, und wie schaffen wir es überhaupt, in dieser Zeit noch nach Kabul zu kommen? - Denn das war dann das nächste Hindernis, was noch zu bewältigen war. Denn in Afghanistan selber war die Bewegungsmöglichkeit dann natürlich in dieser Zeit auch eingeschränkt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. Dann wären wir am Ende dieser ersten Runde, und die zweite Runde eröffnet wieder der Kollege Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte an das anschließen, was auch schon die Kollegin Bayram gefragt hat, nämlich die zwei, drei entscheidenden Tage im August 2021.

Sie haben erläutert, dass Sie auf Urlaub waren und dann zurückgekehrt sind. Es gibt dann in dieser Krisenstabssitzung an diesem 13., in der Sie bereits auch wieder dienstlich aktiv waren, auch eine Darstellung des Bundesnachrichtendienstes zur Wahrscheinlichkeit, dass in den nächsten Tagen Kabul fallen wird, was sehr eindrücklich von der damaligen Vizepräsidentin vorgetragen wurde, wo auch wenig Diskussionen zugelassen worden sind.

Jetzt waren Sie natürlich naturgemäß bei dieser Sitzung nicht anwesend. Aber es gibt am Tag vorher zum Beispiel einen Lagebericht von Oberstleutnant A [REDACTED] vom 12. August - MAT A BMVg-3.107 VS-NfD, die Blätter 7 bis 14 -, aus dem ich zitieren darf, und das ist in dem Zusammenhang auch das Zitat, auf das bereits die Kollegin Bayram hingewiesen hat. Da geht es um MAT A BMVg-5.173 VS-NfD, Blatt 48 bis 51, wo zunächst zur erstgenannten MAT-Nummer A [REDACTED] schreibt:

„Derzeitige dynamische Entwicklung bringt Lage in AFG an Kippunkt; Prognosen können zeitlich überholt werden.“

Das andere Zitat ist schon eingeführt, dass es einen Kippunkt geben werden kann.

Wenn ich das jetzt im Zusammenhang mit dem stelle, dass USA und Großbritannien die Verlegung von Truppen nach Kabul ankündigen, ist die Frage: Wann haben Sie ganz persönlich das erste Mal davon erfahren, dass sich die Lage in und um Kabul herum derart rasant verändert, dass es zu dringenden Änderungen der Bewertung, Einschätzung und vielleicht den entsprechend notwendigen Entscheidungen kommen muss?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, das Grunddilemma, was wir, ich nenne es mal „militärisch“ hatten in dieser Zeit, war, dass wir selber vor Ort keine Kräfte mehr hatten, die wir irgendwie, ich sage mal, zur Gegenkontrolle hätten einteilen können im Sinne von: Stimmen die Einschätzungen, die wir hier zu Hause haben? Wie ist eure Einschätzung vor Ort? - Also, wir haben keine eigenen nachrichtendienstlichen Quellen mehr gehabt, geschweige denn Kräfte vor Ort, die, wie man das früher so gesagt hat, also praktisch durch Befragung von Bevölkerungsteilen letzten Endes vorgehen und dann nachgeforscht hätten. Also, das war unser Grunddilemma. Das heißt, wir haben nur gelebt von dieser Einschätzung, die wir letzten Endes aus unseren eigenen Nachrichtenquellen dort gehabt haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das heißt, ich würde mal sagen, in diesem Zeitfenster - ich kann es nicht mehr auf den Tag genau spezifizieren, aber in dieser Woche auf jeden Fall - zwischen 12. und 15. kumulierten die Ereignisse, und die Karten, die ich dann bekommen habe, also das, was ich eben skizzierte mit dieser großen roten Karte, die zeigten eigentlich - und das war das für mich erste wirklich wesentliche Signal -, da ging es gar nicht mal um Kabul, sondern es ging darum, dass wir früher immer gesagt haben - vorher, in vorigen Beurteilungen -, die Taliban bauen praktisch über einen Distrikt ihre Machtverhältnisse weiter aus, noch ohne Einnahme der Distrikthauptstädte.

Und in der Phase hier waren wir dann schon so weit, dass die Distrikte und die Distrikthauptstädte durch die Taliban im Grunde beherrscht wurden. Und das deutete darauf hin, dass die eigentlich dort viel schneller vorangekommen sind, als wir das erwartet haben, und dass der Widerstand, den die ANDSF, also die afghanischen Sicherheitskräfte, geliefert haben, nicht mehr ausgereicht hat, um das in den Regionen drumherum zu reduzieren.

Das zeigte eigentlich im Grunde, dass die Taliban ungeheuren Angriffsschwung letzten Endes hatten und die Gefahr tatsächlich bestand, dass sie schneller nach Kabul kommen, als wir das ursprünglich je eingeschätzt haben.

Ob sie dann aber tatsächlich in Kabul auch schon bis ganz hineinkommen, das war zu dem Zeitpunkt für uns immer nur so ein bisschen fraglich. Aber es war eingeschätzt eigentlich eher eine Frage der Zeit. Die Frage nur, wie lange, das war da unklar. Aber Kippunkt, würde ich an der Stelle durchaus unterstreichen - - dass wir da diese Bewertung in etwa so auch geteilt haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wann haben Sie davon erfahren, dass eigentlich die letzte Provinzhauptstadt, die vor Kabul noch den Zugang zur Hauptstadt verwehrt hat, nämlich die Stadt Ghazni, von den Taliban erobert bzw. von den Taliban eingenommen wurde?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das kann ich jetzt nicht mehr mit einem Datum belegen; weiß ich nicht mehr.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es wäre nach unseren Erkenntnissen der 12.08., also auch in diesem Zeitraum, wo offensichtlich dann der Weg Richtung Kabul, meine Einschätzung jetzt, dann jedenfalls nicht mehr militärisch zu verteidigen war.

Noch mal direkt konkrete Frage: Wann haben Sie vom Fall von Kabul erfahren?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich kann es echt nur auf dieses besagte Wochenende konkretisieren, also nicht nach Stunden und Tagen. Ich habe da auch keine Aufzeichnungen mehr zu Hause gefunden. Das ging wirklich dann so dynamisch, dass wir im Grunde hier zu Hause auch überrascht waren; das muss man ehrlicherweise so sagen. Das war wirklich eine Geschichte, die extrem dynamisch war. Aber ich kann es jetzt nicht auf Tag und Stunde genau festlegen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es war der 15. August. Am selben Tag schreibt Ihr Stellvertreter, Generalleutnant Laubenthal, an den Politischen Direktor Wächter um die Mittagszeit - ich beziehe mich auf MAT A BMVg-5.12 VS-NfD, Blatt 132 -:

„Habe Befh EinsFüKdoBw gewiesen, heute um 17.00 Uhr in der VTC Schalte ROT den schnellst möglichen Beginn der Schnellen Luftevakuierung mit allem was fliegen kann vorzutragen (Abflug dann hoffentlich zwischen heute Abend und morgen früh).“

War diese Weisung mit Ihnen abgesprochen, konsultiert? Und dann noch eine technische Nachfrage: Was ist mit dem Hinweis „mit allem was fliegen kann“ gemeint?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, wir haben das mit Sicherheit abgestimmt, weil, bevor er das gemacht hat, gab es entsprechende Lagesitzungen oder Lagebesprechungen, und das war auch mit Sicherheit auch unter Einbindung der Ministerin. Ich kann aber nicht genau sagen, zu welcher Uhrzeit.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Alles, was fliegt“ meint mit Sicherheit das Dispositiv an A400M. Denn das sind die, die wir zu diesem Zeitpunkt natürlich auf Vorrat hatten und auch entsprechend eingestellt hatten für eine solche Operation. Und das war im Grunde die Erwartungshaltung, also dass möglichst viele Kräfte erst mal in Bewegung kommen. Das Kernproblem, was wir zu der Zeit hatten - und das war eins, was mich dann auch wieder beschäftigt hatte -, war: In was für einem Gastland fliegen wir denn eigentlich, und wo sind die Diplo-Clearances? - Also, wir fliegen teilweise schon los, bevor wir eine Diplo-Clearance hatten, überhaupt in diese Richtung hineinzufiegen.

Also, das heißt, wir haben sehr schnell handeln müssen - alle Maschinen in die Luft bringen, Diplo-Clearance herbeiführen und dann die ganzen Landrechte klären, auch im Gastland - und dann natürlich die Problematik, mit welcher Maschine man dann wo in Kabul entsprechend reinfliegt und wie das dann entsprechend ablaufen sollte. Also, das waren so die Kernthemen, die wir dann noch diskutiert hatten. In der Durchführung sind dann aber da andere zuständig gewesen, um das zu klären.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Am 17. August 21 bitten Sie zur Vorbereitung für ein Gespräch mit der Abteilung „Strategie und Einsatz“ am selben Tag um die Beantwortung gewisser Fragen; MAT A BMVg-5.04 VS-NfD, Blatt 87. Ich zitiere aus diesen Fragen:

„Was ist mit den Liegenschaften und dem Mat der ANDSF passiert, insbesondere an unseren ehem Stationierungsorten

Kennen wir Akteure der TLB on the ground

Was wissen wir von den ANDSF FüKräften, mit denen wir zusammen gearbeitet haben

Wie viele ECHOS haben wir ...“

Was sind denn „ECHOS“ in diesem Zusammenhang?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, „ECHOS“ sind die zu Evakuierenden. Und bevor wir uns da verlieren in langatmigen Formulierungskünstlichkeiten: Wir haben die bei Übungen immer die „ECHOS“ genannt, also „E“. Und „ECHO“ steht ja nicht für „Echo“, sondern „ECHO“ ist die amerikanische Übersetzung beim NATO-Alphabet, also Alpha, Bravo, Delta, Charlie, Delta, Echo. Und „E“ steht für „zu Evakuierende“.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es gilt also nach wie vor das alte, mir damals auch schon bekannte Prinzip des Buwabküfi.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das habe ich jetzt nicht - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** „Bundeswehrabkürzungsfimmel“.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das stimmt. Ja.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Jörg Nürnberger (SPD):** In der gleichen Fundstelle gibt es aber noch eine weitere und vielleicht etwas entscheidendere Frage. Und da fragen Sie:

„Wie kommt die Kanzlerin zu dem EvakBedarf 10.000. Wer soll diese Anzahl rausholen.

Wer ist das betr Personal überhaupt.

Beim Rückblick werden wir gefragt, welche ersten Gründe wir sehen für das Versagen der ANDSF.“

Auch da würde mich interessieren, wie Sie die Frage für sich beantwortet bekommen haben.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das Thema „10 000“ geht ein bisschen in die gleiche Richtung, die vorab Dr. Jurisch eben fragte: Von welchen Zahlen gingen wir eigentlich aus?

Wir gingen aus meiner Sicht sehr optimistisch hinein mit kleinen Zahlen, und die kleinen Zahlen führen am Ende dazu, dass wir natürlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann, nennen wir es mal „eine Transportraumberechnung“ machen, also: Wie viele Flugzeuge brauche ich da eigentlich, und wie mache ich das überhaupt in der Umsetzung? - Und dass uns das so am Ende nach oben geführt hat, in solche Tausenderbereiche hinein, das hat uns dann schon überrascht. Die Kanzlerin hat vermutlich - kann ich auch nur vermuten - aber zusammenaddiert, was denn noch so an, nennen wir es, Ortskräften oder Hilfskräften für andere Ressorts noch in Afghanistan unterwegs ist und wie man die möglicherweise ebenfalls zu evakuieren hat.

Also, wenn ich überlege, was alleine noch im Bereich der Entwicklungshilfeszusammenarbeit an Ortskräften dort vor Ort noch tätig war, glaube ich, kann man da schon sagen, man kommt schneller in solche Höhen. Wenn ich sehe, was mich im Zuge der Evakuierungsoperation erreicht hat allein im Kontext von Listen, die da unter Journalisten oder Menschenrechtsaktivisten, Hilfsorganisationen jeder Art, NGOs firmierten, dann muss ich sagen, das sind Dinge, die wir als Bundeswehr im engen Kontext so vorher nicht auf dem Schirm hatten. Und wenn Sie dann natürlich solche Zahlen haben, dann kommt man sehr schnell zu der Erkenntnis, dass wir das mit unseren Mitteln in diesem kurzen Zeitfenster auch so hätten nicht realisieren können. Also, da kann man dann nur über die Prioritäten gehen.

Ja, bei ANDSF, das ist ein Punkt - das sage ich ganz offen -, der treibt mich heute noch um, nämlich die Frage, wieso die ANDSF es nicht geschafft haben, gegen die Taliban eigentlich zu halten. Denn rein militärisch waren die ANDSF selbst ohne die Luftunterstützung der Amerikaner und Ähnliches gut aufgestellt. Sie waren gut ausgerüstet, und sie wären im Grunde taktisch, technisch in der Lage gewesen, diesen Talibananschlägen oder -angriffen zu widerstehen.

Im Nachhinein, jetzt, wenn man zurückschaut, muss man eigentlich feststellen, dass letzten Endes die Taliban ja auch, ich nenne es mal so, Afghanen sind. Die wurden von den ANDSF nicht im Grunde schon als feindlich gesinnt betrachtet, sondern man war ja miteinander in dem Land unterwegs. Eher war es schwieriger,

ANDSF zu ISKP, also IS Khorasan Provinz, zu betrachten. Da gab es eher diffuse Lagen.

Also, insofern haben wir da, glaube ich, auch in der Beurteilung der Leistungsfähigkeit der ANDSF mehr Hoffnung und Optimismus reininterpretiert und unsere Maßstäbe angelegt, also im Sinne von: Die sind taktisch, technisch ausgestattet, und die wissen, wo der Gegner steht, und dann müsste das ausreichen.

Dass dort aber vielleicht noch irgendwelche Bevölkerungsgruppen, Zuständigkeiten, Zugehörigkeiten mit reinspielen, die dazu führten, dass die ANDSF auch teilweise sofort aufgegeben haben und den Kampf gar nicht gesucht haben, das sind Dinge, die wir so eigentlich am Anfang nicht eingeschätzt haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke sehr. - Sie haben bereits vor einiger Zeit angesprochen, dass eines der Probleme in der Evakuierungsmission offensichtlich auch die Absprache mit benachbarten Ländern Afghanistans war. Am 18. August schreiben Sie an Generalleutnant Pfeffer, dass Sie sich um den von ihm angemeldeten dringenden Handlungsbedarf kümmern. Bezugspunkt ist MAT A BMVg-5.152 VS-NfD, die Blätter 229 bis 231. Darin geht es um eine Beschwerde von Generalleutnant Pfeffer, dass eben Usbekistan die Evakuierungsoperationen behindern würde. Können Sie uns diesen Sachverhalt näher darstellen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, konkret weiß ich das jetzt nicht mehr, wo die uns da behindert haben. Es gab natürlich mit Usbekistan Verhandlungen. Ich selber habe dort meinen Amtskollegen, wenn man so will, auf der Ebene noch mal kontaktiert. Usbekistan hat uns in Afghanistan nicht\* immer geholfen, schon über den kompletten Zyklus hinweg, hat immer wieder Hubs angeboten. Aber Usbekistan hat auch immer stramm verhandelt. Also, das heißt, für jedes Bleiberecht einer Maschine länger als zunächst geplant, weil die Lage sich ändert, bedurfte es noch mal besonderer Gespräche. Und da habe ich in dem Kontext, glaube ich, noch mal telefoniert und habe auch nichts verhandelt, sondern habe ihm einfach nur deutlich gemacht, dass das jetzt dringlich sei und dass es gut wäre, wenn er helfen würde. Oft hilft



## Nur zur dienstlichen Verwendung

in Usbekistan und vergleichbaren Ländern, wenn der Boss den Boss anruft, und dann geht das einfach auf der Befehlskette wieder nach unten.

Was wir gesehen haben, dass ich mit der Aussage richtiglag, war, als wir dann - damals Ministerin Kramp-Karrenbauer, die Wehrbeauftragte und ich - nach Taschkent geflogen sind, um unser Kontingent dort quasi zu begrüßen. Nach Abschluss der Operation haben wir auch noch mal ein längeres Gespräch dort mit dem Minister, mit meinem Amtskollegen vor Ort gehabt. Man hat sich noch mal der gegenseitigen Hochachtung versichert und hat sich auch noch mal herzlich bedankt für die Unterstützung. Also, da ging das.

Und selbst dort mussten wir noch mal ausverhandeln, dass wir die MedEvac-Flugzeuge, die wir dort noch zwei Tage länger stehen lassen wollten, stehen lassen konnten. Ich sage es jetzt mal nüchtern: Auf dem Flugplatz war so viel „Betrieb“ - in Anführungszeichen -, da war immer Platz für zwei Flugzeuge. Das wurde einfach nur ausgehandelt, damit man da auf Augenhöhe noch ein bisschen was rausholen konnte. Also insofern steckte das dahinter.

Eine aktive Behinderung jetzt in dem Sinne für die Operation habe ich danach aber keine mehr verspürt. Also, da wurden wir intensiv und gut unterstützt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ein weiteres Detail im Hinblick auf die Durchführung der Evakuierungsmission: Am 20. August 21 wurden Sie informiert, dass es während der Evakuierungsoperation zu Einschränkungen der IT-Services und auch der Kryptotelefonie gekommen sei. Ich beziehe mich auf MAT A BMVg-4.08 VS-NfD, die Blätter 73 bis 81. Hatten in Ihrer Bewertung diese Einschränkungen der Nutzbarkeit solcher Systeme Auswirkungen auf die Durchführung der Operation und gegebenenfalls welche?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich glaube, da habe ich eine relativ lange Stellungnahme auf die Vorlage geschrieben. - Es gab de facto keine Einschränkungen, weil wir es anders kompensiert haben. Aber es kann nicht sein - das war damals mein

Ärgerpunkt -, dass - also, es war eine der wichtigsten Operationen, die wir gemacht haben; das war kein Normalbetrieb - in der Zeit irgendwelche Leute irgendwelche Kryptoaktualisierungen machen und darüber nicht informieren. Das war so dieses Thema: Am Wochenende schalten wir mal das und jenes ab und aktualisieren irgendwas, und ab nächster Woche geht es dann wieder.

Wir haben in dieser Zeit, also beginnend wegen mir 13. August bis zum 27., 24/7 im Ministerium Dienst getan, ohne Schichtbetrieb, und da brauchen Sie alle Führungs- und Fernmeldemittel. Da, denke ich, sage ich hier nichts Neues. Wir können froh sein, dass wir beim Thema Krypto nicht so abhängig waren in der Operationsführung. Hintergrund: Lag daran, dass gar nicht alle Stellen, die mit drin waren, über Krypto verfügen. Das ist der einzige Positivaspekt. Aber es geht hier mehr um eine Mindset-Frage, und das war der Punkt, der mich zu dieser Notiz geführt hat und zu diesem Ärgerpunkt.

Am Ende hat es keine Auswirkungen gehabt auf die Durchführung der Evakuierung. Die ging auch mit anderen Mitteln, die abgestützt waren. Mir ging es darum, an allen Ecken noch mal deutlich zu machen, dass wir hier eine wesentliche Operation führen und ich da einen gemeinschaftlichen Mindset erwarte und zumindest eine entsprechende Vorinformation, dass man sich rechtzeitig darauf einstellen kann.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann verzichte ich auf die eine Minute und würde beim nächsten Mal mit einen neuen Themenbereich anfangen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und wir fahren fort mit der Union. Herr Kollege Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja, die Minute nehme ich doch.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das kann der Kollege leider nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr General, noch mal ganz kurz eine Abschlussfrage zur Rückverlegung des eigenen Kontingents. Wenn Sie jetzt rückblickend auf den Ablauf blicken, ist meine Frage: Gibt es aus Ihrer Sicht irgendwelche Dinge, Umstände, Handlungen, Fehler in der Rückverlegung unseres Kontingents, wo Sie sagen würden: „Das ist nicht gut gelaufen“ oder, sagen wir es anders: „Das könnte man nächstes Mal besser machen“?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, das war für mich - - Also beides, aber Sie fragten nur das eine. Aber diese Rückverlegung dieses Kontingents mit den sich immer wieder ändernden Rahmenbedingungen, was die zeitlichen Begrenzungen nach hinten im Prinzip betroffen hat, muss ich sagen, war vorbildlich geführt worden vor Ort, aber auch vorbildlich unterstützt worden von hier zu Hause. Der gesamte logistische Apparat hat tatsächlich hier wirklich aus meiner Bewertung gut ineinandergegriffen. Es hat sich bewährt, dass wir ein eigenes, ich nenne das mal „Redeployment-Kontingent“ mit Fachkräften Logistik ins Einsatzgebiet verlegt haben. Wie gesagt, das war nicht das erste Mal, dass wir es gesehen haben. Ich habe mich da selber noch mal mit meinen Mitteln, mit meiner Dienstaufsicht dorthin bewegt. Das war im Juni, glaube ich, irgendwann; Datum finden wir auch irgendwo. Also, auf jeden Fall im Juni, Mitte Juni, war ich dort und habe mir das noch mal ganz konkret angeschaut, was die da für eine Arbeit machen.

Und das klingt vielleicht immer so ein bisschen bürokratisch: Die kommen jetzt da, dann wird jedes Gerät gezählt und zugeordnet und eingeteilt, eingescannt usw. - Das haben echt Profis gemacht, und das führte am Ende aber dazu, dass wir zu Hause dieses Material wieder ganz vernünftig in den sogenannten Versorgungskreislauf einspeisen konnten, also in die Depotorganisation, dass das Material der Truppe wieder zur Verfügung gestellt wurde und wir es am Ende auch belegen konnten im Kontext der Rechnungsprüfung, also Haushaltsfragen und Ähnliches. Also, das war ausgezeichnet gelaufen.

Was ich auch persönlich vor Ort gesehen habe, war, wie vertrauensvoll wir das alles an die

afghanischen Sicherheitskräfte übergeben haben. Also, das hat mich mit dem Gefühl zurückgelassen, die Afghanen wollen diese Liegenschaften für sich weiter positiv nutzen, sie wollen den Aufbau ihrer Armee weiter vorantreiben, sie hatten Interesse daran, das Material in gutem Zustand zu bekommen und auch weiter zu nutzen. Das, muss ich sagen, hat sich für mich dort sehr positiv niedergeschlagen.

Wenn ich das jetzt so sage, habe ich natürlich einen Vergleich dazu. Als wir Kunduz verlassen haben und das dort gemacht haben, haben wir das ähnlich übergeben. Ich bin danach, als wir dieses immer temporär wiederkehrende Ausbildungsmodul nach Kunduz geschickt haben, noch mal in Kunduz gewesen und habe mir angeschaut, was die aus der dortigen Infrastruktur gemacht haben. Das war zu dem Zeitpunkt, deutlich früher, nicht so schön. Also, das wurde dann nach afghanischer Manier dann eben weiter genutzt, aber nicht instand gehalten. In dem Kontext hier, muss ich sagen, ist das für mich ein positives Bild gewesen, was ich mitgenommen habe.

Im gleichen Kontext: Das Abschmelzen international ist gut gelaufen. Also, man hat das wirklich so synchronisiert, dass wir all die Nationen, die nicht über die nötigen Kapazitäten verfügten - eigene Flugzeuge, eigene Evakuierungssysteme und Ähnliches -, frühzeitig aus dem Lager praktisch herausgenommen haben, das Lager verkleinert haben, also beherrschbar gemacht haben, und nur noch mit den Kräften dort geblieben sind, mit denen wir immer schon eine herausragende Zusammenarbeit hatten, auch in Krisen, namentlich hier genannt die Niederländer. Also, da konnten wir sagen: Da passt das sprachlich. - Da waren wir beieinander. Wir hatten die gleichen Führungsverfahren.

Das ist ein Unterschied, ob Sie - - Jetzt nichts gegen die Länder, die dort sind, aber die, die uns dort so gesichert haben, also wegen mir Länder aus anderen Bereichen, die nicht so gut Englisch können, wo also die Mannschaftsdienstgrade gar kein Englisch können und die nur rudimentär führen - - So eine Truppe brauchen Sie keine, wenn Sie in einer Krisenlage evakuieren müssen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und das hat halt in diesem Kontext mit den Niederländern ausgezeichnet funktioniert. Also, da, muss ich sagen, habe ich ein sehr positives Bild mitgenommen, und das hat der Kommandeur damals dort vor Ort ganz hervorragend gemacht und hat das mit den Mitteln, die wir ihm zur Verfügung gestellt haben, wirklich rundherum gut durchgeführt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Dann würde ich jetzt mit Ihnen auch gerne über die Evakuierungsmission reden. Also, mir war es nun ganz wichtig, dass Sie einen Schlusspunkt hinter die Rückverlegung noch mal kurz setzen.

Und bevor hier jetzt aus den bisherigen Befragungen ein falscher Eindruck entsteht: Sie haben an der Sitzung des Krisenstabes am 13.08.2021 nach unseren Unterlagen nicht persönlich teilgenommen. Das BMVg war vertreten, aber Sie meiner Kenntnis nach haben daran nicht teilgenommen. Das BMVg hat dort Folgendes vorgetragen - das ist MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 59; da heißt es, Zitat -:

- „• Neben KUT bestehen weitere, robuste Optionen - Beschluss hierzu muss, wenn nicht schon heute, dann zeitnah erfolgen, wenn das window of opportunity genutzt werden soll.
- Empfehlung, jetzt die Voraussetzung zur Durchführung einer Evakuierungsoperation zu schaffen, damit ein Kräfte-dispositiv frühzeitig alarmiert und Ende nächster Woche nach Kabul mit umfangreichen Fähigkeiten (Schutz Compound, Sicherung Transport zum HKIA und geordnete Evakuierung der von 04-L genannten drei Gruppen, etc.) entsandt werden kann. Entscheidung muss spätestens Montag, 16.08., getroffen werden.“

Zitat Ende. - Wir geben es Ihnen noch mal zum Nachlesen; aber ich wollte es Ihnen eben einmal kurz im Zusammenhang vorlesen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Ist diese Einlassung des Verteidigungsministeriums durch den Staatssekretär in der Sitzung des Krisenstabes am 13.08. vorher mit Ihnen abgestimmt gewesen, und stimmen Sie diesen dort ausgesprochenen Empfehlungen, Beschluss zum KUT am gleichen Tag und Voraussetzungen für Evakuierungsoperation unmittelbar zu schaffen, stimmen Sie diesen Einschätzungen und Bewertungen zu?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, also auch heute noch im Rückblick, wenn man alles noch mal nebeneinanderlegt. Wenn wir jetzt aus der Lage heraus das gerechnet haben, dann haben wir immer praktisch eine Weiterrechnung getan: Wenn ich jetzt evakuieren will, wie lange brauche ich, um die Truppe, die zu dem Tag hier bei dieser Sitzung ja noch in ihren Kasernen, in ihren Standorten war, jetzt hier in Deutschland zu aktivieren? Sondern so: Jetzt fährt ihr alle zum Abflug-flughafen, von dem wir losfliegen wollen, versammelt euch dort, und es geht los.

Das rückgerechnet benötigt Zeit, benötigt Befehlsgebungen und entsprechende Informationen. Und damit war das die Empfehlung, zu sagen, jetzt schnell sein, damit wir da vor die Welle kommen, und eben nicht, wie ich eben schon mal an anderer Stelle sagte, erst mal das ganze konsequent abbilden. Also, sprich: Wir schicken das Krisenunterstützungsteam erst mal los, dann warten wir gemütlich, bis die in irgendeiner Weise mal einen Bericht schreiben, der dann bei allen noch mal mitgezeichnet wurde. Also das typische Verfahren, das wir machen, wenn wir Zeit haben. Die Zeit haben wir nicht gehabt, so. Und diese Beurteilung ist da eingeflossen. Insofern fand ich die Empfehlung unverändert, so wie wir sie auch hineingegeben haben, damit wir vor die Welle kommen und schnell starten können.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich muss mich kurz korrigieren. Nicht der Staatssekretär aus dem BMVg hat an der Krisenstabssitzung teilgenommen, sondern Generalmajor Hoppe.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das wollte ich nur noch mal eben kurz der Vollständigkeit - -

Wenn Sie mal auf die letzte Seite dieser Vorlage blättern: Dort ist dann das Ergebnis durch Herrn Diehl zusammengefasst. „Operative Schlussfolgerungen“ steht da. Und dann steht da unter Ziffer 2: „Konkreter Einstieg in die Vorbereitung einer Evakuierung“. Und 3.: „Entsendung eines KUT ...“ Sind Sie der Auffassung, dass das die ausreichenden operativen Schlussfolgerungen waren, oder hätten Sie aus Ihrer militärischen Sicht schon mehr als nur den Einstieg in die Vorbereitung einer Evakuierung für angezeigt gehalten?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, ich glaube, das sind immer noch diese zwei Strahlen, die ich da eingangs nannte, also das diplomatische Agieren, das politische Agieren und die Notwendigkeit, dass Militär eben Zeit braucht, bis es so bereit ist, dass es verlegt werden kann. Also, ein Stück schneller hätte ich mir noch gewünscht, aber unter der allgemeinen Rahmenlage, die wir da hatten, war es so, dass wir damit leben konnten.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Was hätte „ein Stück schneller“ denn konkret bedeutet? Also jetzt bezogen auf diese „operativen Schlussfolgerungen“.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, wenn wir in den Wochenkalender gucken, war das ja ein Freitag.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Und auch wenn wir alle da unten ja schon die Krise gesehen haben: Es war trotzdem Wochenende, und es war trotzdem Urlaubszeit. Also insofern hätte da noch etwas mehr Beschleunigung dazu geführt, dass wir quasi sofort losgelegt hätten, dann vor allem an den Flughäfen ganz andere Bereitschaftsstufen

wieder hinbekommen hätten und damit, ich sage mal, wenigstens einen oder zwei Tage vielleicht noch mal rausgeschunden hätten.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nur damit ich das Wording verstehe: Hier steht jetzt unter Ziffer 2 - über die würde ich jetzt gern mit Ihnen reden - „Konkreter Einstieg in die Vorbereitung einer Evakuierung“. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sagen, an dem Punkt hätte es schneller sein können? Ich meine, „Anhebung ... Krisenstufe ... 3b“ und „Entsendung ... KUT“ ist ja sozusagen - - Also insbesondere -

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): - „Entsendung ... KUT“ ist ja nach meinem Verständnis das, was das BMVg als Erwartungshaltung und Empfehlung hatte. Die Frage jetzt eben „Konkreter Einstieg in die Vorbereitung einer Evakuierung“: Was ist da der Unterschied zu dem, was Sie sich gewünscht hätten?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, im Grunde hätte man hier schon eine Parallelität machen können, sprich: KUT sofort und sofort Beginn Evakuierungsplanung oder Evakuierungsmaßnahmen. Dann hätte das in der Umsetzung bedeutet, dass alle diese Truppen, die dann dahin geflogen sind - - Also, wir reden ja von so round about 500 deutschen Soldaten, die dann von ihren Heimatstandorten an den Abflughafen gefahren wären, um sich dort dann entsprechend vorzubereiten zum Losfliegen. Und das klingt - und das ist das, was immer in diesem Spagat letzten Endes zu betrachten ist - dann ja immer so: Die Deutschen evakuieren, da ist ja jetzt auch noch Zeit.

Also, wenn Sie jetzt mal als Hausnummer nehmen: Der Verband ist im Saarland, sie fliegen ab, nehmen wir mal ein Beispiel, in Leipzig. Dann müssen sie erst mal von da nach dort hinkommen. Das heißt, die fahren ein Stück. Dann kommen die da an. Dann fallen die nicht aus dem Auto und springen sofort in den Flieger, sondern dann versammeln sie sich erst. Die Flieger müssen auch dort irgendwie hinkommen. Also, es braucht dann auch immer wieder Zeit, und Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben in jeder dieser Phasen auch politisch die Möglichkeit, auch militärisch, um zu sagen: Stopp! - Also Annahme, es wäre ein Wunder passiert und am 15. wäre die Lage plötzlich bereinigt gewesen und wir hätten nicht evakuieren müssen, hätten wir auch am 15. noch sagen können: Alles halt!

Und das Nächste ist ja dann auch: Selbst auf dem Flug dorthin ist es ja nicht so, dass wir in einem durchfliegen und einfach dann aus dem Flugzeug springen, sondern wir haben ja noch Stationen dazwischen: Gastland, Zwischenstand, Tanken und Ähnliches.

Also, es gab immer wieder Ankerpunkte militärischer Planungen, wo man die Operation hätte ändern, anpassen, abkürzen, was auch immer - - Man hätte was machen können. Also, es ist nie so, dass das dann praktisch wie ein Automatismus durchläuft. Und deswegen war mein Plädoyer immer dafür: Gebt uns noch ein bisschen mehr Luft und Zeit, damit wir uns vernünftig aufstellen können. Das war alles geplant. Aber immer diese nur halben Formulierungen „Wir beginnen mal mit ...“ usw. führten ja immer wieder dazu, dass wir noch weitere Iterationen haben. Also, ich bin da - also mit heutigem Blick erst recht, aber auch damals - immer klarer der Auffassung: Möglichst viel Zeit geben, aber immer Entscheidungspunkte einziehen, zu denen man Dinge auch noch mal notfalls stoppen könnte oder anders machen könnte. Aber das war, sage ich mal, zu dem Zeitpunkt, glaube ich, der bestmögliche Kompromiss im Ergebnis, den wir haben erwarten können.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Sie sprechen von Kompromiss. - Ich will versuchen, mich der Frage oder dem Sachverhalt noch von einer anderen Seite zu nähern. Am 16. August hat dann General Pfeffer Ihnen den Beginn der Evakuierungsoperation gemeldet und Ihnen den weiteren Verlauf mitgeteilt, nach unseren Unterlagen.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Genau.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich verstehe es so, dass diese Entscheidung - Beginn der Evakuierungsoperation und Festlegung des weiteren Verlaufs, durch den General Arlt in diesem Fall - auch schon am Freitag hätten erfolgen können.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also von der Verfügbarkeit der Kräfte, definitiv. Die hätten wir dann schon bewegt. So hat es noch ein bisschen gedauert.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Meinen Sie das mit „Es hätte schneller gehen können“?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. Das wollte ich nur noch mal für mich herausarbeiten.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Wir reden jetzt von wenigen Tagen, aber -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, ist klar.

**Zeuge Eberhard Zorn:** - wenn wir sehen, was - - Ein Tag Evakuierungsflüge bringt immer noch mal weitere - - ja, die wir dann hätten rausfliegen können.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Deswegen war mir das nur ganz wichtig, das noch mal - - Ich habe noch nicht verstanden gehabt, was man am 13. anders hätte entscheiden können. Aber ich verstehe das jetzt so, dass Sie sagen, am 13. hätte man die Evakuierungsoperation bereits wie dann am 16. erfolgreich beginnen können.

Ich habe noch eine weitere Verständnisfrage. Nun ist ja für die Planung einer solchen Operation - so stelle ich mir das zumindest vor -, auch erforderlich, zu wissen: Wie viel Menschen müssen wir denn eigentlich befördern? Also, wie viel Menschen müssen wir - - Also nicht nur die Umstände, wie die Umstände vor Ort sind - stelle ich mir auch schwierig vor -, aber eben auch die Anzahl. Wir wissen, dass das Auswärtige Amt der Bundeswehr im Frühjahr 2021 300 deutsche Staatsbürger als Ziel der Operation benannt hat. Das war nun sehr früh, Frühjahr 21. Und wir wissen, dass es in der Folgezeit Schwierigkeiten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gegeben hat, Listen derjenigen zu übermitteln, die für die Evakuierungsoperation vorgesehen und entsprechend auch berechtigt sind.

Da heißt es zum Beispiel - das ist MAT A BMVg-5.145 VS-NfD, Blatt 43 und 44 -, dass es - - Oder fangen wir anders an: Der Leiter des KSK-Elements hat hier vor dem Ausschuss am 21. August gesagt, dass er keine brauchbare Liste der deutschen Staatsbürger hatte, die für die Evakuierung vorgesehen war, und deswegen sich Ihr Stellvertreter in dieser Frage eingeschaltet hat. Es heißt dann eben aus der Fundstelle, die ich eben genannt habe, also MAT A BMVg-5.145 VS-NfD, Blatt 43 und 44 - Zitat -:

„Gen Laubenthal hat gerade mit StS Berger gesprochen, um bis am besten vor 06.00 Uhr morgen Namen, Erreichbarkeiten etc deu StAng zu erhalten. Auf der Basis kann Gen Arlt dann vor Ort entsprechend reagieren. Wir haben das klare Gefühl, auch nach erneutem Gespräch mit Gen Arlt, dass wir nicht mehr viel Zeit haben, weniger als wir gestern noch dachten...“

Zitat Ende. - Meine Frage ist: Was wissen Sie über die Verfügbarkeit von Listen über die ausreiseberechtigten deutschen Staatsangehörigen und über Listen zu evakuierender früherer Ortskräfte und sonstiger Berechtigter?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich selber habe so eine Liste nie gesehen; zum einen. Ich weiß, dass es im Bereich Auswärtiges Amt diese sogenannten ELEFAND-Listen gibt oder gab - gibt es, glaube ich, immer noch -, dass praktisch deutsche Staatsbürger, egal in welchem Land sie sich befinden - aber in dem konkreten Fall Afghanistan -, sich haben über die Botschaft in eine solche Liste haben aufnehmen können - - für den Fall, dass es zu einer Krise kommt, dass man weiß bei der Botschaft: Die und die Leute befinden sich in Afghanistan aus Grund XY dort und dort, Name, telefonische Erreichbarkeit, E-Mail oder so was. - Das gab es. Diese Liste lebt. Die lebte damals im Tagestakt.

Wir haben also nie im Grunde hundertprozentig gewusst: Sind das wirklich alle, oder kommen da noch welche mit dazu? Manche Staatsbürger haben auch bewusst darauf verzichtet, sich in die Liste einzutragen, oder sich erst spät hineingemeldet. Also, wir haben alle Varianten gehabt, bis hin - das ist mein krassester Fall, an den ich mich erinnere -, dass es Leute afghanisch-deutscher Staatsbürgerschaft gab, die zu einer Hochzeitsfeierlichkeit just in diesem Zeitfenster von Deutschland nach Kabul geflogen sind und sich gewundert haben, dass sie dann dort nicht mehr richtig zurückkamen mit normalen Flugzeugen. Das zeigt ja auch, welche Sichtbarkeit der Sicherheitslage manche Leute so hatten, und die haben Sie natürlich nicht auf der ELEFAND-Liste wiedergefunden, waren aber dennoch eine relativ große Gruppe.

Ähnliches war mit all denen, die dann auch als deutsche Staatsbürger sich noch mal haben nachmelden lassen, weil sie es dann plötzlich doch anders vor Ort erlebten und sagten: Wir wollen doch raus.

Also, das ist so meine Beobachtung zu dieser Art von Listen.

Was ich jetzt im Nachhinein, auch hier in der Vorbereitung, gelesen habe, ist, dass es das gegeben haben soll, also sogenannte Frauenrechtlerinnenliste und Menschenrechtsaktivistinnenliste usw. usf. Von denen habe ich damals nichts gehört, nichts gewusst, auch keine gesehen.

Sondern: Wir gingen aus von der Zahl 300 - das war erst mal der Rahmen - und dann einer Zahl, wir nennen es mal so, X an Ortskräften. Zu unseren eigenen hatten wir, also eigene Bundeswehr, immer namentliche Erreichbarkeiten, E-Mail-Accounts, Telefonnummern, die uns in die Lage versetzt haben, dort auch Verbindung hin aufzunehmen. Bei allen anderen waren diese Informationen teilweise sehr lückenhaft und mussten im Grunde erst generiert werden. Das ist aber nicht das - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Darf ich kurz eine Zwischenfrage stellen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Die Zahl X haben Sie eben genannt. Also, zu Beginn dieser Operation, als Ihnen das gemeldet wurde, am 16. August: Können Sie erinnern, von welcher Zahl der insgesamt zu evakuierenden Personen Sie ausgegangen sind?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Könnte ich jetzt nicht mehr genau sagen. Also, wir haben unsere natürlich, die wir noch hatten, also deutsche Ortskräfte - nein, bei Deutschland beschäftigte Ortskräfte, so muss man sagen -, da haben wir mal so grob gesagt: „Lass es noch 500, 600 sein“, und zwar bezogen immer auf die Ortskraft an und für sich. Wir haben dann optimistisch darunter gerechnet - wenn wir sagen, noch die entsprechend definierten Familienangehörigen mit dazu, immer noch so einen Faktor 5 mit dazu - - sodass wir dann im Grunde sagen können: Lasst es um die 2 500, 3 000 Ortskräfte und Familien sein, die wir mit unserem Fokus relativ klar umfassen konnten; mit der Anmerkung, dass wir auch dort nicht immer genau wussten: Schaffen die es von der Ecke, wo sie eben wohnen oder sich aufhalten, rechtzeitig zum Flughafen zu kommen und geschweige denn dann rein in den Flughafen, oder haben manche sich tatsächlich auch vielleicht von denen, die wir noch auf Liste hatten, schon auf eigenen Wegen mit dem damals gedachten „Wir bezahlen ihnen ein Ticket“ oder mit dem Visum, was sie hatten, schon auf anderem Wege aus Afghanistan wegbewegt? Das sind Dinge, die wir zu dem Zeitpunkt nicht hundertprozentig wussten. Aber mit so einer groben Schätzung, glaube ich, sind wir damals da angetreten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir wieder. Frau Kollegin Bayram.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Zorn, im Mandatstext vom Februar/März 2021, also Mandatstext Bundesregierung an den Bundestag, heißt es:

„Durch den deutschen militärischen Beitrag im Rahmen der

NATO-Mission Resolute Support konnte die Leistungsfähigkeit der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte an den Standorten Masar-e Scharif und Kundus zur selbstständigen Wahrnehmung von Sicherheitsverantwortung weiter gesteigert werden.“

Wie passt das eigentlich mit den Bewertungen des Referats SE I 3 des Bundesverteidigungsministeriums zusammen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Da möchte ich gerne noch ein Erklärstück dazupacken, wenn Sie erlauben. Wir haben in der Anfangszeit, als wir diese Ausbildung gemacht haben, teilweise ja auch die afghanischen Kräfte begleitet - das war noch schon unter der ISAF-Mandatierung - und waren mit ihnen quasi in Gefechten, im Kampf gegen die Taliban vorne mit unterwegs. „Vorne“ war dabei immer: Wir waren quasi nah bei der Truppe dabei, in einem ihrer vorgeschobenen Gefechtsstände, konnten also beurteilen: Was machen die? Wie agieren die tatsächlich, und wie gehen sie voran? Diese Bewertung hat zunehmend nachgelassen, weil wir das dann hinterher nicht mehr getan haben, sondern sie alleine ließen, sagten: „Ihr müsst das jetzt können“, oder: „Ihr könnt es“. - Wir haben nur noch auf der Ebene der höheren Führungskommandos begleitet. Also, das ist der Rahmen für diese Einschätzung.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Aber Sie kannten die Bewertung des Referats SE I 3?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das schon. Ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wie passt die Steigerung der Leistungsfähigkeit der ANDSF im Antrag der Bundesregierung vom Februar 2021 mit der Bewertung von Generalleutnant Schütt vom November 2020 zusammen, dass der TAA-Ansatz nicht mehr möglich war? Kannten Sie diese Bewertung von Herrn Schütt auch?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, wir haben ja - - Also, dieses Train Advise and Assist haben wir dann nicht mehr in der Form durchführen können, also bis ganz runter, sondern nur noch auf der Führungsebene und in den Compounds praktisch, also in den Feldlagern der afghanischen Streitkräfte. Also, das ist tatsächlich so. Wir mussten uns verlassen auf die Meldungen, die wir ja auf diesem Weg von deren Kommandeuren dann praktisch erhalten haben.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und waren denn diese Bewertungen von SE I 3 und dem Abteilungsleiter SE den Staatssekretären und der Ministerin ebenfalls bekannt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das könnte ich jetzt nicht genau sagen. Das ist mehr eine Vermutung. Also, ich kann jetzt nicht sagen, ob da überall Paraphen drauf sind, die sagen: Ja, war so. - Das weiß ich nicht.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn Sie es nicht wissen, dann wissen Sie es nicht; dann habe ich aber auch meine Antwort. - Meine nächste Frage ist: Wie hat denn das Bundesverteidigungsministerium seine Einschätzungen, also die vorhin genannten Einschätzungen, gegenüber dem Auswärtigen Amt kommuniziert, bzw. hat es das kommuniziert? Wissen Sie das?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, das kann ich nur prozessual eigentlich beantworten, weil die Mandatstexte, die wurden ja gemeinschaftlich erstellt. Und da hat nun bei uns ja die Abteilung „Politik“ die Federführung\* gehabt, und die hat aus meiner Bewertung immer sehr eng mit dem Auswärtigen Amt das zusammen getan. Und ich gehe mal davon aus, dass auch in diesem Kontext man sich da entsprechend ausgetauscht hat.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und sind Ihnen diese Bewertungen und auch die Besprechung der Staatssekretärsrunde zu Afghanistan vom 5. November 2020 bekannt? Also, wie wurde die Leistungsfähigkeit der ANDSF und die Entwicklung der Sicherheitslage von den Akteuren in dieser Runde gesehen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, da ich in der Runde nicht dabei war, kenne ich jetzt zumindest mal keine mündliche Diskussion. Falls es Protokolle geben sollte: Mag sein, dass ich sie gesehen habe, aber ich könnte Ihnen jetzt nicht explizit sagen, was da drinsteht.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Können Sie sich denn an Diskussionen innerhalb des Verteidigungsministeriums oder innerhalb der Staatssekretärsrunde erinnern, in denen dieses Thema war, nämlich die Leistungsfähigkeit der ANDSF und die Entwicklung der Sicherheitslage, wie sie bewertet wurde?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich kann es definitiv sagen aus Diskussionen, die wir im internationalen Kontext hatten, also in der NATO beispielsweise in meinen Runden dort, dass dort ganz klar gesagt wurde: Wenn wir mit den internationalen Truppen insgesamt aus Afghanistan abziehen, dann werden irgendwann die Taliban die Oberhoheit haben, weil die ANDSF nicht durchhaltungsfähig - -

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das ist interessant; verzeihen Sie mir. Mich interessiert schon die deutsche Perspektive, wie das in unserer Zuständigkeit bewertet wurde, und mich interessiert eben insbesondere, ob es dort unterschiedliche Einschätzungen innerhalb des BMVg gab.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das kann ich jetzt nicht an Namen festmachen; aber wir haben tatsächlich diesen - - also ich habe auf der militärischen Seite diesen eher negativen Bewertungsaspekt, den wir aus der NATO erhalten haben, eher im Vordergrund gesehen. Ich war da nicht optimistisch. Da war noch nicht hinterlegt der Zeitraum, also dass es nachher so schnell ging, wie es ging. Sondern wir waren eigentlich davon überzeugt: Wenn wir rausgehen und die ANDSF sich selbst überlassen - keine weitere Unterstützung mehr, sei es in Beratung oder auch in technischer Unterstützung erfolgt -, werden sie irgendwann gegen die Taliban verlieren, und die Frage ist halt, wann. Und das hatten wir - „wir“ militärisch - auf dem Weg der Amerikaner wie der Briten immer wieder gehört: Es ist keine Frage



## Nur zur dienstlichen Verwendung

des Ob, sondern nur eine Frage des Wann. Und das haben wir auch militärisch immer so kommuniziert.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber wie wirkte sich bzw. wirkte es sich denn in der Folge auf die deutsche Afghanistan-Politik aus, diese Bewertung?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Zunächst nur sehr mäßig, sage ich mal ganz ehrlich; denn es führte nicht jetzt dazu, dass wir darum gekämpft haben, dort länger weiter zu bleiben, um dann den Afghanen noch mehr Ausbildungshilfe oder was auch immer zukommen zu lassen. Wir haben zwar immer wieder solche Ideen diskutiert, aber da unsere Abhängigkeit von der amerikanischen Seite insbesondere so groß war, war das nie eine Option, zu sagen: Wir bleiben allein in Afghanistan, um das dann alleine zu machen oder vielleicht mit zwei, drei anderen Partnern.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber mich interessiert insbesondere die Sicherheitslage, die Sie ja jetzt so geschildert haben, wenn ich Sie da richtig verstanden habe, dass Sie sagten: Die war prekärer. - Und Sie waren jemand, der das so eingeschätzt hat. Und mich interessiert insbesondere auch, inwieweit es dazu einen Austausch mit dem Auswärtigen Amt gab oder eben eine Einschätzung des Auswärtigen Amtes.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich persönlich hatte in diesem Zeitfenster gar kein Gespräch mit irgendjemandem, der vergleichsweise auf meiner Leitungsebene dort gewesen wäre, also weder mit dem Minister noch mit Staatssekretären oder sonst wie; also, war ich nie eingebunden. Wenn, dann kann das nur gelaufen sein also über praktisch mehrere Etappen, dass wir praktisch unsere Staatssekretäre aufgestellt haben für die entsprechenden politischen Runden. Ich selbst war dort nicht eingebunden.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jetzt interessiert mich: In einer Mail von OTL G [REDACTED] an Oberst F [REDACTED] vom August 2021 berichtet er, dass ein Bericht über die prekäre Lage der ANDSF von SE II 1 zurückgewiesen wurde

und es zu einer Eskalation kam, die dazu führte, dass dies im Januar 2020 auf Staatssekretärebene unter Leitung Bundeskanzleramt behoben werden musste. Sagt Ihnen das was? Und wie sah diese Klärung aus?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Da sehen Sie mich jetzt, ehrlich gesagt, etwas ratlos dreinblicken. Nee, das kann ich nicht einordnen, nein.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, Ihnen - - Gab es den Konflikt innerhalb der Abteilung SE? Ist Ihnen das bekannt, oder können Sie sich nicht erinnern? Das bräuchte ich schon.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ist mir nicht bekannt.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und war Ihnen auch zu keinem Zeitpunkt bekannt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Nee, und vor allem das mit dem Rückblick auf Richtung Bundeskanzleramt auch nicht. Nee.

(RDn Kathrin Geyer  
(BMVg) meldet sich zu  
Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Kleinen Moment, die Bundesregierung wünscht das Wort.

**RDn Kathrin Geyer (BMVg):** Ja, ich würde nur darum bitten, da vielleicht auch noch mal die Dokumentnummer zu nennen, die MAT-Nummer, und dem Zeugen anzubieten, dass er auch da Einsicht nehmen kann.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Da haben Sie recht.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frage weiter, andere Fragen, weil meine Zeit - - darüber entscheide ich ja, wie ich - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, aber die MAT-Nummer sollten Sie bitte trotzdem nennen; die fehlte uns.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die MAT-Nummer liefere ich gerne, aber ich würde trotzdem die nächste Frage stellen. Die MAT-Nummer ist MAT A BMVg-3.166 VS-NfD, Blatt 540. - Aber meine nächste Frage ist: Wie haben Sie die Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan, den Einsatzwert der ANDSF und die Möglichkeit von TAAC-N, den Ausbildungsauftrag zu erfüllen, bewertet?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Jetzt kommt es auf den Zeitraum an; aber ich sage es mal allgemein. Also in der Zeit, als wir noch in Masar und in Kunduz aktiv waren mit unserer Truppe, präsent vor Ort, damit also schnell in der Lage, was zu tun und zu unterstützen, war der Einsatzwert dieser afghanischen Kräfte aus meiner Sicht mittel, würde ich jetzt mal sagen. Und die Möglichkeit, den Auftrag, also des gesamten Bereichs in diesem Kontext, durchzuführen, war in Ordnung; das war gegeben.

Ab dem Moment, wo wir aus Kunduz raus waren, sage ich mal ganz platt, da haben wir nur noch drei Berater mit dem Hubschrauber dahin geflogen. Hubschrauber hatten wir schon kaum noch welche; also, wir hatten eh unsere deutschen, aber manchmal brauchten wir noch Unterstützung von anderen. Wir flogen dahin. Es gab dort auch keine tiefgehende Beratungschance mehr, weil wir am gleichen Tag aus anderen Gründen sicherheitsmäßig wieder zurückfliegen mussten. Das heißt, danach ist die Möglichkeit, diesen Auftrag vernünftig durchzuführen, deutlich reduziert gewesen. Also, wir haben echt nur noch dann in Masar und dann dort für diese vor Ort befindlichen afghanischen Truppen das machen können. In Kunduz war das im Grunde noch nett, dass wir da waren, Kontakt gehalten haben, aber effektiv war diese Ausbildung nicht mehr.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage ist, ob bzw. wann Sie gegenüber der Bundeskanzlerin darüber Informationen vorgebracht haben.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich persönlich nie. Ob es die Ministerin an irgendeiner Stelle getan hat, vermag ich nicht zu sagen.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, aus dem BMVg mit Ihrer Kenntnis gab es keine Informationen? Oder ist die Schlussfolgerung zu weit gehend?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, vom Weg her ist es ja dann so gewesen: Es gab ja diese auf Staatssekretärebene stattgefundenen Staatssekretärsrunden, und es gab das Kabinett. Also, entweder hat irgendeine Staatssekretärsrunde aus diesem Kontext was berichtet oder aber die Ministerin im Kabinett. Das ist mir aber nicht geläufig, weiß ich nicht. Und mich persönlich hat die Kanzlerin nie angerufen oder irgendjemand sonst aus dem Kanzleramt.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber meine Frage ist - entschuldigen Sie bitte, ich habe ja selbst auch in Ministerien gearbeitet -: Es ist nichts weitergeleitet worden, was an Ihrem Tisch vorbei hätte gehen können? Dann hätten Sie doch eine Rückmeldung dazu bekommen.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das ja, also das schon. Ja. Aber das wäre mir jetzt so nicht bekannt, dass das dann von mir auf all den Wegen bis dorthin auch tatsächlich durchgegangen wäre.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank so weit. - Meine Zeit ist rum.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das war sehr großzügig mit der Zeit dieses Mal. - Und wir wechseln zur AfD.

**Stefan Keuter** (AfD): Laut Fundstelle MAT A AA-9.23 VS-NfD, Blatt 70, hat Minister Maas am 23. Juni 21, also gut zwei Monate nach der Biden-Entscheidungen zum Komplettabzug, folgende Worte vor dem Deutschen Bundestag gesprochen - ich zitiere -:

„... die **Taliban** müssen zur Kenntnis nehmen, dass es ein **„Zurück ins Jahr 2001“** nicht geben wird. Dagegen steht eine selbstbewusste **afghanische Zivilgesellschaft** - die ... **nachhaltigste Errungenschaft der letzten zwei Jahrzehnte.**“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Zitat Ende. - Ein halbes Jahr zuvor sollen Sie, Herr Zorn, laut MAT A BKAm-3.64 VS-NfD, Blatt 61, am 23. November 20 auf Einladung der Kanzlerin am Mehrministertgespräch im Kanzleramt teilgenommen haben. In den auf MAT A AA-9.18 VS-NfD, Blatt 49 ff., für dieses Gespräch vorbereiteten Sprechpunkten für Minister Maas ist unter der Überschrift „Nächste Schritte“ Folgendes zu lesen - Zitat Anfang -:

„Wir verfolgen weiter die gemeinsam vereinbarten Ziele ... bereiten uns aber auf alle Szenarien vor. ... Habe mit NATO-GS dazu gesprochen, der auch sehr schwierige Entscheidungsfindung bis Mai“

- also 21 -

„sieht: gehen, und alles verlieren, was wir aufgebaut haben. Oder bleiben in einer gefährlicheren und schwierigeren Lage.“

Zitat Ende. - Herr Zorn, haben Teilnehmer des Mehrministertgesprächs mit der Kanzlerin sich darüber überrascht gezeigt, dass der NATO-Generalsekretär die Lage dahin gehend einschätzte, dass das vom Westen in 20 Jahren in Afghanistan Investierte im Falle eines NATO-Abzugs verloren gehen würde, und, wenn ja, welche Teilnehmer waren darüber überrascht?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Da muss ich jetzt ehrlich gestehen: Das könnte ich Ihnen so jetzt nicht beantworten. Da habe ich keine Notizen mehr bei mir gefunden.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut, dann machen wir mit einer anderen Frage weiter. Sie können uns ja nur das beantworten, was Sie auch wissen und was Ihnen erinnerlich ist.

Für das Sekretariat: Ich beziehe mich im Folgenden auf die dem Sekretariat zugesandte Anlage 11, Seite 1. - Herr General, am 16. August 2021 trat Bundeskanzlerin Merkel vor die Kameras und bemerkte mit Blick auf den Sieg der Taliban, alle hätten die Entwicklung in Afghanistan falsch eingeschätzt. - Nun hat der letzte Befehlshaber des deutschen RS-Kontingents, General

Meyer, diesem Ausschuss in seiner Vernehmung berichtet, dass die Bundeskanzlerin ihm persönlich im Winter 20 den dringenden Auftrag gegeben habe, einen ungeordneten Abzug aus Afghanistan zu verhindern. Meyer gab Merkel folgendermaßen wieder - Zitat aus dem vorläufigen Protokoll der Sitzung vom 09.02.23, Seite 62; Zitat Anfang -: „Ich möchte kein Bild haben wie in Saigon.“ Zitat Ende. - Herr Zorn, haben Sie Kenntnis von diesem an General Meyer durch die Kanzlerin persönlich gerichteten Auftrag erhalten, und, wenn ja, wie haben Sie darauf reagiert?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das weiß ich jetzt nun wirklich definitiv. Das hat mir Meyer gemeldet. Also, das ging so rum, weil ich bei diesem Gespräch nicht dabei war. Aber das Thema „Bilder Saigon vermeiden“ war ab dort - ich würde es mal so formulieren - wie ein geflügeltes Wort. Also, das haben wir wirklich vor uns hergetragen. Und gerade wenn Sie den Meyer ansprechen: Der hat das auch tatsächlich, wie ich eben schon an anderer Stelle sagte, bei der Übergabe des Lagers in Masar-i-Scharif usw. tatsächlich auch so in die Praxis umgesetzt. Also, das, denke ich, ist gut gelungen, was den Abzug des RSM-Kontingents betrifft. Genau dagegen - das darf ich ergänzen - stehen im Grunde die Bilder, die wir alle ja gesehen haben, von der Evakuierung in Kabul.

**Stefan Keuter (AfD):** Ja.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das war jetzt nicht Saigon, aber das fand ich - das ist heute ja noch durchtragend -, das ist an der Stelle genau nicht gelungen. Nicht auf unserem Verschulden aufbauend, aber - -

**Stefan Keuter (AfD):** Ist verstanden. Wie oft kam es vor, dass eine Regierungschefin direkt Aufträge an Kontingentführer RS gab?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, jetzt muss man immer sehen - - Ich weiß ja gar nicht, was für ein Kontext das war. War das ein Gespräch, oder war das ein Truppenbesuch der Kanzlerin? Oder - -

**Stefan Keuter (AfD):** Oder anders gefragt: Sind Ihnen andere Sachverhalte bekannt? Oder ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen gemeldet worden von einem anderen General oder anderen Untergebenen, dass die Bundeskanzlerin direkt Aufträge erteilt hat?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Nee, also mir sind jetzt keine Aufträge in dem Sinne bekannt, weder mündlich noch schriftlich, dass die Kanzlerin das unmittelbar getan hätte. In dem Kontext also auch so - - Das ist ja auch jetzt kein echter Auftrag, zu sagen: Vermeide mir Bilder wie Saigon. Das ist ja eher, nenne ich es mal, so eine Art, mit Meinung hinterlegt, Absichtsbekundung, die dann ja erst mal zu operationalisieren ist. Aber ich kann mich bei den Sitzungen, an denen ich teilnahm im Kanzleramt mit der Kanzlerin, nicht erinnern, dass sie in irgendeiner Form Aufträge erteilt hätte, so in der Form.

**Stefan Keuter (AfD):** Prima, danke. - Herr Zorn, uns ist in dem Zusammenhang mit den Astra-Zeneca-Impfungen aufgefallen - Fundstelle MAT A BMVg-4.207 VS-NfD, Blatt 109 -, am 24. Februar 2021 an Sie geschrieben von Unterabteilungsleiter SE II, General Faust - Zitat Anfang -:

„Aufgrund der mit dem Impfstoff Astra-Zeneca verbundenen Nebenwirkungen, die zu einem temporären Ausfall von über 25% des Personals führen können ...“

Zitat Ende. - Können Sie bestätigen, dass damals nach den AstraZeneca-Impfungen der Truppe es zu 25 Prozent Ausfällen gekommen ist?

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Also ich würde die Frage an den Sachverhalt nicht vom Untersuchungsgegenstand gedeckt sehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ... [akustisch unverständlich]

**Stefan Keuter (AfD):** Diese Auffassung teile ich nicht. Wenn Sie sich unseren Untersuchungsauftrag anschauen, dann geht es um Truppenstärke, Verfügbarkeiten etc., Lessons learned, was daraus abzuleiten ist. Und wenn es aufgrund von Impfungen, die in dieser Form, glaube ich, einmalig waren, zu einem Ausfall von einem Viertel der Truppe führt, kann das durchaus untersuchungsgegenständlich sein, zumal diese Fundstelle ja auch aus den Beweismaterialien, die ich ja gerade zitiert habe, hervorgeht und der Zeuge offensichtlich direkt damit befasst war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Also, bezogen auf die Details zu diesem Thema, glaube ich, ist der Zeuge nicht auskunftsfähig, aber vielleicht zu der Grobausage. Wenn er dazu antworten möchte, dann biete ich ihm Gelegenheit.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich erinnere mich daran, dass es diese Meldung gab. Aber zu dem Zeitpunkt, also im Februar, hatte ich jetzt da noch keine Notwendigkeit darin, zu sagen: Das wirkt sich jetzt auf die Einsatzbereitschaft der Kräfte in irgendeiner Form aus. Und wenn ich jetzt zurückgucke - - Jetzt weiß ich nicht mehr genau, mit was ich geimpft wurde; ich glaube, dann gab es Moderna hinterher. Also, wir haben ja dann auch Erfahrungen gesammelt, was besser ankommt und weniger Ausfälle generiert ad hoc - - dass wir das auch im Impfprogramm berücksichtigt haben.

Sagen wir, entscheidend ist für mich bei dem Punkt: Das Kräftedispositiv MilEvakOp ist ja eines, was durchgeimpft ist durch alle Impfungen dieser Welt. Da ist Corona ein kleiner Teil davon. Insofern also ist es schon eine Relevanz für die Einsatzbereitschaft insgesamt, die wir aber im Auge hatten, und die nach meiner Bewertung keine kurzfristigen oder mittelfristigen Auswirkungen gehabt hat.

**Stefan Keuter (AfD):** Prima, vielen Dank. - In der Runde eine letzte kurze Frage. Laut MAT A BMVg-4.754 VS-NfD, Blatt 124, haben Sie im April 2021 bei Ihrem ungarischen Amtskollegen darum ersucht, für den Bundeswehrrückzug aus Afghanistan ungarische Lufttransportkapazitäten zu erhalten. Können Sie uns sagen, ob bzw. wie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Ungarn unter Ministerpräsident Orbán den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan unterstützt haben?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Könnte ich jetzt nicht mehr genau sagen; aber es war damals ja in der Tat so, dass ja viele Nationen ihre Staatsbürger, Ortskräfte - wie auch immer - evakuiert haben und wir uns natürlich alle gegenseitig unterstützt haben mit den Lufttransportmitteln, die die jeweilige Nation mit eingebracht hat. Konkret auf Ungarn bezogen kann ich es nicht sagen. Aber ich weiß aus der Evakuierungsphase insgesamt, dass mich immer wieder Kollegen angerufen haben und haben gesagt: Pass auf, ich habe da noch drei, vier, kleine Gruppe, unsere Maschinen sind schon weg, könnt ihr die noch mitnehmen? - Also, solche Dinge haben stattgefunden. Und wir haben am Ende keine leeren Maschinen auch international fliegen lassen, sondern jeder hat mitgenommen, was vor Ort war. Also, vor dem Hintergrund: Sicherlich gab es eine Unterstützung, ich kann sie aber nicht quantifizieren.

**Stefan Keuter (AfD):** Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht geht zur FDP. Frau Kollegin Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zorn, ich würde gerne noch auf das Thema „Auswertung der Evakuierung“ zu sprechen kommen. Könnten Sie vielleicht darauf eingehen, ab wann bei Ihnen im Haus die Auswerteprozesse zum Blick auf die Evakuierung angelaufen sind?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, die Ministerin hat definitiv angewiesen, dass erst mit der Landung der letzten Maschine, quasi also raus aus Kabul, damit begonnen wird, eine Bilanzierung vorzunehmen. Und es gab eine Startveranstaltung, nenne ich die mal einfach, am 6. Oktober, wo wir mit der Bilanzierung insgesamt begonnen haben. Da konnte ich mich noch irgendwie so erinnern. Was jetzt nicht heißt, dass wir nicht von Beginn an natürlich sofort immer mitplotten, was denn so unsere Lehren sind. Also das heißt, 06.10. ist da so ein Gesamtstartschuss. Aber dann sind natürlich wir schon trotzdem so weit, dass wir uns

unter der Zeit bis dorthin natürlich jeden Vorgang noch mal genau angeguckt haben und dann geschaut haben, was da wie zu bewerten ist. Aber der eigentliche Bilanzierungsprozess begann da.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und zu welchem Ergebnis sind Sie im Kern gekommen bei der Auswertung?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich bin sicher, da gibt es einen dicken Bericht; den habe ich nicht mehr vor Augen. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich eines - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also die Quintessenz sozusagen.

**Zeuge Eberhard Zorn:** In der Quintessenz: Es war eine der besten Operationen, die ich in meiner ganzen Dienstzeit je erlebt habe - rein militärisch. Ich rede jetzt nicht von den Fliegern, die Sie sehen: Da fallen Staatsbürger außen, die sich festgeklebt oder festgehalten haben, runter. Das sind die Bilder. Das ist unstrittig. Aber das ist eine amerikanische Maschine, war nicht unsere. Was wir gemacht haben in diesem Kontext mit EvakOp, das war top.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** In der 66. Sitzung des Untersuchungsausschusses war Brigadegeneral Arlt vorgeladen. Und ich lese nun ein Zitat von ihm aus dem endgültigen Stenografischen Protokoll 20/66, Seite 10 bis 11, vor:

„Das eine, wie gesagt, ist durch den Befehlshaber Einsatzführungskommando General Pfeifer damals gesagt worden, der, wie folgt - ich zitiere - -“

- das ist jetzt ein Zitat im Zitat sozusagen -

„„Nicht gelungen ist und nicht gelingen konnte, alle derer, die mit und für Deutschland gearbeitet haben, in der verbleibenden Zeit zu evakuieren.“ [?]

Warum sage ich das? Weil das damit kenntlich macht, dass es ein Auftrag ist für dieses Team, der nicht lösbar war. Das ist wichtig,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

weil das etwas mit Menschen macht.“

Wie blicken Sie auf die von Ihrem Kollegen getroffene Aussage? Und wieso war der Auftrag nicht lösbar?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, erst mal stimmt das so; das ist das, was wir eben mit den Zahlen hatten. Also hätten, theoretisch, wir nur 300 deutsche Staatsbürger und jetzt, sagen wir mal, 3 000 Ortskräfte zu evakuieren gehabt, und wäre es so gelaufen, wie wir uns das immer so idealtypisch vorgestellt haben - es gibt fünf Sammelpunkte, da sammeln die sich alle, wir holen die da ab, bringen die rein, geordnet, kontrollieren die Pässe, schauen, ob alle dabei sind, schnallen sie an und fliegen sie raus -, dann hätten wir das so hingekriegt. Aber die Lage war ja eine andere, und dann noch die Anzahl derer, die ständig gestiegen ist. Also, insofern war es am Ende nicht leistbar.

Was ich gesehen habe, war am Ende, als das dann durch war und wir die Truppe gesehen haben, dass die Truppe da sehr unterschiedlich damit umgegangen ist. Also, wir sind ja nach Taschkent geflogen; da konnten Sie ganz klar Leute sehen, die schon 18-mal in Afghanistan waren und die schon alles mitgemacht haben, was wir an Auslandseinsätzen hatten - das sind die Kameraden der Luftlande 26, die waren in jedem Auslandseinsatz dabei, und zwar unter schwierigsten Rahmenbedingungen -, die gehen mit solchen Dingen anders um als die, die jetzt zum allerersten Mal dort waren und dann vor allem mit dem Elend an diesem Platz dann auch beschäftigt waren, bis hin zu dem, was Sie auch sicherlich gehört haben, wie das war mit den Verwundeten, mit den Kindern, die da über die Zäune gereicht wurden, usw. Also, das heißt, es war hinterher ein großer Erklärungsbedarf, zu sagen: Wieso haben wir das nicht geschafft, alle rauszuholen? Also, wir haben dann sehr viele Leute gehabt, die das sehr emotional nachgehalten haben. Das ist tatsächlich so.

Meine Bewertung, die ist jetzt mehr so eine aus der großen Gesamtbrille, weil ich ja wusste: Das war nicht leistbar, dass wir Zehntausende von

Leuten dort rausholen, und schon gar nicht national, selbst international haben wir es nicht geschafft. Insofern war es jetzt rein aus dem Fokus: Wie ist das militärisch gelaufen? Also, von der Planung bis in die Hineinverlegung, das Zusammenwirken der Kräfte vor Ort und das Wiederausgehen, das war in der Summe eine militärische Operation, die gelungen ist. Das Ergebnis, wie viele ich jetzt rausgekommen habe oder nicht, das ist eine andere Thematik. Wenn ich das sehe, hätte es gern mehr sein können. So, jetzt war aber die Lage auch nicht so, dass wir es haben beliebig verlängern können. Damit muss man sich dann halt mit der Zahl zufriedengeben, die wir rausgeholt haben. Und das ist immerhin schon eine Leistung, das in dieser Zeit geschafft zu haben.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sie haben gerade gesagt, das sei nicht leistbar gewesen. Wie meinen Sie das?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, also 10 000, 15 000 Afghanen im weitesten Sinne. Wir reden jetzt ja nicht mehr von deutschen Staatsbürgern, die waren weg; die haben wir, und unsere Ortskräfte selber, glaube ich, in der Masse auch. Aber alle anderen, die jetzt da noch drumherum sind, diese Zehntausenden, die auch in der Nachphase der eigentlichen Evakuierung noch versucht haben, außer Landes zu kommen, die wir mit Bus-transporten über Pakistan und wie auch immer aus dem Land geholt haben, die wären in der Kürze der Zeit so nicht rettbar gewesen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** War das denn Teil des Aufarbeitungs- oder Auswerteprozesses, wie man das hätte schaffen können? War das auch Teil der Diskussion?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, und zwar war das auch ein Teil dessen, was die Ministerin beauftragt hatte, nämlich mal reinzuschauen: Was hätten wir Deutsche eigentlich alleine leisten können? Also, was hätte es gebraucht, dass wir selber zum Beispiel einen Flugplatz betreiben? Wir haben jetzt immer Kabul im Auge. Wir waren ja mal in Masar-i-Scharif mit Truppe. Jetzt, wenn die Truppe weg ist, kann ich ja trotzdem so einen Flughafen noch mal anfliegen, kann sagen: Ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

betreibe ihn für eine eigene Evakuierung. - Dafür haben wir aber nicht das Material, und wir haben auch nicht genug Flugzeuge. Das heißt, das hat sie beauftragt, auch in der Folge, mal aufzulisten, was wir bräuchten, um so was eigenständig tun zu können. Das ist erfolgt. Ich weiß jetzt nur aus Gesprächen, die ich jetzt unlängst mal wieder hatte, dass aber aus all dem, was das dann bedeutet für die Beschaffung, zunächst mal nichts weiter passiert ist. Das sind Gelder, über die wir reden - - keine Ahnung, da muss erst mal der Haushalt entsprechend passen. Das wurde gemacht, ja.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Inwieweit ist denn die zeitliche Dimension auch Teil des Auswerteprozesses gewesen, also der Zeitstrahl sozusagen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, die 14 Tage waren natürlich bei der Menge, die zu evakuieren waren - - war der Zeitstrahl sehr kurz, letzten Endes. Man hätte das noch Wochen machen können, dann aber mit anderem Kräfteansatz. Also, dann - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und der Zeitstrahl nach vorne?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Nach vorne, da ist klar: Je früher man begonnen hätte - - Also nehmen wir mal an, wir hätten bereits im März angefangen, also mal unter Hinweglassung der diplomatischen Bemühungen und der Signalwirkung, also, wenn wir gesagt hätten: „Jawohl, ab März fangen wir an, zu evakuieren“, hätte das aus der Bewertung der Nachbarressorts, so wie ich das gelesen habe, dazu geführt, dass das wie ein Dominoeffekt gewesen wäre. Dann hätten wir einen richtigen Strom von Bewegungen aus Afghanistan raus gehabt. Das wollte man ja auch vermeiden. Also insofern sind die Dinge, die auch miteinander einherspielen - - Das ist aber kein rein militärisches Thema. Und insofern kann ich nur sagen: Das, was zur Verfügung stand in der Zeit, in der wir da waren, war das ein gut ausgeführter Auftrag. Und mehr ging zu dem Zeitpunkt nicht.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Können Sie aus der Erinnerung noch sagen, wie zum Beispiel

die USA - oder Sie hatten vorher auch Großbritannien erwähnt - - wann die begonnen haben, Ortskräfte auszufliegen und zu evakuieren?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich meine, die waren, jetzt im konkreten August, vier, fünf Tage vor uns dran. Da ist natürlich der Entscheidungsfindungsprozess auch in beiden Staaten ein anderer. Wenn Sie also jetzt nur mal - bei den Amerikanern weiß ich es mit der Hausnummer - sehen: Da haben die eine Division - das ist so, was bei uns die Division Schnelle Kräfte macht; nur wir machen es kleiner -, die praktisch unmittelbar die Weisungen des Präsidenten umsetzt. Ich habe die mal besucht irgendwann. Da stehen auch die Flugzeuge alle, mehr als wir in Wunstorf haben. Das heißt, wenn der Präsident sagt: „Wir evakuieren“, dann sitzt der Kommandeur von dieser Division im Flieger mit all seinen Leuten, mit all seinen Maschinen und fliegt los. Dann hat er die auch einsatzklar am gleichen Platz. Also, der muss nicht, wie eben geschildert, vom Saarland nach Leipzig fahren und Flieger von Wunstorf dahin bringen. Der hat die in einem. Und das ist der Unterschied. Und deswegen sind die natürlich auch schneller, wenn so eine Entscheidung kommt. Das hat nichts mit parlamentarischer Befassung zu tun, sondern das geht schlichtweg um die Disposition der Kräfte, die man in Amerika dafür bereithält.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** War denn das Thema, was Sie jetzt gerade angesprochen haben, diese strukturellen Unterschiede, war das auch Thema Ihres Auswerteprozesses? Und könnten Sie darauf bitte noch mal eingehen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, wir haben natürlich analysiert, ob unsere Systematik, die wir haben, ob die schlau ist. Also, wir haben ja im Grunde - - Auch wenn Sie jetzt mal gucken in unsere Struktur der Bundeswehr oder danebenlegen, was dazu zum Beispiel im Haushalt verankert ist, werden Sie nirgendwo finden Kräftedispositiv MilEvakOp - also Abkürzung Militärische Evakuierungsoperation -, weil es eine Aufgabe ist. Es ist eine Aufgabe für ein Truppenteil unter anderen. Also, Sie haben jetzt keine nur für Evakuierung vorgesehenen Kräfte, und dementsprechend variiert das auch immer. Das ist jetzt der Kern,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das sind diese Fallschirmjäger und Spezialkräfte. Aber drum rum brauchen Sie Feldjäger, Sie brauchen Sanitäter, Sie brauchen Piloten usw. Und all die, die wechseln regelmäßig. Also, da kommt mal von da eine Kompanie und das nächste Mal von der anderen Seite. Und diese Standardpakete, die wir da haben, sind da deutlich weniger standardisiert als in anderen Nationen, insbesondere in den USA. Wir machen das aus dem laufenden Auftrag heraus, den diese Truppenteile so haben. Das kostet Kraft, das kostet Manpower, das kostet Ausrüstung; aber wenn man das will, kann man das machen. Nur, da sehe ich jetzt im Augenblick in der aktuellen Weltlage und der jetzigen Situation im Moment auch keine Bewegung, dass sich das verändern wird. Aber die Erkenntnis ist da, dass man das deutlich stärker earmarkt und nicht als Zusatzaufgabe nimmt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Dann sind wir am Ende dieser Runde, und ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten.

(Unterbrechung von  
14.48 bis 14.54 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Bundeswehr würde man sich jetzt eine Rüge einfangen, weil das eigentlich keine Viertelstunde war, sondern ein bisschen mehr. Aber ich habe gemerkt, dass Sie Sauerstoff benötigen. Wir haben jetzt auch hier drin wieder ein bisschen bessere Luft. Insofern hoffe ich, dass es dafür jetzt umso zügiger weitergeht.

Wir setzen die Sitzung fort, und es geht weiter mit der SPD-Fraktion und dem Kollegen Jörg Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte an meine vorigen Fragen anschließen. Sie haben ja bereits in Ihrem Eingangsstatement erwähnt oder in der ersten Frageunde - ich kann mich nicht mehr ganz genau erinnern -, dass KSK-Kräfte auch mit leichten Unterstützungshubschraubern Bestandteil der Evakuierungsoperation waren. Generalleutnant Pfeffer berichtete uns in seiner Anhörung - ich

beziehe mich auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/74, Seite 39 - Folgendes:

„Aus meiner Sicht und auch in der Betrachtung im Nachgang war die zentrale Bedeutung des Hubschraubers allein die Tatsache, dass wir sie ins Einsatzgebiet verbracht haben, weil die ein klares Signal gesetzt hat, dass wir es ernst meinen mit der Evakuierung, an unsere militärischen Partner vor Ort.“

Teilen Sie diese Einschätzung? Welche Gedanken haben Sie zu dieser Einordnung?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, unbedingt. Aber ich würde gern die Hubschraubertematik noch mal zweiseitig einsortieren. Also, wir haben ja diese Hubschrauber beim KSK tatsächlich bislang immer nur genutzt im Kontext „Ausbildung und Übung“. Das erste Mal richtig außerhalb haben wir es erprobt damals in Niger, als wir dort die Spezialkräfte der nigrischen Streitkräfte damals ausgebildet haben. Und da haben wir einmal eine Übung dort gemacht, wo wir versucht haben - - Da haben wir zwei oder drei Hubschrauber mit unseren eigenen Mitteln dahin verfliegen, sie in der Übung eingesetzt und auch wieder zurücktransportiert. Also, wir haben Erfahrungen vorher gesammelt - das war deutlich vor dieser Evakuierungsphase -, und damit hatte ich das Bild vor Augen. Und ich war in der Übung in Niger selber vor Ort und habe mir das angeguckt, weil das wirklich so ein Punkt war, wo wir erstmalig diesen Schritt gegangen sind. Das hat mich beeindruckt, wie das technisch usw. gegangen ist. - Das war der eine Punkt.

Der zweite Punkt war, dass wir General Arlt von Anfang an gesagt haben im Zuge der Evakuierung, alles, was er braucht, kriegt er. Ich wollte uns hinterher nie dem Vorwurf aussetzen: „Hätte ich das gehabt, hätten wir können“, sondern: Alles, was wir haben, kriegt er zur Verfügung gestellt, und zwar am besten so schnell wie möglich, aber nach seiner Beurteilung. Das heißt, er hat also dann den Antrag gestellt - auf dem normalen Weg ans Einsatzführungskommando -, hat das aber begleitet auch in ein solches Gespräch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mit der Ministerin, wo wir alle um den Tisch mit rumsaßen, hat das noch mal bekräftigt, dass er diese Hubschrauber haben will, und wir haben geprüft. Die waren verfügbar. Wir hatten genug Maschinen bereitgestellt und auch Transportmaschinen, um die dort hinzubringen, sodass wir gesagt haben, er will es, es war taktisch sinnvoll - das Einsatzführungskommando hat das so bewertet -, und wir haben die hingebracht.

Das Kernproblem war der Einsatz der Maschinen; denn der Luftraum war ja geregelt über die Amerikaner, und die Amerikaner haben da Restriktionen aufgemacht. Das bedeutete, dass wir im Zuge der Verlegung dieser Hubschrauber bis auf oberste Ebene telefonieren mussten. Die Ministerin hat mit ihrem Amtskollegen telefoniert. Ich habe mit meinem Amtskollegen telefoniert - da erinnere ich mich noch heute dran -, der völlig verblüfft war, dass wir plötzlich mit so was um die Ecke kommen. Und als wir die dann da unten hatten, waren die Amerikaner tatsächlich überrascht.

Wenn ich Ihnen das jetzt so schildere, dann erlauben Sie mir, eine Bemerkung in den Kontext zu stellen - und damit teile ich völlig die Bewertung, die Sie eben zitiert haben, Herr Abgeordneter -: Die Amerikaner haben uns in dieser ganzen Phase - nicht in Afghanistan, aber in anderen Einsatzräumen - immer wieder um Unterstützung gebeten - mit Kampftruppe, mit Luftfahrzeugen, mit was auch immer -, die wir in der Regel nicht gewährt haben. Da ging es im Kern darum: Einsatz im Irak, in Syrien, Anti-IS. Da haben wir das gestellt, was Sie alle kennen, und auch nicht mehr. Und die Amerikaner haben aus all diesen Anfragen - die kamen wöchentlich - eigentlich abgeleitet: Na ja, die Deutschen! Okay, ist so. - Das schreiben die nicht in die Zeitung, und das erzählen die auch jetzt nicht in großen Runden, aber man hat das gespürt: Es war eine Erwartungshaltung da. Und umso größer war der Überraschungseffekt - so muss man es einordnen -, als wir plötzlich mit diesen Maschinen um die Ecke kamen.

Die Amerikaner können diese Maschine einsetzen, weil sie sie selber auch in ihrem Dispositiv haben. Und wir haben dann vor Ort mit den

Amerikanern besprochen, wie die Einsatzgrundsätze sein könnten. Problem war: Die Taliban haben definitiv die Auflage erteilt: Keine Flugzeuge, keine Hubschrauber über Kabul! - Da haben sich die Amerikaner auch dann dran gehalten. Es gab am Ende eine Abstimmung - da waren die Taliban eingebunden nach meiner Kenntnis -, wo die Amerikaner gesagt haben: Wir machen ein oder zwei Flüge, aber mit unseren Maschinen und den größeren, damit sich die Menge der Flugbewegungen reduziert und wir aber noch zu Evakuierende in Kabul und Umgebung abholen können, die wir dann mitnehmen. - Insofern also kamen unsere Maschinen nicht zum Einsatz, wurden dann auch ordnungsgemäß wieder zurückgefliegen und kamen gut wieder an. Aber alleine, dass wir es geschafft haben, die dort hinzubringen, den Willen gezeigt haben, hat uns ein ungeheures Standing vermittelt bei den Kräften vor Ort.

Und ergänzend zum Standing, wenn ich das ergänzen darf, kommt immer dazu: Spezialkräfte bringen Standing bei den Amerikanern und persönliche Kenntnis. Und General Arlt kannte den Commander dort vor Ort aus alten Tagen. Insofern waren das Vertrauensverhältnis und die Möglichkeit, uns dort unten entsprechend zu engagieren, extrem hoch. Also, kann ich nur unterstreichen; habe ich genauso auch wieder erfahren von meinem amerikanischen Amtskollegen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich möchte an zwei Stellen nachhaken. Sie haben erwähnt, dass die Genehmigung für die Nutzung des Luftraums aufseiten der USA lag und offensichtlich die Taliban das nicht so wollten und deshalb die USA das auch entsprechend gehandhabt haben. Sie schreiben dazu General Schütt in der Vorbereitung eines Telefonats mit dem US-Sicherheitsberater von Herrn Biden, Jake Sullivan, am 21. August, dass Sie persönlich bei einer fehlenden Genehmigung weiter eskalieren können - ich beziehe mich hier auf MAT A BMVg-5.152 VS-NfD, Blatt 309 -:

„Ich rufe dann CHOD an. Und oder COM CENTCOM.“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Haben Sie so weit eskaliert? Weil Sie haben das ja auch vorhin angedeutet.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, also, wir haben es aufgeteilt. Ich habe mit meinem Amtskollegen, also General Milley, telefoniert, und der brachte da auch schon die Genehmigung seines Ministers mit. Und mit dem COM GENTCOM: Das war praktisch in Tampa derjenige amerikanische Commander, der von dort aus die amerikanischen Operationen geführt hat. Da haben wir das delegiert auf die Ebene „Einsatzführungskommando“; da habe ich nicht selber telefoniert.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wie war die amerikanische Reaktion?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, Milley ist ein sehr taktischer Typ, also schon strategisch, aber „taktisch“ im Sinne von: Wie viel Hubschrauber, wie viel Leute? Also, der will alle Daten, Zahlen, Fakten haben und hat mir dann erklärt, wie viel er unten hat, aber er hat keine kleinen Hubschrauber. Also, er empfand es aus der taktischen Sicht hilfreich und sagte - - Und gemeinsamer Einsatz bedeutet natürlich auch: Wenn er irgendwo zu Evakuierende hätte, dann hätten wir auch da welche mitgenommen, also für den Fall, dass es zum Einsatz kommt. Aber da war er klar, wollte er Daten, Zahlen, Fakten und hat sich gefreut und hat gesagt: Okay, prima! - So, und dann ging das los.

Das Telefonat muss man sich so vorstellen: Man meldet das den ganzen Tag über an - Zeitsprung nach USA -, und dann irgendwann - ich weiß, es war irgendwann wieder mitten in der Nacht - hieß es dann, jetzt plötzlich kommt das Telefonat zustande, und dann ist das ja alles eingestuft. Und dann ging das. Das dauert zehn Minuten, und dann ist das gut.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank für die Details. - Eine zweite Frage, die sich an Ihre Ausführungen anschließt, ist diejenige, dass Sie jetzt dargestellt haben, dass die Amerikaner vor Ort überrascht gewesen seien, dass die deutsche Seite ihre Hubschrauber mitbringt. Da gibt es aber durchaus Darstellungen - aus dem Kopf heraus kann ich jetzt keine Quelle nennen -, die

sich darauf beziehen - und auch das haben Sie angeführt -, dass eben nicht alles im Fernsehen und in Zeitungen vorher berichtet wird, dass es bereits zu einem Zeitpunkt, bevor die Hubschrauber in Afghanistan eingetroffen sind, eine öffentliche Diskussion über diese Hubschrauber gegeben hat. Insofern erschließt es sich mir nicht ganz, dass die Amerikaner, die davon auch mitbekommen haben - nach dem, was ich damals gehört habe -, dann plötzlich überrascht hätten gewesen sein sollen, dass die deutschen Hubschrauber vor Ort sind.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Dann hätten die Amerikaner „Maybrit Illner“ gucken müssen. Nee, Spaß! Also, genau in einer solchen Fernsehsendung ist das passiert, dass ein dortiger Diskutant, ich sage mal, unterschwellig gesagt hat: Ja, die Deutschen bringen da zwei Hubschrauber mit. - Das ist genau das, wo ich sage: Ich wollte ja keinen Überraschungseffekt erzeugen dort unten; aber es ist schon ja ein kritisches Tool. Wenn Sie also nur zwei so Hubschrauber fliegen und dazu einen A400M schieben und dann in ein solches Gebiet, wo es dann doch ein bisschen gefährlicher ist, will man das eigentlich tun, ohne dass die halbe Weltöffentlichkeit das mitverfolgt, ohne dass ich jetzt sage: Das ist eine Geheimoperation. - Das war keine. Das heißt, die Amerikaner waren insofern schon überrascht in der Breite unten, als sie das gesehen haben. Mein Amtskollege hat sich gefreut; sagen wir es mal so. Das andere ist aber das mit den Medien. Ja, wenn es dann halt raussickert, sickert es raus, ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich darf Sie hier konfrontieren mit dem von mir vorhin schon mal erwähnten Zeugen „Tobias“, der uns in seiner Anhörung laut vorläufigem Stenografischem Protokoll 20/64 II, Seite 11, berichtet hat:

„Der Einsatz der Hubschrauber ist dann durch die Amerikaner nicht genehmigt worden. Das kann mit der Risikolage zu tun haben, dass das zu dem Zeitpunkt schon viel zu riskant war: das kann aber auch damit zu tun haben, dass es vielleicht von den Amerikanern nicht gerade als gut befunden



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde, dass wir diese Hubschrauber auch medial angepriesen haben.“

Können Sie noch mal in einem Satz zusammenfassen, aus welchen Gründen Ihrer Einschätzung nach dieser Einsatz der Hubschrauber dann in Afghanistan nicht erfolgt ist?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, wir haben es medial nicht angepriesen; wir haben schlichtweg drüber berichtet. Dass die Amerikaner es nicht genehmigt haben, lag im Grunde tatsächlich an der verschärften Sicherheitssituation - das war in der zweiten Evakuierungswoche im Grunde - dort vor Ort. Also, man wollte kein Risiko eingehen, dass die Taliban am Ende sagen: Hier, wir haben aber abgestimmt, es fliegt nichts. - Das ist die eine Seite.

Und die andere Seite, die man immer als Sorgenpunkt hatte: Wenn man irgendwo im Stadtgebiet mit einem Hubschrauber Leute aufnimmt, ist das natürlich ein Risikopunkt. Also, das muss jetzt nicht zwingend von den Taliban ausgehen, sondern das reicht ja schon aus, dass das plötzlich dort bekannt wird und dann möglicherweise auch noch mehr Leute dort hinströmen, nicht nur die vier, die wir eigentlich abholen wollten.

Das sind so die Rahmenbedingungen, die da am Ende dazu geführt haben. Es ging nicht im Grunde, im Wesentlichen um die Ordnung des Luftraums, also sprich: Wie viele Flugzeuge und Hubschrauber fliegen da um den Flughafen herum? Das war nicht das echte Problem, sondern es war mehr die Gefahr, dass, wenn so ein Hubschrauber Leute aufnimmt, er ja dann eine gewisse Zeit auch am Boden sein muss und Sichtbarkeit zeigt und man dann dort das Risiko eingeht, dass eventuell andere Leute auch noch mit draufwollen oder aber den Start des Hubschraubers verhindern wollen. Also, das war so die Risikoabwägung, die die gemacht haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Kam es tatsächlich vor, dass Sie in Ihrer militärischen Bewertung auch das Risiko, dass es absichtlich oder vielleicht

auch unabsichtlich zu Beschuss solcher Hubschrauber durch afghanische Kämpfer, Taliban - hätte kommen können?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Durchaus, das Risiko ist gegeben. Die Maschinen sind ja nur leicht bewaffnet. Also, insofern ist da auch das, je nachdem, wann Sie fliegen, natürlich risikobehaftet, aber aus meiner Sicht insofern beherrschbar, als dass die Taliban in dem Kontext - was wir wussten - keine echten Flugabwehrsysteme oder irgendwas dabei hatten. Also wenn, wären das leichte Feuerwaffen gewesen, und das Risiko war aus dem Blickwinkel beherrschbar.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie schreiben am 21. August an General Schütt zum Einsatz des KSK in Afghanistan - Bezug ist MAT A BMVg-5.152 VS-NfD, Blatt 294 -:

„Ich neige aus der Erfahrung der Vergangenheit mit unseren OLU mdl“

- Obleuteunterrichtungen mündlich -

„zu KSK dazu, auch dieses Mal mdl zu briefen.“

Der Satz klingt ein bisschen kryptisch. Was war denn der Hintergrund, diesen Bericht dann doch nicht schriftlich zu übermitteln?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Der Punkt ist: Also, wir haben ja in der gesamten Zeit Afghanistan-Einsatz regelmäßig zu Spezialkräfteeinsätzen Obleuteunterrichtungen durchgeführt. Und was mir da immer positiv aufgefallen ist: dass wir dann dort auch ja Fragen sofort beantworten konnten. Denn häufig sind Dinge so, dass man sie nicht zwingend aufschreiben will und dann möglicherweise Fragen generiert, die nicht zu beantworten sind in dem Moment. Also, ich war immer ein Fan von der mündlichen Obleuteunterrichtung und am allerliebsten auch von einer mit Präsenz bei uns oder hier in irgendeinem Raum, der die Sicherheitsdinge zulässt, also dass man sich ins Auge gucken konnte, weil alles, was so wieder per Telefonkonferenz geht, ist schwierig. Dann hört der eine schlecht, der andere hat eine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schlechte Verbindung mit dem Handy, was auch immer. Also, ich war immer Fan: wenn, dann Obleuteunterrichtung direkt, mündlich. Da können wir alle Fragen beantworten, auch grundsätzlicher Art, weil nicht jedes Mal die Teilnehmer aus den Ausschüssen welche waren, die ständig mit dem Thema vertraut waren. Also, das war eigentlich der Hintergrund.

Und überhaupt beim Thema Obleuteunterrichtung - wenn ich mir meine alten Dinge noch mal angucke -, da war es ganz wichtig, dass wir das kontinuierlich gemacht haben. Also, ich empfand das immer als notwendig, dass wir nicht nur, ich sage mal, Pressekonferenz machen, sondern Obleuteunterrichtung oder Sonderausschuss und ähnliche Dinge, damit wir das Parlament rechtzeitig und schnell mit auf den Weg nehmen. Und da ist das immer besser als schriftlich, weil - das ahnen Sie vermutlich - wenn wir so was schriftlich machen, dann noch eingestuft, und bis die Mitzeichnung durch ist, dann ist der Einsatz abgeschlossen. Also insofern geht mündlich schneller, und Sie sind direkter.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Weil Sie gerade von selber noch auf das Verfahren zu der Obleuteunterrichtung hingewiesen haben im Detail: Es gibt ja noch ein zweites Instrument, wie das Parlament unterrichtet wird, nämlich eben diese Unterrichtung des Parlaments. Und da muss ich jetzt in der Zeit - aber es passt inhaltlich dazu - ins Jahr 2020 zurückspringen. Da bat das Referat SE II 1 um Mitzeichnung der „Kurzanalyse AFG - Ausweitung Raumkontrolle durch die TALIBAN im TAAC North“. Die Endfassung dieser Kurzanalyse findet sich unter MAT A BMVG-3.55 VS-NfD, Blatt 117 ff. Herr O [REDACTED], Referent im Referat SE II 1, antwortete, dass mit Anmerkungen und redaktionellen Hinweisen mitgezeichnet wird. Dann schrieb er Folgendes:

„Ergänzend wird angemerkt, dass es wohl langsam an der Zeit ist, dem Leser der UDP“

- also uns hier im parlamentarischen Raum -

„- wie heute in der MoLa SE vom acting UAL SE III“

- in diesem Fall war das der Kapitän B [REDACTED] -

„vorgeschlagen - in homöopathischen Dosen darzustellen, dass die Taliban sich zwar an das USA-Taliban-Abkommen halten, was dies aber für AFG und seine Zukunft bedeutet. Wir werden mittelfristig als Zuschauer erleben, wie Distrikte nacheinander und ausgewählte Provinzhauptstädte wie Kunduz und Mazar-e Sharif an die Taliban fallen und beispielsweise alle Mädchenschulen geschlossen werden, wenn der Plan der Taliban aufgeht, die IAN“

- innerafghanischen Friedensverhandlungen -

„weiter zu verzögern, bis RS handlungsunfähig oder ganz abgezogen ist.“

MAT A BMVG-3.55 VS-NfD, Blatt 89 bis 94. - Die Frage drängt sich natürlich auf: Haben Sie es mitgetragen, dass gegenüber dem Parlament Informationen „in homöopathischen Dosen“ nur zur Verfügung gestellt werden sollten?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das kann ich mit Nein beantworten, weil ich immer schon - jetzt weiß ich nicht, wer von Ihnen mich da im Ausschuss immer regelmäßig erlebt hat oder nicht - versucht habe, Ihnen ein Stück mehr zu erzählen, als man Ihnen in Papieren antwortet oder in Ihren Anfragen. Das ist ein klassisches Rezept: Schreibe in der Anfrage auf deine Frage Ja oder Nein, und dann wartest du mal ab, was passiert. - Also, in den Ausschüssen haben Sie mich eigentlich immer so erlebt, dass ich immer ein Stückchen mehr erklärt habe, Hintergrund erklärt habe und, wenn es ein eingestuftes Austausch ist, erst recht.

Insofern: „Homöopathisch“ ist nicht mein Wording und wäre auch nie mein Ziel gewesen, sondern wenn eine Information da ist, die in eine Obleuteunterrichtung hineingehört, egal jetzt ob mündlich oder schriftlich, dann gehört die komplett da auf den Tisch. Und wenn sie eingestuft ist - auch da habe ich eigentlich keine Negativeffahrungen gesammelt -, wurde auch in der Regel das respektiert. Also, ich habe keine Belege



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dafür, dass jemand mit eingestuften Informationen zur Zeitung gelaufen wäre. Mag sein, dass es passiert ist - weiß ich nicht -, aber ich habe keine Belege dafür.

Das heißt also, es war immer vertrauensvoll, und es waren - das kann ich wirklich so sagen - immer auch gute Diskussionen, die ich erlebt habe. Und ich habe immer versucht, Ihnen da ein Maximum anzubieten, weiß aber - das ist in so Ministerien üblich -, dass es da immer gern den Punkt gibt, vielleicht erst mal nur, wenn die Frage nur so weit reicht, auch genau dahin gehend zu antworten. Sie merken an meinen Antworten: Ich versuche, Ihnen immer noch ein Stückchen drum rum zu erzählen, um einfach die Konnotation besser hinzubekommen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir haben durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insgesamt 69 Sprechzettel und Vermerke zu einzelnen Unterrichtungen für Ausschüsse, Obleuterunden sowie die eben von mir genannte Unterrichtung des Parlaments über die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Untersuchungszeitraum untersucht. Und wir haben dann auch natürlich sehr intensiv geschaut, welche Informationen zu Afghanistan dem Parlament vorlagen.

Nach Auswertung unserer Dokumente haben wir in keinem einzigen dieser Dokumente eine Prognose finden können, die sich mit der Einschätzung, die in dieser damaligen Bewertung der Sicherheitslage in Afghanistan - - gedeckt hätte. Also, es gab nach unserer Auswertung keinerlei Hinweis darauf, dass es tatsächlich zu einer Situation kommen kann, dass die verschiedenen Provinzzentren an die Taliban fallen werden und am Ende das Regime in Afghanistan zusammenbrechen wird. Können Sie uns erläutern, warum das der Fall war?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das kann ich jetzt so nicht; denn, ich sage mal, diese Unterrichtung ans Parlament, das ist das eine. Mein Bezug waren eigentlich immer eher die Sitzungen in den Verteidigungsausschüssen, die wir hatten. Und da, fand ich, haben wir das eigentlich immer umfassend so weit dargestellt, soweit ich mich erinnere, dass das unser Kenntnisstand war, den wir

da dargelegt haben. Also, die Unterrichtung des Parlaments oder auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit hat ja noch einen weiter gehenden Verteilerkreis. Mag sein, dass man da ein bisschen reduziert hat. Wenn Sie feststellen, dass da gar nichts davon drin war, dann ist das jetzt, im Rückblick gesehen, sicherlich nicht gut. Aber was ich jetzt für die Ausschüsse insgesamt sagen kann - - denke ich, haben wir da deutlich breiter berichtet.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eine Frage noch.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Okay. - Die Analyse der Dokumente bezieht sich eben auch auf die Sprechzettel und auch auf die Unterrichtung der Obleute. Wir haben uns dahin gehend auch noch die Unterrichtungen des Parlaments im Detail vom 05.08.20 bis 30.06.21 angesehen, und in allen diesen Dokumenten war die Einsatzfähigkeit der afghanischen Armee nicht Teil der Unterrichtung. Können Sie uns einen Grund nennen, warum die Einsatzfähigkeit der afghanischen Armee keinen Eingang in diese Unterrichtungen des Parlaments gefunden hat?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das kann ich Ihnen jetzt, ehrlich gesagt, nicht sagen, weil ich es nicht vor Augen habe. Aber wenn es jetzt um den August geht: Da hatten wir keine neuen Erkenntnisse mehr, weil wir nicht mehr vor Ort waren. Das wäre vielleicht meine einzigste schnelle Reaktion. Ich kann es Ihnen nicht sagen; ich weiß es nicht.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nicht ein Mal während der zwei Jahre.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das ist schlecht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir wieder zum Kollegen Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Herr General, ich habe eigentlich nur noch eine abschließende Frage. Genauso wie ich Sie vorhin zu Ihrem Fazit zum Redeployment gefragt habe, würde ich Sie jetzt auch zu einem Fazit zur militärischen Evakuierungsoperation fragen wollen. Zunächst viel-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

leicht die Frage: Wer ist eigentlich in der Ressortzuständigkeit der Bundesregierung für die Gesamtmaßnahme „Evakuierung“ zuständig?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Federführung beim Auswärtigen Amt, Entscheidung im Krisenstab, geführt beim Auswärtigen Amt, aber unter Einbindung der zuständigen anderen Ressorts. Dort beginnt es im Grunde. Und das andere, würde ich dann sagen, wenn es jetzt auf uns geht, BMVg: dort dann die Durchführung, wenn es eine militärische Evakuierungsoperation ist, die dann bei uns geplant, durchgeführt und zu Ende geführt wird.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Dann frage ich noch mal inhaltlich: Die Frage, ob, wer, wann und wie evakuiert wird, wem obliegt oder oblag zum damaligen Zeitpunkt diese Entscheidung dieser Rahmenbedingungen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das würde ich klar beim Auswärtigen Amt adressieren. Da kommen dann ja auch die berühmten Fragen nach den Listen, die wir eben schon hatten, her; denn nur dort war auch die Information dafür verfügbar. Also, wir, BMVg, oder wir, Bundeswehr, hatten ja auch vor Ort im Grunde, wenn überhaupt, dann über die Schnittstelle der Botschaft Informationen zu solchen Listen mit entsprechend zu evakuierendem Personal, bzw. hier zu Hause lief das dann über das Auswärtige Amt entsprechend rein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Die Rolle der Bundeswehr - - Also, wenn ich jetzt nach der Rolle der Bundeswehr fragen würde, wie würden Sie die einordnen? Also, hat sie weitgehende eigene Befugnisse, oder ist sie eher Dienstleister? Wie muss ich mir das vorstellen? Also: Wer hat das Sagen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich sage mal, in der Unterstützung des Auswärtigen Amtes - - Wenn ich jetzt meine Optionen nehme, die wir da so vorbereitet haben, dann - - Beispielsweise wenn wir Flugzeuge zu stellen haben, haben wir die gestellt zur Unterstützung der Dienste im Auswärtigen Amt, also der Botschaft oder des Konsuls vor Ort, je nachdem. Also, das wurde im Grunde zur Unterstützung angeboten. Wir haben

da keine eigenständigen Operationen jetzt geführt, nur weil wir gerne evakuieren würden. Insofern: Das war immer eigentlich so der Zyklus. Aber in der Durchführung, wie wir es machen, also wie wir es militärisch tun - - das liegt natürlich bei uns.

Es hat sich aber vor Ort natürlich auch gezeigt, dass wir auch in der Durchführung nicht ohne die klare Expertise, Unterstützung von Personal des Auswärtigen Amtes klarkommen. Also, vor Ort haben wir immer Personal dabei von der Botschaft, das natürlich schaut: Wie geht das mit den Dokumenten? Wie geht das mit den Namenslisten, mit der Überprüfung derselben? Also, dafür brauchen wir immer das Auswärtige Amt oder das Botschaftspersonal im Wesentlichen zur Unterstützung. Denn nur die beherrschen eigentlich wirklich, fehlerfrei zu identifizieren, ob ein Visum richtig ist, ein Ausweis stimmt oder Ähnliches, gerade in diesen Ländern, von denen wir reden, wo wir nicht mal die Schrift beherrschen. Also, insofern würde ich da immer das Auswärtige Amt an der Spitze sehen, und wir helfen.

Aus der Beobachtung, die ich jetzt hatte - die hatte ich natürlich aus der Ferne - - Also, zum Beispiel Herrn van Thiel kannte ich persönlich gar nicht. Aber wenn ich sehe, wie eng da die Zusammenarbeit und Beratung war - das hat sich bei uns ja reingspiegelt bis in die Lagen, die wir hatten -: Da, kann ich nur sagen, fand ich die Zusammenarbeit vor Ort ganz vorzüglich.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Mir geht es jetzt eher um die Frage, die uns ja auch beschäftigt - - ist in Anbetracht des Ergebnisses dieser militärischen Evakuierungsoperation, ob die Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung gut geregelt waren zum damaligen Zeitpunkt und - wir müssen oder sollen ja auch Empfehlungen möglicherweise aussprechen, auch zu organisatorischen Veränderungen - ob eine andere Verantwortung, Federführung vielleicht zu einem besseren Ergebnis führen könnte. Ich will Sie zu so einer Spekulation nicht verleiten; darf ich auch gar nicht. Sie dürfen nicht spekulieren - also dürfen Sie schon, aber ich darf Sie nicht danach fragen. Deswegen nur kurz die Frage: Inwieweit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wäre aus Ihrer Erfahrung heraus die Evakuierungsoperation insgesamt besser verlaufen, wenn es eine andere Zuständigkeit gegeben hätte? Also, zum Beispiel ganz konkret die Frage: Sollte - - Oder: In diesem Einsatz, wenn es jetzt eine Gesamtverantwortung unter der Federführung des Kanzleramtes gegeben hätte, hätte das der Operation genützt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Jetzt bin ich ja 40 Jahre Soldat oder mehr. Ich bin immer ein Fan von klaren Führungsstrukturen. Und klar muss man abstimmen und hat immer Leute, die irgendwo mitwirken. Aber am Ende braucht es irgendwo mal einen, der sagt: So machen wir es jetzt. - Und der eine hat mir eine Zeit lang gefehlt, also für die Planung, Durchführung von solchen Dingen. Wir haben uns -im militärischen Spektrum weniger, weil da fehlt regelmäßig die tiefe Expertise - - aber spätestens beim Ortskräfteverfahren haben wir uns Monate gegönnt, bis wir mal Klarheit hatten, wer hier eigentlich was macht.

Und Sie kennen ja die Geschichte vermutlich aus den Medien: Wenn ich bei meinem letzten Besuch in Afghanistan eine Kiste mit in meinen Flieger nehme, um die Visa mit nach Masar zu nehmen, weil wir hier nicht in der Lage sind - wir, die Bundesrepublik Deutschland -, fertige Visa vom Auswärtigen Amt nach Masar zu bringen, wenn wir Soldaten ausbilden müssen, die mit der Biometrieanlage dort unten irgendwelche Daten von Afghanen erfassen, die auf komplexen Wegen - meistens hintenrum, zu Fuß und ausgedruckt, nicht digital - irgendwo hinkommen, und wir das nicht gewuppt kriegen, dann merkt man, wie komplex und verfahren dieses Ding ist.

Also, Sie brauchen - - Es ist mir völlig egal; wir können auch gerne alle Soldaten dem Auswärtigen Amt unterstellen. Aber einer muss es tun. Und jetzt war das hier noch komplexer dadurch, dass wir ja noch paar andere Ressorts hatten. Die einen wollten die Leute nicht rauslassen - BMZ -; die anderen wollten beim Reinkommen einen klaren Fokus drauf machen und mal schauen, wer eigentlich reinkommt. Also, auch das spielt mit eine Rolle.

Ich habe mir die Frage gestellt - ich habe mir da mal so paar Gedanken gemacht -, und das wäre so was mit Blick nach vorne; wir wollen ja da stärker werden. Also, entweder muss das Amt, was federführend das Ding macht, es auch dann tun und irgendwann so eine Diskussion beenden, oder aber wir sortieren es woanders ein.

Jetzt könnte man sagen - ich habe das ja eben eingangs gesagt -: Wo war der GI so dabei? Bundessicherheitsrat. - Ja, das ist ja schon wieder noch komplexer. Es reicht im Grunde, wenn irgend- - sagen wir mal, das Kanzleramt - wir adressieren das mal -, der Kanzleramtsminister mit seinem Bereich - - dass die das aufnehmen und dass die sagen: „So, jetzt machen wir das“, und dann geht ein Auftrag raus: Wer macht was? - Das wäre so mein Bild.

Jetzt sagen mir bestimmt viele: „Ja, Moment, das geht nicht!“ usw. Ich sage es jetzt einfach mal aus militärischer Sicht: In einer solch kritischen Lage, wo wir keine Zeit haben, da wäre das hilfreich. Wenn das nicht gewollt ist, dann eben nicht. Dann machen wir so lange, wie es hin- und hergeht. Dann passiert aber, dass irgendwann ein Ressortchef oder -chefin sagt: So, Freunde, jetzt müssen wir das aber mal ein bisschen schieben, nach vorne schieben, und die Interessen zueinander führen. - Und das dauert natürlich Zeit.

Also, ich würde mir da eine klarere Führungsstruktur wünschen. Wenn ich jetzt - - Das ist ja nach außen geguckt; das ist immer das Einfachste. Nach innen geguckt aber genauso: Das Ministerium zum damaligen Zeitpunkt hatte im Grunde keine echte eigene Führungseinrichtung, die auf strategischer, politischer Ebene so ein Ding hätte führen können. Wir haben uns abgestützt auf das Einsatzführungskommando. Alles in Ordnung; da war das vorhanden, operative Ebene. Aber ein Ministerium, bin ich fest von überzeugt, in einer solchen Lage, mit so einem Unterbau - also, wir reden von 260 000 Mitarbeitern - braucht ein Führungselement. Haben wir jetzt - jetzt heißt das Ding „Planungs- und Führungsstab“ -, aber hatten wir damals nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das heißt - man muss sich das jetzt mal als Bild vorstellen -: Wir saßen morgens bei der Ministerin in deren Büro und haben dann alle mit so Zetteln, PowerPoint ihr die Lage erklärt. Dann sind wir zu all den verschiedenen Iterationspunkten, also Presseverlautbarung, Obleuteunterrichtung, immer mit so einem Bündel Papier durch die Gegend gelaufen, weil wir es noch nicht einmal digital geregelt gekriegt haben. Und da reden wir nicht von viel VS-Geheim, sondern teilweise drunter.

Also, auch hier ist ein Beharrungsvermögen damals im Hause BMVg gewesen, das bewusst gesagt hat: Na ja, führen tun ja die Ebenen drunter; wir steuern und koordinieren nur. - Und meine feste Überzeugung ist - ich hatte nun den Posten eben definiert -: Ein Generalinspekteur, der truppendienstliche Verantwortung hat, der muss das von irgendwoher aus tun. Ich tue das. Und das muss eine Ministerin in so einer Lage dann auch tun können.

Also, da wäre mein klarer Verbesserungsvorschlag: so ein Führungselement etablieren. Das muss ja nicht dauerhaft bestehen, aber so, dass es infrastrukturell vorhanden ist, dass Personal da ist. Und beim Personal will ich noch einen ergänzen: Wir haben zwei Wochen durchgehalten, 24/7. Wir haben uns die Türklinke in die Hand gegeben. Nebenbei sind noch ein paar andere Dinge passiert - die will ich jetzt - - das ist außerhalb des Untersuchungsgegenstandes -, die ja auch noch zu machen waren. Das heißt also: Das muss auch eine Redundanz haben mit Unterstützungspersonal und nicht nur mit denen, die gerade im Amt sind.

Insofern: Das wäre so meine Vorstellung für so was. Und jetzt wollen wir nichts Schlimmes befürchten; aber wenn die Krisensituationen dieser Welt sich weiter echauffieren, kann es ja mal passieren, dass man wirklich mal so ein bisschen was Führungstechnisches braucht. Das müssen wir etablieren. Und wenn wir das einfach nur delegieren und allen Ministerien sagen: „Macht mal so ein bisschen“, ist das für mich zu wenig, sage ich ganz offen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Anmerkung: Ich kann das gut nachvollziehen. Frage: Gab es während dieses heißen Zeitraums, im August 2021, irgendeine Situation, wo Sie es für sachlich geboten gehalten hätten, den politischen Entscheidungsprozess zu eskalieren, also zu sagen - genau wie Sie es jetzt sagen -: „Das muss eigentlich jetzt in der Führung entschieden werden“? Also, gab es irgendeinen Zeitpunkt oder irgendeinen Sachverhalt, bei dem das aus Ihrem Erfahrungshintergrund erforderlich gewesen wäre?

**Zeuge Eberhard Zorn**: Ich glaube, wir haben das Zeitfenster rings um diese Krisenstabssitzung 13. August schon identifiziert. Ich fand allerdings schon vorher, als wir im April 21 die Frage hatten: „Wie geht das jetzt eigentlich weiter?“ - Ortskräfteverfahren vereinfachen bis hin zu Planungsüberlegungen anstellen -, wo auch schon vielleicht eine erste Eskalation der Lageinformation ja vorhanden war - - fand ich das gut, wie ich persönlich in der Beratungsfunktion auf meine Ministerin zugehen konnte und wie die das umgesetzt hat. Also, da gab es für mich nie irgendwo ein Delta dazwischen. Die hat das aufgenommen, hat sich das nicht nur von mir, muss man auch jetzt ehrlich sagen - - Also, man ist zwar der Berater, aber natürlich gibt es ja noch viele andere im Hause, die ihre Fachexpertise mit beisteuern und die dann dazu beigetragen haben, dass diese Entscheidungen dann auch so gefällt wurden und wir damit ins Arbeiten kamen. Das hat sie dann ins Kabinett mitgenommen; das entzieht sich dann meiner Wahrnehmung. Aber die Grundphilosophie war: Wir konnten eskalieren und auf die Ebene gehen, Ministerebene, die angezeigt war zu dem Zeitpunkt. Das war so weit okay.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann noch zu dieser Bilanz jetzt zwei zusätzliche Fragen. Wir haben aus den bisherigen Zeugenvernehmungen gehört, dass es mit der Verantwortung von Herrn General Arlt eine ungewöhnliche Führungssituation gegeben habe; „Führung aus einer Hand“ wurde das genannt. Können Sie uns vielleicht noch mal sagen, ob es tatsächlich irgendwie einen Unterschied zwischen der üblichen Befehlskette gibt und den Kompetenzen, die General Arlt in dieser konkreten Situation hatte? Und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hat sich das aus Ihrer Sicht - - Oder: Inwieweit hat sich das aus Ihrer Sicht bewährt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, wenn man jetzt die ganzen letzten Jahre auf Afghanistan zurückschaut, dann haben wir ja vor Ort dort zwar Generale gehabt, die allerdings immer in ein Geflecht eingebunden waren: Sie waren immer NATO-General, also unter der NATO-Führung des HQs in Kabul. Sie hatten einen nationalen Strang von uns hier zu Hause nach dorthin. Also, sie waren eigentlich immer breit abgestützt und hatten alles verfügbar, auch international, was man ihnen zur Verfügung stellte. Also, sie haben dort im Grunde eine relativ komfortable Situation gehabt, weil sie sich breit abstützen konnten.

Hier jetzt, in dem konkreten Fall, war das eine nationale, alleine geführte Operation, er alleine vor Ort mit einem minimalen Stab drum herum. Also, er war wirklich - - Er hatte auch keine echte Redundanz. Er hatte wirklich das Minimum an Stabspersonal dabei und war da wirklich auf weiter Flur auf sich alleine gestellt; das muss man sagen. Also, da unten - - Die Lage Kabul hatten wir so vorher noch nie; die gab es auch in keiner Übung. Auf solche Ideen kommen wir, glaube ich, auch gar nicht, bei einer Übung so was zu gestalten. Das ist so schrecklich zum Teil ja gewesen; das war tatsächlich eine neue Lage. Und da haben wir ihn praktisch da unten alleine mit dem arbeiten lassen, was er hatte.

Dazu brauchte er ganz von oben, also strategischer Ebene, diese entsprechende Unterstützung - personell, materiell wie politisch -, die er gekriegt hat. Und insofern war das schon eine besondere Lage. Also, die hat sich aus meiner Sicht so vorher noch nie irgendwo abgebildet in ähnlicher Stärke, auch nicht bei vorherigen Evakuierungsoperationen, die wir mal hatten im kleineren Rahmen. Insofern war das schon eine Besonderheit, und das hat er damit - - hat er gut gemacht.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das war ja die Frage: -

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - Inwieweit hat sich das aus Ihrer Sicht bewährt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, es hat sich bewährt, weil es in der Lage eine klare Eine-Linie-Beziehung gab und damit die Dinge auch schnell gingen. Also, es ging nicht über drei Ecken. Der Antrag kam zum Einsatzführungskommando, zu uns; der wurde im Minutentakt entschieden. Also, wenn es bei mir geklingelt hat: „Arlt hat einen Antrag gestellt“, lag der sofort auf dem Tisch. Und dann sind wir sofort ran, haben geguckt, und innerhalb kürzester Zeit hat er eine Antwort gehabt. Und dann gingen die Maßnahmen los. Also, das hat sich bewährt und war der Situation angemessen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Hat es aus Ihrer Gesamtwertung des Verlaufes dieses Einsatzes und des Ergebnisses dieses Einsatzes in Ihrem Verantwortungsbereich oder in dem Verantwortungsbereich anderer Ressorts Fehler gegeben, die sich nicht wiederholen sollen oder die man in Zukunft vermeiden kann?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Fehler jetzt in dem Sinne - - Also, immer im Rückblick jetzt: Wenn ich jetzt noch mal reingucke, wie ich die rückkehrenden Soldatinnen und Soldaten in Taschkent erlebt habe - das nehme ich mal als Abholpunkt -, dann waren da für mich schon ein paar Leute mit dabei, wo ich sage: Die haben wir vielleicht mit der Situation, die wir auch so nicht alle erwartet haben, am Ende überfordert. Also spricht: Man müsste in ein solches ... [akustisch unverständlich] auf jeden Fall die am besten Erfahrenen reinstecken\*, also diese alten, gestandenen Einsatzkräfte - ist immer eine Frage der Verfügbarkeit, aber wenn man jetzt idealtypisch ranginge -, sodass wir im Grunde da noch mal draufgucken müssen. Also, dann hätte man, jetzt mal theoretisch, die, die nicht so einsatzerfahren waren, vielleicht eher in Taschkent als eine stille Reserve halten können und nicht gleich mit dort vorne hinnehmen. Also, das wäre so ein Punkt.

Damit geht einher das Thema der Vorausbildung. Jetzt können Sie, wenn da Evakuierung ist, nicht mehr wochenlang vorausbilden; dann müssen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Leute ausgebildet dastehen. Insofern wäre das für mich eine der Lehren dort gewesen.

Das andere Thema ist dann: Wie mache ich das eigentlich in der Praxis? Also, wir haben für dieses Dispositiv, 2 900 Soldaten - - gibt es ja diese Listen, und da steht eigentlich hinter jedem Soldaten eins noch mal ein Soldat zwei, drei, der einrückt, wenn der erste ausfällt wegen Gesundheit oder Ähnlichem.

Also, diese Dinge müssten wir noch deutlich konsequenter im Grunde durchgehen und auch dann diese persönliche Erfahrung und Reife mit dazurechnen. Das war für mich ein ganz treibender Punkt, der einen dann schon beschäftigt, wenn man dann mit denen vor Ort da sich mal austauscht unmittelbar danach. Das ist schon ein Punkt, den man mitnimmt.

Die technische Ausstattung: Da wäre aus meiner Sicht besser gewesen, wir hätten von vornherein für die fliegenden Systeme alle Ausnahmegenehmigungen bereits daheim erteilt, also Stichwort: Setzen wir uns alle schön in Reihe und warten, bis wir die Gurte alle festgemacht haben, oder stellen wir uns gleich darauf ein und sagen: „Hier, alle mal auf den Boden setzen! Drei Gurte quer, festhalten, auf geht's!“? Also: diese Ausnahmetatbestände zu Hause schon schaffen und damit auch die Leute vor Ort entlasten; denn sonst entscheidet wieder der ganz unten, ob er das macht, und kriegt hinterher daheim dann nach fünf Jahren erklärt, dass er da was falsch gemacht hat. Das darf nicht sein. Das heißt, auch hier müssen früh zu Hause solche Ausnahmetatbestände von, sage ich mal, in dem Fall Friedensflugbestimmungen erteilt werden, damit man dann diese Dinge besser machen kann. Also, das wären mal so wesentliche Dinge.

Dritter Punkt - na ja, vielleicht letzter -: Wir sind ja als Nation nicht so weltweit mit festen Stationierungsorten irgendwo versehen wie andere. Also, Frankreich, England, Großbritannien haben überall noch alte „Kolonien“ - in Anführungszeichen -, wo sie praktisch Stützpunkte haben. Haben wir nicht. Das heißt: Wenn wir so eine Operation mal jetzt in der Zukunft uns überlegen, brauchen wir auf jeden Fall festgezurte Verträge

mit Ländern in Regionen, wo wir denken: „Da könnte mal eine Krise kommen“, damit wir das dann nutzen können. Oder aber wir müssen uns mit Partnern, also NATO oder anderen, einigen und sagen: Wir nutzen eure Stützpunkte mit. - Das bedingt vertragliche Vorarbeiten. So was kann man machen, und dann hätten wir die Diskussion um das Gastland ein wenig reduziert. So stehen wir bei jeder Geschichte davor und fragen: Wohin fliegen wir eigentlich, wer lässt uns rein, und wie geht das?

Ob Ähnliches machbar ist bei Diplo-Clearances, dass man da vielleicht auch mal ein bisschen Schwung aufnimmt - denn da dauert es regelmäßig 14 Tage, bis so eine Diplo-Clearance da ist -, weiß ich nicht. Denn im konkreten Fall - Usbekistan - musste bis in höchste Regierungskreise telefoniert werden, damit wir das alles bekommen in der Zeit.

Also, da wäre, glaube ich, in der Vorbereitungsphase noch ein bisschen was zu tun. Ich weiß nicht - das liegt jetzt außerhalb meiner damaligen Zuständigkeiten -, aber das wäre noch so ein Impuls, von dem ich glaube, den könnte man noch reinnehmen. Und das kompensiert dann die Tatsache, dass wir nicht weltweit irgendwelche Stützpunkte haben.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich habe keine weiteren Fragen. - Vielen Dank, Herr General.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Dann sind wir jetzt wieder bei Frau Bayram.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Zorn, ich will Ihnen das gleich vorlegen, damit wir beide dasselbe Dokument betrachten. Das ist MAT A BMVg-4.317 VS-NfD, Blatt 135 ff. Das ist eine erste Version einer ressortübergreifend konzertierten Berichtsvorlage „Sicherheitspolitischer Jour fixe“. Dazu habe ich einige Fragen.

Und zwar wird dort erwähnt das Verteidigungsministertreffen, das ja ein Zeitraum sein sollte, in dem Entscheidungen hätten getroffen werden können. Wir wissen ja, dass keine Entscheidung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf diesem Verteidigungsministertreffen erfolgte und auch nicht im März 2021. Und von Ihnen wüsste ich jetzt gerne: Wie wirkte sich das auf die Situation, das heißt die Rückverlegung und insbesondere die Sicherheit der deutschen Soldat/-innen, aus?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Eberhard Zorn:** Wir haben halt eigentlich immer darauf gewartet, dass eine Entscheidung kommt, damit man weiter handeln kann. Solange wir die Entscheidung nicht fest hatten, haben wir in Optionen gedacht. Das ist jetzt für uns nichts Besonderes. Aber wir haben uns dann halt von dem immer durchgehängt, was an bekannten und festen Informationen da war. Und genau wie auch dieser Phasenwechsel, also Phase B, „Kabul-centric“: Wann kommt was? Wir haben das immer durchdekliniert. Und das führt natürlich zu viel Planungsarbeit, aber versetzt bei uns dann alle mit in die Lage, auch in diesen Kontexten zu denken und, wenn es dann irgendwann entschieden ist, dann auch schnell das in der Operationsplanung umzusetzen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und dann interessiert mich weiter: Haben Sie oder hat das BMVg die in dieser Vorlage dargelegten Bewertungen der massiven Gefährdung des deutschen Kontingents an das Auswärtige Amt kommuniziert und, falls ja, auf welcher Ebene?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das weiß ich nicht. Ich könnte mir vorstellen - wir haben ja auch einen Verbindungsoffizier im Auswärtigen Amt -, dass auf dem Weg - das ist also Arbeitsebene - da Entsprechendes gelaufen ist, weil ja im Grunde die immer gemeinsam auch an diesen Papieren gearbeitet haben. Also, das sind im Wesentlichen bei uns ja die Abteilung „Politik“, Teile von SE seinerzeit gewesen, die dort die Arbeit gemacht haben. Und die haben sich nach meiner Erkenntnis eigentlich immer auf dieser Arbeitsebene auch vernünftig abgestimmt.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mich würde aber noch interessieren: Kam das in den jeweiligen - - das heißt BMVg und Auswärtiges Amt und weitere Stellen, kam das auf die Ebene der Staatssekretär/-innen oder der Staatsminister/-innen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Auch da, wie gesagt, war ich nie selbst persönlich, dabei. Aber ich weiß zumindest von den Staatssekretärsrunden, wenn die da waren, dass das also alles dezidiert diskutiert wurde, weil die ja in der Regel dort auch diese Papiere erhielten und die Sprechzettel dazu.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich will wirklich noch mal daran erinnern, dass dort eben auch gesprochen wird von Gefährdung der Sicherheit von deutschen Soldat/-innen. Kam diese Information, also die Szenarien „Wenn bis dann und dann nicht Abzug, dann Gefährdung deutscher Soldat/-innen“, kam das auf der Ebene der Minister/-innen an?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich könnte Ihnen jetzt nicht sagen, wann und zu welchem Datum. Aber in allen Lagegesprächen, die wir bei uns im Hause hatten, war das immer ein Thema, weil wir ja im Grunde - - mir die Zeit rausgelaufen ist, wir dann nicht mehr selber in der Lage auch gewesen wären, selber etwas zu tun gegen zum Beispiel einen Angriff der Taliban gegen das Feldlager in Masar. Daraus rührten dann auch Überlegungen bei dem Abzug: Wollen wir nur noch robuste Kräfte reinbringen? Wenn ja, welche? Und das endete zum Beispiel dann mit der Thematik Mörser. Das war so ein klassischer Punkt, an den ich mich definitiv erinnere, der dort diskutiert wurde und wo wir dann im Kontext mit den Niederländern zusammen gesagt haben: Die stellen das Gerät, wir erkunden vor Ort die Stellung, wo das hingehen soll, und wir halten zu Hause noch Personal in Reserve. - Das war so ein Beispiel.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie sagen, ob es bei den beteiligten Akteuren im Auswärtigen Amt ankam: die Folgen der möglichen Eskalation, also die militärischen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Folgen der möglichen Eskalation, wenn nicht die verabredeten Abzugszeiten eingehalten werden?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, das kann ich Ihnen nicht sagen, wer im Auswärtigen Amt das wie aufgenommen hat. Wie gesagt, das ist jetzt immer Vermutung, dass im Grunde in solchen Lagegesprächen das mal erörtert wurde. Aber ich kann es nicht belegen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gab es denn ein bewusstes Abwägen, bzw. wurde sich möglicherweise trotz dieser Kenntnisse gegen das Vorantreiben der Abzugsentscheidungen im NATO-Rahmen entschieden? Können Sie das in positiver Kenntnis selber darstellen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, im NATO-Rahmen gab es irgendwann - also militärischer NATO-Rahmen, muss ich dazusagen - eine klare Festlegung der Zeiten, in denen wir uns bewegen, und dann eine gemeinschaftlich abgestimmte weitere Abzugsplanung zwischen den Nationen, die da noch betroffen waren. Also, das war militärisch eindeutig. Und da gab es nach meiner Erkenntnis gar niemanden, der je gesagt hätte: „Ja, wir wollen aber länger bleiben“, und zwar einfach deshalb, weil alle, die da noch betroffen waren, die NATO-Partner, letzten Endes von den Amerikanern abhängen. Und da die Amerikaner gesagt haben: Wir gehen raus - -

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke. - Ich glaube, ich muss jetzt wieder kurz deutlich machen, dass es mir um die deutsche Perspektive -

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - auf diesen Sachverhalt ging. Deswegen wäre für mich eben wichtig: Gab es eine Abwägung in Kenntnis dessen, dass die NATO das ... [akustisch unverständlich]

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, bei mir militärisch nicht, weil mir klar war: Ich kann abwägen, wie ich will - ohne Amerikaner brauche ich dort gar nicht bleiben. Und insofern war klar: Militärisch folgen wir dieser Auflage.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber welche anderen politischen Faktoren sprachen denn für oder gegen eine Abzugsentscheidung? Also, damit meine ich etwa die deutsche Rolle in der NATO oder das Ortskräfteverfahren. Können Sie da Faktoren benennen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, in der NATO selber jetzt unsere Rolle: Da waren wir ja ein anerkannter Truppensteller, und auch unsere Aufträge haben wir dort ordentlich erfüllt. Also, da war klar: Wir gehen nach diesem Motto, wie ich schon mal eben sagte, „gemeinsam rein, gemeinsam anpassen, gemeinsam raus“. Das war unverändert gültig für alle, und das haben wir auch weiter so gefahren.

Stichwort „Ortskräfte“ war für mich in dem Kontext eher nachrangig, weil ich gesagt habe: Entscheidend ist für mich erst mal, aus dem Kontingent RSM kommend: eigene Truppe sicher rausholen - das war auch die Auflage, die die Ministerin uns gegeben hat -, und zwar geordnet. Das war das Bild, Stichwort „Saigon“.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann lösen wir uns von dieser Vorlage, und ich komme zu einer Aussage des Zeugen Generalleutnant Schütt, der zur Gefahr, Opfergefahr, für deutsche Soldat/-innen aufgrund dieser Nichtentscheidung hier im Untersuchungsausschuss ausgesagt hat; das ist Stenografisches Protokoll 20/74, Seite 86. Und auf meine Frage: „Und das heißt, es hätte schon die Opfergefahr gegeben?“, hat der Zeuge Bernd Schütt gesagt: „Ja, klar, massiv. Das war ja unser ganzes Problem.“ Können Sie das vielleicht einordnen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, jetzt kommt das auf den Zeitraum an. Also, wenn ich jetzt den Zeitraum dieses ersten halben Jahres 2021 betrachte, dann hatten wir ja dort kaum noch Kräfte großartig außerhalb des Lagers in Masar-i-Scharif. Das heißt also, die Gefährdung wäre immer dann gewesen, wenn wir mit den wenigen Kräften zu einer Beratung zu einer Dienststelle der afghanischen Streitkräfte gefahren wären, zu dem Kommando. Auf dem Weg wäre natürlich Gefährdung gewesen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und es wäre Gefährdung gewesen im Feldlager selber. Also, ich habe mich ja selbst bei meinem Besuch noch mal vergewissert, welche Sicherungsmaßnahmen die getroffen haben. Die waren erheblich, und zwar weil das Lager ja eigentlich riesengroß war, wir aber jetzt geschrumpft sind und jetzt mit weniger Kräften nur noch den Kern bewacht haben. Also, es musste da schon eine Menge getan werden.

Also, die Gefährdung durch sogenannte ungenlenkte Raketen, Gefährdung durch Anschläge, wenn Sie mit kleinen Trupps nur außen rumgefahren sind, war glasklar vorhanden und wäre schlechter geworden mit zunehmendem Zeitlauf.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** War Ihnen denn diese Einschätzung des Generalleutnants Schütt bekannt? Und war das auch der Abteilung SE bekannt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das haben wir - - Also, wir haben ja auf meiner Ebene die sogenannte Abteilungsleiterbesprechung, wo regelmäßig die Abteilungsleiter, auch Herr Schütt, dann vorgetragen haben. Es gab auch individuelle Abteilungsinformationen an mich, mündlich. Also, da waren wir auf dem Schirm. Und als ich dann selber noch mal nach Afghanistan gefahren bin, habe ich mich natürlich vorher dann noch mal schlaugemacht. Also, die Entwicklung haben wir in diesem Zeitraum auf uns abgestimmt, ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wie haben Sie selbst die Gefahr bewertet? Genauso oder anders?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich konnte das ja nur tun aus dem, was man mir so vorträgt. Und als ich dann vor Ort war, fand ich das dann auch so bestätigt. Ich habe nämlich auch mal ab und zu mit General Meyer telefoniert oder mit dem Befehlshaber in Potsdam. Also, man tauscht sich unterschiedlich aus, bis dann auch wieder hin: Abstützung auf internationale Erfahrung, die wir hatten. Also, insofern teile ich das. Da habe ich keine abweichende Meinung.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und was haben Sie dann veranlasst, um dieser Gefahr zu begegnen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, den Zeitplan so schnell wie möglich umsetzen des Abzugs. Also, ich habe mich jetzt nicht darauf verlassen: „Es wird der 04.07.“ oder so, sondern im Grunde alles, was an Beschleunigung ging, machen, sodass wir also noch deutlich vor dem 04.07. rauskommen, also gar nicht erst Risiko gehen, dass es am Ende knapp wird, sondern so schnell wie möglich.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und gab es denn auch Gespräche, zum Beispiel unter den Abteilungsleitern oder den Staatssekretären, dazu?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, also Staatssekretäre - - könnte ich jetzt explizit nichts sagen. Wir haben da ab und zu mal so eine Lage bei der Ministerin gehabt, wo wir dann alle noch mal vorgetragen haben, das ja. Das war aber ein laufender Prozess.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, Sie haben der Ministerin diesen Umstand vorgetragen. Und wie war die Reaktion von der Ministerin Frau Kramp-Karrenbauer?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, wir haben das in Lagen besprochen, ja, definitiv. Und sie hat zumindest mal den Plan, den wir hatten, nicht wieder zurückgerufen oder hat unterlegt: „Ja, jetzt macht euch mal Gedanken! Wir bleiben noch alleine Nation vier Monate länger“ oder was. Also, sie hat komplett den Plan, den wir hatten, mitverfolgt.

Ich erinnere noch an Foliensätze, wo wir ja quasi im Wochentakt ihr erläutert haben, wie der Abzug läuft. Das geht ja los mit: Wir zählen Container, zählen Flüge, gucken, wie viel Personal rausfliegt und wieder reinfliegt. Also, all diese Details haben wir ihr dargelegt, inklusive einer entsprechenden Sicherheitsanalyse. Also, das war rundherum über die komplette Zeit sichergestellt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und wie bewerten Sie jetzt die Abzugsentscheidung?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Jetzt im Nachhinein? Richtig. Also, wenn wir die Ausbildung einstellen - im Mai war das, April/Mai - und wir da keinen Auftrag mehr haben, dann raus. Und wenn andere dann meinen, sie machen das mit anderen Mitteln weiter, also nichtmilitärischen Mitteln, und unterstützen dann ja jetzt aktuell die Taliban oder dann eine wie auch immer geartete andere Regierung, dann gerne. Ja, also, der militärische Auftrag war für uns im Grunde mit dem Mai beendet und danach auch mangels internationaler Gesamtabstimmung auch nicht mehr durchführbar.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und wie bewerten Sie den Zeitpunkt - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind ein bisschen über die Zeit hinaus.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ach so. Kann ich die Frage noch zu Ende formulieren?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eigentlich nicht.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich war schon halb dabei.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Es sei denn, es ist Ihre letzte insgesamt. Dann können wir das machen.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Also uneigentlich nein. Und eigentlich? Ich habe es jetzt nicht verstanden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich habe gesagt: Wenn es Ihre letzte insgesamt ist, machen wir das. Sonst - -

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Nee, insgesamt nicht. So geht das nicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nee, dann wechselt das Fragerecht - - Ja, so ist das Leben. - Dann wechselt das Fragerecht zur AfD.

**Stefan Keuter** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich beziehe mich im Nachfolgenden auf die Fundstelle MAT A BMVg-5.125 VS-NfD. Auf Blatt 5 lese ich dort, Herr Zorn, dass Sie Ende April 21 mit Ihrer Ministerin über die Entsendung von zusätzlichen KSK-Männern nach Afghanistan telefonierten. Absicht der geplanten Maßnahme war unter anderem, die deutsche Botschaft für etwaige Gefahrensituationen besser zu wappnen. Laut dieser Fundstelle soll Minister Maas gegenüber Ministerin BMVg zwischenzeitlich die Entsendung von KSK-Männern abgelehnt haben.

Auf den Blättern 70 und 99 bis 101 lag nach Klärung eines „AA-internen Abstimmungsfehlers“ die Ministeriumsvorlage zur Ausplanung der KSK-Entsendung dann Anfang Juli 21 erneut zur Entscheidung vor. Sie, Herr Zorn, empfahlen laut dieser Fundstelle - diesmal Blatt 102 - der Ministerin die Billigung und schlugen ihr ein Begleitgespräch mit Minister Maas vor.

In einer anderen Fundstelle, nämlich MAT A BMVg-5.171 VS-NfD, Blatt 259, schrieb General Werres dann ganze vier Wochen später, nämlich am 04.08.21, eine E-Mail, in der er an die besagte Entscheidungsvorlage für Ministerin BMVg hinwies, die - Zitat Werres - „durch BM'in offenbar erst nach Ihrem Urlaub (und nicht i.V. Sts) entschieden werden soll (hoffentlich ist es dann nicht schon zu spät).“ - Zitat Ende.

Können Sie uns bitte sagen, weshalb Ministerin BMVg Anfang August 21 noch nicht entschieden hatte, für die Ausplanung der KSK-Unterstützung für die Deutsche Botschaft Kabul grünes Licht zu geben? Hat das von Ihnen Anfang Juli angeregte Gespräch mit Minister Maas stattgefunden? Und, wenn ja, waren Verlauf oder Ergebnis dieses Gespräches Grund für die Entscheidungsverzögerung?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Vielleicht erst noch mal vorweg zu dem Thema KSK überhaupt. Also, als wir wussten, dass wir im Grunde abziehen, und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wir dann auch die Eventualfallplanungen begonnen haben, dann geht automatisch damit einher, dass wir uns auch bei dieser Eventualfallplanung Gedanken machen über den Ansatz des Krisenunterstützungsteams - das ist der eine Teil - und der andere Teil - natürlich auch über die Spezialkräfte, die bei der Botschaft in der Regel dann, wenn wir sie vorher dahin entsenden, prüfen: Zusammenarbeit, Abzugspunkte, Sammelpunkte, also all diese neuralgischen Punkte. Das ist also auch wie eine Art Beratung vor Ort noch mal, die praktisch dann dazu führt, bei einer Evakuierung denen die Dinge zu erleichtern. Also, das ist der Rahmen, der sich dahinter verbirgt. Da reden wir also jetzt von ein, zwei Mann, also das ist keine große Gruppe.

Das ist damals - ich weiß nicht, aus welchen Gründen - aber dann nicht passiert. Ein Gespräch zwischen Heiko Maas und der Ministerin - - weiß ich nicht, ob und wann und warum es nicht stattgefunden hat, keine Ahnung. 04.08., ja, da war die Ministerin bestimmt im Urlaub. Was ich am Ende dann aber hatte, das war - und vielleicht ist das dann am Ende so ein Outcome daraus -: Als wir dann am 15.08. zusammensaßen und die Ministerin mich fragte: „Müssen wir KSK oder sollten wir KSK mit in den EvakOp-Verband integrieren?“, da war meine klare Empfehlung erneut: „Ja“ - jetzt natürlich noch aus einem ganz anderen Fokus heraus, aber das also auf jeden Fall. So, und ob es danach noch Gespräche mit dem Außenminister gab, weiß ich nicht; keine Ahnung.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut, danke. - Laut MAT A BMVg-5.124 VS-NfD, Blatt 19, haben Sie im Vorfeld einer Sitzung des Verteidigungsausschusses am 17.08.21 Lageinformationen dazu angefordert, was aus den von Deutschland ausgebildeten afghanischen Armeekorps geworden war. Aus den vom Referat SE I 3, Militärisches Nachrichtenwesen, zugelieferten Informationen geht dann laut MAT A BMVg-5.124 VS-NfD, Blätter 21 und 22, hervor, dass die beiden von der Bundeswehr lange unterstützten Korps 209 und 207 [sic!] sich selbst aufgelöst und sich unter Zurücklassung des Materials zum Teil nach Iran und Usbekistan abgesetzt haben. Herr Zorn, können Sie uns be-

stätigen, dass sich die beiden von der Bundeswehr über lange Jahre unterstützten und beratenen Korps der afghanischen Armee nach Abzug der Bundeswehr im Wesentlichen selbst aufgelöst haben und einen Großteil der Waffen und des Kriegsgerätes zurückgelassen haben und diese in die Hände der Taliban gefallen sind?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, die Auflösung der Korps, das kann ich so bestätigen; das ist mir so gemeldet worden. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das frustriert. Also, alleine der Invest, den wir getätigt haben. Und ich habe bei meinen Dienstaufsichtsbesuchen in Afghanistan - immer, wenn ich dort war, hatte ich da immer welche getroffen aus diesen Führungskorps - die Leute auch erlebt. Und die haben wirklich einen stabilen und selbstbewussten Eindruck da auch hinterlassen. Und dann ist man am Ende schon enttäuscht, wenn es dann so ausgeht. Das ist das eine.

Was das Material usw. betrifft, kamen bei uns immer wieder Meldungen an, dass sich die Taliban dieses Materials bemächtigt hätten. Bei manchem Material hat man gesagt: Na, da können sie wenig mit anfangen. - Also, das kennen die nicht von der Möglichkeit der Anwendung bzw. dann auch bei der Ersatzteilversorgung. Bei einfachen Dingen des Lebens, also Schusswaffen im weitesten Sinne oder einfachen Fahrzeugen, war das ein anderes Bild. Also, insofern habe ich das als allgemeines Bild so aufgenommen, dass die Taliban sich so entsprechend ausgestattet haben. Ich hatte aber keine konkreteren Angaben dann, was das heißt für die Kampfkraft wiederum oder den Gefechtswert der Taliban. Aber wir wissen natürlich aus der Vergangenheit: Die Taliban brauchen nicht sehr lange, um sich mit den Dingen am Ende auseinanderzusetzen und sie einzusetzen.

**Stefan Keuter (AfD):** Also sind tatsächlich Waffen an die Taliban gefallen.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Gehe ich mal von aus, dass das so passiert ist, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stefan Keuter** (AfD): Laut Fundstelle MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 19, sandte Herr van Thiel, der damalige Geschäftsträger der Deutschen Botschaft Kabul, am 21. August 21 eine E-Mail an das Lagezentrum des Auswärtigen Amtes - Zitat Anfang -:

„- BW plant Evakuierungsaktionen jenseits des Zauns. Das darf nicht nach außen kommuniziert werden, da dies erstens die Aktionen gefährden ... würde ... und ... es ja keine pol. Freigabe für die erforderlichen kostenträchtigen Deals mit den TLB gibt.“

Zitat Ende. - Bezüglich welcher Bundeswehr-evakuierungsaktionen jenseits des Zauns wurde damals über kostenträchtige Deals mit den Taliban nachgedacht, und sind diese dann zur Durchführung gelangt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Da, sage ich jetzt ganz ehrlich, ist auf meiner Ebene nichts zu angekommen. Also, es gab keine Anträge, in denen General Arlt uns jetzt geschrieben hätte: Ich brauche eine Summe XY, um jetzt an irgendeiner Stelle irgendwelche Leute zu befreien. - Das definitiv nicht. Und ich kann Ihnen auch nicht sagen, an welchen Tagen, wann, wo wie viele Leute da mal aus dem Zaun raus sind, um Leute reinzuholen. Also, raumnah, also rings um den Zaun direkt am Flughafen Kabul, natürlich ist man da, als man dann wirklich vor dem Zaun - - wenn man genau gewusst hat: Da hinten sind welche, die wir identifiziert haben, und man greift die aus der Menge ab. - Das ist damit nicht gemeint. Sondern gemeint ist im Grunde: richtig sich rausbewegen ins Stadtgebiet und dort Leute irgendwo abholen und reinführen.

**Stefan Keuter** (AfD): Ist Ihnen bekannt, dass -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur FDP.

**Stefan Keuter** (AfD): - Bargeldmengen im Namen der Bundeswehr geflossen sind?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur FDP. Frau Kollegin.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zorn, Sie hatten vorher gesagt, dass alle deutschen Staatsangehörigen während der Evakuierungsmission ausgeflogen worden seien. In MAT A BND-4.06 VS-NfD, Blatt 453, habe ich eine E-Mail gefunden vom 9. September. Und da heißt es, dass 31 deutsche Staatsangehörige dann noch in ein Hotel aufzunehmen seien und zum Flughafen zu bringen seien und eventuell nach Katar auszufliegen seien. Den Vorgang können Sie natürlich nicht kennen. Aber es geht mir jetzt mehr um die Tatsache, dass da noch deutsche Staatsangehörige waren. Können Sie dazu noch was sagen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Nee. Also, den Fall jetzt detailliert kenne ich so nicht. Was natürlich ich, ich sage mal, nicht hundertprozentig sagen kann: Wir haben ja nie eine echte Soll-Ist-Liste gehabt. Also, nach unseren besten Erkenntnissen haben wir gesagt: Alle die, die jetzt am Flughafen irgendwie waren, deutsche Staatsbürger, haben wir. - So, ob jetzt im Land noch irgendwo welche sind oder auf anderen Wegen rausgehen, habe ich zum damaligen Zeitpunkt - - kann ich auch heute nicht sagen. Keine Ahnung.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch** (FDP): Okay, alles klar. Ich hatte mich nur auf Ihre Aussage vorher bezogen, dass alle deutschen Staatsangehörigen ausgeflogen seien.

Aber ich möchte jetzt gerne eigentlich auf was anderes noch zu sprechen kommen, und zwar noch mal ein Rückklapp auf die Zeit vor dem 15. August 21. In einem Kommentar zu einem Vermerk zum Sachstand Ortskräfte vom 20. Juli 2021 - das ist MAT A BMVg-5.127 VS-NfD, Blatt 145 -, da merken Sie an, dass das Thema Charterflüge trotz einer Intervention des Bundeskanzleramts auf Arbeitsebene strittig bleibe und eine Lösung nur auf politischer Ebene erreicht werden könne. Ich zitiere:

„Wie der dieser VzI“

- Vorlage zur Information -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„beigefügte Vermerk zur heutigen Ressortbesprechung auf Arbeitsebene zeigt, bleibt das Thema Charterflüge trotz der Intervention BK Amt strittig. Hier kann eine Lösung nur noch auf politischer Ebene erreicht werden, ggfs. auch mit Blick auf die morgige Kabinettsitzung. Der beigefügte Vermerk kann insofern auch zu Ihrer Vorbereitung auf die Kabinettsitzung dienen.

Unabhängig davon kommt es darauf an, auch in der Kommunikation nach außen das Erreichte darzustellen. Das wird für viele Kritiker nicht genug sein, aber die in Ziffer 2-5 genannten Zahlen sollten wir offensiv kommunizieren.

Zorn, 20.7.21“

Meine Frage ist: Wie häufig haben Sie im Untersuchungszeitraum etwas von schwierigen Abstimmungsprozessen zwischen den Ressorts hinsichtlich eines Notfallszenarios für das Ortskräfteverfahren mitbekommen? Wie häufig war das?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Täglich.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und zwischen - -

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, das war jetzt nur ein Beispiel mit den Charterflügen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das hat sich, ich sage mal, kumuliert, vor allem in diesem ersten Halbjahr 2021, wo ständig diese Interessenkonflikte aufkamen und wir natürlich irgendwo dann jemanden brauchten, der das am Ende vermittelt und der dann auch sagt: Jetzt machen wir's mal so. - Und das Schlimme an der Sache ist jetzt weniger die Kompromissfindung oder die Suche nach einem, der es entscheidet. Das Problem war: Die Zeit lief ab.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Mmh.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Und wenn Sie dann am 29. - weiß ich nicht -, Ende Juni irgendwann gesagt kriegen: „Ja, ich hätte jetzt da eine Firma, die stellt zwei Charterflugzeuge“, und dann stellen wir fest: „Wir haben gar keine Soldaten mehr vor Ort, die das machen könnten, geschweige denn noch jemand, der impft oder der die Visa kontrolliert oder ... [akustisch unverständlich] hinbringt“, ja, dann ist der Zug abgefahren.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Zwischen welchen Ressorts waren Ihrer Erinnerung nach die Abstimmungsschwierigkeiten besonders groß?

**Zeuge Eberhard Zorn:** BMI, AA und wir. Also, wir hätten es gern gemacht, -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Eigentlich alle fast.

**Zeuge Eberhard Zorn:** - und die anderen beiden waren sich nie einig.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das ist mein letztes Bild, ja, eindeutig.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Mmh. - Und in der durch Sie verfassten Kommentierung, die ich ja vorher erwähnt habe, schreiben Sie von einer mehr oder weniger wirkungslosen Intervention des Kanzleramts gegenüber den Ressorts. Wie haben Sie denn die Rolle des Kanzleramts im Untersuchungszeitraum wahrgenommen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, jetzt sagen wir mal so: Das ist, was ich eben schon mal sagte: Das eine ist, was man sich wünscht, das andere, was gemacht wird. Ich erwarte natürlich jetzt nicht in jedem Einzelfall, dass persönlich jetzt der Kanzler/die Kanzlerin auftaucht und sagt: Und so machen wir das jetzt aber. - Das müssen die selber wissen, wie die das machen. Manchmal wäre es wünschenswert gewesen. Manchmal weiß ich auch gar nicht, ob es überhaupt bis zum Kanzleramt hochgedrungen ist, ob man das dort wahrgenommen hat. Ich kann es nicht beurteilen. Also,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

insofern wäre das so mein frommer Wunsch gewesen, um einfach auf der noch verfügbaren Zeitachse irgend noch was zu realisieren. Wenn man es einfach laufen lässt, und man wartet, bis der 150. Kompromiss endlich diskutiert ist, und dann noch einer kommt und sagt: „Ja, aber die Reifen müssen auch noch geputzt werden vorher“ - ich überzeichne jetzt -, dann ist das vorbei, dann geht da nichts mehr. Und dann wundert man sich hinterher.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und war das - -

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich hätte mir das gewünscht.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** War das Bundeskanzleramt - - Haben Sie das als Primus inter pares wahrgenommen in solchen Situationen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Da war ich, glaube ich, zu wenig eingebunden, um das einzuschätzen. Also, das ist nur ein Gefühl.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Mmh. - Aber in welchem Kontext erinnern Sie sich denn an eine aktive und vielleicht sogar gestaltende Rolle des Kanzleramts jetzt hier in Bezug auf die Thematik?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja gut, also, das war dann zu einem früheren Zeitpunkt. Also, als klar war, in welche Richtung wir am Ende gehen, da war dann schon klar, dass wir jetzt - - Zum Beispiel als es darum ging, das Ortskräfteverfahren anzupassen, also von der alten bürokratischen, ewig dauernden Geschichte jetzt zu was Schnellem, da war für mich spürbar, dass der Impuls, der gesetzt wurde, auch dann in Umsetzung ging. Also, ich weiß nicht, wie das dann im Kabinett besprochen wird, aber wo man sagt: Jawohl, das müssen wir jetzt tun, um in den dann noch drei Monaten, die wir noch hatten, mit aktiver Truppe vor Ort dann noch was machen zu können. - Also, das würde ich als Beispiel nehmen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Die von Ihnen angesprochene Intervention jetzt in dem konkre-

ten Fall war ja erfolglos. Können Sie sich an weitere Situationen erinnern, in denen das Kanzleramt sich bemüht hat, die Ressorts zu einer Einigung zu bewegen, und dabei aber scheiterte?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also nicht welche, wo ich jetzt selber dabei gewesen wäre. Also, das Ortskräfteverfahren ist definitiv - kenne ich -, und das Thema am Schluss nachher, Charterflüge, das ist dann so ausgegangen, wie wir es gelesen haben. Aber andere Fälle, sagen wir jetzt erst mal, kann ich keine nennen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Uns liegt auf MAT A AA-8.416 VS-NfD, Blatt 270, ein Vermerk vor aus einer E-Mail innerhalb des AAs vom 03.06.2021, laut dem aus der Arbeitsebene des BMVg der Ruf nach der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin gekommen sein soll. Können Sie sich an so einen Vorgang oder an ähnliche Vorgänge erinnern?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich habe so was nicht draufgeschrieben, aber ich ahne, dass es bei mir mit Sicherheit Referenten gibt, die das mal so von sich aus gemeint haben: Könnte man tun. Mein Gefühl hat mir aber immer gesagt: Also, bis der Kanzler, die Kanzlerin von der Richtlinienkompetenz Gebrauch macht, da muss schon eine Menge passieren.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Noch mal zurück zu den Ressortgesprächen zur Ausgestaltung des Notfallszenarios für das Ortskräfteverfahren: Aus MAT A AA-9.86 VS-NfD, Blatt 14, wissen wir, dass sich das AA und das BMI über sieben Monate lang nicht auf eine praktikable Notfallversion des Ortskräfteverfahrens einigen konnten. Was haben Sie hiervon mitbekommen, und können Sie uns Ihre damalige Einschätzung zu dem Ressortstreit noch mal darstellen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das sind halt diese divergierenden Interessen, die man da hatte und wo man eben nicht zusammengekommen ist. Und da kann man sagen: Ja, wenn das jetzt sieben Monate gedauert hat - ich kenne den Einzelfall jetzt nicht -, dann ist das genau einer dieser Punkte, wo ich sage, das ist in so einer Krisenlage dann eigentlich zu lang. - So. Und insofern ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das im Rückblick eine Geschichte, an die müsste man dann noch mal herangehen künftig und müsste sagen: Also, wenn solche Dinge entstehen, muss es irgendwo eine Möglichkeit geben, das mal gemeinsam am Tisch zu diskutieren und dann zu einer Entscheidung zu kommen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und wie lösungsorientiert hat man im BMVg oder Sie damals die lange Debatte zwischen dem AA und dem BMI wahrgenommen? Wie wurde das rezipiert?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, am Ende kam bei mir immer an: Die einigen sich jetzt nicht, wir müssen was tun. Ich zitiere mal aus der Erinnerung meine Ministerin, die zu irgendeinem Zeitpunkt ich meine, es war im März oder April - gesagt hat: Freunde, wenn wir jetzt bei „Ortskräfte“ nicht langsam in die Pötte kommen und selber was tun, dann fällt es uns selber auf die Füße. - Und mit „uns selber“ ist gemeint: BMVg. So. Und aus dem heraus resultierte dann von der Ministerin dieser Impuls im April, dass sie gesagt hat: Jetzt müssen wir das mal verändern. - Und daraus resultierte das, was ich in meinen Eingangsbemerkungen sagte, wo die Bundeswehr eigentlich Dinge getan hat und gesagt hat: Wir helfen, wo es nur geht, um überhaupt das Thema mal ins Rollen zu bringen. - Also, wir haben Aktivität entfaltet.

Das Witzige - in Anführungszeichen - ist aber: Wenn wir dann so was gemacht haben, lag plötzlich der Stempel Ortskräfteverfahren auf der Bundeswehr, auf dem BMVg. Und das ist der größte Unsinn überhaupt. Wir haben uns um unsere eigenen gekümmert. Es ist nicht die Aufgabe der Bundeswehr, hier zu Hause irgendwelche Leute, die da aus - woher auch immer - kommen, federführend zu betreiben\*. Also, wir stellen amts-hilfemäßig wegen mir eine Unterbringung in einer alten Kaserne zur Verfügung. Wir machen amts-hilfemäßig Transport mit unseren Bussen. Aber ich bin nicht der Federführer, um am Frankfurter Flughafen irgendwelche geflüchteten Afghanen aufzunehmen und sie in meinen Kasernen qua eigener Entscheidung unterzubringen. So. Und das ist das Bild. Das Bild ist immer: die Bundes-

wehr. Nee, hier ist es das BMI, das verantwortlich ist, die, die ankommen, hier aufzunehmen. Und auch das BMI hat Kapazitäten, Leute unterzubringen. Wenn es keine hat, dann kommen sie zu uns, dann kriegen sie Kaserne. Aber dieser Weg, der verschlabberte in der Zeit ein bisschen. So.

Und das andere ist: Wie kommen sie eigentlich alle hierher? Oder diese Nummer da mit diesen Visa-Dingern. Ja, klar haben wir das gemacht. Das war so aus der Not. Und da kann ich Ihnen wirklich aus fester Überzeugung sagen: Der Soldat denkt im Auftrag, in Rechtsrahmen. Der sagt nicht: Ich bin da aber nicht zuständig, ich warte nur, bis ein anderer kommt. - Das ist das Wesentliche im unterschiedlichen Handeln aus diesen ganzen Kategorien. Und da haben meine Leute gemacht, was ging. Selbst der GI schleppte eine Kiste Visa mit; ich hatte das eben angedeutet. Das ist mir auch überhaupt kein Problem, das mache ich einfach und fertig. Diskutiere ich auch gar nicht lang. Das ist ja etwas, was hilft.

Aber wenn ich diese ganzen Dinge zusammen-addiere - sage ich ganz offen -, dann hat die Bundeswehr viel mehr gemacht, als sie eigentlich tun müsste. Sie hat es getan. Gut. Jetzt darf es nur nicht als Negativlabel dadran kleben, nach dem Motto „Haben sie nicht hingekriegt“. Wir haben in Fallingbostal für 1 000 Flüchtlinge Betten bereitgestellt - mit unseren Kapazitäten -, damit die überhaupt erst mal aufgenommen werden konnten. Ja, so. Das sind so Dinge, die wir hatten und die tatsächlich auch in - - Ich rede immer von der Knappheit der Zeit: Wenn wir zehn Jahre Zeit haben, können wir alles machen. Aber in dieser Kürze der Zeit haben wir ein Maximum getan. Das war gut, das war in Ordnung, sollte uns aber zu bedenken geben, wenn wir mal in die Zukunft gucken - und es kommt ja immer wieder zu solchen Dingen -, wie wir mit denen strukturiert umgehen. Das erleichtert vieles.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Knapp nach der Zeit.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Könnte ich noch eine abschließende Frage stellen? Dann bin ich ganz durch.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das können Sie tun, ja.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke. - Haben Sie denn eine Erklärung dafür, warum es zu keiner Einigung kam, obwohl sich mit dem Ende des Einsatzes auch die Wahrscheinlichkeit dafür erhöhte, dass man einen praktikablen Notfallplan brauchen könnte?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das sind - - Ich würde es jetzt nicht ... [akustisch unverständlich] an den Spitzen der jeweiligen Ressorts. Über all die vielen Jahre hat ja jedes Ressort so seine Besonderheiten entwickelt, auch im Kontext mit dem Afghanistan-Einsatz: Welches Ziel will man erreichen? Wie tut man es eigentlich? Und wir haben aus meiner rückblickenden Betrachtung eine herausragende Phase gehabt, als wir mit den Provincial Reconstruction Teams ressortübergreifend vor Ort zusammengearbeitet haben. Da kann ich mich erinnern: herausragende Zusammenarbeit aller Mitarbeiter vor Ort; das war richtig gut, auch mit den NGOs. Und dann plötzlich gab es wohl so einen Kipppunkt, da war das wieder weg. Also, das bewegt sich so in Wellen. Ich würde mir eben einfach wünschen, dass dieses Ressortübergreifende - das hat nichts mit Parteien zu tun, die da zufällig gerade den Minister stellen; das Ressort als solches besteht ja auch erst mal so weiter, ja - - dass die noch enger zusammenkommen und dass wir da noch stärker - das ist jetzt vielleicht angelegt mit der Nationalen Sicherheitsstrategie, wenn man sich die anschaut - - deutlich mehr ressortübergreifend hineingeht und diese Dinge nicht jetzt singulär betrachtet, sondern gemeinschaftlich.

Also, ich sage mal, die strategischen Papiere sind alle da. Ich habe ja jetzt Zeit; ich habe alle gelesen, auch die, die folgen dazu. Also, jetzt geht es in die Umsetzung. Das heißt, wenn wir jetzt die Nationale Sicherheitsstrategie haben und alles, was dann in den Ressorts dazu gebastelt wird - das schreiben die ja gerade -, wenn das jetzt in Umsetzung geht, dann bin ich optimistisch, dass wir auch da in der Zukunft gut für aufgestellt sind, weil dann haben wir die Grundlagen, und dann schaffen die Ressorts ihr Ding,

und dann wird der Minister entsprechend beraten. Der berät sich ja nicht den ganzen Tag selbst. - Das wäre so mein Bild. Ich bin schon mal aus dem Dienstlichen raus.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Insofern darf ich mir das wünschen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke, Herr General.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich danke auch. Sie merken schon, diese erfrischende Klarheit soldatischer Kommunikation stößt hier auf große Aufnahmebereitschaft. - So, wir sind am Ende dieser Runde und treten in die nächste ein, und es geht weiter mit dem Kollegen Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von uns eher abschließende Fragen und zum Teil wieder Rekurse auf Sachen, die wir bereits oder Kolleg/-innen hier mit Ihnen besprochen haben. Noch einmal zurück zur Frage der Bewertung der Kampf- und Durchhaltefähigkeit der afghanischen Streitkräfte. Die Kollegin Bayram hat Ihnen bereits zitiert aus MAT A BMVg-3.166 VS-NfD, Blatt 540. Da steht auch noch am Ende ein anderer bemerkenswerter Satz, der noch nicht zitiert wurde, und da geht es um Herrn G [REDACTED] aus dem Referat SE I 3:

„Wir haben bereits da“

- und es geht um das Jahr 2019 -

„bewertet, dass die ANDSF aufgrund der Verlustzahlen“

- da ging es um das Aufreiben des südlichen Korps mit 65 Prozent Verlusten -

„so mittel- bis langfristig nicht durchhaltefähig sind und ... die ANDSF nicht mehr in der Lage“

sein wird,

„ihre Aufgaben vollumfänglich wahrzunehmen sowie“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- und das ist der Punkt, auf den ich hinauswill -

„auf Gedeih und Verderb auf die Luftunterstützung der USA angewiesen sind.“

Erste Eingangsfrage dazu: Mit welchen Kriterien, Methoden und wer in Ihrer Organisation im BMVg hat die Fortschritte bei der Ausbildung der afghanischen Streitkräfte bewertet und evaluiert?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, wir haben ja in der Zeit - also, als wir das noch auch bis runter in die tieferen Kommandoebenen dort gemacht haben - ganze Teams gehabt, die dort in diesen afghanischen Einheiten ausgebildet und beraten haben, und die haben parallel dazu auch immer den Fortschritt in diesen Truppenteilen mit bewertet und haben gesagt, wie gut die sind oder wie schlecht. Und insofern hatten wir dauerhaft praktisch so einen Prozess der Evaluierung dort mit angelegt, der dann aber auch natürlich reingeflossen ist in die Auswertung international, also sprich: NATO-HQ in Kabul hat natürlich diese Dinge ebenfalls zusammengeführt. Insofern: Das Bild wuchs von unten auf und war noch, sage ich mal, bekräftigt von Leuten, die das vor Ort tatsächlich gemacht haben. Da habe ich auch viele Ausbilder damals immer getroffen, die schon ein mehrfaches Mal dort waren, die also dann auch ihre Gegenüber persönlich gekannt haben, um da auch eine persönliche Einschätzung so von ihrer - - vom Willen her letzten Endes mit vornehmen zu können. Also, insofern würde ich mal sagen, war die Bewertung schon tragkräftig\*.

Und dass die in der Durchführung der Operation notwendige Luftunterstützung der Amerikaner eigentlich das A und O war, das war gängig; das war bekannt. Also jeder, der einen Besuch in Afghanistan gemacht hat, in Masar beispielsweise, hat ja, wenn er dort im Feldlager übernachtet hat, abends gehört, wenn die Amerikaner mit ihren Kampfhubschraubern losgeflogen sind und am anderen Tag zurückkamen und die Raketen waren weg. Also, insofern konnte man das verfolgen in der Zeit, als wir das gemacht haben. Und ab dem Moment, wo diese Unterstützung im Prinzip weniger wurde oder wir auch nicht mehr

so nah dran waren in der Ausbildung selber, wollte ich nur sagen, ist die Bewertungskompetenz geringer geworden. Das muss man ehrlicherweise sagen. Also, insofern ist das auf der Zeitachse eher schwächer geworden, was die Bewertungsmöglichkeiten überhaupt betroffen hat.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn ich Ihre Antwort jetzt versuche auf dem Zeitstrahl etwas einzuordnen und bereits 2019 diese BND-Analyse, die von Kolleg/-innen bereits erwähnt wurde, dann zu diesen internen Diskussionen in der Abteilung SE geführt hat, ob es richtig oder falsch ist, und damals von ersten Anzeichen von Auflösungen die Rede war, gab es dann tatsächlich Fortschritte, bis Sie wieder diesen Punkt erreicht hatten, als es wieder rückwärtsging?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, nach meiner persönlichen Einschätzung: Das Beste, was ich heute sagen würde, ist: stagniert. Also, richtig nach oben ist es nicht mehr gegangen. Also, wenn man es realistisch betrachtet hat, dann haben wir gerade noch so ein Level halten können im Ausbildungsstand der afghanischen Streitkräfte, weil wir auch immer wieder dort erhebliche Personalfluktuationen hatten, also immer noch - - ich erinnere noch an Berichte: Plötzlich gab es eine Desertionswelle wieder, wo die dann gar nicht mehr zum Dienst erschienen sind und, und, und. Das Thema Korruption war durchgängig. Also, insofern war, glaube ich, maximal Stagnation und Halten des gleichen Levels ein Thema. Und je länger es dann eben andauerte und je weniger die Unterstützung bis ganz tief durch von uns kam, desto schwächer wurde das am Ende.

**Jörg Nürnberger (SPD):** War zum Zeitpunkt der Rückführung unserer Streitkräfte die afghanische Armee in der Lage, eigenständig in Afghanistan für die notwendige Sicherheit zu sorgen, um ein geordnetes Staatswesen aufrechtzuerhalten?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich würde es mal so sagen - nach allem, was ich gelesen habe -: für einen bestimmten Zeitraum, also sprich jetzt immer vorausgesetzt, es bleibt bei dem Ausbildungslevel, und die Attacken der Taliban gegen die afghanischen Sicherheitskräfte sind nicht zu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

stark, dann hätten die ein Stückchen Zeit das halten können. Und wir hatten immer - und das ist am Ende jetzt schlaue zurückgegrüßt von mir - die Hoffnung, dass sich dann dort eine Regierung etabliert, die am Ende so ist, dass sie die Sicherheitskräfte aufnimmt und mit denen auch dann Sicherheit produziert. Das war aber dann am Ende das Gegenteil der Fall, und das, glaube ich, hat das nach unten kippen lassen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt haben Sie in Ihrer Aussage gerade den Begriff „Hoffnung“ verwendet. „Hoffnung“ ist ein Begriff, der mit faktenbasiertem Wissen nicht unbedingt identisch ist. Lassen Sie mich die Frage absichtlich ein bisschen provokant formulieren: Durfte nicht passieren, weil es nicht passieren durfte?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, manchmal ist es so, dieses - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Oder in anderen Worten formuliert: Waren die Hoffnungen, die wir in unsere Ausbildungsanstrengungen gesetzt haben, am Ende zu unrealistisch, und wir haben es uns nur nicht selber eingestanden? Die Frage ist ein bisschen suggestiv.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist ein bisschen wahr, ja. Vielleicht können wir sie ein bisschen anders formulieren.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gab es hinreichende Fakten, objektive Nachweise, dass die Annahme, die Sie gerade geschildert haben, tatsächlich realistisch war?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich würde es noch mal andersrum aufsetzen: Wo ich definitiv fest überzeugt war, dass das Ausbildungsniveau und die Kampfbereitschaft hoch ist, das war bei den afghanischen Spezialkräften, also der Spezialpolizei, die querschnittlicher von Spezialkräften der NATO-Länder ausgebildet wurden. Da konnte man tatsächlich davon ausgehen: a) Die können was, die können es auch alleine, und die können es im Grunde auch mit einem längeren Atem. Bei den ganz normalen afghanischen Sicherheitskräften musste man in vielen Bereichen tatsächlich Fragezeichen dransetzen. Und

da ist dann vielleicht sicherlich die Einschätzungsfrage: Ja, was schreibe ich jetzt in meine Bewertung? Das ist ja auch eine Prognose nach vorne. Genauso wie die Frage: Wann kommen die Taliban nach Kabul, ja? Da haben wir ja auch von „in einem Jahr“ bis „jetzt gleich“. Insofern: Diese Einschätzungen sind sehr schwierig gewesen, würde ich mal sagen, und sehr weich und haben nicht richtig Bestand gehabt. Also, da haben wir uns vielleicht auch selber ja wirklich mit Hoffnung beschäftigt oder auch mit einer positiven Erwartungshaltung, die am Ende nicht erfüllt wurde.

Und es ging damit los, dass die Führungskräfte ja ausgebüxt sind. Also, wenn hier bei dem, was wir eben schon hatten - - wenn die Korpskommandeure selber die Flucht nach Usbekistan und in die Nachbarländer unter Mitnahme aller wichtigen Dinge dann initiiert haben, dann fängt es ja oben an. Und das afghanische System ist halt keines, wo die innere Fügung\* greift wie bei uns oder so ähnlich. Sondern wenn da der Boss weggeht, dann ist der weg, der auch dafür sorgt, dass gezahlt wird oder der entsprechend Haus, Nahrungsmittel und Ähnliches anbietet für die Soldaten. Das heißt, dann bricht untendrunter die Hierarchie weg. Und das, glaube ich, haben wir in vielen Bereichen dort kaskadenartig so erlebt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt haben wir an anderen Stellen bereits mehrfach darüber gesprochen, dass natürlich entscheidende Voraussetzung für die richtigen Vorkehrungen, Entscheidungen, Maßnahmen immer auch ein ausreichend abgestimmtes und konsolidiertes Lagebild über die Situation vor Ort ist. General Schütt hat in seiner Anhörung bei uns gemäß endgültigem Stenografischem Protokoll 20/74, Seite 55, aufgeführt:

„Zentrale Herausforderungen auf der Ebene des BMVgs waren unter anderem das Generieren eines aktuellen Gesamtlagebildes im Einsatz ...“

Das kann man ja auch zusammenführen mit dieser Krisenstabssitzung am 13. August, wo andere Organe ihre Lageeinschätzungen und Lagebilder



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vorgetragen haben. Ist Ihrer Meinung nach inzwischen - - oder andersrum formuliert: Teilen Sie diese Einschätzungen, dass es hier noch Herausforderungen gibt, das zu konsolidieren, zu verbessern?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das eine ist natürlich jetzt beim Lagebild, dass wir mit Abzug unserer Kräfte eigentlich bundeswehrseitig niemanden mehr - - Nicht „eigentlich“: Wir hatten keinen mehr vor Ort, der noch Beiträge zum Lagebild geliefert hätte. Das Aufwuchspotenzial von Informationen aus Nachbarressorts war da vermutlich höher.

Also, ich gehe mal davon aus, dass im Bereich der GIZ beispielsweise, Entwicklungszusammenarbeit, oder auch beim Auswärtigen Amt - - haben die andere Netze und andere Kontakte, so dass dort mehr aus dem Land aufgekommen ist an Informationen. Ob das immer für die militärische Seite war, vermag ich nicht zu sagen. Also, wir hatten kein eigenes Bild mehr und mussten uns im Grunde abstützen ja auf das, was wir aus anderen Ressorts gehört haben oder aus anderen Nationen bekommen haben. Und das war im Ende nachher ein schwieriges Thema, nämlich dann auch in der Lagebeurteilung, und wie gehen wir da eigentlich hinein? Also, das ist ein Punkt.

Ja, wie kann man so was beheben? Indem man halt da schlichtweg Aufklärungskräfte vor Ort hat oder dann belässt, wenn so was absehbar ist, auch gegebenenfalls im Kontext mit anderen Nationen. Aber das hatten wir in diesem Kontext nicht. Insofern war das Lagebild ein ungenaues.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Im eigentlichen Einsatz in der Folge - auf diese Situation bezieht sich ja das Zitat von General Schütt -: Wie ging die Bundeswehr dann damit um, dass eben hier nur unzureichend Informationen über die Lage vor Ort jetzt in Afghanistan zur Verfügung standen, nicht im Sinne von militärischer Bewertung auf einer strategischen Ebene, sondern ganz im taktisch-operativen Bereich?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Gestatten Sie eine Rückfrage? Also, im Kontext jetzt Evakuierungsoperation?

(Abg. Jörg Nürnberger (SPD) nickt)

- Ja, da war es tatsächlich so, dass wir natürlich - - Als das dann aufkam, dann haben wir natürlich den BND noch mal gebeten, uns noch mal konkrete Informationen zu geben. Wir haben noch mal versucht, unsere eigenen Aufklärungsmittel, die wir so technisch haben, anzusetzen, also dass wir versucht haben, uns so ein Bild zu schaffen.

Das andere Thema ist dann in dem Kontext, dass man sich das von internationaler Seite holt, das heißt, in dem Kontext halt Briten, Amerikaner befragt, die noch vor Ort sind. Die Türken waren ja noch vor Ort, im Bereich des Flughafens unterwegs. Also, da nutzen wir dann natürlich schon unsere Quellen, die wir dort haben. Wenn wir so was tun, ist das in dem Geschäft aber immer so, dass Sie ja was mitbringen müssen. Mitgebracht haben wir in dem Kontext die Absicht, dass wir evakuieren wollen und damit natürlich auch ein Angebot machen, auch Staatsbürger dieser Länder möglicherweise dann auch zusätzlich mitzunehmen, wenn vorhanden.

**Jörg Nürnberger (SPD):** In dem Zusammenhang auch noch eine Frage zu den Mitteln, die zur Verfügung standen, um die Evakuierung durchzuführen. Es gibt eine Leitungsvorlage vom 2. September 21, die Ihr Stellvertreter General Laubenthal mitgezeichnet hat, und dort wird hingewiesen

Das ist aus MAT A BMVg-5.131 VS-NfD, Blatt 248. Teilen Sie diese Einschätzung, dass da noch zusätzliche Fähigkeiten und Kapazitäten für die Bundeswehr notwendig sind, auch im Hinblick auf zukünftige Maßnahmen und auf das Verfahren der Lessons learned?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, also, ich gehe mal von dem aus, was wir jetzt heute haben. Wir haben jetzt ja die A400M. Ich denke, mit denen haben wir jetzt hinreichend bewiesen, auch durch die Übungen, die wir weltweit jetzt gemacht haben: Wir sind mit denen in der Lage, auch strategische Einsätze zu fahren. - Das ist das eine.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das andere sind aber - das ist gemeint mit diesen Oversized-Cargo- - Das sind halt diese aus dem SALIS-Vertrag bestehenden Maschinen, die zum damaligen Zeitpunkt ja da waren,

[REDACTED]

[REDACTED]

Das Thema Drohnen, das ist ja nun eins, was ganz lange schon anhängig ist. Da reden wir jetzt in dem Kontext - - hätten uns mit Sicherheit geholfen Aufklärungsdrohnen.

[REDACTED]

**Jörg Nürnberger (SPD):** Eine letzte Frage zu diesem Themenkomplex. Generalleutnant Pfeffer hat ausweislich Stenografisches Protokoll 20/74, Blatt 46, auch ausgeführt, dass es ein „Defizit“ und eine „Schwäche“ bei den „Führungsmitteln

vor Ort und an Führungsmitteln vom Einsatzverband ins Einsatzführungskommando“ gegeben hat. Und Sie haben ja vorhin, auf meine vorherige Frage, dazu auch bereits ausgeführt, dass die Datenkommunikation insbesondere nur rudimentär möglich war, gesicherte Kommunikation sehr begrenzt, weil die Fähigkeiten der Bundeswehr - und ich darf wörtlich zitieren - zu dem Zeitpunkt nur begrenzt vorhanden waren. Haben Sie danach Maßnahmen ergriffen, um die Situation zu verbessern, solange Sie noch aktiv im Dienst waren?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, wir haben - das ist auch ein langes Projekt, wenn man so will - von langer Hand im Grunde dieses gesamte System, was jetzt im Heer in die Ausrollphase ja gehen soll, dieses D-LBO, also Digitalisierung Landbasierter Operationen - dazu zählt das ja, und dazu zählen auch die Kräfte, die wir dort mit dabei hatten - - also, um das voranzubringen. Wie ich jetzt so höre, ist das jetzt wohl gerade irgendwo durch den Haushaltsausschuss durch; so. Also, wir sind jetzt drei Jahre später.

(RDn Kathrin Geyer  
(BMVg) meldet sich zu  
Wort)

Das heißt, wir haben es initiiert - es war auch im 100-Milliarden-Paket des Bundeskanzlers enthalten als Paket -, sodass das integral aufgesetzt ist und dann jetzt kommen wird. So, das ist das eine. Ich habe mir - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** So, an der Stelle unterbreche ich Sie mal. - Ich möchte Sie schon darauf aufmerksam machen: Ich erteile der Bundesregierung das Wort, aber wir lassen in der Regel den Zeugen trotzdem zu Ende sprechen; weil Sie dagegen protestiert haben. Jetzt war er an einem Punkt, wo eine Pause ist, und jetzt kann die Bundesregierung gern das Wort nehmen.

**RDn Kathrin Geyer (BMVg):** Danke, Herr Vorsitzender. - Ich wollte nur darum bitten, dass wir vielleicht mit den Fragen im Untersuchungszeitraum bleiben. Also, wir verstehen natürlich, dass es immer Anknüpfungspunkte gibt, die auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

slightly darüber hinausreichen. Ich glaube, das ist jetzt auch in den letzten Fragen und Antworten gemacht worden. Ich wollte einfach nur darum bitten, dass wir da im Zeitraum bleiben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Herr Zeuge bleibt mit seinen Antworten im Zeitraum und kann gerne fortsetzen; ich habe ihn ja unterbrochen. Bitte schön.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Gut. - Also, das ist aufgesetzt. Punkt eins.

Das andere ist: Wir hatten aber das, was wir damals zur Verfügung hatten, nicht alles dabei. Also, die DSK beispielsweise verfügte schon zum damaligen Zeitpunkt über die sogenannten Kommunikationstrupps Auslandseinsatz. Da ist das alles drauf. Nagelneue Autos, [REDACTED], gibt es dort, habe ich selber gesehen. Die waren damals auch schon da.

Nur, da war das eben die Frage: Nehme ich die mit, wenn ich stationär an einem Flughafen bin?

[REDACTED] Brauche ich die dann tatsächlich, oder mache ich es mit anderen Mitteln? Und die Entscheidung damals war: Wir verzichten auf die Mitnahme von schwerem Gerät - das muss ja auch wieder raus - und versuchen es mit anderen Mitteln, also sprich: Satellitenkommunikationstelefonen; das sind so diese Köfferchen. Das war die Güterabwägung. Aber die haben wir - also, wir haben [REDACTED] so Trupps -, und die sind auch dazu geeignet, bei solchen Operationen eingesetzt zu werden.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ganz andere Frage, aber ich glaube, auch entsprechend notwendig und bitte mit der gewünschten Einschränkung auf den Zeitraum.

Viele der Soldatinnen und Soldaten, die dort eingesetzt waren, haben berichtet, dass es sehr - - eine große seelische Belastung gegeben hat durch diesen Einsatz und dass das natürlich auch über die Zeit nachwirkt, sogar über den Untersuchungszeitraum hinaus. Aber meine Frage beschränkt sich ausdrücklich auf diesen: Ihre

Einschätzung über die Möglichkeiten der Bundeswehr zum Zeitpunkt während oder nach der Rückkehr, wie die psychosoziale Nachsorge für die Einsatzkräfte ausgestaltet ist und ob es hier noch Verbesserungspotenzial gibt.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, zum gesamten Themenkomplex haben wir seinerzeit schon ein Programm aufliegen gehabt, das dazu gedient - - wurde - das wurde vom Sanitätsdienst damals entwickelt -, praktisch diese psychische Komponente auch vorneweg, vor solchen Einsätzen insgesamt zu stärken und die Soldaten vorzubereiten auf das, was passieren kann bei so einem Einsatz.

Das heißt, ein Programm gab es eins in Vorbereitung auf solche Dinge, und es gibt natürlich danach das komplette Themenfeld - PTBS jetzt mal als Stichwort - psychosoziale Nachbetreuung im kompletten Kontext von der Betreuung vor Ort bis hinein in die Bundeswehrkrankenhäuser. Also, das gibt es schon.

Was ich Ihnen nicht sagen kann, definitiv, ist, ob alle Soldaten, die jetzt nun in diesem Kontingent Evakuierung drin waren, vorher in den Genuss gekommen sind einer solchen psychosozialen Stärkung oder eines Vorkurses dorthin, inklusive der Vorbereitung auf die Bilder, die dort jetzt auf die zugekommen sind. Das vermag ich nicht zu sagen.

Ich kann nur sagen: Aus den Gesprächen, die ich in Taschkent hatte - die sind statistisch sicherlich nur bedingt relevant - - Aber die Einzelgespräche, die ich da hatte, die zeigten mir schon: Da waren wohl Leute, die so was vorher noch nie irgendwie gehört hatten. Die haben wohl gehört: PTBS gibt es wohl, aber für mich vermutlich nicht.

Also, das heißt, insofern ist da, glaube ich, noch Handlungsbedarf, dieses Programm, was es gibt, noch konsequenter vorher in die Ausbildung der Soldaten zu integrieren, und das auch bei diesem EvakOp-Dispositiv, das ja in der Nachsorge - - Ich habe jetzt danach, nach 21, auch in der aktiven Zeit nix mehr gehört, dass jetzt dort noch Dinge offen wären. Viele mögen noch in Betreuung sein; aber das ist mein letzter Stand, dass es da



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf jeden Fall so gelungen ist, sie in diese Programme dort entsprechend einzubinden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir sind auch am Ende unserer Fragen und bedanken uns ganz herzlich für Ihre Antworten. Und nachdem das die Kolleginnen und Kollegen zu Beginn ihrer Befragungen getan haben, möchte ich Ihnen am Ende dafür danken und auch den Soldatinnen und Soldaten, die Sie damals geführt haben.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir kommen zur Union. Hat die Union noch Fragen?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nein, danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir zu Frau Bayram.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Zorn, ich würde gerne den Oberbegriff „Ortskräfte“ ein bisschen beleuchten. Meine erste Frage wäre: Hat sich - - bzw. was hat sich eigentlich durch das Doha-Abkommen mit Blick auf das Ortskräfteverfahren verändert?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich glaube, unmittelbar durch das Doha-Abkommen erst mal nichts, weil es lief erst mal weiter, also das, was wir eingerichtet hatten. Wir haben ja eins 2013 eingerichtet, und das lief durch. Das hat sich eigentlich in die vereinfachte Form erst deutlich danach, also nach dem Doha-Abkommen, im Jahr 21 letzten Endes dann entwickelt, als es entbürokratisiert wurde und beschleunigt wurde und wir es noch mal öffnen konnten - jetzt kann ich nur fürs BMVg reden - für diejenigen, die zwar eine Sicherheitsgefährdung hatten, nachgewiesen haben, die aber in der Vorzeit damals abgewiesen wurden; die konnten ja noch mal aufgenommen werden. Also, das war dann schon neu, aber entstand jetzt nicht unmittelbar in der Kausalität direkt nach dem Doha-Abkommen, sondern schon

ein Stück danach, als wir merkten, jetzt geht es tatsächlich nach Hause.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie hatten ja heute in Ihrer Vernehmung schon gesagt, dass Sie mit Blick auf das Ortskräfteverfahren die Ministerin beraten haben. Können Sie uns das kurz schildern, in welche Richtung Sie sie beraten haben?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja. Der eine Punkt, der kam ja von der Ministerin selber. Die Ministerin sagte: Wenn wir nichts tun, dann fällt es uns irgendwann auf die Füße. - Also uns, BMVg. Und dann haben wir natürlich, wenn man da so zusammensitzt, gesagt: Ja, was können wir machen? - Also, das eine ist: schneller, und das andere war - und das fand ich persönlich eigentlich am Ende das wirksamste Mittel, was uns hier zu Hause auch dann entgegenkam -, dass wir dieses Callcenter eingerichtet haben - im Einsatzführungskommando, Callcenter - und da die afghanischen ehemaligen Mitarbeiter hineingepackt haben, die schon hier waren, mit ihren Sprach- und Ortskenntnissen. Das heißt, sie haben hier wirklich dort im Schichtbetrieb eine Telefonansprechstelle eingerichtet. Wir konnten das übers Internet verbreiten. Also, da waren wir wirklich noch mal richtig aktiv unterwegs.

Und wir haben von dort ja wirklich Telefonkontakte wieder versucht neu zu etablieren und die Verbindung zu schaffen und damit auch für uns das Lagebild mal zu verdichten und zu sagen: Ja, Mensch, da gibt es ja welche, die sind eigentlich schon raus, die können wir praktisch aus der Liste nehmen. Wo sind die anderen noch?

Und dann hat das - - Das war ja eine Investition direkt in 21, hat aber noch nachgewirkt in die Zeit, glaube ich, bis 22 hinein, als wir dann noch diese Landtransporte ermöglicht haben mit Bussen, über die GIZ beispielsweise, und über Pakistan wieder raus. Das weiß ich deswegen so genau, weil ich just in der Zeit dann 22 in Pakistan war, mit meinen Amtskollegen regelmäßig mich dazu ausgetauscht habe und auch hier mit der pakistanischen Botschaft da regelmäßig Kontakte zum Verteidigungsattaché hatte. Also da,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

muss ich wirklich sagen, war eine sehr große Kooperation und eine hohe Hilfsbereitschaft, den Leuten zu helfen, hier nach Deutschland zu kommen. Also, das war die lange Wirkung von dieser Maßnahme.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe in den Akten gelesen, dass es am 14. Januar 2021 zu einem Telefongespräch zwischen Frau Kramp-Karrenbauer und Herrn Horst Seehofer gekommen ist. Wissen Sie eigentlich, wie dieses Gespräch überhaupt zustande kam?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Nee, das weiß ich ehrlich nicht. Keine Ahnung. Nein.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber wissen Sie, ob sich was mit Blick auf das Ortskräfteverfahren durch das Gespräch zwischen den beiden verändert hat?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich könnte Ihnen jetzt keine Protokollnotiz zitieren, aber ich denke mal, das war vielleicht auch so einer der ersten Impulse - es braucht ja immer ein bisschen mehr -, um da nach vorne zu kommen und alle davon zu überzeugen, dass wir da jetzt an einem Strang ziehen müssen, ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, hat sich dann in dem Prozess sozusagen was verändert mit Bezug auf die Ortskräfte insbesondere in der Bundeswehr?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, in der Kommunikation zwischen den Ressorts ist das dann, sagen wir mal, dichter geworden. Und wir haben dann nach Handlungslösungen und Möglichkeiten gesucht, wie wir das gemeinsam voranbringen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jetzt muss ich doch noch mal nachfragen, weil Sie das so allgemein beschreiben: Haben Sie keine Kenntnis davon, oder erinnern Sie es nicht mehr?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Nee, ich habe schlichtweg keine Kenntnis, weil ich also wirklich nicht weiß, wann meine Ministerin damals mit welchem Minister was wie telefonisch besprochen

hat, und vor allem manche Themenfelder auch dann bei uns im Hause vielleicht gar nicht so tief noch mal besprochen wurden, sondern das eher dann auf der Kabinettsebene war. Also da, kann ich ehrlich sagen, kam nichts raus, wo ich jetzt sagen würde: Jawoll, geht bei mir sofort ein Licht an, und wir haben sofort Maßnahmen ergriffen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Verstehe; danke. - Dann meine nächste Frage: Was veränderte sich eigentlich durch die Bekanntgabe des Truppenabzugs durch US-Präsident Biden - das war ja am 14.04.2021 - mit Blick auf das Ortskräfteverfahren?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das führte dann tatsächlich zu dieser beschleunigten Betrachtung - jetzt Entbürokratisierung, vereinfachtes Verfahren -, weil jetzt die Zeit im Grunde sichtbar abließ, und dann lief praktisch der militärische Teil, also was wir hatten - Abzug, Evakuierung -, und der Teil Ortskräfteverfahren im Sinne einer Beschleunigung und all dieser Maßnahmen, die ich eben schilderte, die wir dann getroffen haben, damit das tatsächlich noch ein bisschen zum Erfolg geführt werden kann.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - War es denn seit dem Gespräch zwischen den beiden Ministern am 14. Januar 21 bis zu diesem Apriltermin zu einer Weiterentwicklung bzw. Anpassung des Ortskräfteverfahrens gekommen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Mir ist nur geläufig dieser Prozess, der praktisch dann zur Verkürzung führte, der etwa, für mich sichtbar, ab April dann tatsächlich startete.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und veränderte sich etwas durch die pauschale Bewertung einer latenten Gefährdung aller Bundeswehrortskräfte durch den BND?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das auf jeden Fall, weil wir damit eine etwas größere Gruppe noch mal betrachten konnten und auch die, die schon mal abgelehnt waren. Und da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Es ist extrem schwierig gewesen, diese



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gefährdungsanalyse dann auch aus diesem kurzen Zeitfenster heraus, das wir noch hatten, tatsächlich so umfangreich durchzuführen.

Also, man darf sich das ja nicht so vorstellen, als würde man, wie hier bei uns zu Hause, mal eine Sicherheitsüberprüfung durchführen und eine Abfrage von Datenbanken und zum Einwohnermeldeamt gehen. Das ist ja in Afghanistan deutlich anders. Und insofern also war, glaube ich - - Diese jetzt mehr dem Antragsteller zugewandte Form war die, die der Situation entsprochen hat. Und da muss man halt gucken, wenn die hier bei uns angekommen sind, was ich dann mit unseren Mitteln hier noch machen kann. Aber ich glaube, wir sind so den Menschen nähergekommen oder entgegengekommen; sagen wir so.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie persönlich bzw. was haben Sie unternommen, um eine Anpassung des Ortskräfteverfahrens voranzutreiben?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das lief nicht in unmittelbar meiner Zuständigkeit, sondern das haben wir im Grunde, sagen wir mal, im Ministerium mit den zuständigen Stellen, vor allem Abteilung „Politik“, noch mal beleuchtet und betrachtet, und wir haben hinterher geguckt, wie wir es militärisch noch unterstützen können.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und kam es denn zu weiteren Gesprächen auf der Leitungsebene? Insbesondere interessieren mich wieder die beiden Minister Kramp-Karrenbauer und Herr Seehofer.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das entzieht sich echt meiner Kenntnis, weiß ich nicht, ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke für die Antwort. - War die Aussage der Bundesministerin, gefährdete afghanische Mitarbeiter der Bundeswehr vor Abzug aus Afghanistan vereinfacht und schnell nach Deutschland zu holen, mit den anderen Ressorts eigentlich abgestimmt?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Auch das weiß ich nicht. Also, aus der Zeit damals habe ich sie eigentlich,

also die Ministerin, als den Treiber in dieser Affäre bewertet und gesehen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und was für Auswirkungen hatte denn die Ankündigung der Bundesministerin Kramp-Karrenbauer vom 17. April 2021 auf den Umgang des Bundesverteidigungsministeriums mit den Ortskräften?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, wir haben - was ich eben skizzierte - natürlich dann noch mal so einige Elemente eingerichtet, die sich massiv damit beschäftigt haben. Wir haben also zum Beispiel in unserem Bereich SE in „Politik“ also noch mal welche eingeteilt, die ganz gezielt der Ministerin Lagebilder geschildert haben. Die Ministerin hat dann im November - das war also schon nach der Evakuierung - meinen Stellvertreter und mich noch mal beauftragt im Nachhinein der Evakuierung als quasi die Ansprechstelle, Beauftragte für Ortskräfte, also das heißt, für die, die nicht aus Afghanistan rausgekommen sind, praktisch noch mal eine Schippe draufzulegen, dass sie nach draußen kommen. Das haben wir auch gemacht.

Ich selber war ja in der Zeit noch Schirmherr auch bei diesem Patenschaftsnetzwerk für afghanische Ortskräfte. Das war allerdings mehr nach innen gerichtet, also nach innen in die Bundeswehr, um noch mal zu gucken: „Wer würde denn noch Patenschaften übernehmen?“, um das dann entsprechend zu erleichtern, diese Leute und ihre Familien bei uns zu integrieren. Also all die Dinge haben da noch mal so ein bisschen Fahrt aufgenommen und führten auch dann natürlich zu dem Weiterbetrieb dieses Callcenters mit mehr Kräften.

Es kam auch zu einem weiteren Auftrag - also Ausschreibung im Grunde - an unser Bundessprachenamt, noch mehr Dolmetscher und Sprachmittler zu engagieren, die zu diesem Zweck dort arbeiten sollten. - Also, das waren so klassische Kernpunkte, an die ich mich noch deutlich erinnere, die da also noch mal forciert wurden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für die Antwort. - Das war ja im eigenen Bereich sozusagen des BMVg. Und wie reagierten eigentlich die anderen beteiligten Ressorts auf die Ankündigung der Ministerin Kramp-Karrenbauer, bzw. wie beeinflusste die Ankündigung den ressortübergreifenden Umgang mit dem Ortskräfteverfahren?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ich glaube, das hat - - Also, im April hat das schon einen großen Impuls gegeben; das war vermutlich der eine Punkt. Der andere war natürlich auch, wie sich die Lage insgesamt in Afghanistan weiterentwickelt hat, und dann der bevorstehende Abzug. Also da haben sich alle noch mal, sagen wir mal, zusammengerottet und haben gesagt: Jetzt müssen wir das aber voranbringen. - Wie es danach sich entwickelt hat, kann ich nicht beurteilen. Also, was ich geschildert hatte, war bei uns; wie Nachbarressorts damit umgegangen sind, weiß ich nicht.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre auch so ein bisschen meine Frage: War letztendlich der Einsatz von Frau Kramp-Karrenbauer der Faktor, der Bewegung in das Ortskräfteverfahren brachte, oder der Bericht des BND? Kann man die Frage beantworten? Können Sie die Frage beantworten?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, fällt mir jetzt insofern schwer, weil wenn ich jetzt sage: „Das war meine Ministerin“, dann ist das wieder so eine Pro-domo-Behauptung. Nee, also für uns im Hause hat sie klar den Punkt gesetzt. Sie hat gesagt: „Freunde, jetzt aber auf breiter Front Attacke. Ihr müsst euch jetzt alle mal kümmern“, bis hin zu dem an mich und meinen Stellvertreter erteilten Auftrag. Ob das jetzt mehr war in der Gesamtschau im Vergleich zum BND, das kann ich nicht bewerten; das weiß ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ihre Fragezeit ist zu Ende. - Herr Abgeordneter.

**Stefan Keuter** (AfD): Ich möchte noch mal ganz kurz über den 23. November 2020, dieses Mehrministergespräch im Bundeskanzleramt, mit Ihnen reden. Das war ja nun ein herausragendes

Ereignis. Das ist, glaube ich, das einzige Treffen in diesem großen Format zum Thema Afghanistan. Kurz vorher, in den Wochen, ist ja vom BND diese Szenarienanalyse herausgegeben worden. Sie hatten ja an dem Treffen teilgenommen. Ist Ihnen erinnerlich, ob diese Szenarienanalyse vom Bundesnachrichtendienst Thema bei diesem Treffen war?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Das wüsste ich jetzt so nicht mehr. Ich habe es jetzt noch mal bei mir durchgeguckt. Also, in der Nachfolge zu dieser Sitzung hatten wir bei uns noch mal weitere Optionen durchgeplant, also was alles so kommen kann. Das war aber deutlich vorgeschaltet vor die gesamten Planungen, die wir in 21 gemacht haben. Aber sonst? Wie gesagt, das könnte ich jetzt im Detail nicht sagen.

**Stefan Keuter** (AfD): Aber diese Szenarienanalyse ist Ihnen auch zugegangen, -

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja.

**Stefan Keuter** (AfD): - entweder vorher oder nachher.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja. Also, die kennen wir, und die war natürlich auf einem anderen Level. Und wir haben das dann für uns interpretiert und gesagt: So, was heißt das jetzt militärisch, und wie müsste man das jetzt weiter umplanen?

**Stefan Keuter** (AfD): Prima, vielen Dank. - Ein anderer Themenkomplex. Haben Sie sich jemals persönlich für Personen aus Afghanistan eingesetzt, diese nach Deutschland zu verbringen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Kann ich definitiv sagen: Nein.

**Stefan Keuter** (AfD): Okay. - Ich würde Ihnen gerne mal eine Fundstelle vorhalten: MAT A BMVg-5.153 VS-NfD, Blatt 46.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Es erhielt Ihr Adjutant J. B. am 24. August 2021 eine E-Mail von einer Beamtin des BMVg mit folgendem Inhalt- ich zitiere daraus; Zitat Anfang -:

„... wie besprochen: Hier sind die beiden Mails von GenLt a.D. ...“

- Name geschwärzt -

„an den GI.“

- also an Sie -

„Zorn bittet den Stv., die folgenden Personen, die ...“

- geschwärzt“

„retten" möchte, "ins System zu drücken“:

General ...“

- Name geschwärzt -

„ehem. Armee-Stabschef in AFG ...“

Zitat Ende.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, das ist nicht - - Ist das das eine? Also, ich kannte - - Oder: Ich hatte - muss ich sagen - während der gesamten Evakuierung noch mehr von diesen Dingern. Also, ich sage es mal so: Jeder, der als General irgendwann mal in Afghanistan war, hatte irgendwelche Ortskräfte, die ihn unterstützt haben usw. Und fast alle haben mir in irgendeiner Form eine Mail geschrieben, einen Brief, es gab auch Abgeordnete, also die ganze Palette. Und mit allen bin ich gleich verfahren. Ich habe bei mir keine einzige Liste selber geführt - das geht auch gar nicht -, sondern ich habe die Dinge genommen, habe sie dem Einsatzführungskommando geschickt und habe gesagt: Freunde, nehmt diese Namen bitte auf, prüft mit euren Kriterien, also unter anderem auch dem Callcenter: Wo sind die? Wer sind die? Machen und tun. - Aber ich habe nirgendwo eine eigene Priorität draufgesetzt. Ich habe auch in der Masse derer, die mir geschrieben haben, keine Antwortbriefe geschrieben, weil das ja sofort

dann wieder eine weitere Reaktion generiert hat. Das war auch in der Kürze der Zeit nicht machbar. Ob die am Ende rausgeflogen sind, auf anderen Wegen evakuiert wurden oder wie auch immer, habe ich auch nicht persönlich nachgehalten.

**Stefan Keuter (AfD):** Wie darf ich dieses „ins System zu drücken“ dann interpretieren? Ganz normal in das Prüfverfahren aufnehmen? „Drücken“ ist ja schon mit ein bisschen Druck dahinter, wenn ich das richtig interpretiere, oder?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, das ist eigentlich in unserem System einfach. Wenn da irgendwo steht: „Büro Generalinspekteur“, dann ist das schon Druck genug, dann zucken alle schon. Also, dann brauche ich noch nicht mal was zu schreiben.

**Stefan Keuter (AfD):** Das ist ziemlich einleuchtend. - Ein anderer Sachverhalt. Aus einem entsprechenden BND-Gesprächsvermerk geht hervor, dass General Meyer die militärische Lage und die Wirksamkeit der deutschen Ausbildungsmissionen wesentlich optimistischer sah als der Bundesnachrichtendienst. Am Ende eines vom BND-Referatsleiter verfassten Gesprächsvermerkes heißt es wörtlich - aus Fundstelle MAT A BND-3.284 VS-NfD, Blatt 119 und 120; Zitat Anfang -:

„Abschließend betonte ich,“

- also der Referatsleiter BND -

„dass der BND weiterhin berichten muss, was er für richtig hält ...“

Zitat Ende. - Er meinte damit insbesondere die fortschreitende Erosion der ANDSF. Hat nach Ihrer Kenntnis das BMVg oder hat die Bundeswehr versucht, auf die BND-Berichterstattung zur Wirksamkeit der Ausbildung der afghanischen Armee Einfluss zu nehmen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich kann mich nicht aktiv erinnern. Vielleicht zu meiner Zusammenarbeit mit dem BND: Ich habe regelmäßig mit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Präsidenten - „regelmäßig“ heißt: im Kontext der Auslandseinsätze einmal im Quartal - zusammengesessen, und wir haben uns so auf der Ebene ausgetauscht. Der Vizepräsident, der ja Soldat zu dem damaligen Zeitpunkt war - und immer, glaube ich, noch ist, aber damals war -, war regelmäßig bei uns und hat ebenfalls seine Sicht der Dinge dargestellt. Es gibt aber auch da immer den Punkt: Der BND ist tatsächlich autark in dem, was er schreibt. Also er bekommt von uns Meldungen; aber die Bewertung, der Abgleich der Meldungen mit seinen Erkenntnissen, das ist ureigenste Sache des BND, da haben wir von meiner Seite aus keinen Einfluss genommen.

**Stefan Keuter (AfD):** Gab es Reibereien zwischen der Berichterstattung des BND und der Sichtweise, die das BMVg hatte und vielleicht gerne hätte kommunizieren wollen, aus Ihrer Wahrnehmung?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ist mir nicht geläufig, nein.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay, gut. - Anderer Sachverhalt. Laut Fundstelle MAT A BND-3.284 VS-NfD, Blätter 119 und 120, hat es am 23.03.21 eine Videokonferenz zwischen dem BND, General Meyer und weiteren Bundeswehrvertretern gegeben. Aus dem Dokument geht hervor, dass General Meyer die militärische Lage und Wirksamkeit der deutschen Ausbildungsmission wesentlich optimistischer sah als der BND; das hatten wir gerade eben. Als Meyer die Konferenz wegen eines Folgetermins verlassen hatte, äußerten sich zwei Bundeswehroffiziere dann weniger optimistisch als Meyer, wie der BND-Referatsleiter intern dann auch wiedergab - Zitat Anfang -:

„Dieses TAA“

- also Training, Assist, Advice -

„komme ... auf der operativen Ebene nicht an, auch weil das Mandat ein TAA hier nicht vorsehe. Hier würden jedoch die operativen Fehler gesehen.“

Zitat Ende. - Hat General Meyer die Wirksamkeit der deutschen Ausbildung der afghanischen

Armee zu positiv gezeichnet, und, wenn ja, wann und woran ist Ihnen dies deutlich geworden?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, was Meyer beurteilt hat, das kann ich jetzt gar nicht so richtig wecheln. Aber den einen Punkt, den Sie zitieren, dass das TAA auf der operativen Ebene nicht mehr durchgeschlagen hat, das ist das, was ich schon an anderer Kommentierung eben hier sagte: Wir waren nur noch auf der oberen Ebene präsent.

Ich kann auch nicht sagen, wie zu dem Zeitpunkt damals Meyer noch wirklich tief reingeguckt hat in die eigentliche Truppe der afghanischen Sicherheitskräfte; denn zu dem Zeitpunkt waren wir schon nicht mehr mit unseren mobilen Teams unterwegs, also wir haben praktisch nur noch von der oberen Ebene Rückkopplung bekommen und konnten uns selber kaum noch ein eigenes Bild vor Ort machen. Also wie er zu der Beurteilung gekommen ist, kann ich jetzt sagen; aber meine Beurteilung war da schon deutlich zurückhaltender.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich habe verstanden, dass es bei SPD, Union und FDP keine Fragen mehr gibt. Deswegen gehe ich davon aus, dass es jetzt noch wenige Abschlussfragen der verbliebenen Fraktionen gibt. - Frau Kollegin.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Zorn, ich will mal gleich damit starten, dass wir Ihnen MAT A BMVg-5.09 VS-NfD, Blatt 23, vorlegen, damit wir uns präzise den Sachverhalt anschauen können, der mich noch sehr interessiert.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Unter der Federführung von Generalmajor Hoppe ist im Bundesverteidigungsministerium ein Sachstandsbericht zu den Abläufen vor der Militäreвакуierungsoperation Afghanistan im Zeitraum 6. bis 15. August 2021 angefertigt worden. Erste Frage: Kennen Sie diesen Bericht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich muss ehrlicherweise eingestehen, dass ich die Berichte des Verbindungskommandos aus Tampa nie selber gelesen habe. Sie sind eingegangen bei uns in die allgemeine Lagedarstellung. Also den Bericht kenne ich nicht.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, von diesem Bericht gibt es mehrere Entwurfsfassungen, und in diesem Bericht heißt es selbst wenn Sie den Bericht nicht kennen, kann es ja sein, dass Sie die Umstände kennen, die ich Ihnen jetzt darstelle -, dass das BMVg den Wochenbericht des deutschen Verbindungselements bei US CENTCOM für die 31. Kalenderwoche am 5. August, erhielt. Darin wurde dargestellt, dass die USA aufgrund der Sicherheitslage in Afghanistan Anstrengungen zu militärischen Planungen vorantreiben. Dabei wurde dem Szenario einer USA-MilEvak-Operation in Afghanistan „eine hohe und kurze Eintrittswahrscheinlichkeit beigegeben.“ - Ist Ihnen denn dieser Sachverhalt bekannt -

**Zeuge Eberhard Zorn:** Ja, der ist mir bekannt.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - und, wenn ja, seit wann?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Seit der Bericht da ist, weil der zeitlich synchron einherging mit dem Bericht von der Botschafterin Haber. Das war alles etwa in einem Zeitfenster; da kam das ran. Und insofern: Den Hintergrund kenne ich, den eigentlichen Bericht als solchen nicht.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was wurde denn aufgrund des „deutlichen Hinweises“, wie ihn ja der stellvertretende Abteilungsleiter SE, Generalmajor Hoppe, wohl selbst bezeichnete, von US CENTCOM vom 5. August veranlasst? Wurde das Auswärtige Amt bzw. wurden andere Ressorts darüber informiert?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, wir haben ja, wenn man jetzt mal die Gesamtschau nimmt, diesen Bericht plus den Bericht von der Botschafterin Haber aus dem gleichen Zeitfenster zum Anlass genommen, einen Vermerk zu schreiben im Haus und ihn im Haus nach oben zu geben. Inwieweit

das ins Auswärtige Amt ging, weiß ich nicht; aber bei uns ging es auf jeden Fall nach oben und führte am Ende ja dann als ein Beitrag dazu, dass wir gesagt haben: Da hört man jetzt Dinge, die in den USA passieren. Was ist unser Lagebild insgesamt? Wo stehen wir? Und fertig.

Aber aus beidem jetzt abzuleiten - also, ich sage es mal trocken -: Nur weil jetzt das Verbindungskommando in Tampa uns einen Bericht schreibt, der in seiner Präzision ja nun deutlich zu wünschen übrig lässt - da steht ja weder drin, wann die fahren, wann die fliegen, was sie tun, mit wem und wie groß das Kontingent ist -, da zuckt bei uns noch keiner, da wird jetzt erst mal geguckt und telefoniert.

Und in diesem Kontext wurde dann erst mal mit der amerikanischen Seite telefoniert und geguckt: Sag mal, was macht ihr da eigentlich? - Da resultierte dann heraus: Aha, die Amerikaner - und dann hörten wir das auch von den Briten - verlegen in Tausendergebänden dorthin. - Das eskalierte dann in der nächsten Woche. Also, so ist im Grunde dieser Prozess da gewesen.

Ich kann Ihnen nur sagen - obwohl das alles da ja schon beschrieben wurde -: In der gesamten Zeit hat mich mein Amtskollege nicht angerufen. Also, der ruft mich für alles Mögliche an, was wichtig ist; aber das war eine rein amerikanisch-nationale Geschichte, die die initiiert haben aufgrund ihrer Lagebeurteilung. Das heißt, es gab da keine alarmierenden Anrufe, wie man sich das vielleicht jetzt vorstellen mag. Deswegen will ich - - Also, bei aller Wertschätzung von Frau Haber, die ich persönlich kenne und wirklich schätze: Das war ein Bericht unter vielen. Dass das bei uns so hochpoppte, lag ja teilweise an unserer eigenen Wahrnehmung hier zu Hause. Denn wenn man den Bericht echt mal liest - also, der hier ist jetzt auch ein bisschen deutlicher geschrieben -: Da ist nichts drin, wo Sie sagen: Jetzt müssen Sie sofort militärisch „Hacken zusammen, links um!“ machen und sofort losrennen - definitiv nicht -, weil das alles bei uns schon auf dem Gleis war: Evakuierungsplanung, alles, was wir heute schon hatten. Insofern: Das alarmistische Umgehen mit diesem Bericht war so ein Klassiker, wie wir teilweise kommunikativ diese



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dinge aufnehmen und wo alle draufspringen, am liebsten mit Twitter - damals noch.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Aber das einfach liegen lassen, weil es so was Unbedeutendes ist, mehrere Tage, ohne dass es weitergeleitet wird?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Wir haben es nicht liegen lassen; wir haben es bearbeitet. Die Frage ist ja immer: Bis auf welche Ebene bringen Sie diese Informationen? Also, nicht jedes einzelne Merkmal, was da kommt, wird sofort einfach ungeprüft genommen und der Ministerin auf den Tisch geschoben, sondern das braucht ja eine gewisse Bewertung, es braucht noch mal auch hier eine Rückkopplung mit Nachbarressorts, die da feststellen: Was habt denn ihr für ein Lagebild? - Und das muss ja erst mal generiert werden. Also, ich sage mal: Ich bin noch nie ein Typ gewesen, der einfach mal einen Vermerk schreibt - Hauptsache, Melden macht frei -, sondern hintendran muss eine Bewertung kommen, die da sagt: Liebe Frau Ministerin, da tun welche was. Wir sollten auch was tun. - Das war der Rahmen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Sehr geehrter Herr Zorn, ich fasse mal zusammen, wie ich Sie verstanden habe: Also, das Weiterleiten alleine war für Sie zu wenig. - Deswegen frage ich noch mal nach: Die Botschafterin hat es am 6. August verschickt, und erst am 9. August soll es weitergeleitet worden sein. Und es geht ja auch darum, dass wir hier aufklären wollen; wir wollen ja auch Dinge verstehen. Können Sie die Lücke für uns füllen, was denn zwischenzeitlich - - also ob es liegen geblieben ist oder was da passiert ist.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Nee, da fragen Sie jemand anders. Da war Wochenende. So. Also, das heißt: Der Bericht kam freitags, und montags lag das im Postfach des Bearbeiters bei uns - beim Auswärtigen Amt weiß ich es nicht -, und dann hat er das gelesen und hat angefangen, zu arbeiten. So.

Jetzt muss man ja sehen - also, jetzt der hier glaube ich, war nicht VS, also der US CENTCOM war nicht eingestuft, wenn ich das hier richtig lese,

der kam irgendwie im Postweg -: Emily Habers Bericht kam auf jeden Fall eingestuft. Das heißt, der ist im roten Netz aufgeschlagen bei uns im Hause, wo der dann ankommen muss. Ja, und der wurde dann halt montags geöffnet, und dann ging die Arbeit los. Und dann dauerte das in der Tat - da könnte man jetzt sicherlich sagen: ja, warum dauerte das drei Tage? - - also das ging vom 9. bis 12., bis es dann mein Stellvertreter auf dem Tisch hatte.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Sehr geehrter Herr Zorn, vielleicht ist es natürlich auch unser fokussierter Blick, weil wir ja jetzt schon in dem Zeitraum sind, wo wir ja heute auch schon mal festgestellt haben, dass jeder Tag zählt. Deswegen wäre noch mal meine Frage: Gab es zu diesem Zeitpunkt dort eine Sensibilität für die Dringlichkeit, oder ist es halt so, dass auch in, sage ich mal, empfundenen dringlichen Angelegenheiten eben natürlich das Arbeitszeitgesetz und all die Errungenschaften in unserem Land eine Wertigkeit haben? Ich will es ja nur abbilden; ich will es noch nicht mal bewerten. Ich will, dass wir drüber reden und dass wir für die Bevölkerung auch abbilden, wie die Abläufe dann stattfinden.

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich würde beide Vorgänge einordnen. Wir haben die gemäß den geltenden Rahmenbedingungen, wie ein solcher Vorgang zu behandeln ist - jetzt nicht von der Zeit her -, bearbeitet. Das Problem bei den Berichten - beide - war, dass die auf der Arbeitsebene unten angekommen sind. Also, ich unterstelle jetzt mal: Wenn diese Berichte leitungs-näher angekommen wären - direkt -, hätten die mehr Dynamik entfaltet. So.

Jetzt kann man das im Nachhinein beklagen. Also, ich weiß nicht, wo es im Auswärtigen Amt ankam; das kann ich nicht sagen. Aber bei uns kam es auf der echten Bearbeiterebene bei dem an, der ein rotes Netz hat. Jetzt verrate ich Ihnen hier kein Geheimnis: Der Generalinspekteur hat in seinem Büro kein rotes Netz. Ich habe noch nicht mal ein rotes Telefon gehabt zu dem Zeitpunkt; ich weiß nicht, was die heute haben. Also das heißt im Grunde: Wenn ich jetzt als eine Botschafterin oder ein Botschafter so eine essenzielle



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Meldung habe - das will ich ja gar nicht in Abrede stellen -, dann muss es auch möglich sein, dieses Ding in der richtigen Netzwerkebene - also rote Netze - zu adressieren, und dann eben so, dass das auch an einem Wochenende aufgemacht wird. Also, wir haben solche Stellen; so ist es jetzt nicht, also am Wochenende rund um die Uhr besetzt, und wir haben auch diese Netzzugänge; das funktioniert. Wenn das da aber nicht hin adressiert wird, sondern auf so einen anderen, ist es halt schwierig. - Das ist das eine.

Das andere ist dann die Sensibilisierung der Mitarbeiter, die dann montags mit der Bearbeitung anfangen, dass man das praktisch dann tatsächlich auch mit der nötigen Brisanz nach vorne bringt. Da würde ich jetzt im Rückblick sagen: Jau, hätte man schneller machen können. - Denn jetzt muss man auch ehrlich sein: So viel Text war es nicht, also es war kein Buch, was da gekommen ist, sondern es war eigentlich ein Einseiter. - Das kann man schnell auswerten und kann dann erst mal sagen: Jetzt mal ein paar Leute mehr aktivieren, dass das nach oben kommt. - Also, das wäre im Rückblick ein Punkt, wo ich sage: Ja, beschleunigen.

Aber essenziell ist auch die Verfügbarkeit dieser Kommunikationsmittel: rund um die Uhr - ja, ist gegeben -, aber auch rund um die Uhr an den richtigen Stellen? - Und da sind wir - ich kann es jetzt nur für das BMVg sagen - noch teilweise hinter der Welle; das kommt jetzt alles erst. Insofern hätte ich mir da auch mehr gewünscht, dass wir das auf der höheren Ebene abbilden können.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen herzlichen Dank für Ihren Dienst an der Aufklärung. - Ich habe keine weiteren Fragen.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank. - Ich habe noch drei abschließende Fragenkomplexe. Ich versuche, es kurz zu machen.

Wir hatten vorhin über biometrische Daten gesprochen, die aufgenommen worden sind und dann, sagten Sie ja, im Zweifel ausgedruckt händisch nach Deutschland verbracht worden sind. Es sind ja dann auch Pässe in Deutschland visiert worden, wie wir aus Fundstelle MAT A

BMVg-4.214 VS-NfD, Blatt 29, entnehmen. Wir hatten hier schon den Zeugen Dr. Spatz von der GIZ, die diese biometrische Möglichkeit nicht hatten. Ich zitiere hier aus dem vorläufigen Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 06.07.23, Seite 115 - Zitat Anfang -:

„Wir hatten keine biometrischen Erfassungsgeräte, wir hatten keine Möglichkeit, Visa oder Pässe ins Ausland zu bringen, was übrigens ... nach afghanischem Recht illegal gewesen ist, was die Bundeswehr da gemacht hat.“

Zitat Ende. - Deshalb die Frage an Sie: Auf welcher rechtlichen Basis wurden Ihrer Kenntnis nach afghanische Pässe von der Bundeswehr über nationale Grenzen geflogen?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ob jetzt Pässe geflogen wurden, das weiß ich nicht. Also, was wir gemacht haben: Wir haben Dokumente, die das Auswärtige Amt - - also Visaunterlagen- jetzt fragen Sie mich nicht, wie die aussehen -, die haben wir, wenn sie fertig waren, wieder zurückverbracht. Pässe, also afghanische Pässe in dem Sinn: Weiß ich nicht, ob wir die bearbeitet haben. Biometrische Daten erfasst: Das vermag ich nachzuvollziehen. Also, wir haben, ich glaube, zwei solcher Geräte ja bekommen für Masar-i-Scharif, um in einem Zeitraum von etwa zwei Monaten dort vor Ort mit von uns ausgebildeten Soldaten diese Daten zu erfassen, um zumindest eine Visaerstellung für die afghanischen Kräfte dann zu ermöglichen. Das war noch mal unser Beitrag. Das Thema Pässe vermag ich nicht einzuschätzen.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay, vielen Dank. - Zweiter Themenkomplex noch abschließend. Es hat ein Rückkehrgespräch stattgefunden zwischen Oberstleutnant A [REDACTED] und General Poschwatta; Fundstelle MAT A BMVg-4.91 VS-NfD, Blatt 55. Hierin heißt es - ich zitiere -:

„Die aus US-ökonomischen Gründen getriebene Versorgung und Wartung mit US-Spitzen-technologie ... war nicht auf einen un-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mittelbaren Abzug und „Fernwartung“ vorbereitet und ließ die ANDSF ratlos zurück.“

Zitat Ende. - Können Sie uns sagen, was genau mit den US-ökonomischen Motiven gemeint gewesen ist und aus welchen Gründen US-ökonomische Motive ausschlaggebend für die Versorgung und Ausrüstung der ANDSF gewesen sein können?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Da kann ich, ehrlich gesagt, jetzt nichts Schlaues zu sagen. Nein, keine Ahnung. Also, ich war weder bei dem Gespräch anwesend, noch kenne ich den genannten Fakt.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay, sehr gut. - Dann kommen wir schon zum letzten Komplex. Laut Fundstelle MAT A BMVg-5.121 VS-NfD, Blätter 356 bis 358, legt die Abteilung „Strategie und Einsatz“ am 6. September 21 ein Papier vor, in dem es den vom Verein Kabul Luftbrücke durchgeführten Charterflug nach Kabul kritisierte. Der Grünenpolitiker Marquardt, der sein Engagement bei Kabul Luftbrücke e. V. inzwischen von deren Webseite tilgen ließ, soll laut des SE-Papieres in erster Linie an der medialen Vermarktung seines Fluges nach Kabul und offenbar weniger an den Afghanen interessiert gewesen sein. Ein Vorschlag des BMVg - Zitat -

„... den tatsächlich bestehenden Bedarf bei dem Transport der EP“

- Einzelpersonen -

„von Taschkent nach Frankfurt zu unterstützen, wurde durch MdeUP ...“

- Marquardt -

„abgelehnt.“

Zitat Ende. - Können Sie bestätigen, dass der EU-Parlamentarier Marquardt und Kabul Luftbrücke e. V. es abgelehnt haben, beim Verbringen von aus Kabul ausgeflogenen Afghanen von Taschkent nach Deutschland zu unterstützen, und, wenn ja, was wissen Sie über die Motive?

**Zeuge Eberhard Zorn:** Also, ich kann nur bestätigen, dass ich mitbekommen habe, dass diese Maschine reingeflogen ist nach Kabul und das zu ganz erheblichen Rückfragen geführt hat, vor allem durch die Amerikaner bei uns, was die da macht und wie sie damit umgehen sollen. Das weiß ich; das hatte ich mehrfach auf dem Tisch. Diesen Folgetransport, den hatte ich so persönlich nie auf dem Tisch gehabt.

**Stefan Keuter (AfD):** Prima, vielen Dank. - Dann war es das von unserer Seite. Ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung standen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Zeuge, dann sind wir am Ende der heutigen Befragung angekommen. Formell ist das noch nicht abgeschlossen, sondern Sie bekommen das Protokoll übersandt und haben 14 Tage Zeit, etwaige Fehler zu korrigieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Danach beschließt der Ausschuss dann formell das Ende der Vernehmung.

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie uns so ausführlich und lange zur Verfügung gestanden haben, und will auch insgesamt sagen, dass Ihnen und Ihren Soldatinnen und Soldaten der Dank des Ausschusses gebührt. Auch das ist etwas, was in der Befragung deutlich gesagt werden soll. Vielen herzlichen Dank und alles Gute für Sie!

(Beifall)

**Zeuge Eberhard Zorn:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, meine Damen und Herren. Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten.

(Unterbrechung von  
17.01 bis 17.24 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Gerd Hoofe

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung wieder fort, und ich begrüße unseren zweiten Zeugen, Gerd Hoofe, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. - Sie haben den Erhalt der Ladung am 19. April 2024 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Herr Hoofe, ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz vor für jeden einzelnen Zeugen, und sie erfolgt auch wortgleich.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- und berufsgerichtliche Verfahren. Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind. - Haben Sie dazu Fragen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und bitte laut und deutlich sprechen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu befinden. Es handelt sich dabei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssten von einem besonderen Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber entscheidet. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann werde ich Sie jetzt kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Wenn Sie zum Ablauf keine Fragen haben, dann würde ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Vielen Dank. - Mein Name ist Gerd Hoofe. Ich bin 69 Jahre alt. Ich arbeite derzeit als Geschäftsführer der Enkelgesellschaft



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einer gemeinnützigen Stiftung und kümmere mich um ein nachhaltiges Stadtentwicklungsprojekt in meiner Heimatstadt, in Osnabrück. Meine ladungsfähige Anschrift lautet: [REDACTED].

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen herzlichen Dank. - Ich will Sie noch darauf aufmerksam machen, dass, wenn Sie Vorhaltungen gemacht bekommen von Mitgliedern des Ausschusses, Vorhalte aus Akten, dann können Ihnen die Fragestellerinnen und Fragesteller - - oder werden die Ihnen die entsprechenden Unterlagen vorlegen, wenn Sie das wünschen. Und damit es für alle leichter ist, tragen die Kolleginnen und Kollegen jeweils zu Beginn der Fragen ihre MAT-Nummern vor. Das haben wir jetzt nicht immer so gehandhabt in den letzten zwei Runden. Deswegen erinnere ich daran noch mal an dieser Stelle. - Möchten Sie im Zusammenhang vortragen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, Herr Vorsitzender, ich würde gern zur Einordnung, insbesondere auch, was meine Rolle im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand und Untersuchungszeitraum betrifft, kurz im Zusammenhang vortragen und eingangs Erklärungen voranstellen.

Ich war in der Zeit von 2005 bis 2021 in verschiedenen Ressorts Staatssekretär in einem Bundesministerium, und zuletzt habe ich seit Dezember 2013 bis Dezember 2021, also acht Jahre, im Bundesministerium der Verteidigung das Amt des Staatssekretärs ausgeübt. Und ich befinde mich seit Dezember 2021 im Ruhestand.

Im Verteidigungsministerium waren mir im Untersuchungszeitraum die Abteilungen „Haushalt“, „Recht“, „Personal“ zugeordnet. Darüber hinaus habe ich Verantwortung getragen für die Abteilung „Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen“ und für den „Stab Organisation und Revision“. Als Amtschef im Verteidigungsministerium habe ich das BMVg in den Staatssekretärsrunden zur Vorbereitung der Kabinettsitzungen und bei Ressortabstimmungen unter den Staatssekretären vertreten. Davon gab es Ausnahmen, soweit der Aufgabenbereich des weiteren beamteten Staatssekretärs, jedenfalls

mit Blick auf Ressortabstimmungen unter den Staatssekretären, betroffen war. Das war zuletzt der Kollege Zimmer.

Da ich das Verteidigungsministerium zusammen mit einem militärischen Vertreter in den in der Regel vierteljährlich tagenden Staatssekretärsrunden „Afghanistan“ bzw. später „Afghanistan und Mali“ vertreten habe, um über die militärische Lage aus Sicht der Bundeswehr zu berichten bzw. berichten zu lassen, bin ich natürlich immer auch in diesen Runden mit den Lageberichten zu Afghanistan aus den anderen Ressorts in Kontakt gekommen.

Im Verteidigungsministerium selbst war ich aber nicht für die Bereiche „Politik“ und die militärischen Abteilungen „Führung Streitkräfte“ - damals - sowie „Strategie und Einsatz“ - damals; in der Zwischenzeit lauten die Bezeichnungen anders - unmittelbar verantwortlich.

In der Zeit des Untersuchungszeitraums haben nach meinen Erinnerungen insgesamt vier Staatssekretärsrunden dieser Art stattgefunden, also Afghanistan-Staatssekretärsrunden. Außerdem gab es regelmäßig sogenannte Sicherheitspolitische-Jour-fixe-Termine auf StaatssekretärsEbene, zu denen in der Regel dann das AA eingeladen hat. Das BMVg wurde dabei üblicherweise dann von Staatssekretär Zimmer und dem Abteilungsleiter „Politik“ sowie einem militärischen Vertreter vertreten, soweit es den Untersuchungszeitraum von 2020 bis 21 betrifft. Der Sicherheitspolitische Jour fixe auf StaatssekretärsEbene sollte im Übrigen nach einer Entscheidung, die im April 2021 getroffen worden ist, mit Blick auf den Abzug und das Ortskräfteverfahren für den bevorstehenden Prozess der kommenden Monate als Steuerungsgremium dienen.

Natürlich waren im Jahr 2020 und 21, insgesamt sehr herausfordernde Jahre für die Afghanistan-Mission Resolute Support - - Und angefangen vom Doha-Abkommen im Februar 2020 über den Truppenabzug und zuletzt - - der Evakuierungsoperation hat sich das wie ein roter Faden durchgezogen. Lageeinschätzungen waren schwierig, da man unter der Trump-Administration nie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

genau wusste, was als Nächstes passiert und welche Folgen was haben könnte.

Nach dem Wechsel dann zur Biden-Administration verbesserte sich die Lage - zumindest atmosphärisch - einerseits deutlich; andererseits war aber im Zusammenhang mit der Prüfung und Neubewertung des Doha-Abkommens auch nicht von Anfang an klar, wohin der Weg geht und wie die Zeitlinien aussehen. Trotz eines deutlich verbesserten Austausches und der Zusage, den Leitsatz einzuhalten „in together, adjust together and out together“, gab es immer wieder auch Unsicherheiten, was Abzug, gegebenenfalls Verlängerung oder Fortsetzung betraf. Es war auch nicht immer klar, was unter „Conditions-based“ zu verstehen war.

Unabhängig davon sind die Planungen für einen Truppenabzug der Bundeswehr auf der Grundlage unterschiedlicher Szenarien und Zeitlinien rechtzeitig bereits unmittelbar nach dem Doha-Abkommen im März 2020 in Angriff genommen worden und konnte die Rückverlegung dann auch zeitgerecht und vollständig zu Ende Juni 2021 abgeschlossen werden.

Die in Rede stehende Machtübernahme durch die Taliban - Stichwort „Emirat 2.0“ - oder auch der initiierte innerafghanische Friedensprozess, seine Ergebnisse und auch Schlussfolgerungen waren eigentlich durchgehend immer von fehlender Klarheit geprägt. Das betrifft sowohl die Geschwindigkeit als auch das Ergebnis. Sicherheit gab es nicht; eher waren immer Gerüchte unterwegs, was passieren würde und was passieren könnte. Zumindest ging man aber zunächst eher von längeren Zeitlinien aus: Es seien noch Monate, um das Land geordnet zu verlassen, bis etwas Entscheidendes passieren würde.

Allerdings beschleunigte sich dann die Entwicklung, wie allseits bekannt, sehr rasch. Und es war dann im Sommer meines Wissens schon von September für eine denkbare Machtübernahme die Rede und nicht erst Monate später. Dass es dann aber nur noch Tage sein könnten und am 15. August mit dem Fall von Kabul alles ins Rutschen kam und sich die Ereignisse überschlugen, hatte sich in keiner der mir bekannten Aussagen

in dieser Klarheit wiedergefunden. Das war noch Tage vor dem 15. August nicht vorstellbar und nicht im Kalkül.

Die Evakuierungsoperation war dann keine unvorbereitete Ad-hoc-Maßnahme, sondern auch dafür gab es schon Vorplanungen, um im Eventualfall für eine Evakuierung, aber auch für eine eilige und eine schnelle und robuste Evakuierung bereitzustehen. Der Auftrag zur Ausarbeitung einer Eventualplanung für die Evakuierung an das Einsatzführungskommando erfolgte bereits im April 2021. Mithin konnte aufgrund der Vorplanung die Entscheidung zur Evakuierung dann am 15. August getroffen und in den Tagen zuvor vorbereitet und am frühen Morgen des 16. August mit der Maßnahme begonnen werden.

Nach der formalen Entscheidung der NATO zur Beendigung der Mission im Rahmen der Ratssitzung vom 14. April 2021 und dem vorgesehenen Abzug der Bundeswehr Ende Juni 2021 hat das Verteidigungsministerium und insbesondere und zuvörderst die Ministerin immer wieder deutlich gemacht, dass wir in einer ganz besonderen Verantwortung gegenüber unseren gefährdeten Ortskräften vor Ort stehen und diese zusammen mit ihren Familien vereinfacht, unbürokratisch und schnell nach Deutschland holen wollen. Für die Ministerin war das von Anfang an ein Punkt von höchster Priorität. In der unmittelbaren Folge, noch im April, ist dann ein vereinfachtes und unbürokratisches Verfahren etabliert worden und dafür gesorgt worden, dass im Rahmen der Amtshilfe durch das BMVg für das Auswärtige Amt zumindest zeitweise auch im Mai bzw. Juni Visa vor Ort in Masar-i-Scharif beantragt und anschließend erteilt werden konnten.

Aufgrund der besonderen und zunehmend schwierigeren Situation - betraf auch die steigende Anzahl von Gefährdungsanzeigen von Ortskräften, die früher ausgeschieden waren und früher schon mal eine Gefährdungsanzeige gestellt hatten - haben wir bereits im Mai - das heißt: wir, da meine ich das Verteidigungsministerium mit - eine Erweiterung des Kreises berechtigter Ortskräfte vorgeschlagen und nach Entscheidung der Bundesregierung am 16. Juni 2024



## Nur zur dienstlichen Verwendung

[sic!] auch anschließend unmittelbar für das Bundesverteidigungsministerium umgesetzt. Das heißt, erneute Gefährdungsanzeigen für Ortskräfte ab 2013 waren möglich, soweit ihre Gefährdungsanzeigen früher nicht berücksichtigt wurden. Betroffen waren 350 Ortskräfte des BMVg, das heißt, aufgrund des Multiplikators, wenn man die Familienangehörigen entsprechend hinzuzieht, 1 500 Personen. Nach meiner Kenntnis war aber die Entgegennahme von Gefährdungsanzeigen und der Visaantrag für diesen Personenkreis letztendlich nur noch im geringen Umfang möglich, zumal die Amtshilfe im Zusammenhang mit dem Truppenabzug, von der ich eben gesprochen habe, dann letztendlich im Juni auch abgeschlossen werden musste, eingestellt werden musste und die vom Auswärtigen Amt beauftragte IOM, die die Aufgaben übernehmen sollte, diesen Einsatz aus unterschiedlichen Gründen nicht oder, wenn überhaupt, nur begrenzt und verzögert durchführen konnte. - Das sollen meine Vorbemerkung und mein Eingangstatement sein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Zeuge. - Dann beginnen wir jetzt mit der Befragung durch die Fraktionen. Es geht los mit der Frau Kollegin Yüksel von der SPD-Fraktion.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Hoofe! Und ganz herzlichen Dank, dass Sie hier sind und unsere Fragen beantworten. Sie haben ja sicher mitbekommen, dass wir hier im Ausschuss bereits einige Zeugen aus der Abteilung „Strategie und Einsatz“ befragt haben.

Im Geschäftsverteilungsplan des BMVg aus dem April 2020 - das ist nachzulesen in MAT A BMVg-1.06 VS-NfD, Blatt 68 bis 73 - heißt es, dass Sie für diese Abteilung „funktionale Aufgaben“ wahrgenommen haben. Ich würde Sie bitten, uns vielleicht näher zu erläutern, was dies konkret bedeutet hat.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, das will ich gerne tun. Im Haus selber ist die Abteilung SE genauso wie die Abteilung „Führung der Streitkräfte“ dem Generalinspekteur zugeordnet gewesen. Das war in früheren Jahren anders. Da gab es dann auch im

Hause eine unmittelbare Zuordnung zu einem Staatssekretär. Der Generalinspekteur ist aber nicht berufen, das Haus auf der Staatssekretärs-Ebene nach außen zu vertreten in seinem Zuständigkeitsbereich. In der Folge - und deswegen „funktional“ - habe ich diese Aufgaben funktional wahrgenommen, wenn es darum ging, auf der Staatssekretärs-Ebene die Interessen oder die besondere Aufgabenstellung der beiden eben genannten Abteilungen zu vertreten. Also nach außen hin, in den Staatssekretärsrunden, wie ich es vorhin beschrieben habe, war es meine Aufgabe, da der Generalinspekteur nicht berufen ist, in der Staatssekretärsrunde für seine Abteilungen einzutreten.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank für die Konkretisierung. - Ich würde gerne wissen - Sie haben ja eben schon einiges gesagt; Sie haben ja von den Staatssekretärsrunden, von den regelmäßigen Sicherheitspolitischen Jours fixes erzählt -, wie und in welchem Rhythmus Sie mit der Bundesministerin in Kontakt standen und welche Formate es zum Austausch mit ihr gegeben hat.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, mit der Bundesministerin standen wir auf Leitungsebene eigentlich regelmäßig im Kontakt. Es haben in jeder Woche Morgenlagen stattgefunden. „Regelmäßig“ heißt dann „nicht täglich“, weil es zwischendurch an bestimmten Wochentagen auch noch andere feste Termine gab wie der Austausch mit den Regierungsfractionen, den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses; aber ich würde mal behaupten: Dreimal in der Woche hat sicherlich eine Morgenlage stattgefunden. Darüber hinaus hat es gerade in der Zeit, über die wir sprechen, und insbesondere dann im Jahr 2021, als sich die Lage zuspitzte, unabhängig von den Morgenlagen auch Abstimmungsgespräche im Leitungskreis gegeben, unter Beteiligung der Ministerin bzw. unter Leitung der Ministerin. Also insoweit: Über diese Formate gab es einen ständigen Austausch, darüber hinaus natürlich auch telefonisch und über sonstige Kontakte mit den Büroleitungen. Also ich kann eigentlich sagen, dass täglich auch ein Austausch nicht nur möglich war, sondern in der Regel auch stattgefunden hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Gülistan Yüksel (SPD):** Dann würde ich noch mal - - Sie hatten ja eben Ihren Kollegen Herrn Zimmer genannt. Laut der Ausschussdrucksache vom BMVg 20(27)423 - - Da ist eine Urlaubsübersicht zu sehen: dass Ihr Staatssekretärkollege, wie gesagt, vom 28.07.21 bis 22.08.21 im Urlaub war, also in der Phase, als die Situation in Kabul eskalierte und die Evakuierungsoperation auch anlief. Haben Sie Ihren Kollegen in Bezug auf Afghanistan in diesem Zeitpunkt vertreten, oder wer hat das gemacht?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, die Vertretungsregelung ist so, dass die beiden beamteten Staatssekretäre, die es im Bundesverteidigungsministerium zu dem Zeitpunkt gab, sich gegenseitig vertreten haben.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Also, ich verstehe, dass Sie das dann waren.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Okay. Dann habe ich das - -

**Zeuge Gerd Hoofe:** Entschuldigung.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja. - Dann würde ich gerne zum Umgang mit gefährdeten Ortskräften kurz kommen. Und da möchte ich Sie gerne fragen und Sie bitten, uns kurz zu erläutern, wie Sie sich mit Ihrem Kollegen Herrn Zimmer die Zuständigkeit beim Ortskräfteverfahren aufgeteilt haben.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich glaube, für uns beide, Herrn Zimmer und für mich, war klar, dass wir uns um diese Angelegenheit aufgrund der auch überschneidenden Zuständigkeiten in einigen Bereichen zusammen mit dem Generalinspekteur und den militärischen Abteilungen kümmern mussten. Das haben wir auch getan. Herr Zimmer und ich haben uns auch regelmäßig in der Weise abgestimmt, dass wir einen Jour fixe hatten, unabhängig jetzt von der Ministerin und anderen Beteiligten. Darüber hinaus gab es einen Lenkungsreis, an dem Herr Zimmer, der Generalinspekteur und ich teilgenommen haben, ohne Ministerin und unabhängig von Ministerin. Also

insofern gab es eine Vielzahl von auch regelmäßigen feststehenden Formaten des Austausches. Und ich kann mich gut daran erinnern, als das Thema Ortskräfteverfahren dann, ich sage mal, im April, Mai, Juni von immer herausragender Bedeutung war, dass wir uns auch unabhängig von diesen regelmäßigen Terminen ständig getroffen haben und uns über Zahlen ausgetauscht haben, über Verfahren ausgetauscht haben, über den Ablauf von Staatssekretärsrunden ausgetauscht haben, weil es galt ja in dem Zusammenhang, nicht nur darüber zu reden, dass wir eine gemeinsame Verantwortung für die Ortskräfte tragen, sondern auch Entscheidungen zu treffen, damit das, was ich eben erwähnt habe und was höchste Priorität für die Ministerin hatte, dann auch wirklich umgesetzt werden kann. Das war nicht ganz ohne Belang, und wir haben uns deswegen immer wieder gemeinsam abgestimmt. Und während der Abwesenheit von Herrn Zimmer - Sie haben eben die urlaubsbedingte Abwesenheit erwähnt - habe ich natürlich die Vertretung insgesamt übernommen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Also, ich verstehe das so, dass Sie sich gut absprechen konnten, dass das also auch abgedeckt ist.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Dann würde ich gerne auf Mitte April kommen. Kurz nachdem Mitte April die endgültige Entscheidung zum Abzug durch die USA getroffen worden war, kündigte die Bundesministerin der Verteidigung öffentlich an, gefährdete Ortskräfte nach Deutschland zu holen. Und da möchte ich gerne auf den Beitrag von ntv vom 18. April 21 verweisen - das ist nachzulesen in MAT A BMVg-4.205 VS-NfD, Blatt 23 bis 24 -, wo die Ministerin wie folgt zitiert wird - wenn Sie mögen, können wir Ihnen das auch noch mal vorlegen -:

„„Wir reden hier von Menschen, die zum Teil über Jahre hinweg unter Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit an unserer Seite gearbeitet, auch mitgekämpft haben und ihren persönlichen Beitrag geleistet haben.““



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und weiter steht da:

„„Ich empfinde es als eine tiefe Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland,““

- und die „tiefe Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland“ ist auch noch mal fett gedruckt [sic!] -

„„diese Menschen jetzt, wo wir das Land endgültig verlassen, nicht schutzlos zurückzulassen.““

Und hier möchte ich Sie gerne fragen, ob die Bundesregierung dieser tiefen Verpflichtung und auch das BMVg im Speziellen dieser Verpflichtung in angemessener Weise nachgekommen ist.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich will mal so antworten: Zumindest - alles andere kann ich nicht beurteilen, möchte ich auch gar nicht spekulativ in den Raum stellen - hat sich das Verteidigungsministerium im Sinne dieser Überzeugung der Ministerin - - Und ich habe es in meinem Eingangsstatement erwähnt: Sie hat dem höchste Priorität eingeräumt, nicht nur, was die Aussagen gegenüber Dritten und nach außen angeht, sondern auch innerhalb des Verteidigungsministeriums. Sie können mir glauben, dass die Ministerin an der Stelle auch innerhalb des Verteidigungsministeriums, was die Prozesse und die Durchsetzung auch von Entscheidungen angeht im Zusammenhang mit der Verfahrensthematik bei den Ortskräften und im Zusammenhang mit den Aufnahmezusagen, der Einreisemöglichkeit, immer wieder Druck gemacht hat und deutlich gemacht hat, dass wir in der Verpflichtung sind und wir alles dafür tun müssen. Und nur so ist es dann ja auch Mitte April dazu gekommen, dass ein erster Schritt in der Weise erfolgt ist, dass das Verfahren, das Ortskräfteverfahren, vereinfacht worden ist. Das war für uns, für das Bundesverteidigungsministerium, eine sehr positive Entwicklung, weil endlich konnten wir allein aufgrund einer Plausibilitätsprüfung sagen: Hier liegt eine Gefährdung vor, und eine Aufnahmezusage soll jetzt erfolgen. - Für uns war die Tatsache, dass die Ortskräfte für die Bundeswehr in Afghanistan gearbeitet haben, sehr eng und vertraulich mit

unseren Soldatinnen und Soldaten, per se selbstredend schon alleine ausreichend, eine Gefährdung anzunehmen. Und das ist ausreichend dann auch gewesen für uns im Rahmen der Plausibilitätsprüfung nach dem 15.04., sodass wir von dem Zeitpunkt an auch alles getan haben, damit die Gefährdungsanzeigen in eine Aufnahmezusage und anschließend in eine Visaerteilung münden.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Jetzt wissen wir ja, dass es ja nicht so ganz gut gelaufen ist, wie wir uns das - - wie es sein sollte. Aber ich möchte gerne noch mal auf eine Gesprächsunterlage für die Bundeskanzlerin vom 13. August 21 für eine geplante Telefonschalte am nächsten Morgen mit betroffenen Fachministerien kommen. - Und das ist zu finden in MAT A BKAm-3.18 VS-NfD, Blatt 67 bis 71. - Hier kommt das Bundeskanzleramt zu folgender Bewertung des bisherigen Ortskräfteverfahrens:

*„Insgesamt scheint das bisherige Verfahren deutlich zu langsam - jedenfalls angesichts der jetzigen massiven und extrem raschen Verschärfung der Sicherheitslage -“*

- und in fett [sic!] -

*„und zu sehr von Ressortinteressen geprägt. Eine klare Zuteilung der FF an ein Ressort (AA) und eine Bitte an die anderen Ressorts, AA vollumfänglich zu unterstützen und insb. bürokratische Überlegungen hintanzustellen, ist äußerst dringlich. Ziel muss sein, so viele OK wie möglich mit ihren Familien, soweit eine Ausreise aus AFG möglich ist, schnellstmöglich auszufliegen bzw. ihnen die Ausreise zu ermöglichen ...“*

Beispiel: dass das Visum eben bei Ankunft in Deutschland gegeben werden kann.

Entspricht diese Bewertung auch Ihrer Bewertung der Ortskräfteverfahren zu diesem Zeitpunkt, oder sind Sie zu diesem Zeitpunkt, also am 13. August, zu einer anderen Bewertung zum Ortskräfteverfahren gekommen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Gerd Hoofe:** Was die Zielbestimmung angeht - ich habe es erwähnt -, gibt es keinerlei Diskussion aus meiner Sicht, dass das richtig war und auch in der Rückschau nach wie vor richtig ist. Dass es bei dem Verfahren nicht allein letztendlich darum gehen konnte und durfte, dass das Verteidigungsministerium sagt: „Wir nehmen eine Gefährdung an“, sondern - ich habe es erwähnt - dass dann ja noch weitere Schritte erfolgen mussten, um letztendlich möglichst schnell und unbürokratisch auch eine Einreise nach Deutschland zu ermöglichen, führte natürlich dazu, dass manche Dinge aus Sicht der Ministerin nicht so schnell und unbürokratisch funktioniert haben von Anfang an, wie das wünschenswert gewesen ist. Ich will gar nicht von Ressortegoismen an der Stelle sprechen, sondern man muss, auch ausgehend von den Gesprächen, die geführt worden sind, auch mit Kolleginnen und Kollegen der anderen Ressorts, natürlich immer im Auge haben, welche Interessenlage aus Sicht anderer Ressorts eine Rolle spielen und wie die Lageeinschätzung der anderen Ressorts war. Für uns war eindeutig und klar, wer für die Bundeswehr als enger Partner Ortskraft in Afghanistan zur Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten gearbeitet hat, ist selbstredend gefährdet und - - selbstredend - wenn nicht die anschließende Sicherheitsüberprüfung, die durch das AA durchgeführt wird, wenn es um die Visaerteilung geht, etwas anderes ergibt - dann auch eine Aufnahmezusage und Visaerteilung erfolgen sollte.

Dass die anderen Ressorts darauf ein Stück weit einen anderen Blick hatten und insbesondere vor dem Hintergrund der Sicherheitsinteressen, die das BMI ja letztendlich auch vertreten musste, genauer hinschauen wollten, das kann ich nachvollziehen und auch verstehen. Und wenn das BMZ zum Ausdruck gebracht hat, dass man nun kein Chaos herrichten möchte, sondern immer darauf achten muss, dass wir keine falschen Signale zum falschen Zeitpunkt setzen, dass wir keinen Pull-Effekt erzeugen, dass kein Rutschbahneffekt entsteht, und deswegen etwas vorsichtiger und zurückhaltender agiert - - haben, auch natürlich vor dem Hintergrund dessen, dass man - aus Sicht des BMZ ja durchaus nachvollziehbar - die Unterstützerinnen und Unterstützer, die Orts-

kräfte vor Ort für die Nichtregierungsorganisationen, auch für die GIZ dort weiterhin auch zur Unterstützung in Afghanistan verankern wollte - jedenfalls zu dem Zeitpunkt war ja nun noch nicht klar, wie alles ausgeht, und war ja auch nach wie vor die Rede von Folgemissionen -, dann kann ich mir durchaus - - oder, anders gesagt, konnte ich das schon teilweise verstehen. Dass in Teilen dann immer wieder und über längere Zeit zu streng auf Positionen beharrt wurde, hat natürlich zu Verzögerungen geführt. Insbesondere können Sie das auch den Zahlen entnehmen im Hinblick auf den Vergleich der verschiedenen Ressorts und der Zahl der Ortskräfte, die noch vor dem 15. August tatsächlich eine Aufnahmezusage, Visa bekommen haben und auch einreisen konnten.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Dann würde ich mich gerne auf MAT A BMVg-4.70 VS-NfD, Blatt 8 bis 11, hier Blatt 10 bis 11, beziehen. Innerhalb des BMVg hat sich das Referat Herr B■■■■, den wir hier bereits als Zeugen vernommen haben, auf Arbeitsebene um das Ortskräfteverfahren gekümmert. Herr B■■■■ schrieb bereits am 26. März 2020 eine Mail an seine Kolleginnen und Kollegen auf Arbeitsebene im AA, BMZ und BMI mit dem Betreff „Handlungsbedarf Ressortgemeinsames Ortskräfteverfahren“. In der Mail beschreibt er ein Szenario, in welchem nach einem Abzug und bei schlechter Sicherheitslage eine große Zahl von Ortskräften gefährdet sein wird, und sieht entsprechend Handlungsbedarf. Wann haben Sie davon Kenntnis erlangt, dass aus Sicht der Arbeitsebene in Ihrem Haus Handlungsbedarf beim Ortskräfteverfahren besteht?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Frau Kollegin, wenn Sie die MAT-Nummer nennen könnten, dann - -

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ach so, ich hatte das am Anfang genannt. Noch mal? Ich habe sie direkt am Anfang genannt, Herr Vorsitzender. Ja? Ich wollte Ihnen das erleichtern, habe es direkt am Anfang genannt. - Gut.

Also, deshalb noch mal meine Frage: Wann haben Sie davon Kenntnis erlangt, dass aus Sicht der Arbeitsebene in Ihrem Haus Handlungsbedarf



## Nur zur dienstlichen Verwendung

beim Ortskräfteverfahren besteht? Wann landete diese Problematik also auf Ihrer Ebene?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich kann Ihnen kein genaues Datum nennen, aber ich habe ja vorhin schon erwähnt, dass nach der formalen Entscheidung der NATO zur Beendigung, 14. April, die besondere Bedeutung und die besondere Verantwortung für die Ortskräfte bzw. für ein möglichst schnelles, vereinfachtes und unbürokratisches Verfahren zur Aufnahmezusage, zur Visaerteilung und zur Einreise für uns höchste Priorität hatte. 14. April deswegen, weil am 14. April eben klar war, dass es einen Truppenabzug innerhalb der nächsten Monate geben würde. Vorher gab es ja immer noch die Frage, ob es nicht doch eine Verlängerung gibt, ob es eine Nachfolgemission gibt. Wie auch immer, ab dem Zeitpunkt war klar, dass jetzt schnelles Handeln geboten war. Dass das auch schon im Hinblick auf die zu erwartende Entscheidung auf NATO-Ebene auf der Arbeitsebene im März in dieser Form gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der anderen Häuser zum Ausdruck gebracht worden ist, das passt dann durchaus in den Rahmen. Ob ich im März davon Kenntnis bekommen habe, weiß ich nicht, kann ich aber auch nicht ausschließen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir mit dem Fragerecht zur Union. Herr Kollege Erndl.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Sehr geehrter Herr Hoofe, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen. - Ich würde noch mal gerne ein paar allgemeinere Fragen stellen. Die Kollegin hat ja schon sozusagen nach organisatorischen Dingen gefragt. Sie waren ja relativ selten direkter Adressat von Vorgängen und haben vieles in Kopie erhalten. Wenn wir noch mal auf die Arbeit der Ministerin blicken: War es da regelmäßig der Wunsch der Ministerin, über Afghanistan informiert zu werden? Wie häufig hat das nach Ihrem Eindruck oder Ihrer Erinnerung stattgefunden so in der Schlussphase oder im letzten halben Jahr vielleicht?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Die Ministerin hat von vornherein und bezogen auf das letzte halbe Jahr, ausgehend vom Frühjahr 2021 über dann den

NATO-Beschluss, die anschließenden Maßnahmen, um den Truppenabzug zu organisieren, und dann auch die Evakuierungsoperation, eigentlich täglich eine Information haben wollen von den Beteiligten. Und ich bin auch ziemlich sicher, dass das - vielleicht mit einigen Ausnahmen - so vollzogen worden ist. Und ich habe ja eben die Formate erwähnt, die regelmäßig zum Austausch auf der Leitungsebene genutzt wurden. Die Morgenlagen, die anderen Gespräche, auch die Afghanistan-Gespräche, die unabhängig von den Morgenlagen stattfanden, sind geprägt gewesen in der Zeit von dem Thema Afghanistan und „Was müssen wir zum Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten tun?“, „Wie wird der Abzug bis zum 30. Juni organisiert werden können?“ und „Was müssen wir auch für die Ortskräfte tun?“

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Hat die Ministerin Entscheidungen im Zusammenhang mit Afghanistan selbst in der Regel getroffen, oder war das mehr dann eine Frage der Arbeitsebene oder auch des Generalinspektors oder eher dann auch von Ihnen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Natürlich kommt das immer darauf an, um welchen Entscheidungsprozess es letztendlich geht. Die Ministerin hat jedenfalls in dem Bereich aufgrund der auch zeitnahen und umfassenden Informationen, die sie verlangt, erbeten und auch bekommen hat, darauf hingewirkt, dass keine Entscheidungen - es sei denn, es würde sich um Entscheidungen auf Arbeitsebene, die keine besondere Bedeutung hat - darauf hingewirkt, in diese Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden und die Entscheidungen letztendlich auch in vielen Fällen dann selbst zu treffen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Danke schön. - Wir haben die Morgenlage schon ein paar Mal angesprochen. Wie darf ich mir das vorstellen? Gab es da feste Berichtsslots der einzelnen Bereiche, und wurden da direkt in der Morgenlage auch Entscheidungen getroffen zu einzelnen Fragen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, die Morgenlage war so organisiert, dass natürlich alles das, was relevant war aus den verschiedenen Bereichen, dort von



## Nur zur dienstlichen Verwendung

den Beteiligten vorgetragen werden konnte. An der Morgenlage haben die Parlamentarischen Staatssekretäre, die beamteten Staatssekretäre teilgenommen, der Abteilungsleiter „Politik“, dann der Leitungsstab, die Adjutantur und darüber hinaus im Einzelfall auch andere Abteilungsleiter, abhängig davon, welches Thema aufgerufen wurde. Die Ministerin hat unter Umständen auch vor der Morgenlage annonciert, welche Themen sie besprechen möchte. Und ansonsten gab es für jeden Teilnehmer, für jede Teilnehmerin die Möglichkeit, das, was als Druckpunkt gerade aktuell von Bedeutung war, dort auch zu erwähnen. Die Ministerin hat aber auch gezielt nachgefragt, wenn Dinge nicht thematisiert worden sind, um möglichst umfassend, auch gerade, was die Auslandsmissionen angeht, informiert zu werden.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Wenn wir jetzt auf den Zeitraum Anfang August 2021 kommen, wo sich dann langsam in Afghanistan die Situation zuspitzt, die Bundeswehr aber bereits abgezogen war, somit auch keine eigene Berichtskette und Erkenntnisse aus Afghanistan ins BMVg geflossen sind, wie stark war das Thema Afghanistan da gewichtet in all den Besprechungen und auch in der Unterrichtung oder in Zusammenarbeit mit der Ministerin?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Es war nach wie vor allein deswegen stark gewichtet, weil - ich habe es erwähnt - die Ministerin im Zusammenhang mit unserer Verantwortung gegenüber den Ortskräften ein besonderes Engagement auch nach wie vor gezeigt hat, um möglichst schnell auch in dieser Phase noch die Chance zu haben, Ortskräfte nach Deutschland zu holen und die entsprechenden Prozesse, jetzt mal unabhängig davon, wie schnell und bürokratisch sie noch waren oder auch nicht, durchzuführen. Das führte ja auch in der Zeit dann noch dazu - jedenfalls Ende Juni war es so -, dass über Charterflüge nachgedacht worden ist. Das ist ja auch zurückzuführen in erster Linie darauf, dass die Ministerin sich dafür schon in den Monaten zuvor immer wieder eingesetzt hat. Und das hat sie auch noch zu der Zeit getan, als dann die Truppen abgezogen waren.

Und natürlich sind auch andere Möglichkeiten dann erörtert worden, auf welche Art und Weise wir in der Lage sind, die Ortskräfte zum einen so zu versorgen, dass wir Kontakt zu ihnen halten, ihnen gegebenenfalls auch über diesen Kontakt die Möglichkeit geben, auf dem Landweg oder über andere Wege, über Katar, nach Deutschland zu kommen. Wir haben ja in dem Zusammenhang an der Stelle auch über unser Callcenter regelmäßig mit sechs Teams Kontakt zu allen Ortskräften gehabt, die bis dahin noch nicht ausgereist waren. Sprachmittler waren an der Stelle in den sechs Teams eingesetzt. Und dieses Callcenter hat auch unter anderem dafür gesorgt, dass Ortskräfte, die in der Zeit noch die Möglichkeit gesehen haben, über Linienflüge auszureisen, dann, wenn sie die insoweit erforderlichen Kosten nicht übernehmen konnten, von uns die Kosten erstattet bekommen haben. Und die Kostenersatzung als solche, das ist auch in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Ministerin immer wieder nach Wegen gesucht hat: Wie können wir helfen, wie können wir unterstützen, auch wenn wir jetzt nicht mehr vor Ort sind, Stichwort: „Abzug zum 30.06.“?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Danke schön. - Wie haben Sie Informationen über die Lage in Afghanistan erhalten in diesem Zeitraum, also ab Abzug Bundeswehr?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Na ja, es gab in der Zeit zwar meines Wissens keine Afghanistan-Runde, aber Sicherheitspolitische-Jour-fixe-Termine sollten noch stattgefunden haben Anfang August/Ende Juli, sodass über diesen Weg auch entsprechende Informationen geflossen sind. Und natürlich gab es auch auf Ebene der Abteilungsleitungen, insbesondere auf der Ebene des Abteilungsleiters „Politik“, aber auch auf der Ebene der militärischen Abteilungen „Strategie und Einsatz“ und „Führungskräfte“ Kontakt mit den anderen Ressorts, insbesondere mit dem Auswärtigen Amt. Und es gab natürlich auch Kontakte zu den Nachrichtendiensten, sodass über den Weg auch die Informationen, die dort vorhanden waren und bei uns nicht mehr aufgrund des Abzugs unmittelbar herangezogen werden konnten, im Lagebild vorhanden waren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Ist es richtig, dass in der Zeit kein Militärattaché an der Botschaft in Kabul stationiert war?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Das weiß ich nicht.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Okay. Gut. - Dann wagen wir uns mal an das entscheidende Wochenende. Ab welchem Zeitpunkt hat denn das Auswärtige Amt gegenüber dem BMVg signalisiert, dass möglicherweise eine militärische Evakuierung in Betracht zu ziehen ist? War das dann erst an dem 12. August oder auch schon früher? Haben Sie da eine Erinnerung?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, zum einen - auch das erwähnte ich - haben wir uns seitens des BMVg, seitens der Bundeswehr mit dem Thema „Evakuierung und Eventualplanung“ schon relativ früh befasst, und es sind unterschiedliche Szenarien ausgeplant worden. Das war ja schon dann im April 2021 der Fall. Und - das will ich auch nicht unerwähnt lassen - im Zusammenhang mit den Abzugsplanungen, die ja schon im März 2021\* nach dem Doha-Abkommen vonseiten der Bundeswehr in Angriff genommen worden sind, gibt es auch immer eine Standardeventualplanung für eine Evakuierung. Aber letztendlich sind die Evakuierungsplanungen unter dem Gesichtspunkt verschiedener Szenarien dann im April 2021 verdichtet worden.

Am 12. August 2021 oder, besser gesagt, in der Nacht vom 12. August 21 auf den 13. August 21 haben wir die Nachricht erhalten, dass die Amerikaner eine Evakuierungsoperation vorbereiten und dafür auch Truppen zum Hauptstadtflughafen in Kabul verlegen werden. Wo die Nachricht letztlich eingegangen ist, weiß ich nicht genau; ich habe aber davon am Freitag, also am nächsten Tag, am 13., Kenntnis bekommen und habe dann auch mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - zu dem Zeitpunkt waren Herr Zimmer und Herr Zorn meines Wissens im Urlaub -, also mit den militärischen Abteilungen, abgestimmt, was für Schlussfolgerungen wir aus dieser Nachricht ziehen. Und die Schlussfolgerungen, die die militärischen Vertreter der eben genannten Abteilun-

gen gezogen haben, waren eindeutig: Wir sind gefordert, jetzt auch unsere Evakuierungsplanungen umzusetzen und auszulösen, so schnell es geht.

In dem Zusammenhang ist dann am 13. auch relativ schnell eine Krisenstabssitzung beim Auswärtigen Amt terminiert worden, die eigentlich erst am 16. August stattfinden sollte. Gegenstand dieser Sitzung am 16. August sollte eigentlich zunächst sein, eine Abstimmung für die Entsendung eines Krisenunterstützungsteams zu erreichen. Das hatte sich dann aber alles aufgrund dieser Information überschlagen. So ist die Krisenstabssitzung am 13., die durchgeführt worden ist, auch natürlich im Zusammenhang mit einer Evakuierungsoperation - -

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Darf ich da kurz einhaken, Herr Hoofe?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Die Nachricht, dass die Amerikaner Truppen entsenden, 3 000 Soldaten, hat Sie dann am 12. abends oder 13. morgens erreicht. War Ihnen da sofort klar, dass es auch um eine Evakuierungsoperation der Amerikaner geht?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Zumindest habe ich das so wahrgenommen. Ich habe die Nachricht ja nicht unmittelbar selber bekommen, sondern die ist auf der politischen oder militärischen Ebene - - Von wem, durch wen, kann ich Ihnen gar nicht sagen, aber ich erinnere mich daran, dass es diese Information gab und dass auch die Rede davon war, dass die Amerikaner - ob das nun Interpretation war oder ob das genau so gesagt worden ist, das weiß ich nicht; aber bei mir ist es so angekommen - eine Evakuierungsoperation planen und deswegen die Kräfte an den Flughafen verlegen. Macht ja auch Sinn. Warum sollten sonst die Kräfte - und das war ja eine relativ hohe Zahl von Kräften - an den Flughafen verlegt werden? Das ist jedenfalls meine Erinnerung, dass mir diese Information gegeben worden ist.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): War diese Information, wenn ich da einhaken darf - - Mir liegt eine E-Mail vor von Herrn Detlef Wächter an Sie -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die findet sich auf MAT A BMVg-5.144 VS-NfD, Blatt 35; können wir Ihnen auch gerne vorlegen -, 12.08., 22.57 Uhr. War das die Information, die Sie dazu bekommen haben, möglicherweise dann erst am nächsten Tag gesehen, aber - -

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das muss die E-Mail gewesen sein, um die es geht. Hier ist zwar nicht die Rede von Evakuierung, aber das habe ich dann in der Folge so wahrgenommen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Haben Sie aufgrund dieser E-Mail sozusagen schon Entscheidungen getroffen oder Dinge auch angestoßen? In der E-Mail steht auch drin - - Herr Wächter schreibt: „Aa ist im lead.“ Bedeutet das, dass eigentlich im BMVg dann gar keine eigenen Entscheidungen getroffen werden, sondern dass man erst mal auf die Einschätzung des Auswärtigen Amtes wartet? Können Sie das näher ausführen, wie Sie mit dieser Information umgegangen sind?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das stimmt, das Auswärtige Amt ist im Lead. Meines Wissens hat es aber, ob durch Herrn Wächter oder jemand anderes, aber wahrscheinlich durch Herrn Wächter, Kontakt mit dem Auswärtigen Amt gegeben und gab es dann aufgrund dieser Information die Entscheidung, dass noch am selben Tag, also am Freitag, eine Krisenstabssitzung im Auswärtigen Amt stattfindet und nicht, wie ursprünglich geplant, am 16.

Und, wenn ich das ergänzen darf, ich kann mich erinnern, dass wir diese Krisenstabssitzung dann vorbereitet haben und auch der stellvertretende Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“, der jetzige stellvertretende Generalinspekteur, Herr General Hoppe, sich mit mir abgestimmt hat und wir uns eigentlich einig waren, dass zumindest das Szenario einer eigenen Evakuierungsoperation auch in dieser Krisenstabssitzung erörtert werden sollte. Das hat er mitgenommen. Und da ich selber an der Sitzung nicht teilgenommen

habe, hat er das, soweit ich das den Informationen im Anschluss entnehmen konnte, auch tatsächlich getan und hat es dazu auch eine Abstimmung gegeben.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Haben Sie einen direkten Counterpart auch im Auswärtigen Amt dazu kontaktiert, oder wie funktioniert eigentlich das Zusammenspiel BMVg-Auswärtiges Amt in so einer Situation?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Natürlich gibt es einen Counterpart. Das war entweder Herr Staatssekretär Berger, in der Zeit zumeist der Herr Berger, mit dem ich telefoniert habe, mit dem aber auch - vor dem Hintergrund der gespaltenen Zuständigkeiten - Herr Zimmer immer wieder telefoniert hat. Und Frau Leendertse ist als Staatssekretärin natürlich auch Ansprechpartnerin gewesen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gut.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir zu der Frau Kollegin Nanni. Bitte schön.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Hoofe!

**Zeuge Gerd Hoofe:** Hallo! Guten Tag!

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hallo! - Ich bleibe noch einmal kurz bei dem 12./13. und wollte noch mal nachhaken. Sie haben gerade gesagt, da haben Sie die Meldung bekommen, dass die USA evakuiert. Welche Kenntnis hatten Sie darüber, welche Implikationen das für die Botschaft in Kabul, die deutsche Botschaft in Kabul hat, wenn die USA evakuieren?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, nur um das noch mal richtig einzuordnen: Ich habe - von wem auch immer; das kann auch eine Interpretation gewesen sein - die Information bekommen: Verlegung von Truppen zum Flughafen und Vorbereitung einer Evakuierungsoperation. Wie belastbar das gewesen ist, wie stichhaltig und was die Amerikaner tatsächlich weitergegeben haben, das weiß ich nicht. Ich kann nur aus meiner Wahrnehmung sagen, was bei mir angekommen ist. Das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ist ja nicht auf direktem Wege bei mir angekommen. - Punkt 1.

Und Punkt 2, im Hinblick auf die Frage „Was hat das für Auswirkungen auf die Botschaft?“. Das konnte ich zu dem Zeitpunkt wirklich nicht beurteilen, war auch nicht meine erste Aufgabe, sich mit der Frage zu befassen, sondern die Vorsorge und die Frage auch präventiver Maßnahmen im Zusammenhang mit einer notwendigen denkbaren Evakuierung in einer Botschaft ist in erster Linie Angelegenheit des Auswärtigen Amtes.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann habe ich noch eine Frage. Sie haben ja dann auch beschlossen, dass die Krisenstabsitzung auf den Freitag - oder gemeinsam mit den anderen zusammen - vorgezogen werden soll. Haben Sie das mit irgendjemandem erörtert, ob die Krisenstabssitzung unter Leitung der Ministerin oder des Ministers stattfinden sollte?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Kann ich Ihnen nicht sagen, ob das in irgendeinem Zusammenhang mit irgendjemandem erörtert worden ist. Das weiß ich nicht mehr.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn, dann hätten Sie es ja anleiern können, weil Ihre Ebene ist ja diejenige, die dann auch die Krisenstabsitzung geleitet hat in Form von Frau Leendertse.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich kann mich nicht erinnern. Ich weiß, dass ich mit Herrn Hoppe, den ich eben erwähnt habe, bei mir im Büro gesessen habe und wir mit ihm alleine oder Mitarbeitern von ihm die Krisenstabsitzung vorbereitet haben. Inwiefern die Ministerin dann informiert worden ist, beteiligt worden ist, weiß ich nicht mehr genau. Aber normalerweise wird sie darüber informiert und ist sie sicherlich auch über die Tatsache, dass die Krisenstabsitzung stattgefunden hat oder stattfinden sollte, informiert worden. Durch mich, kann ich nicht sicher sagen, aber natürlich könnte auch Herr Wächter, also, zu dem ja der unmittelbare Kontakt - -

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ... [akustisch unverständlich] Ich habe ja immer nicht so viel Zeit; wir sind nur drittstärkste Fraktion geworden beim letzten Mal. - Die andere Frage ist ja dann, ob - - Ach, jetzt habe ich den Faden verloren. Ist ja schrecklich. - Wissen Sie, wo die Ministerin sich aufgehalten hat am 13.?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein. Tut mir leid.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht grob?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein. Tut mir leid, das kann ich nicht sagen. Das ergibt sich aus keinen wie auch immer gearteten Kalenderdaten, die mir vorliegen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann habe ich eine andere Frage. Sie haben am 01.09.21 ein Löschmutorium erlassen mit Blick auf Afghanistan. Können Sie einmal beschreiben, was Anlass dafür war, das zu erlassen, und worauf sich das erstrecken sollte?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, nach der Evakuierungsoperation gab es ja zu Recht öffentliche und auch politische Diskussionen zu dieser Operation, dem, was vor dieser Operation passiert ist, hätte passieren müssen, sollen, was auch immer. Mir war klar, dass es zwingend notwendig ist, diesen Prozess, die Geschehnisse aufzuarbeiten, und dass man dafür sorgen muss, dass diese Aufarbeitung auch tatsächlich so umfassend stattfinden kann, wie es nur irgendwie geht. Und zu dem Zweck müssen die entsprechenden Dokumente jedweder Art - auch elektronische Kommunikation gehört dazu -, was auch immer, gesichert werden, und zwar jenseits der gesetzlichen Vorschriften zur Sicherung von Dokumenten, weil die gesetzlichen Vorschriften erfassen nicht alles. Wenn man aber alles erfassen möchte, weil man es für notwendig erachtet, dann muss man ein solches Löschmutorium erlassen. Und deswegen habe ich es getan.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurden Sie angewiesen, das zu tun, oder haben Sie das selber entschieden, dass Sie das machen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Gerd Hoofe:** Dazu wurde ich nicht angewiesen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist das sozusagen in Ihrer Payroll, also, ist das üblich, dass ein Staatssekretär ein Löschmoratorium anordnen kann?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich will damit ja nicht sagen, dass es nicht mit der Ministerin abgestimmt worden ist, aber erlassen habe ich es. Und ich bin nicht angewiesen worden. Weil Sie die Frage - -

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Sind Sie auch in Kontakt getreten mit den anderen Staatssekretären aus den anderen Häusern zu der Frage, ob die das auch machen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Kann ich mich nicht dran erinnern; war aber auch nicht zwingend nötig. Wenn wir für unsere Dokumentation und für das, was in unserem Haus ausgetauscht worden ist, ein solches Moratorium erlassen, dann verantworten wir das. Und letztendlich muss das kein anderes Ressort entscheiden. Das andere Ressort kann das für den eigenen Bereich so oder anders entscheiden.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Jetzt springen wir wieder ein bisschen woanders hin, nämlich zu dem Themenkomplex „Einschätzung der Sicherheitslage“. Bruno Kahl hat hier in seiner Befragung darüber gesprochen, wie seiner Meinung nach der BND im Ressortkreis wahrgenommen wurde - das ist das vorläufige Stenografische Protokoll 20/82 I, Seite 77 -:

„Wenn über Afghanistan geredet wird, ist der Bundesnachrichtendienst die Spaßbremse, der Spielverderber, der immer nur die schlechten und die unvorteilhaften Prognosen hat und der eigentlich alles sehr viel bedrohlicher darstellt, als das andere Teile der Bundesregierung gerne wahrhaben wollen. Das ist nicht in jeder einzelnen Situation so gewesen, nicht in jedem Gespräch, an dem ich teilgenommen habe; aber das ist in der Rückschau sozusagen das

Kondensat der Reaktionen, die der Bundesnachrichtendienst in der Staatssekretärsrunde, in der ND-Lage hervorgerufen hat.“

Teilen Sie diese Bewertung des BND-Präsidenten?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ach so, das habe ich nicht so wahrgenommen, schon gar nicht so drastisch, wie er das offenbar formuliert hat. Ich habe, zumindest für unseren Bereich, insbesondere auch, wenn es um unsere Verantwortung ging für den Schutz der Soldatinnen und Soldaten, das, was der BND zur Sicherheitslage in welchen Runden auch immer vorgetragen hat, kommentiert hat, sehr ernst genommen. Ich habe auch nicht den Eindruck gehabt, dass das an den Haaren herbeigezogen war.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich würde Ihnen gern noch einen anderen Vorhalt machen. Das ist MAT A BMVg-5.91 VS-NfD, Blatt 14 bis 25. Da geht es um die Staatssekretärsrunde Mali/Afghanistan vom 05.11.2020. Da haben Sie auch teilgenommen. Und der BND hat eine Szenarienanalyse vorgelegt. Da werden drei Punkte aufgeführt:

- „1. Emirat 2.0., d. h. Taliban übernehmen die Macht in AFG (eher wahrscheinlich);
2. Bürgerkrieg (eher unwahrscheinlich);
3. Inklusive Republik (eher unwahrscheinlich).“

Können Sie sich daran erinnern? Können Sie einmal erläutern, was der Unterschied zwischen „eher wahrscheinlich“ und „eher unwahrscheinlich“ ist?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das sind nicht meine Formulierungen, sondern sind die Formulierungen des BND.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich weiß auch die Antwort, aber die Frage ist ja, wie Sie das in Erinnerung haben, weil das ist ja eine Information, die Ihnen übermittelt wurde vom



## Nur zur dienstlichen Verwendung

BND, damit Sie ein gutes Lagebild haben. Da wäre schon - -

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, gut, das haben wir alle in der Runde mit der notwendigen Ernsthaftigkeit zur Kenntnis genommen. Und das hat auch keiner meiner Erinnerung nach in der Form kritisiert, dass irgendjemand besserwisserisch deutlich gemacht hat, dass diese Wahrscheinlichkeitsbeschreibungen Unsinn sind und anders geartet sein müssen. Das ist zur Kenntnis genommen worden.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und welche Reaktion hat insbesondere die Einschätzung, dass Emirat 2.0 im November 2020 als eher wahrscheinlich vom BND eingestuft wurde, bei Ihnen ausgelöst?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, meine Befindlichkeiten an dem Tag und was das in mir am 05.11. ausgelöst hat, das kann ich Ihnen im Moment nicht sagen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe ja nicht nach den emotionalen Reaktionen gefragt, sondern nach den Reaktionen. Die können ja auch rational sein.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ach so. - Ja, also, es ist ja auch nicht von der Hand zu weisen gewesen angesichts des Prozesses seit dem Doha-Abkommen. Friedensverhandlungen haben zwar stattgefunden, sind aber immer wieder verzögert worden, und monatelang ist gar nichts passiert. Und natürlich konnte man durchaus im Sinne von „eher wahrscheinlich“ darüber nachdenken, dass diese Entwicklung in Rede stehen kann.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Und welche operativen Schlü-

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nicht ... (akustisch unverständlich), aber sicher ist, dass die Fragezeit zu Ende ist. Deswegen wechseln wir zur AfD-Fraktion.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Staatssekretär! Ich

hätte nicht erwartet, dass wir uns in diesen Rollen mal wiedersehen, aber wir werden gemeinsam der Wahrheit auf den Grund gehen.

**Zeuge Gerd Hoofe:** So ist es.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ich habe in den Beweismaterialien, hier MAT A BMVg-5.20, Blatt 18 ff., einen auf den 11. August 2021 datierten, an Sie adressierten Vermerk gefunden. In dem Schriftstück ging es um die Abholung der Ortskräfte aus Afghanistan bei Schließung des Flughafens HKIA für den zivilen Luftverkehr. In dem Vermerk heißt es unter anderem, dass es für diesen Fall - und ich zitiere jetzt aus dem besagten Fundstück - „der genauen Prüfung der verfassungsrechtlichen Grundlage“ - Zitat Ende - bedarf, „insbesondere ...“ - ich zitiere weiter - „wenn eine Einbeziehung in eine bewaffnete Unternehmung wahrscheinlich erscheint“. - Zitat Ende.

Leider konnte ich in den Beweismaterialien keine genaue Prüfung zur Frage, also unter welchen Voraussetzungen die Bundesregierung afghanische Staatsbürger bei einer militärischen Evakuierungsmission berücksichtigen darf, finden.

Fakt ist, dass sich die Bundesregierung auch für die militärische Evakuierung der Ortskräfte sowie weiterer Afghanen auf den Artikel 87a [sic!] Absatz 1 und 2 des Grundgesetzes berufen hat.

Haben Sie in Folge dieses Vermerks - ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern können - eine entsprechende Prüfung zur Frage, unter welchen Voraussetzungen die Bundesregierung afghanische Staatsbürger bei einer militärischen Evakuierungsmission berücksichtigen darf, angeordnet? Haben Sie das prüfen lassen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Kann ich das Fundstück mal sehen?

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, klar.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich kann mich nicht daran erinnern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in den Unterlagen)

Ich kann mich an diese Vorlage nicht erinnern. Wenn hier die Rede ist davon: „Ebenso bedarf es der genauen Prüfung der verfassungsrechtlichen Grundlage“, dann bezieht sich das ja auf die dort erwähnte denkbare Abholung der Ortskräfte aus Afghanistan. Also, ich würde mal behaupten, dass ich an der Stelle keinen Auftrag erteilt habe, jedenfalls nicht ausgehend von dieser Vorlage. Aber - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Mein Rat wäre, dass Sie nicht spekulieren, sondern dass Sie antworten auf der Basis dessen, woran Sie sich erinnern.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, ich habe jetzt verstanden, dass Sie davon ausgehen, dass Sie nach Kenntnisnahme dieses Schriftstückes keine Prüfung veranlasst haben.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich kann mich nicht daran erinnern, eine Prüfung veranlasst zu haben, auch nicht, wenn ich jetzt diese Vorlage und die entsprechende Passage lese.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja. Okay. Dann: Als die echte Evakuierung befohlen wurde, ist auch nicht geprüft worden die verfassungsrechtliche Grundlage?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Die verfassungsrechtliche Grundlage für was?

**Joachim Wundrak (AfD):** Für die Evakuierung von Afghanen aus Kabul.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Für die Evakuierung gab es ein Mandat, das vonseiten des Deutschen Bundestages beschlossen worden ist. Aufgrund von Gefahr im Verzuge ist dieses Mandat später erteilt worden; und das ist ausreichend aus meiner Sicht, um die Evakuierung, die durchgeführt worden ist, auch wenn afghanische Staatsbürger

ausgeflogen sind, einschließlich von Ortskräften, zu rechtfertigen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, Sie haben hingewiesen jetzt auf das spätere Mandat. Ist anschließend in Ihrem Hause dann noch mal die verfassungsrechtliche Grundlage geprüft worden?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nee, die ist vorher geprüft worden. Denn wenn die Evakuierungsoperation verfassungsrechtlich bedenklich gewesen wäre, hätte man nicht so verfahren können, wie wir gemeinsam verfahren sind. Und an der Stelle gab es auch zwischen den beteiligten Ressorts keinerlei rechtliche oder gar verfassungsrechtliche Bedenken.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich unterbreche mal eine Sekunde. - Halten Sie mal die Zeit an! - Herr Zeuge, ich wollte Sie darauf aufmerksam machen: Da Sie ja vorhin belehrt worden sind, dass Sie wahrheitsgemäß aussagen müssen, müssten wir schon präzise wissen, ob Sie jetzt gesagt haben, Sie können sich nicht erinnern, dass Sie das veranlasst haben, oder ob Sie das veranlasst haben. Weil das Dokument, über das wir hier reden, Ihnen nicht zugegangen ist, wenn ich das richtig verstanden habe. Insofern müssten wir das fürs Protokoll schon so formulieren, wie Sie das gesagt haben wollen. Das ist jetzt offen geblieben, wenn ich richtig zugehört habe.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich kann mich an das Dokument nicht erinnern. Insoweit kann ich mich auch nicht erinnern, dass ich aufgrund dieser Vorlage eine entsprechende Prüfung veranlasst habe.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut, dann ist es so.

**Joachim Wundrak (AfD):** Aus MAT A BKAmt-3.37, Blatt 148 f., hier Blatt 149, geht hervor, dass die im Mandatstext verwendete Formulierung „designierte Gruppen“ - das ist ein Zitat - dem Bundeskanzleramt bzw. der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ausreichte. Ich zitiere aus besagter Fundstelle weiter:

„Chef-BK erwähnte gerade, wie die BKin sich heute morgen eingelassen habe ... Es gebe Afghaninnen, die nicht für DEU gearbeitet hätten, aber ... für unsere Werte eingestanden hätten. Diese ... seien Symbole und müssten deshalb

- mit -

Priorität für die Ausreise vorgesehen werden.“

Zitat Ende. - Der Empfänger der E-Mail sollte sodann unter anderem bei Ihrem Ressort - ich zitiere aus der genannten Fundstelle - „Druck machen, dass die Formulierung, wie ... durchgegeben, aufgenommen wird“. Zitat Ende.

Aus der Rechtsabteilung Ihres Hauses gab es wegen der Formulierung des Kanzleramts Bedenken, dass - ich zitiere aus MAT A BKAm-3.37, Blatt 148 - „eine zu dezidierte Spezifizierung das Mandat juristisch angreifbar ... macht“. - Zitat Ende.

Herr Hoofe, ich weiß, Sie sind Jurist. Können Sie uns mitteilen, warum die Rechtsabteilung Ihres Hauses die Auffassung vertrat, dass eine zu dezidierte Spezifizierung in Hinblick auf die Gruppe der zu Evakuierenden das Mandat juristisch angreifbar gemacht hätte?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das kann ich Ihnen ad hoc nicht darstellen. Und ich weiß auch nicht, ob die Rechtsmeinung jetzt an der Stelle gefragt ist. Ich erinnere jedenfalls nicht, dass ich damit im Detail befasst gewesen bin, kann es aber auch nicht ausschließen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Mhm. - In den Beweis-

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich kann ausschließen, dass Sie weiter fragen, weil die Fragezeit gewechselt ist. - Frau Kollegin Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen Guten Abend! Ich möchte gerne noch mal an dem Thema „Szenarienanalyse“ anknüpfen, was vorher die Kollegin Nanni angesprochen hatte. In MAT A BMVg-5.109 VS-NfD, Blatt 23 bis 30, da geht es um den Ergebnisvermerk der Staatssekretärsrunde zu Afghanistan vom 5. November, wo eben diese Szenarienanalyse vorgestellt wurde - da hatte Kollegin Nanni ja vorher schon darüber gesprochen -, wo das Emirat 2.0 als eher wahrscheinliches und damit als das wahrscheinlichste Szenario dargestellt wurde. Haben Sie damals, Anfang November 2020, erstmals von dieser Prognose des BND zum Emirat 2.0 gehört? War das das erste Mal?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das weiß ich nicht mehr. Ob in irgendeinem Zusammenhang auch vorher schon die Rede davon war, kann ich auch nicht ausschließen, weil alle möglichen Informationen, jetzt unabhängig von der Staatssekretärsrunde, vorher, nachher über die verschiedensten Kanäle auch zwischen den Ressorts und mit dem BND ausgetauscht worden sind; und ob irgendjemand aus dem Haus in einer unserer Morgenlagen oder sonstigen Formate der Kommunikation schon vorher mal diesen Begriff erwähnt hat, weiß ich nicht.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay. - Aber im Anschluss an diesen Kurzvortrag des BND ist im Protokoll - das ist das MAT, was ich vorher zitiert habe - lediglich eine einzelne Rückfrage festgehalten. Herr Staatssekretär Berger fragte nach möglichen Kooperationen zwischen Taliban und ISPK.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Über die Einschätzung des BND, dass das wahrscheinlichste Szenario für die Zukunft Afghanistans eine erneute Talibanherrschaft sei, wurde dem Protokoll nach also nicht diskutiert. Gibt das Protokoll Ihrer Erinnerung nach die damalige Sitzung in diesem Punkt korrekt wieder?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, ich will es mal so formulieren: Diese Afghanistan-Staatssekretärsrunden, die waren natürlich in erster Linie geprägt durch ganz viel Berichte. Das fing an mit einem Bericht zur Sicherheitslage durch den BND. Dann gab es einen Lagebericht zur militärischen Operation und Situation in Afghanistan vom BMVg. Dann gab es einen Bericht zur politischen Lage durch das AA. Dann gab es einen Bericht des Sonderbeauftragten für Afghanistan zur Lage aus seiner Sicht. Dann gab es einen Bericht des BMI.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also würden Sie sagen, das war jetzt einfach was, was sozusagen da untergegangen ist im Rauschen, oder?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein, nein, das wäre ein falscher Begriff. Aber ich kann mich nicht an eine Diskussion erinnern. Aber das wäre auch nicht - das wollte ich damit zum Ausdruck bringen - ungewöhnlich, wenn dieses Thema oder dieser Begriff nicht diskutiert worden ist.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wie haben Sie denn die Prognose damals aufgenommen? - Also, es ist ja schon mal ein Wort: Emirat 2.0 ist das Wahrscheinlichste.

**Zeuge Gerd Hoofe:** „Eher wahrscheinlich“, nicht das - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Das wahrscheinlichste Szenario im Vergleich zu den anderen, ja.

**Zeuge Gerd Hoofe:** „Eher wahrscheinlich“, „eher unwahrscheinlich“, so sind die Begriffe, die der BND verwendet hat.

Wir waren auch schon zu dem Zeitpunkt alle besorgt, soweit es um die Entwicklung von Afghanistan ging. Das mit dem Emirat 2.0 ist natürlich noch mal ein deutliches Mehr an Klarheit gewesen aus Sicht des BND, hat jetzt aber unmittelbar, glaube ich, an keiner Stelle dazu beigetragen, dass irgendwelche besonderen Handlungen ausgelöst wurden.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie nach der Prognose des BND keinen planerischen Handlungsbedarf gesehen haben?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Na ja, wir haben ja schon, soweit das BMVg und dessen Verantwortung betroffen war, unmittelbar nach dem Doha-Abkommen die notwendigen Prozesse in Gang gesetzt und Eventualfallplanungen aufgenommen. Also von daher haben wir schon bereits vorher, weil nicht klar war, welche Entwicklung uns jetzt bevorsteht, das Erforderliche getan, um unsere Soldatinnen und Soldaten zu schützen und rechtzeitig auch, wenn notwendig - - zurückführen können.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und wie haben die anderen anwesenden Staatssekretäre reagiert?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das weiß ich wirklich nicht. Also, sorry dafür, aber das ist vier Jahre her.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich habe auch nur das Protokoll zur Verfügung, und wie der Ablauf im Einzelnen gewesen ist und wer was zu wem über was gesagt hat, das kann ich Ihnen nicht sagen, beim besten Willen nicht.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Trotzdem muss ich da noch mal weitermachen an dem Punkt, weil in dem besagten Vermerk zur Staatssekretärsrunde vom 5. November 2020 ist mir aufgefallen, dass es da eine gewisse Diskrepanz in der Aussage „Emirat 2.0“, also dem Beitrag des BND, und dem Beitrag des Sonderbeauftragten Potzel gegeben hat; nämlich der hat gesagt, dass man die afghanische Regierung bis 2024 weiterhin unterstützen, sie in die Verantwortung nehmen bei Reformen, Korruptionsbekämpfung, guter Regierungsführung, aber gleichzeitig nicht schwächen wolle. In zwei aufeinanderfolgenden TOP wird also von einem Akteur das wahrscheinliche Ende der afghanischen Republik postuliert und vom nachfolgenden Redner von einer Unterstützung der afghanischen Regierung bis 2024 gesprochen, ohne dass dabei auf die zuvor



## Nur zur dienstlichen Verwendung

geäußerte Prognose Bezug genommen wird. Die Aussagen stehen also einfach nebeneinander. Können Sie mir noch mal erläutern, wie Sie diese Situation damals erlebt haben?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Na ja, die Situation, auch im November 2020, war geprägt von Unsicherheit und Unklarheit. Das hatte natürlich auch was damit zu tun, dass es das Doha-Abkommen gegeben hat, dass auf den Inhalt und seine Umsetzung von den NATO-Partnern, auch von Deutschland, kein Einfluss genommen werden konnte, dass die Umsetzung des Doha-Abkommens ja nicht zwingend mit uns im Einzelnen abgestimmt worden ist oder auf NATO-Ebene abgestimmt worden ist. Von daher wussten wir natürlich auch nicht insbesondere was die Amerikaner planen zu tun und welche Entwicklung im Zusammenhang damit in Afghanistan bevorsteht.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Aber - -

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, ich komme gleich drauf, wenn Sie gestatten. Und einerseits hat natürlich der BND immer in den Blick genommen: Worst Case, also: „Was könnte passieren?“, und nicht in eine andere Richtung gedacht.

Herr Potzel hat sich in besonderer Weise, genauso wie das AA, darum bemüht - und das hat er in der Sitzung auch noch mal berichtet - dass eine International Peace Support Group etabliert wird. Das heißt, das ging in die Richtung: Wir wollen die Friedensverhandlungen begleiten, und zwar in der Weise unterstützen, dass es in Afghanistan eine Zukunft gibt, die nicht unbedingt das Emirat 2.0 ist. Das hat er beschrieben und dargestellt. Und davon war er auch fest überzeugt und hat sich mit aller seiner Kraft, wie auch das AA, dafür eingesetzt, über die späteren Monate auch.

Insoweit ist natürlich die Beschreibung der Sicherheitslage vom BND zur Kenntnis genommen - - Aber belastbar in der Form, dass es nun notwendig war, weiß ich nicht, Abstand zu nehmen von dieser gewünschten Etablierung der International Peace Support Group oder was anderes zu tun, belastbar in dem Sinne war es natürlich nicht. „Eher wahrscheinlich“, „eher

unwahrscheinlich“, also ist es zur Kenntnis genommen worden, und Herr Potzel und auch andere haben aus ihrer Sicht die aktuelle Lage, soweit sie belastbar dargestellt werden konnte und soweit sie sich auf konkrete Handlungen bezog, ebenso dargestellt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Aber verstehe ich das richtig - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind am Ende.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Entschuldigung. Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir wechseln zur SPD-Fraktion. Frau Kollegin Yüksel.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Gut, dann kommen wir zu der Staatssekretärsrunde am 4. August, und da beziehe ich mich auf MAT A BKAmT-3.38 VS-NfD, Blatt 146 bis 150, hier Blatt 147 bis 148. Hier in der Staatssekretärsrunde am 4. August haben Sie laut Protokoll das Thema „Ortskräfteverfahren“ aufgerufen. Ihr Beitrag wird im Protokoll wie folgt wiedergegeben - wie gesagt, Sie können das auch gerne noch mal vorgelegt bekommen, wenn Sie es möchten -:

„StS Hoofe ... führte aus, dass mit Blick auf einen möglichen Komplettabzug der Bw seitens BMVg ein hohes Interesse an einer Anpassung des Ortskräfteverfahrens bestehe. BMVg sehe sich in der Verantwortung für die große Zahl an Ortskräften bei der Bw in AFG und weist auch auf die politische Bedeutung des Ortskräfteverfahrens hin. Es würden wohl zwischen den Ressorts mehrere Optionen diskutiert, aber es gebe noch keine Lösung. StS Hoofe mahnt an, dass mit Blick auf die knappe Zeitschiene eine praktikable Lösung gefunden werden müsse.“

Darauf antwortet Ihr Kollege Staatssekretär Engelke aus dem BMI:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„StS E. erklärte, dass BMI sich, im Rahmen seiner Federführung für das Thema der Verantwortung bewusst sei. Eine eingerichtete ressortübergreifende AG arbeitet bereits an dem Thema. Er forderte alle betroffenen Ressorts auf, konstruktiv weiter mit an einer Lösung zu arbeiten. Die pauschale Aufnahme aller Ortskräfte in Deutschland ohne Überprüfung des Vorliegens einer individuellen Gefährdung sei für BMI jedoch keine akzeptable Lösung.“

Können Sie uns sagen, wie Sie diesen Auftakt der Diskussion auf Staatssekretärebene zum Ortskräfteverfahren wahrgenommen haben?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja. So wie Sie es eben auch geschildert haben. In der Tat haben wir ausgehend von unserer Interessenlage, was den Schutz und die Absicherung der Ortskräfte des BMVg, der Bundeswehr betraf, darauf gedrungen, die Prozesse zu beschleunigen, weil nach der Gefährdungsanzeige war es seinerzeit - seit Frühjahr 2013 gibt es ja dieses Verfahren - so, dass lange Zeit verging, bevor überhaupt eine Entscheidung getroffen worden ist, und alles Mögliche herangezogen wurde und wir der Überzeugung waren, dass es notwendig ist, zumindest für die Ortskräfte der Bundeswehr von vorneherein ohne diese immensen Überprüfungen klarzustellen, dass alleine selbstredend die Tatsache, dass Ortskräfte für die Bundeswehr vor Ort in Afghanistan arbeiten, eine latente Gefährdung zur Folge haben und mithin dieser Umstand alleine dazu führen müsste, dass dann auch ein entsprechendes Aufnahmeangebot erfolgt, bzw. eine Aufnahmezusage, und Visa erteilt werden.

Es ist von mir vorhin schon erwähnt worden, dass die Ressorts, die unterschiedlichen Ressorts, einen unterschiedlichen Blickwinkel auf das Thema gehabt haben. Durchaus verständlich. Ich will das ja gar nicht infrage stellen und abreden, da gab es andere Interessen, Sicherheitsinteressen, Interessen, in Afghanistan weiterhin auch die zivile Entwicklungsarbeit zu leisten, und natürlich auch das Interesse, jetzt nicht das falsche Signal zu setzen, mit der Folge, dass alle sich auf

den Weg machen und ein Rutschbahneffekt entsteht.

Ich kann mich daran erinnern, dass trotz meines Hinweises darauf, mehr tun zu müssen, das federführende Ressort und auch die anderen Ressorts gesagt haben, dass es keine Sonderlösung gibt - dass es keine Sonderlösung gibt -, dass es kein pauschales Aufnahmeangebot gibt, sondern wir halten am Verfahren nach § 22 Aufenthaltsgesetz fest, das heißt: Aufenthaltserlaubnis aus dringenden humanitären Gründen; Federführung hat das BMI. Das BMVg konnte sich an der Stelle nicht durchsetzen, jedenfalls nicht zu dem Zeitpunkt. Wir haben uns dann später durchgesetzt - ich habe es erwähnt: im April und dann auch dann später im Juni -, aber zu dem Zeitpunkt, im November 2020, nicht. - Entschuldigung, nicht im November, im August; das war der 04.08.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Jetzt haben Sie ja gerade gesagt, dass die Ressorts ihren eigenen Blick drauf hatten. Ich würde gerne von Ihnen wissen, ob Sie den Eindruck hatten, dass die Ressorts überhaupt an einer konstruktiven Lösung interessiert waren, ob sie daran gearbeitet haben.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Doch, den Eindruck hatte ich schon. Es gab ja nun auf allen Ebenen Kontakte, intensive Kontakte. Man hat sich sehr ernsthaft mit den Fragen auseinandergesetzt, hatte eben aber, in Teilen zumindest, zu bestimmten Zeitpunkten, ausgehend von den zu verantwortenden Interessen, einen anderen Blick auf die Dinge, als wir sie gehabt haben. Dabei muss man eben wissen: Die Sozialisation in der Bundeswehr findet schon in der Form statt, dass Partner und Unterstützung, die die Bundeswehr in einer Krise oder in einer Auslandsmission begleiten und bei ihnen und zu ihnen stehen, auch in der Regel mitgenommen werden und dass man die Verantwortung spürt, das Erforderliche zu tun, damit diese Partner keiner Gefahr und keiner Gefährdung ausgesetzt werden.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Gut. - Dann würde ich gerne noch auf den 17. April 2021, zwei Tage nachdem der US-Präsident Biden in einem State-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ment den endgültigen Abzug aller internationalen Truppen aus Afghanistan bis spätestens 21. September 21 angekündigt hatte, kommen. Da kam es zu der öffentlichen Einlassung der Bundesministerin, dass gefährdete Ortskräfte vor dem Abzug vereinfacht und schnell nach Deutschland geholt werden sollen. Da haben wir ja jetzt schon mehrmals gesprochen; da verweise ich auch gerne noch mal auf MAT A BMVg-4.205 VS-NfD, Blatt 23 bis 24. Ich würde gerne von Ihnen wissen, inwieweit Sie in die Vorbereitung dieser öffentlichen Äußerung der Bundesministerin einbezogen waren und ob Sie über die Motivationslage der Bundesministerin zu dieser Einlassung etwas gewusst haben.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich weiß nicht, ob ich unmittelbar einbezogen worden bin in die Vorbereitung dieser Aussage. In der Regel werden die Vorbereitungen oder wurden die Vorbereitungen solcher Statements dann nicht mit mir abgestimmt, sondern mit anderen Organisationsbereichen im Haus. Von daher werde ich nicht unmittelbar eingebunden gewesen sein.

Und die Motivationslage, dazu kann ich Ihnen jetzt auch nichts sagen außer das, was ich schon mehrfach erwähnt habe: dass die Motivation der Ministerin von Anfang an die war, alles Notwendige für die Ortskräfte zu tun, die Verantwortung gegenüber den Ortskräften - ich habe es eben noch mal aus Sicht auch der Soldatinnen und Soldaten beschrieben - immer wieder mit höchster Priorität auch gegenüber anderen, auch innerhalb der Bundesregierung, deutlich werden zu lassen, mit dem Ziel und der Zielbestimmung, dass wir die Ortskräfte dann auch tatsächlich nach Deutschland ... (akustisch unverständlich) - - hier ihnen die Möglichkeit geben, auch in Zukunft ohne Gefahr und Gefährdung durch die Taliban zu leben.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Gut, ich habe das jetzt so verstanden, dass Sie bei der Vorbereitung zu dieser Äußerung nicht beteiligt waren, aber vieles davon schon im Vorfeld immer miteinander besprochen haben.

Ich würde jetzt gerne noch mal auf eine von Ihnen abgezeichnete Gesprächsunterlage vom

26. April 2021 kommen, das für ein mögliches Telefonat mit Herrn Horst Seehofer. Das ist nachzulesen in MAT A BMVg-5.93 VS-NfD, Blatt 6 bis 8. Dort heißt es, dass die Äußerung der Bundesministerin vom 17. April 2021 den Prozess zur Lösung der Ortskräfteverfahren deutlich beschleunigt habe. - Haben Sie diese Beschleunigung auch wahrgenommen? Und: Können Sie erläutern, warum dieser Prozess sich dann doch beschleunigt hat?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich muss das noch mal -

**Gülistan Yüksel (SPD):** Sehen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** - genauer lesen oder sehen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Wir legen es Ihnen vor. Kommt sofort.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Okay.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Wie war Ihre Frage noch mal genau? Entschuldigung.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ob Sie diese Beschleunigung des Prozesses auch wahrgenommen haben und ob Sie kurz erläutern können, warum sich dieser Prozess auf einmal so beschleunigt hat.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Wo ist von der Beschleunigung jetzt die Rede? Nur, damit ich das finde.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Blatt 8.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, habe ich.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Da müsste das draufstehen.

(Der Zeuge liest in den ihm  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, kann ich bestätigen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Gülistan Yüksel (SPD):** Gut. Dann kommen wir zu der nächsten Frage. - Und tatsächlich konnten die Prozesse für die Ortskräfte der Bundeswehr im Anschluss gesteigert werden auch durch die Zusammenarbeit von BMVg und AA zur Einrichtung einer temporären Visastelle im Feldlager Masar-i-Scharif. Und wenn ich mich hier auf die Zahlen des BMVg beziehe - das ist auch nachzulesen auf MAT A BMVg-3.130 VS-NfD, Blatt 19 -, dann haben zwischen dem 15. Mai und dem 15. August 21 471 Ortskräfte eine Aufnahmezusage erhalten, von denen bis zum 15. August 2021 auch 369 mit ihren Familien ausreisen konnten.

Und da würde ich Sie gerne fragen, wie Sie die Kooperation zwischen AA und BMVg an dieser Stelle wahrgenommen haben. Und wie kam es zu dieser wichtigen Beschleunigung im Prozess? Weil das ist ja erfreulich.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Gut, die Beschleunigung im Prozess hat natürlich auch was mit der Dynamik des Prozesses zu tun. Und bei der Dynamik des Prozesses meine ich nicht, bei der Dynamik des Prozesses im Ortskräfteverfahren schneller und zügiger zu arbeiten, sondern das eine hängt vom anderen ab.

Die Dynamik in der Entwicklung in Afghanistan, insbesondere in den hier erwähnten Monaten Mai, Juni, Juli, August, hat natürlich dazu geführt, dass auch in den anderen Ressorts bestimmte Störgefühle, die es vorher vielleicht gegeben hat und die dazu geführt haben, dass die Dinge nicht so schnell und zügig auch in den verschiedenen Phasen erledigt worden sind wie gewünscht, beseitigt werden konnten. Und insofern hat sich die Kooperation im Hinblick auf ein zügiges Verfahren, die zügige Abwicklung der Aufnahmezusage, die zügige Abwicklung der Visaerteilung und die zügige Abwicklung der Einreise deutlich verbessert.

Nicht zuletzt ist ja auch Gegenstand der Verbesserung gewesen, dass noch dann im Juni die Entscheidung getroffen worden ist, das Ortskräfteverfahren auszuweiten - nicht nur zu vereinfachen, sondern auch auszuweiten - auf die Ortskräfte, die schon mal eine Gefährdungsanzeige

gestellt haben, aber mit dieser Gefährdungsanzeige nicht durchgedrungen sind. Alles das hat dazu geführt. Und die Visaerteilung in Masar-i-Scharif dann auch mit Amtshilfe der Kräfte der Bundeswehr, die noch vor Ort waren, war ja auch ein Beschleuniger. Da hat es eine kluge und gute Zusammenarbeit aller Ressorts auch mit dem AA gegeben.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank. - Dann würde ich gerne auf den 16. Juli 21 kommen. Hier wurde im Beisein der Bundeskanzlerin am Rande des Kabinetts entschieden, dass entgegen den bisherigen Regelungen auch Ortskräfte von BMVg und BMI anspruchsberechtigt sein sollten, die seit 2013 für die beiden Ressorts gearbeitet haben.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Der Zeuge B■■■■ berichtete hier, dass dies eine Idee von Ihnen gewesen sein soll. Das können wir im endgültigen Stenografischen Protokoll 20/36 auf Blatt 47 nachlesen. Können Sie uns vielleicht zunächst einmal erläutern, wie und aus welchen Gründen es zu dieser Idee von Ihnen gekommen ist?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, ich kann mich jetzt nicht genau erinnern, ob das wirklich nur meine Idee gewesen ist. Wir standen vor der Situation, dass immer mehr Ortskräfte, die seit 2013 für die Bundeswehr gearbeitet haben, aber zwischenzeitlich ausgeschieden sind, im Zusammenhang mit der Entwicklung vor Ort in Afghanistan Kontakt zu uns aufgenommen haben, um auf ihre Situation hinzuweisen. Es handelt sich um Ortskräfte, bei denen aufgrund der intensiven Sicherheitsüberprüfung bzw. Überprüfung der Belastbarkeit der Aussagen zu einer latenten oder konkreten Gefährdung die Entscheidung der Ressortbeauftragten getroffen worden ist, von keiner oder keiner ausreichenden Gefährdung auszugehen.

Und aus unserer Sicht war es notwendig, vor dem Hintergrund der Entwicklung und vor dem Hintergrund der Verfahrensverbesserungen noch mal darüber nachzudenken, ob diese Ortskräfte



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht noch mal, nachdem sie erneut eine Gefährdungsanzeige gestellt haben, in den Genuss einer Überprüfung kommen.

Und die Ortskräfte - das waren insgesamt 350 -, bei denen schon mal eine Gefährdungsanzeige nicht durchgeschlagen hat, haben wir aufgenommen, und zwar nach dem vereinfachten Verfahren. Denn wenn es das vereinfachte Verfahren schon früher gegeben hätte, dann hätten diese Ortskräfte, die damals abgelehnt worden sind, einbezogen werden - - Und warum sollte man, nachdem man das Verfahren in der Weise verbessert hat, dass man gesagt hat, jedenfalls was die Bundeswehr angeht, allein die Tatsache der Tätigkeit für die Bundeswehr ist ausreichend selbstredend für eine latente Gefährdung - - schlechter behandeln als diejenigen, die jetzt davon profitieren? Das war rational, dass also auch diejenigen in den Genuss kommen, die früher für uns tätig gewesen sind.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Dann vielen Dank auch, dass Sie die Idee hatten, auch wenn Sie sich jetzt nicht so ganz dran erinnern können.

Am 13. Juli 21 schreibt Ihnen Staatssekretär Engelke aus dem BMI eine Mail - das ist nachzulesen in MAT A BMVg-5.63 VS-NfD, Blatt 38 bis 40 - mit der Bitte, Amtshilfeersuchen der Länder an die Bundeswehr großzügig und unbürokratisch zu bewilligen und zu prüfen. Es geht vor allem um den Transport von selbstständig nach Deutschland eingereisten Ortskräften und ihren Familien. Ihr Büroleiter bereitet Ihnen einen Antwortvorschlag und notiert die notwendigen Prüfschritte. Sie schreiben ihm dann unter anderem zurück:

„Ich bitte darum, dass wir uns durch die intensiven“

- rechtlichen -

„Prüfungen nicht selbst ein Bein stellen. Die politische Debatte und die eindeutige Auffassung der Ministerin sprechen für Unterstützung in jedwede Richtung. Eine Bund Länder Diskussion ist überflüssig. In dem Sinne sollen auch

die Prüfungen erfolgen. Bitte kein rechtliches Klein Klein.“

Und hier würde ich gerne wissen: Vor welchem rechtlichen Klein-Klein hatten Sie Sorge, dass Sie das geschrieben haben?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ach, wissen Sie, in solchen Situationen, wenn es dann um die Frage geht: „Wer ist eigentlich verantwortlich in einer solchen dramatischen Entwicklung, in der man schnell handeln, helfen und entscheiden muss - - Und ich habe nun auf verschiedenen Verwaltungsebenen, sowohl auf Länderebene als auch auf kommunaler Ebene, gearbeitet. Und ich weiß, dass man sich da schnell verhaken kann, und der eine zeigt mit dem Finger auf den anderen, insbesondere wenn es um Unterbringungsfragen, um Kostenfragen, um Transportfragen geht. Da kann man sich ja lange drüber streiten.

Und das halte ich in einer solchen Situation für so was von unsinnig, dass ich wirklich keinen Anlass sah, an der Stelle eine rechtliche Prüfung durchzuführen, sondern gesagt habe - unabhängig von der Frage der rechtlichen Zuständigkeit und der Zuordnung von Kostenlasten -: Wir helfen mit all dem, was wir haben, sowohl was den Transport als auch was die Unterbringung angeht. Und das habe ich dem Kollegen Engelke und, ich glaube, dann auch anschließend dem Kollegen Teichmann aus dem BMI schnellstmöglich zugesagt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt kommt der Kollege Erndl.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Hoofe, wir springen noch mal zurück zum 13. August. Wir waren ja bei der Entscheidungsfindung vorher stehen geblieben bei der Morgenlage, auch am 13. August. Und da wäre meine Frage: Es gibt ein Protokoll dieser Morgenlage. Das findet sich auf MAT A BMVg-5.49 VS-NfD, Blatt 726.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das können wir Ihnen auch gerne vorlegen. - Es liegt schon vor; sehr schön. - In dieser Morgenlage haben Sie ja dann eben auf Anregung des Kollegen Wächter die Afghanistan-Situation intensiv erörtert. Und da gibt es jetzt einen Vorschlag der Abteilung SE. Da steht:

- „• schnellstmögliche Entsendung KUT ...
- Vorausstationierung von Kräften SLE,“

- Schnelle Luftevakuierung -

„weitere FschJgKr ...“

- Fallschirmjäger etc. etc.

Können Sie schildern, wie diese Morgenlage verlief? Wie hat die Ministerin auf diese Lageeinschätzung reagiert? Und wurden dann in dieser Morgenlage auch schon Entscheidungen getroffen?

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, deckt sich im Wesentlichen mit den von mir getroffenen Aussagen, insbesondere auch bezogen auf den Hinweis darauf, schon jetzt Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine militärische Evakuierungsoperation durchgeführt werden kann.

Und wichtig ist dann in der Krisenstabsitzung am 13.08. gewesen - und Herr Hoppe hat darauf gedrängt -, dass nicht nur die Entsendung eines Krisenunterstützungsteams für den 16.08. beschlossen worden ist, sondern auch die Vorbereitung einer Evakuierungsoperation getroffen worden ist. Und das ist dann auch meines Wissens am Freitag, also noch an dem Tag, am 13., und auch am Samstag ausgelöst worden, dass die militärischen Abteilungen und die Bundeswehr dafür Sorge getragen haben, dass wir für den Fall einer Auslösung einer Evakuierung schon alles, ich sage mal, zusammen haben, klar haben, wer verlegt werden muss, zu welchen Flugplätzen

verlegt werden muss, und auch klar war, auf welche Art und Weise zu welchem Zeitpunkt dann eine Alarmierung ausgelöst werden sollte.

Wir wollten wirklich an dem Punkt, schon am 13., nicht nur vorbereitet sein für eine Entsendung eines Krisenunterstützungsteams, sondern für den Fall der Fälle auch vorbereitet sein für eine tatsächliche Auslösung einer Evakuierung.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Die entsprechenden Anweisungen und Befehle wurden dann schon nach der Morgenlage verteilt oder erst nach der Sitzung des Krisenstabs?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen, aber ich meine - - Hat sich vielleicht zeitlich auch überlappt. Ich kann nicht mehr genau erinnern, wann die Morgenlage stattgefunden hat. Die heißt zwar „Morgenlage“, aber die muss nicht immer morgens stattfinden. Das ist nur eine Bezeichnung für das Format. Und ich weiß nicht mehr genau, wann die Krisenstabsitzung stattgefunden hat, ob die nachmittags stattgefunden hat. Also, das kann sich zeitlich überlappt haben. Aber unsere Überlegung und Vorstellung war, dafür Vorsorge zu treffen. Und wir haben das auch mitgenommen in die Krisenstabsitzung am Freitag. Das muss sich eigentlich auch aus dem Protokoll dieser Krisenstabsitzung ergeben.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Mhm. - Eine kurze Zwischenfrage noch zu dem Ablauf: Da sind Zahlen aufgeführt, also Voraussetzungen schaffen für militärische Evakuierungsoperation, circa 260 Personen etc. Können Sie den Verlauf der Planungsgrundlage schildern? Weil es gab dann ja im späteren Verlauf wesentlich andere und größere Zahlen.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nee, das habe ich eben auch mit Erstaunen gelesen. Ich weiß nicht, woher die Zahlen kamen, wer sie ermittelt hat und ob darüber eine Diskussion stattgefunden hat oder sie einfach nur zur Kenntnis genommen worden sind.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Dann Punkt 3: Ergebniskonsentierung und aktive Einbringung in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nachfolgende Krisenstabssitzung. Hat die Ministerin das -

**Zeuge Gerd Hoofe:** Genau. Das meine ich damit.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** - aktiv dann in der Krisenstabssitzung vorgeschlagen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Und wurde dann im Krisenstab auch so angenommen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, ja.\*

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Dann schauen wir uns noch mal genau die Krisenstabssitzung an. Da waren nicht Sie, sondern nur Generalmajor Hoppe vertreten. Sie haben dann aber im Nachgang ein Briefing bekommen von Herrn Hoppe?

(Der Zeuge nickt)

- Okay. - Ich lege Ihnen dann noch mal das Protokoll des Krisenstabs vor, und zwar in der Variante MAT A AA-8.120 VS-NfD\_Freigabe, Blatt 1.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, ich habe es.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. Da trägt das BMVg vor auf Blatt 2 und 3, also Seite 2 und 3 von dem Dokument:

„• Neben KUT ... weitere robuste Optionen - Beschluss ... müsste, wenn nicht schon heute, dann zeitnah erfolgen, wenn das window of opportunity genutzt werden soll.“

Dann weiter:

„• Empfehlung, jetzt die Voraussetzung zur Durchführung einer Evakuierung ... zu schaffen ... Entscheidung

muss spätestens am Montag,  
16. August, getroffen werden.“

Entspricht diese Darstellung dem, was Sie dann auch in der Morgenlage am selben Tag besprochen haben?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, ich erkenne da keine Ablage. Nach meiner Erinnerung ist es so gewesen, dass wir uns abgestimmt haben und dass dann dieser Vorschlag oder diese Empfehlung eingebracht worden ist in die Krisenstabssitzung.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Können Sie erläutern, was da mit „window of opportunity“ genau gemeint war?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nee, kann ich Ihnen nicht sagen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Wie ging es dann weiter? Welches Ressort ist dann federführend in der konkreten Auslösung der Operation?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, es ist so gewesen, dass wir am Freitag und am Samstag - ich habe es eben erwähnt -, ausgehend auch von dieser Empfehlung und ausgehend von der Erörterung in der Krisenstabssitzung, die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung einer Evakuierung geschaffen haben, das heißt Vorbereitungen getroffen haben. Damit war sie noch nicht ausgelöst, aber sie war so weit vorbereitet, dass sie hätte sofort ausgelöst werden können, auch in dem Sinne, dass dann nicht weitere Tage vergehen, bis tatsächlich die entsprechenden Transportmittel auf den Weg gebracht werden, sondern das konnte dann sofort geschehen. Das war Freitag und Samstag.

Freitag und Samstag haben auch eine Reihe von Telefonaten, Gesprächen stattgefunden. Ich erinnere mich noch, dass mich am 15. August Herr Berger vormittags anrief - das war dann der Tag, an dem die Auslösung erfolgte - und mir mitteilte, dass nunmehr die deutsche Botschaft in Kabul evakuiert werden würde, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Botschaft derzeit dabei wären, die Vorbereitungen für die Evakuierung zu treffen, und zwar wolle man zur



## Nur zur dienstlichen Verwendung

amerikanischen Botschaft und dann anschließend von dort zum Flughafen gebracht werden.

Und er wollte von mir wissen in dem Telefonat, wie weit denn die Vorbereitungen für die Evakuierung, die ja am Freitag dann erörtert worden ist in der Krisenstabssitzung, erfolgt seien. Ich habe ihm am Telefon mitgeteilt: Es steht alles bereit. Wir können uns sofort auf den Weg machen. Es müssen die notwendigen Entscheidungen getroffen werden im Krisenstab. Wir sind jedenfalls bereit und können nach Auslösung auch sofort am Montag, den 16. August, mit der Evakuierungsoperation beginnen.

Das hat er dann aufgenommen. Anschließend ist dann ja auch an demselben Tag noch nachmittags im Krisenstab unter Beteiligung vom Außenminister und von der Verteidigungsministerin die Entscheidung getroffen worden und sind dann ja auch auf anderen Ebenen die notwendigen, politisch zu beteiligenden Personen unterrichtet worden. Und entsprechend ist dann am frühen Morgen, am 16., auch das erste Flugzeug nach Kabul auf den Weg gegangen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** In diesem zeitlichen Verlauf: Gab es da einen Zeitpunkt, an dem das Auswärtige Amt signalisiert hat, dass es nicht nur um deutsche Staatsangehörige und Botschaftspersonal geht, sondern da auch gegebenenfalls weitere Schutzbedürftige - Ortskräfte, Familienangehörige von Ortskräften - mitumfasst sein werden?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, wenn ich es recht erinnere, war uns allen klar, bewusst - und so ist es auch ausgesprochen worden -, dass es in erster Linie mit erster Priorität um deutsche Staatsbürger geht - das war ganz klar und eindeutig - und darüber hinaus natürlich auch um Personen aus dem Bereich der Partnernationen, der internationalen Gemeinschaft - das war auch klar und eindeutig -, aber auch, soweit möglich, Ortskräfte und, soweit möglich, Repräsentanten der Zivilgesellschaft in Afghanistan. Das ist dann über die Tage - es ist der Begriff der „designierten Personen“ erwähnt worden - ein bisschen klarer gemacht worden. Aber an der Stelle ist Herrin oder

Herr des Verfahrens das Auswärtige Amt gewesen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. Danke schön. - So, dieses Protokoll dieser Krisenstabssitzung wurde dann noch mal überarbeitet, und zwar der BND-Teil gekürzt in der gut gemeinten Absicht wahrscheinlich, ebendiesen BND-Vortrag aus Geheimhaltungsgründen nicht so breit zu streuen. Ich lege Ihnen jetzt auch das bearbeitete Protokoll vor, also die zweite Version, die es da gibt, mit der verkürzten BND-Darstellung. Aber es wurde nicht nur der Absatz des BND bearbeitet, sondern auch der des BMVg.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Jetzt muss ich selber mal schauen: und zwar findet sich die andere Version auf MAT A BMVg-5.49 VS-NfD, Blatt 727 f. Und mich interessiert jetzt eben speziell der Blick auf den BMVg-Teil. Da findet sich zum einen das Zitat:

- „• Neben KUT bestehen weitere, robuste Optionen - Beschluss hierzu muss, wenn nicht schon heute, dann zeitnah erfolgen ...“

Und in der bearbeiteten Version steht:

- „• ... Beschluss hierzu müsste zeitnah erfolgen ...“

Also, aus „muss“ wurde „müsste“, und das „heute“ wurde weggelassen. Haben Sie eine Idee, warum man das da etwas abgeschwächt hat?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein, dazu habe ich keine Idee.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Dann der dritte Aufzählungspunkt. Da steht in der internen Version des Auswärtigen Amtes: BMVg habe vorgetragen, man

- „• agiere im Gleichklang mit anderen Staaten ...“

Und - ich zitiere - :



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„... auch für die Außendarstellung würde somit alles für den Schutz DEU StA in die Wege geleitet.“

Und im offiziellen Protokoll wurde dieser Halbsatz ersatzlos gestrichen. Haben Sie eine Erklärung dafür? War das für das BMVg ein wichtiger Aspekt, dass bei der Vorbereitung der Evakuierung eben noch einmal hervorgehoben wird, dass alles Nötige für den Schutz deutscher Staatsangehöriger getan wird? Und warum hat das Auswärtige Amt das dann weggekürzt?

(Der Zeuge liest in den ihm  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich weiß nicht, warum es gekürzt worden ist. Ich weiß auch nicht, wer es gekürzt hat. Aber die Aussagen, die das BMVg nach dem ersten Entwurf des Protokolls getroffen hat, sind zumindest zutreffend.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Dann möchte ich noch auf die operativen Schlussfolgerungen am Ende blicken. In der ersten internen Fassung hieß es noch:

„**Konkreter Einstieg in die  
Vorbereitung einer Evakuierung**“

- und -

„**Planung und Vorbereitung (im  
Inland) zur Entsendung weiterer  
militärischer Kräfte**“

Und dann steht in der bearbeiteten Fassung:

„**Konkreter Einstieg in die  
Vorbereitung einer möglichen  
Evakuierung**“

- und -

„**... möglichen Entsendung  
weiterer militärischer Kräfte**“

Aus dem Plan wird in diesem Protokoll dann eben nur eine Option. Bei allen anderen Punkten, die wir besprochen haben, nimmt das Auswärtige

Amt auch sprachlich sozusagen die Dringlichkeit heraus. Haben Sie eine Erklärung, warum? Und wurde das in Abstimmung mit dem BMVg verändert?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, ich persönlich habe jedenfalls keine Protokollabstimmung vorgenommen. Ob auf Arbeitsebene - das will ich nicht ausschließen, weil das eigentlich der normale Gang der Dinge ist, wenn Protokolle angepasst werden - eine Abstimmung zwischen dem BMVg und dem Auswärtigen Amt auch dazu stattgefunden hat, das weiß ich nicht. Aber ich würde mal behaupten wollen, eigentlich hätte es sein müssen, und normal ist auch der Gang der Dinge so.

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Gloßner.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielleicht handelt es sich auch um ein Missverständnis unsererseits. Wir finden unter der MAT-Nummer, die Herr Erndl erwähnt hat, nur eine sozusagen schon bereits abgestimmte Version des Krisenstabsprotokolls, also nicht, was im Änderungsmodus ist. Aber Herr Erndl bezieht sich immer wieder auf Änderungen konkret. Vielleicht ist es einfach eine andere MAT-Nummer, oder wir sitzen einem Missverständnis auf. Aber damit wir es nachvollziehen könnten, wäre es vielleicht gut, das zu klären.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Also, ich hatte ja - - Die eine MAT-Nummer war die MAT A AA-8.120 VS-NfD\_Freigabe, Blatt 1, und die andere MAT-Nummer ist die MAT A BMVg-5.49 VS-NfD, Blatt 727.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Vielleicht liegt das Missverständnis darin: Also, in der MAT-Nummer, die Sie zitieren, Herr Erndl - ich will es jetzt nicht verlängern -, da geht es aber um Änderungen, die innerhalb des AA vorgenommen wurden, und nicht als Ergebnis einer Ressortabstimmung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Ja, aber trotzdem gibt es zwei Versionen. Und meine Frage war ja nur - - Also, das ist ja der BMVg-Teil. Meine Frage war ja: Kann sozusagen der Vertreter des BMVg sagen, ob es da einen Grund gibt, ob es Einfluss oder eine Absprache gab, oder ob es eben konkret eine Absprache gab, diese Dringlichkeit da auch sprachlich etwas herauszunehmen? - Das war jetzt einfach der Hintergrund der vielen Fragen.

Gab es im Nachgang zu dem Krisenstab, Herr Hoofe, noch einen Austausch zwischen Ihnen und der Staatssekretärin Leendertse, jetzt konkret auf die Krisenstabssitzung bezogen und bezüglich der Evakuierung? Oder war dann der Kontakt mit dem Staatssekretär Berger am Sonntag der erste Austausch mit dem AA?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, ich kann mich jetzt nicht an einen Kontakt mit Frau Leendertse am 13. erinnern. Aber insoweit kann ich angesichts der Tatsache, dass wirklich in den Tagen ständig kommuniziert worden ist in jedwede Richtung und viel telefoniert worden ist, auch nichts ausschließen.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Okay.

**Zeuge Gerd Hoofe:** An das Telefonat mit Herrn Berger erinnere ich mich, weil er mir dann erstmals am Sonntagvormittag gesagt hat: Die Taliban stehen jetzt unmittelbar vor der Hauptstadt oder in den Vorbezirken, und aus dem Grunde macht sich jetzt das Botschaftspersonal - das war ja schon ein einschneidendes Ereignis dann auch für mich; deswegen erinnere ich mich gut daran - auf den Weg in die US-Botschaft - - und wie es denn jetzt mit der Evakuierungsoption stehen würde.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Hoofe, ich würde da weitermachen, wo ich vorhin aufgehört habe, nämlich bei der Einschätzung des BNDs

zum Emirat 2.0. Sie haben ja gerade schon beschrieben, dass das keine operativen Handlungen bei Ihnen ausgelöst hat. Das hat bei mir jetzt die Frage geweckt, welche Funktion denn die wöchentliche ND-Lage im Bundeskanzleramt für Sie und Ihr Haus hatte.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Welche Funktion?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Gut, das ist die Nachrichtendienstlage, und in der Nachrichtendienstlage berichten in erster Linie die Nachrichtendienste, aber auch bestimmte Ressorts über die Angelegenheiten, die auch insbesondere als geheim einzustufen sind.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie haben Sie die Erkenntnisse aus der ND-Lage in das BMVg zurückgetragen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Wie ich die zurückgetragen habe?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Da, wo notwendig, habe ich die Ministerin unterrichtet oder den Generalinspekteur oder den Kollegen Zimmer. Es gab jedenfalls in der Zeit keinen regelhaften Austauschtermin. Aber die Dinge, die notwendig waren, habe ich kommuniziert.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie einmal darstellen, wie Sie das gemacht haben?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das Kommunizieren?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Persönlich.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also jetzt, so wie wir hier sitzen, mit Handy dabei?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nicht in der Form, dass ich irgendwas zu Papier gebracht habe und weitergegeben habe, eine E-Mail geschrieben habe oder - -

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie dafür abhörsichere Räume benutzt im BMVg?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, davon gehe ich aus. Ich kann mich jetzt nicht an jedes Gespräch erinnern, was im Zusammenhang und im Anschluss an eine ND-Lage stattgefunden hat und wo es stattgefunden hat.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich würde Ihnen gerne noch einen Vorhalt machen. Das ist MAT A BND-3.81 VS-NfD, Blatt 129 bis 134. Im Ergebnisvermerk der Staatssekretärsrunde Mali/Afghanistan vom 2. März 21 werden Sie dort wie folgt festgehalten:

**„TOP 4: Militärische Lage (BMVg)**

**StS Hoofe:**

Verweis auf unterschiedliche Szenarien in Abhängigkeit von der Frage, ob es zu einer Verlängerung der RSM in Afghanistan kommt oder nicht und ob im Falle einer Verlängerung eine Verständigung mit den Taliban erzielt werden kann.

Herausforderung ist, dass nach wie vor ein klares Bekenntnis der US-Seite zum US/Taliban Abkommen und damit auch zur Frage eines conditions based Ansatzes für den Abzug der internationalen Truppen fehlt.“

Können Sie noch mal ausformulieren, was mit „conditions based“ gemeint war? Sie haben das ja auch in Ihrem Eingangsstatement erwähnt. Waren Sie insbesondere im März davon überzeugt, dass es noch eine realistische Möglichkeit war, einen Conditions-based Abzug zu haben?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, die Entwicklung war sehr dynamisch, auch schon im März 2021, geprägt von Unsicherheiten und Unklarheiten, sowohl was die Friedensverhandlungen - -

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das weiß ich. Aber ich habe jetzt ja sehr genau nach dem Conditions-based Ansatz gefragt. Ich habe aber nicht so viel Zeit, Herr Hoofe. Es tut mir leid.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, aber es ist ja eine Vorbemerkung, die aus meiner Sicht erforderlich dafür ist, auch letztendlich - „conditions based“ heißt ja „lageabhängig“ - zum Ausdruck zu bringen, worauf das basiert. Und das „lageabhängig“ basiert genau auf dem, was ich eben gesagt habe. Deswegen habe ich es ja auch gesagt. Angesichts der Dynamik der Entwicklung, der Unklarheiten, auch was die Friedensverhandlungen - - musste man eben lageabhängig reagieren. Und die Lage war unsicher und unklar. Also, abhängig von der Lage, die man jetzt nicht belastbar feststellen konnte, sondern die sich weiter entwickelte.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ah, okay. Weil dann haben wir ein Missverständnis anscheinend. Bisher haben wir Conditions-based Ansatz immer verstanden als: Das Doha-Abkommen wird doch noch so interpretiert, dass die Amerikaner nur dann abziehen, wenn die Taliban bestimmte Bedingungen - was ja die Übersetzung von „conditions“ ist - erfüllt. - Jetzt haben Sie gerade gesagt: lageabhängig. - Das ist ja eine andere Übersetzung.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Okay. Bedingungsabhängig. Abhängig von Bedingungen der Entwicklung. - Abhängig von den Bedingungen der Entwicklung.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Welche Bedingungen? Das verstehe ich irgendwie nicht.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Sie haben doch eben selber - -

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** „Bedingungen der Entwicklung“, also, es ging



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ja - - So, wie wir bisher im Ausschuss „conditions based“ verstanden haben, war das: Die Taliban erfüllen oder erfüllen nicht bestimmte Bedingungen, -

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, eben.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - insbesondere den Friedensschluss in den inner-afghanischen Verhandlungen.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wenn sie das nicht tun, ziehen die Amerikaner nicht ab.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, aber deswegen: Sie sagen ja selber „Bedingungen“, also abhängig von Bedingungen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und das haben Sie im März 21 noch für möglich gehalten, dass die Amerikaner länger bleiben, wenn die Taliban bestimmte Bedingungen nicht erfüllen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Habe ich das in der Sitzung gesagt?

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Darf ich das mal sehen?

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das können Sie gerne sehen. Einen Moment. - Einmal kurz die Uhr anhalten, bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, das haben wir zu dem Zeitpunkt zumindest noch für denkbar gehalten - hat ja auch der NATO-Generalsekretär zu dem Zeitpunkt noch für denkbar gehalten, dass es dazu kommt -, wahrscheinlich oder nicht wahrscheinlich. Egal wie, die Lage war zu dem Zeitpunkt so, dass man eine Reihe von Optionen nicht vollständig ausschließen konnte wegen der

Unsicherheit und Unklarheit. Und niemand konnte wirklich belastbar sagen: Das scheidet auf jeden Fall aus, und das kommt auf jeden Fall infrage. - Deswegen: Im März 2021, auch vor der Entscheidung der NATO zum Truppenabzug, war die Lage so.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie mal in der Staatssekretärsrunde erläutert, was Sie glauben, wie die Taliban reagieren, wenn die Amerikaner länger bleiben?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Na ja, für die Taliban hat natürlich die Zeit gespielt. Die haben das letztendlich, wenn Sie so wollen, ausgesessen. An einzelne Diskussionen dazu kann ich mich jetzt nicht erinnern.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Wie sinnvoll fanden Sie die Staatssekretärsrunden Mali/Afghanistan für Ihre eigene Arbeit?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Einen Austausch auf der Ebene der Staatssekretäre und in der Zusammensetzung - ich habe ja erwähnt, wer alles dabei war: vom Bundeskanzleramt bis zum Wirtschaftsministerium einschließlich Finanzministerium - hielt ich schon für sinnvoll, weil alle anderen Ressorts in der Breite ansonsten an diesen Austauschformaten nicht teilnehmen. Aber um innerhalb auch der Regierung und des Kabinetts über diese wesentlichen Auslandsmissionen miteinander im Gespräch zu bleiben, war das schon sehr positiv.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie mir sagen, was die drei wichtigsten Entscheidungen waren, die die Staatssekretärsrunde getroffen hat im Untersuchungszeitraum in Ihrer Anwesenheit?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Die drei ...? Noch mal.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wichtigsten Entscheidungen, die in der Staatssekretärsrunde getroffen wurden.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie vielleicht in Erinnerung die drei wichtigsten Learnings, die Sie mitgenommen haben aus der Staatssekretärsrunde im Untersuchungszeitraum?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, die Darlegungen und Darstellungen des Sonderbeauftragten waren für mich immer sehr umfassend, erhellend und haben mir auch noch mal einen intensiveren Zugang zu der Situation in Afghanistan gebracht. Das habe ich für sehr, sehr nützlich gehalten.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel habe ich noch? - Drei noch. Dann würde ich jetzt ein bisschen springen. Verzeihung dafür.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Kein Problem.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß, das ist anstrengend.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein, das ist alles kein Problem. Ich will ja meinen Beitrag leisten, soweit ich das kann. Wenn ich an Grenzen stoße, weil ich Ihnen nicht sagen kann - auch wenn ich es gerne wollte -, was tatsächlich zwischen A und B am 04.11.2020 gesprochen worden ist, dann bitte ich um Nachsicht.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen der Fall der ehemaligen Ortskraft Ahmad Samim Jabari bekannt?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein, also jetzt nicht ad hoc. Wenn mir die Geschichte erzählt wird, will ich mich gerne dran erinnern. Aber ich bin mit so vielen Ortskräften in der Zeit in Kontakt gekommen, dass ich - -

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann habe ich noch was anderes. Sie waren ja auch für die Rechtsabteilung mit zuständig. Können Sie mir einmal ausführen, auf welcher Rechtsgrundlage deutsche Soldat/-innen an Allied Solace beteiligt waren, was im Kosovo stattgefunden hat im Zuge der militärischen Evakuierungsoperation?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Kann ich nicht.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Wer kann das denn? Weil der Herr Schütt konnte mir das auch schon nicht erzählen. Und jetzt habe ich gedacht, Sie als zuständiger Staatssekretär - -

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nee. Ich habe mich aber auch nicht mit Herrn Schütt abgestimmt. Ich kann es nicht.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen, wovon ich spreche? - Allied Solace.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein, das weiß ich auch nicht.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das wissen Sie auch nicht. Gut. - Wer würde denn die Verlegung von deutschen Soldat/-innen billigen normalerweise? Ist das dann nur im Einsatzführungskommando, oder wie muss ich mir das vorstellen? - Das können die alleine entscheiden - oder? -, wo deutsche Soldaten hinfliegen, um Arbeiten zu übernehmen.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Es kommt ja immer drauf an, auf welcher Grundlage sie fliegen. Gibt es ein Mandat? Gibt - -

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das versuche ich ja rauszufinden, auf welcher Grundlage die im Kosovo waren. Das konnte mir bisher noch keiner beantworten. Jetzt hatte ich ein bisschen auf Sie gehofft, wenn ich das mal so sagen darf.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich glaube, dazu muss man sich noch mal intensiver zusammensetzen, um das in allen Details aufzuklären. Ich kann das jetzt nicht, auch wenn ich es gerne tun würde. Ist keine Verweigerungshaltung.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angenommen.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Und ist auch nicht ganz der Untersuchungsgegenstand. Aber die Zeit ist ohnehin vorbei, und das Fragerecht wechselt zum Kollegen Wundrak. - Bitte schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Joachim Wundrak (AfD):** Danke schön für das Wort. - Herr Staatssekretär, Sie sind noch frisch? Wir können weitermachen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Joachim Wundrak (AfD):** In den Beweismaterialien ist mir ein Sprechzettel für Sie aufgefallen - 16.08.21 -

**Zeuge Gerd Hoofe:** 17.08.?

**Joachim Wundrak (AfD):** - 16.08. -, der den folgenden Punkt beinhaltet - das ist MAT A BMVg-5.107, Blatt 12; ich zitiere -:

„Der Krisenstab hat gestern beschlossen, mit den Maschinen der Bundeswehr auch ... Ortskräfte und weiteren ... Afghanen ... auszufliegen, die darauf nach unserer ... Entscheidung einen Anspruch haben. ...“

Das AA koordiniert und führt für diese Gruppen Listen ...“

Zitat Ende. - Welche Voraussetzungen mussten nach Ihrer Kenntnis erfüllt sein, damit ein Afghane oder eine Afghanin Anspruch erheben konnte?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Gefährdungsanzeige, Aufnahmezusage, Visaerteilung, notwendige Überprüfungen im Zusammenhang mit der Visaerteilung - das sind die Voraussetzungen gewesen dafür, dass auch eine Einreise stattfinden kann.

**Joachim Wundrak (AfD):** Können Sie sich erinnern, ob auch eine - ich zitiere - Nähebeziehung zu Deutschland ein zwingendes Kriterium für die Auswahl von Anspruchsberechtigten war?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Eine Nähebeziehung einer Ortskraft?

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, nicht einer Ortskraft, sondern - -

**Zeuge Gerd Hoofe:** Weil Sie eben nach Ortskraft gefragt haben. Ich kann Ihnen die Frage nur für Ortskräfte beantworten.

**Joachim Wundrak (AfD):** Nein, ich habe gefragt nach Afghanen und Afghaninnen.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ach so. - Ja, Ortskräfte. Und inwieweit - -

**Joachim Wundrak (AfD):** Es sind ja nicht nur - -

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein, das ist richtig. Es sind nicht nur Ortskräfte. Aber zu Ortskräften kann ich es Ihnen sagen. Zu allen anderen im Zusammenhang mit dem Aufnahmerecht stehenden Fragen kann ich Ihnen keine Antwort geben. Das ist auch nicht meine Zuständigkeit und meine Rolle.

**Joachim Wundrak (AfD):** Nach Ihrer Kenntnis: Befanden sich dann diejenigen Afghanen, die aus Sicht der Bundesregierung einen Anspruch hatten, alle auf den Listen des Auswärtigen Amtes, oder gab es auch Ausnahmen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also dafür, wer dann letztendlich evakuiert wird, gab es Listen. Die wurden nicht bei uns geführt, sondern die wurden beim Auswärtigen Amt geführt und nach bestimmten Regeln erstellt, die ich nicht kenne. Und von daher ist auf der Grundlage dann vor Ort, soweit es überhaupt in der Situation vor Ort möglich war, entschieden worden. Aber das ist dann nicht Sache der Bundeswehr gewesen, das zu entscheiden, sondern auf der Grundlage dessen, was vorbereitet war - - Wobei natürlich vor Ort auch das eine oder andere passiert ist, was wir von hier aus gar nicht genau beurteilen können.

**Joachim Wundrak (AfD):** Auch ich springe jetzt ein bisschen zurück. Vielen Dank erst mal für die Auskunft. - Am 3. Juni 2021 schickte die Referatsleiterin der Arbeitsgruppe M 3 der Unterabteilungsleiterin der Abteilung M - es sind beide im BMI - folgende, aus meiner Sicht sehr aufschlussreiche Hintergrundinfo. Ich zitiere aus MAT A BMI-3.418, Blatt 346 - Zitat -:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Ich habe gerade mit BMVg telefoniert: die Einschätzung des zuständigen Kollegen ist, dass AKK“

- also Ihre Ministerin -

„durchaus alle Fakten und unsere Sachargumente kennt, aber immer wieder auf den politischen Druck verweist ... Auch nach Kenntnis von BMVg gibt es tatsächlich KEINE erhöhte Gefährdung für ehemalige Ok.“

- Ortskräfte -

„dh. faktisch nehmen wir ... Personen, die gar nicht die Kriterien erfüllen.“

Zitat Ende. - Ich würde gerne mit Ihnen über den erwähnten politischen Druck sprechen, den Ihre damalige Chefin offenbar stark verspürte und der möglicherweise ausschlaggebend für die anschließende Entscheidung der Bundesregierung, das vereinfachte Ortskräfteverfahren, bei dem ja die Gefährdungslage dann pauschal unterstellt wurde, auf weitere Afghanen anzuwenden, obwohl bei denen, wie zitiert, keine erhöhte Gefährdung festgestellt wurde. Meine Frage an Sie: Wie haben Sie damals diesen politischen Druck in dieser Frage wahrgenommen? Und können Sie vielleicht kurz erklären, was politischer Druck da aus der Sicht Ihrer Chefin und aus Ihrer Sicht war?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, ich weiß jetzt nicht genau, wer da mit wem gesprochen oder kommuniziert hat, und von daher kann ich auch nicht beurteilen, wie belastbar diese Aussagen der an der Stelle in eine Kommunikation eingetretenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewesen ist. Geredet wird viel, telefoniert wird auch viel. Ich müsste sehen, auf welcher Ebene das stattgefunden hat. Spielt aber letztendlich auch gar keine Rolle.

Ich habe keinen politischen Druck gespürt, sondern Verantwortung gespürt. Das ist was anderes. Und dieser Verantwortung wollten wir im Interesse von Menschen, die uns geholfen haben über

Jahre, gerecht werden. Und deswegen haben wir von uns aus alles dafür getan, einmal das vereinfachte und auch das erweiterte Verfahren zu realisieren. Das hat nichts damit zu tun, dass es keine Sicherheitsüberprüfung gegeben hat. Natürlich hat es die auch bei der Visaerteilung gegeben. Das ist State of the Art. Aber letztendlich gab es keinen politischen Druck.

Ich weiß auch nicht, wie man zu dieser Aussage gekommen ist, dass die Ministerin politischen Druck - - Von welcher Seite denn der politische Druck? Also, das erschließt sich mir nicht. Aber wenn Sie die Frage an mich richten: Ich habe sie beantwortet. Ich habe keinen politischen Druck gespürt, sondern Verantwortung.

**Joachim Wundrak (AfD):** Sie verzeihen, wenn ich jetzt da nachfrage. Gab es nach Ihrer Wahrnehmung Akteure, die durch öffentliche Kritik Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung und natürlich auch Ihrer Ministerin nehmen wollten?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich kann mir nichts dergleichen vorstellen. Ich habe so was auch nicht wahrgenommen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Gab es aus Ihrer Erinnerung oder Ihrer Kenntnis seitens Dritter Drohungen mit schlechter Presse, um Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung zu nehmen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Drohungen mit schlechter Presse, um Einfluss darauf zu nehmen, dass die Regierung nicht zögerlich, sondern offen mit diesem Ortskräfteverfahren umgeht?

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Die Fragezeit ist abgelaufen. Der Zeuge kann natürlich nur aus eigener Erkenntnis und eigener Erinnerung antworten.

Das Fragerecht wechselt jetzt zur FDP. Bitte schön.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen herzlichen Dank. - Herr Hoofe, ich wollte noch mal gerne auf das Thema Staatssekretärsrunden allgemein zu sprechen kommen, aber dann noch mal



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ganz speziell auf die, über die wir vorher schon gesprochen haben, vom 5. November 2020.

Sie hatten vorher gesagt, die Staatssekretärsrunden seien ein Austauschformat. Die Kollegin Nanni hat Sie ja auch nach den drei wichtigsten Entscheidungen gefragt. Da konnten Sie jetzt nicht spontan antworten. Können Sie aber vielleicht noch mal sagen, welche Funktion denn die Staatssekretärsrunden hatten im Untersuchungszeitraum zu Afghanistan? Welche Funktion sollte die Staatssekretärsrunde erfüllen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Na ja, bezogen auf den Untersuchungszeitraum müssen wir, glaube ich, erneut eine ganz wichtige Unterscheidung treffen, soweit es um Staatssekretärsrunden und auch Entscheidungsfindungsprozesse geht. Ich hatte erwähnt, dass es die Staatssekretärsrunden Afghanistan bzw. Afghanistan/Mali seit langer Zeit gibt. Also, ich habe jahrelang an diesen Runden teilgenommen. Wir betrachten jetzt ja nur die vier Runden in dem Untersuchungszeitraum. Darüber hinaus - und das ist eigentlich das Planungs- und weitgehende Entscheidungsgremium gewesen - ist ja aber ganz bewusst eine neue Staatssekretärsrunde eingeführt, um die Entwicklung in Afghanistan zu begleiten und auch die notwendigen Prozesse - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wann wurde die denn eingeführt, und wurde da was entschieden?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, das - - Ich war ja noch nicht zu Ende. Die wurde im April eingeführt. Das heißt, im April ist ja der sogenannte Sicherheitspolitische Jour fixe, den es auch in der Regel gab - - Aber dann gab es, ich sage mal, ein Sonderformat dieses Sicherheitspolitischen Jour fixe. Und zwar sollte dieser Sicherheitspolitische Jour fixe nach einer Entscheidung im April 2021 mit Blick auf den Abzug und das Ortskräfteverfahren für die bevorstehenden Prozesse der kommenden Monate als Steuerungsgremium - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und da waren Sie auch drin?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Da war ich nicht drin. Da hat Herr Zimmer das BMVg vertreten, nicht alleine, sondern unter Beteiligung in der Regel, wenn ich mich recht erinnere, des Abteilungsleiters „Politik“ und auch eines militärischen Vertreters. Ob das der Generalinspekteur oder ein Vertreter war, das ist abhängig von den Terminen gewesen. Aber so ist die Aufteilung dann gewesen, sodass die Staatssekretärsrunde Afghanistan, Afghanistan/Mali dann auch gar nicht diese Rolle eingenommen hat.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Aber ich möchte trotzdem die Frage noch mal stellen: Welche Funktion oder welchen Anspruch hat eine Staatssekretärsrunde im Untersuchungszeitraum zu Afghanistan? Sie haben jetzt die Unterschiede genannt. Aber ist das ein Austauschformat, oder ist das ein Entscheidungsformat?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, es ist im Wesentlichen ein Austauschformat gewesen. Deswegen habe ich ja auch gesagt, die Breite der Bundesregierung war da abgebildet: Wirtschaftsministerium - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ja, aber wer trifft denn dann die Entscheidungen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Wie bitte?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wer trifft denn dann ressortgeeint die Entscheidungen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Wenn es eine Entscheidungsnotwendigkeit gibt, wird sie auch getroffen unter Beteiligung der Ressorts, die an der Stelle zu beteiligen sind. Dazu kann man Ressortbesprechungen durchführen. In der Afghanistan-Runde sind Entscheidungen getroffen worden, dieses weiter zu betrachten und jenes weiter zu betrachten und diese Entwicklung zu begleiten und zu unterstützen und sich dazu abzustimmen. Aber es ist jetzt kein Entscheidungsgremium in dem Sinne gewesen, dass es eine Agenda, Tagesordnung gegeben hat zu bestimmten konkreten Punkten, zu denen Entscheidungen getroffen werden. Es gab eine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Agenda, aber diese Agenda sah so aus: Lagebericht, Lagebericht, Lagebericht, Lagebericht.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Genau, Lagebericht, Lagebericht, Lagebericht. - Hat dann diese Staatssekretärsrunde auch den Anspruch, diese Lageberichte übereinanderzulegen und zu einen, ein gemeinsames Lagebild der Bundesregierung zu erstellen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Na ja, das war natürlich schon das Ziel. Und wenn Sie die unterschiedlichen Blickwinkel der verschiedenen Ressorts betrachten, dann können Sie natürlich den Bericht über die politische Lage, den Bericht über die militärische Lage, den Bericht über die Sicherheits- und Bedrohungslage, den Bericht über die außenwirtschaftliche Lage, den Bericht über die Lage des Polizeiprojekts zusammennehmen. Deswegen - - Das ergibt sich dann auch aus dem Protokoll. Und dann haben Sie eine Gesamtlage.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wir hatten ja vorher eben über die Staatssekretärsrunde am 5. November gesprochen.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Das ist MAT A BMVg-5.109 VS-NfD, Blatt 23 bis 30. Und da hatte ich ja daraus vorgetragen, dass Herr Potzel ja gesagt hat, Friedensprozess weiter betreiben, und BND hat vorgetragen die Szenarienanalyse, dass es eben eher wahrscheinlich sei, dass das Emirat 2.0 kommt. Das sind für mich - - Also, ich interpretiere das so, dass das zwei unterschiedliche Lagen oder Prognosen sind. Und deswegen noch mal meine Frage: Ist es Anspruch gewesen von einer Staatssekretärsrunde, solche Lagen zu einen? Können Sie mich da einfach noch mal aufklären?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, das will ich gerne tun. Die unterschiedlichen Lagebeurteilungen haben was mit unterschiedlichen Quellen zu tun. Und die Staatssekretärsrunde, die sich dann im Bundeskanzleramt trifft, kann nicht sagen: Okay, wir entscheiden jetzt aber, dass es Emirat 2.0 auf keinen Fall gibt, sondern wir entscheiden, dass die

Lage so ist. - Man muss in einer solchen Situation den Blickwinkel erweitern und letztendlich alle Lageberichte zur Kenntnis nehmen. Wenn es einen eklatanten Widerspruch gibt, dann wird das diskutiert, und es kann trotzdem so sein - ich kann es nicht ändern -, dass der BND dann sagt: „Wir sehen das aber so, und wir werden das auch nicht anpassen“, und Herr Potzel oder wer eine andere Auffassung vertritt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ich stelle einfach nur noch mal fest, dass nach dem Vortrag des BND in dieser Runde eigentlich keine Frage dazu gestellt wurde, zu dieser Szenarienanalyse.

Ich wollte Sie aber auch noch mal fragen: Was verbinden Sie denn mit der Aussage: „Es ist eher wahrscheinlich“? Kennen Sie die Prozentzahlen dazu? Also, ist das - -

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, der Begriff „eher wahrscheinlich“ ist kein rechtstechnischer Begriff. Wenn es einer wäre, könnte ich Ihnen dazu was sagen. Aber da „eher wahrscheinlich“ kein rechtstechnischer Begriff ist, will ich mich nicht in Spekulationen ergehen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Es war Ihnen also in dem Moment nicht bewusst, dass das 50 bis 80 Prozent wahrscheinlich ist?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, diese Definition kenne ich nicht - die war mir damals auch nicht bewusst -, 50 bis 80.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay, das nehmen wir zur Kenntnis. - Wurden Sie denn häufig Ihrer Erinnerung nach als Staatssekretär mit Szenarienanalysen zu Afghanistan konfrontiert? War das ein Tool, was häufiger zur Anwendung kam?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, ich erinnere mich an diese Szenarienbeschreibung an der Stelle in der Staatssekretärsrunde. Es sind sicherlich in der Zeit, auch in der Folgezeit immer wieder unterschiedlichste Szenarien erörtert worden, je größer die Dynamik und Entwicklung wurde und je unklarer und unsicherer die Sicherheitslage wurde. Es waren ja dann zum Teil auch, abhängig von



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gerüchten und unklaren Quellen, die unterschiedlichsten Aussagen, die im Raum standen, und keiner konnte Ihnen die notwendige Klarheit und Sicherheit bieten, dass man wirklich auf der Grundlage auch in der Lage war, Entscheidungen zu treffen.

Von daher: Man hat in den Sommermonaten 2021 und auch im Frühjahr unterschiedliche Szenarien beschrieben erhalten. Und Sie wissen ja auch, dass bis zuletzt auch noch vonseiten des NATO-Generalsekretärs über Folgemissionen nachgedacht worden ist. Und da ging es um die Frage: Gibt es eine zivile Operation, eine diplomatische, eine politische? Können wir mit unserer Support Group die Friedensverhandlungen unterstützen? Was ist dann die Folge für Afghanistan? Also, es gab, je länger Zeit ins Land ging, immer mehr unterschiedliche Szenarien, die diskutiert worden sind.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Letzte Frage - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Was wir nicht diskutieren wollen, ist die Zeit. Da gibt es auch keine Wahrscheinlichkeiten, sondern präzise Bestimmungen. Und da sind wir am Ende der Fragezeit.

Ich unterbreche die Sitzung bis 20.15 Uhr.

(Unterbrechung von  
20.02 bis 20.17 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir setzen die Sitzung fort. Es geht weiter mit der SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Guten Abend, Herr Zeuge! Auch von mir nur noch einige wenige Abschlussfragen. Ich würde gern kurz streifen den von der Ministerin Kramp-Karrenbauer Mitte Juni 2021 angeregten Charterflug für die Rückverlegung von Ortskräften. Können Sie uns etwas Erhellendes dazu sagen, wie diese Diskussion im - - Das „Erhellende“ lassen wir weg. Können Sie uns etwas dazu sagen, wie diese Diskussion im BMVg abgelaufen ist?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja. Im Zusammenhang mit der hohen Priorität, mit der die Ministerin das Thema „Ortskräfteverfahren“ und auch „Schutz der Ortskräfte“ im Ministerium und darüber hinaus behandelt hat, stellten sich natürlich immer auch eine Reihe von Optionsfragen: Auf welche Art und Weise kann denn die Einreise selbst, unabhängig vom Verfahren, möglichst einfach gestaltet werden? Und aufgrund des entstehenden Drucks und der Entwicklungen in Afghanistan, auch des zunehmenden Bedrohungs- und Gefährdungspotenzials, des zunehmenden Gewaltniveaus haben wir auch immer mal wieder die Frage erörtert, ob und unter welchen Bedingungen die Bereitstellung von Charterflügen möglich ist. Auch dazu gab es Ressortbesprechungen und Abstimmungen.

Solange der Zivilflughafen in Kabul noch geöffnet war, gab es im Wesentlichen aus dem Ressortkreis den Hinweis darauf, dass doch die individuelle Ausreise bevorzugt werden sollte, um nicht durch Charterflüge auch nach außen hin einen Eindruck zu machen, dass es jetzt darauf ankommt und dass alle ganz schnell jetzt schon mit Charter- und nicht mehr mit Linienflügen außer Landes geholt werden.

Wie auch immer, die Option hatte natürlich auch noch an anderer Stelle ihre Grenzen, weil die afghanische Regierung in der betreffenden Zeit und meines Wissens auch bis zum Ende darauf bestanden hat, dass diejenigen, die ausfliegen - auch per Charterflug -, afghanische Reisepässe haben. Und diese afghanischen Reisepässe waren nicht bei allen verfügbar, insbesondere nicht immer bei Familienangehörigen, mit der Folge, dass diese Personen, auch die Familien, dann eher nicht die Neigung verspürten, diesen Weg zu beschreiten.

Wir haben dann aber - und Sie haben zu Recht den Juni angesprochen - im Juni auch noch mal dieses Thema erörtert, weil sich im Juni die Lage weiter zuspitzte und die Notwendigkeit gesehen worden ist, da auf anderem Wege nur noch schwer realisierbar, auch über diesen Weg möglichst viele Ortskräfte und Familienangehörige auszufliegen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Es ist dann dazu gekommen, dass wir - das heißt das BMVg - aus einem Rahmenvertrag spanische Airpartner gebucht haben, die uns Charterflugzeuge zur Verfügung stellen konnten. Und die sollten dann aus Masar-i-Scharif abfliegen, und zwar in den letzten zehn Junitagen; so in etwa, glaube ich, war das Zeitfenster. Denn man hatte sich nunmehr - ich meine, das war eher am Rande des Kabinetts - am 16. Juni darauf verständigt, auch vonseiten der zu beteiligten Ressorts, diesen Weg zu beschreiten.

Tatsache ist aber dann gewesen, dass das Handling vor Ort in den letzten Tagen vor endgültigem Truppenabzug in Masar-i-Scharif auf dem Flughafen in Masar-i-Scharif nicht mehr machbar erschien. Das betraf zum einen die Ortskräfte, die zum Camp kommen mussten. Das zu beherrschen, dazu waren die verbliebenen militärischen Kräfte nicht in der Lage. Jedenfalls hat man vor Ort gesagt: Das bekommen wir nicht hin. - Auch die Unterbringung, bevor dann der Flug stattfinden kann, das Ground Handling: All das wäre eine Überforderung und mit entsprechenden Sicherheitsproblemen und Gefährdungen verbunden gewesen. Die Auskunft der militärischen Abteilungen und der militärischen Operationskräfte war die: zum jetzigen Zeitpunkt realistisch nicht mehr machbar.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank an der Stelle. - Dann eine Nachfrage: Das sind ja jetzt alles Informationen, die Sie ausführen, die zum ganz großen Teil in Ihrem Haus bereits bekannt waren - über verschiedene Abteilungen verteilt möglicherweise, aber die im BMVg bekannt waren. Warum hat die Ministerin entgegen den Informationen, die offensichtlich gegen die Durchführung dieses Fluges sprachen und die auch zu diesem Zeitpunkt schon vorlagen, dennoch ein öffentliches Angebot getätigt, einen derartigen Flug durchführen zu wollen? Das erschließt sich mir nicht ganz, wenn diese Informationen alle schon verfügbar waren.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, das verstehe ich auch, dass sich Ihnen das nicht ganz erschließt. Aber in den Tagen war die Lage auch davon geprägt, wirklich von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag darüber nachzudenken: Was ist möglich? Was können wir

tatsächlich noch hinkriegen, auch wenn wir alle Kräfte, wo sie sich auch immer befinden, wirklich zusammenführen? Was ist denkbar? Ist es nicht doch möglich? - Das heißt, es wurde erörtert, es wurde hin- und herbewegt auch gerade dieses Thema. Und es gab die Vorbehalte auch im Hinblick auf die realistische Möglichkeit der Umsetzung. Aber die Ministerin hat aus guten Gründen - weil sie wollte ihrer Verantwortung auch gerecht werden, auch über diesen Weg gerecht werden, schnellstmöglich noch diesen Weg beschreiten zu können - alles versucht. Bis zum letzten Tag, wo es theoretisch noch möglich gewesen wäre, haben wir daran gearbeitet. Und abschließend ist dann aber gesagt worden: Das ist unmöglich, und die Gefahren, die damit verbunden sind, die Sicherheitsrisiken auch für die Betroffenen selber sind so groß, das können wir nicht verantworten. - Und damit hat sich dann die Ministerin auch entschieden, diesen Flug nicht durchzuführen, jedenfalls nicht zu dem Zeitpunkt, als ohnehin schon kaum jemand von der Truppe in Masar-i-Scharif war.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wurden alle diese Informationen, die Sie jetzt so ausführlich beschrieben haben, der Frau Ministerin mitgeteilt, bevor sie ihre Ankündigung gemacht hat, dass so ein Flug durchgeführt werden soll?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, auf welchem Weg diese Information zur Ministerin und zu welchem Zeitpunkt gekommen ist. Das kann ich wirklich nicht sagen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Noch eine technische Frage zur Durchführung der Evakuierungsoperation selbst: Es gibt da eine von Ihnen mitgezeichnete Vorlage an den Generalinspekteur vom 20. August, MAT A BMVg-4.08 VS-NfD, Blatt 73 bis 81, insbesondere Blatt 73, dass es - das habe ich mit dem vorherigen Zeugen auch besprochen - während der Evakuierungsoperationen zu einem Ausfall von Elektroniksystemen zur Kommunikation und der Kryptotelefonie gekommen ist. Sie haben diese Vorlage damals kommentiert, und wir können es Ihnen gerne auch vorlegen, wenn Sie möchten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Im oberen Drittel der rote Text - ich zitiere -:

„Wie Sts Zimmer. Für unvorhergesehene Ereignisse (u.a. Katastrophenfälle) wie auch für geplante Wartungsmaßnahmen müssen in Bezug auf kritische IT-Strukturen ... ausreichend Redundanzen als Rückfalloption vorgehalten werden. Bei Wartungsmaßnahmen an kritischen Strukturen müssen die ordnungsgemäß informierten Betroffenen den Zeitpunkt und die Auswirkungen im Blick behalten und der durchführende Bereich die Maßnahme kommunikativ bis zum Abschluss eng begleiten.“

Darf ich Sie fragen, welcher Punkt da genau gemeint ist? Gab es tatsächlich Wartungsmaßnahmen, die es verhindert haben, dass bestimmte IT- und Kommunikationssysteme für den Afghanistan-Evakuierungseinsatz vorgehalten oder benutzt werden konnten?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich glaube, im Ergebnis war die Sachlage nicht ganz so dramatisch, wie sie dann in der Öffentlichkeit kommuniziert worden ist. Das hat sich auch im Nachhinein herausgestellt. Nichtsdestotrotz darf so was gar nicht - ob aufgrund von Wartungsarbeiten oder sonstiger technischer Fehler -, gerade wenn es um die vertrauliche Kommunikation über HaFis geht, passieren. Und deswegen muss die notwendige Redundanz gegeben sein. Unabhängig davon, was dazu führt, dass irgendwas ausfällt, muss ich ein redundantes System haben, was dann sofort verfügbar ist und eingreift. Und das wollte ich damit zum Ausdruck bringen.

Und wenn es um Wartungsarbeiten geht, dann muss man sie rechtzeitig ankündigen und muss die damit verbundenen Folgen beschreiben. Und wenn diese Wartungsarbeiten in einer solchen Situation wie zu dem Zeitpunkt stattfinden, dann ist das ... [akustisch unverständlich]. Dann finden die nicht statt. Aber dazu braucht es Kommunikation und Information.

Und das wollte ich zum Ausdruck bringen, dass es einmal redundante Systeme braucht und zum anderen, wenn es um notwendige Wartung geht, Kommunikation, und zwar rechtzeitig, ob möglich oder nicht möglich.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wurde dieses Defizit, das Sie offensichtlich erkannt haben, danach noch - - Wurden bereits erste Maßnahmen während des Untersuchungszeitraums ergriffen, um solche Defizite abzustellen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ob die noch während des Untersuchungszeitraums begonnen wurden, das weiß ich nicht, kann ich nicht genau sagen. Aber das Thema ist auch, jedenfalls solange ich noch dabei war bis Dezember, ein Thema gewesen. Unter Umständen ist es in der Zwischenzeit erledigt. Dazu kann Herr Zimmer sicherlich Auskunft geben, weil der für den Bereich verantwortlich ist.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gut. - Gibt es außer dieser Frage mit den Kommunikationssystemen aus Ihrer eigenen Wahrnehmung noch notwendige Verbesserungen, die im Hinblick auf diese Evakuierungsmission notwendig gewesen wären, aus Ihrer damaligen, noch im Untersuchungszeitraum gefestigten Sicht?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ist nicht meine Sache, irgendwas zu beschönigen oder schönzureden. Und von vielen Dingen, insbesondere was die militärische Operation angeht und die militärischen Fähigkeiten und Befugnisse, davon verstehe ich auch zu wenig.

Mein Eindruck ist gewesen, auch was die Vorbereitungen angeht, dass das sehr gut funktioniert hat: die Vorbereitung der Evakuierungsoperation, die Ausplanung der Operation, die Durchführung der Operation. Und nicht zuletzt sind ja die deutschen Kräfte die ersten oder mit die ersten gewesen, neben den Briten und den Amerikanern, die vor Ort in Kabul waren, um zu evakuieren. Und wenn man sich überlegt, dass mehr als 5 000 Menschen aus über 40 Nationen evakuiert worden sind und in Taschkent mit dem Umschlag auch alles relativ gut geklappt hat, dann kann ich nur sagen: „Hat gut funktioniert“, will damit aber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht sagen, dass man nicht vor dem Hintergrund auch der Nachschau eine Reihe von Dingen verbessern kann, um es noch besser zu machen, als man es gemacht hat.

Ich hatte damals den Eindruck, das, was hier vorbereitet worden ist, war gut. Das, was in Afghanistan dann passiert und geschehen ist, auch am Flughafen, war einfach alles nicht mehr steuerbar - von hier schon gar nicht. Und vor Ort haben die Soldatinnen und Soldaten das Beste gemacht, was sie machen konnten, bis zu ihren allerletzten Kräften; das war jedenfalls mein Eindruck.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Hoofe. - Wir wären am Ende unserer Befragung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Kollege Nürnberger. - Herr Kollege Erndl.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Hoofe, wir sind stehen geblieben beim 15. August und Ihrem Telefonat mit Staatssekretär Berger, und ich würde gerne einfach den zeitlichen Ablauf verstehen: Telefonat, Krisenstabsitzung und die tatsächlichen Entscheidungen.

Es gibt eine E-Mail von Herrn Wächter, der Herrn Laubenthal und Herrn Hoppe von Ihrem Telefonat berichtet.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Die findet sich auf MAT A BMVg-5.144 VS-NfD, Blatt 50. Können wir auch gerne - - Ach, so. Sie haben es schon. Wunderbar.

(Der Zeuge liest in den ihm  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

Ich würde jetzt noch mal genau den Verlauf und die Entscheidungen verstehen wollen. Also: Was hat konkret der Anruf von Staatssekretär Berger ausgelöst? Haben Sie dann nach dem Telefonat sozusagen schon weitere Schritte unternommen, Anweisungen an die nachstehenden Ebenen er-

teilt, um die Vorbereitung noch weiter voranzutreiben? Oder wie ist genau dieser Entscheidungs- und Auslöseprozess erfolgt?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, ich habe informiert. Aber es gab nicht mehr zu tun in der Vorbereitung, als bis dahin schon getan worden ist, und aufgrund der zuvor getroffenen Entscheidungen, auch der Entscheidung der Ministerin, dann für die vorsorgende Vorbereitung notwendig war, um einen Tag später dann tatsächlich auch zu starten. Also, ich will damit sagen: Herr Berger hat bei mir nicht ausgelöst, jetzt noch mehr machen zu müssen. Das war auch gar nicht sein Anliegen, habe ich in Erinnerung. Sondern sein Anliegen war die Frage: Wie weit seid ihr? Wann kann passieren - - Und ich habe ihm deutlich gemacht: Es ist nicht notwendigerweise heute noch mehr zu tun, als schon ausgelöst ist. Die sind alle unterwegs, auch was die Verlegung, das Zusammenziehen von Kräften angeht, was das Bereitstellen von Flugzeugen angeht. Das passierte schon alles, obwohl zu dem Zeitpunkt noch keine Entscheidung des Krisenstabes getroffen war. Aber die war ja determiniert dann für den Nachmittag. Und ich kann ja nicht auf eine Entscheidung warten, für die ich dann gerade in einer krisenhaften Situation anschließend noch Vorbereitungen treffen muss, wenn es klüger ist, sie vorher schon zu treffen. Wenn die Entscheidung dann lautet: „Nee, machen wir nicht“, dann war es das eben. Aber wenn die Entscheidung lautet: „Machen wir“, und wir fangen dann an, die Dinge vorzubereiten, dann sind wir zu spät.

Also, das war die Situation. Er wollte mich auch darüber informieren, wie die Lage aufgrund der Infos aus der Botschaft vor Ort in Kabul aktuell, am 15.08., an dem Vormittag ist.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - So, da steht:

„AA bittet um mili Evakuierung  
so bald als möglich ...“

Das bedeutet: Das Auswärtige Amt wird das auslösen; so interpretiere ich das. Und was war dann sozusagen noch das fehlende Mosaikstück? War das dann letztendlich da nur die Entscheidung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Ministerin oder des Krisenstabs? Wer hat die Entscheidung getroffen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Die Entscheidung des Krisenstabs, das war am Sonntagnachmittag. Und an der Krisenstabsitzung haben der Außenminister und die Verteidigungsministerin teilgenommen, um sich dahin gehend abzustimmen: so schnell wie möglich. Und „so schnell wie möglich“ hieß: Alarmierung, Zusammenführung der Kräfte an einem Standort und Abflug Montagfrüh; genaue Uhrzeit weiß ich nicht mehr.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - In der E-Mail, die über das Telefongespräch berichtet, geht es um die Situation der Angehörigen der Botschaft, die sich mit großer Geschwindigkeit verschlechterte. Es war aber zu dem Zeitpunkt auch klar, dass es nicht nur um Botschaftsangehörige, sondern noch mal um einen größeren Personenkreis geht?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. Gut. - Dann komme ich zur Krisenstabsitzung und beziehe mich wieder auf ein Protokoll - jetzt muss ich schauen, weil wir haben wieder zwei Versionen eines Protokolls -, und zwar wäre das die MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 125. Und da findet sich dann in dem Abschnitt „Operative Schlussfolgerungen“ der Punkt 2 - wir können es Ihnen auch kurz vorlegen, oder möglicherweise haben Sie es schon -:

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

„Im Vorgriff darauf hatte BM'in  
Kramp-Karrenbauer bereits heute  
Vormittag die schnellstmögliche  
Entsendung von Einsatzkräften  
der Bundeswehr angewiesen.“

Können Sie mir erläutern, was das dann genau bedeutete? Ist das sozusagen jetzt die Schlussphase der Vorbereitung? Oder was bedeutet dieser Satz? Oder sind die Kräfte schon auf den Weg gebracht?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein, das bedeutete, dass die Anweisung erfolgt ist, jetzt alle Vorbereitungen zu treffen, die notwendig sind, bis zum Auftanken der Flugzeuge, um dann tatsächlich nach einer entsprechenden Entscheidung diese Evakuierungsoperation zu starten.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Können Sie bestätigen, dass das im Krisenstab auch so berichtet und zur Sprache kam?

**Zeuge Gerd Hoofe:** In der Krisenstabsitzung am 15.?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ja.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ob das so zur Sprache gekommen ist, kann ich nicht sagen. „Im Vorgriff ... bereits heute Vormittag die schnellstmögliche Entsendung ... angewiesen“. „Angewiesen“ heißt zunächst mal, die Vorbereitungen zu treffen. Aber es hätte keinen Abflug gegeben, ohne dass es die Abstimmung im Krisenstab mit dem Auswärtigen Amt gegeben hätte.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Hat die Ministerin diese Anweisung noch vor dem Gespräch zwischen Ihnen und Staatssekretär Berger erteilt?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Gute Frage. Das weiß ich nicht mehr genau. Die Zeitlinien überschlagen sich da so ein bisschen.\*

Also, am Vormittag ist ja beides gewesen. Ich weiß nicht mehr genau, wann ich mit Herrn Berger telefoniert habe. Ich weiß auch nicht genau, wann ich Informationen von der Ministerin oder von Dritten über diese Anweisung bekommen habe. Kann ich nicht sagen. An dem Tag ist ganz viel telefoniert worden. Es kann sein, dass die Anweisung schon vorher erfolgt ist und ich deswegen Herrn Berger gesagt habe: Also, es ist alles vorbereitet. Wir brauchen nur noch die Krisenstabsitzung. - Es spricht viel dafür, aber letztendlich beschwören kann ich es nicht.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Auf welche Art wird dann diese Anweisung der Ministerin kommuniziert und im Haus und in der Truppe verbreitet?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das war dann voraussichtlich eine unmittelbare Anweisung an den Generalinspekteur, und der hat wiederum dann seine Fachabteilung bzw. das Einsatzführungskommando eingebunden. Das kann auf unterschiedliche Art und in unterschiedlicher Form, auch telefonisch, erfolgen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Hatten Sie den Eindruck oder das BMVg, dass die Entscheidungsprozesse im Auswärtigen Amt zu lange dauern? Hätten Sie gehofft, dass es da schneller Klarheit gibt?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das kann ich wirklich nicht beurteilen. Das wäre rein spekulativ, und dafür habe ich keine entsprechenden Annahmen zugrunde zu legen. Also von daher - -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Alles gut. Ich frage nur. - Dann habe ich jetzt noch mal eine Protokollvergleichsfrage. Es gibt nämlich eben auch eine Protokollfassung von dieser Krisenstab-sitzung, die wir den Akten des Verteidigungsministeriums entnehmen, also die, die dann das Auswärtige Amt tatsächlich versendet hat; die findet sich auf MAT A BMVg-5.09 VS-NfD, Blatt 75. Und da findet sich wieder ein Unterschied, und zwar bei den „Operativen Schlussfolgerungen“. Da ist der Punkt 2, der eben dargestellt hat: „Im Vorgriff hatte BM'in Kramp-Karrenbauer bereits heute Vormittag die schnellstmögliche Entsendung von Einsatzkräften der Bundeswehr angewiesen“, entfernt. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum das Auswärtige Amt da an der Stelle gekürzt hat? War das irgendwie eine heikle Botschaft? Oder gibt es da Erinnerungen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Wenn man die Botschaft so interpretiert, wie ich das eben gemacht habe, ist sie nicht heikel. Und vielleicht ist das Interpretationsgefüge breiter gewesen, bei wem auch immer, als meine Interpretation, und dann könnte es kompliziert sein.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Aber Sie waren da nicht involviert in diese Frage?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gut. Vielen Dank. - Im weiteren Verlauf wurden ja dann die Evakuierungskräfte auf den Weg geschickt, mit General Arlt an der Spitze. - Hatte der General aus Ihrer Sicht weitgehend freie Hand bei der Führung des Einsatzes in Kabul?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, aus meiner Sicht hatte er die, und aus meiner Sicht brauchte er die auch.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Wenn vonseiten der Kräfte in Kabul vom Herrn General Anforderungen nach Personal, Material, besonderer Unterstützung kamen, dann hat man die Anforderungen im BMVg vollumfänglich erfüllen können?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ob man immer alles sofort vollumfänglich erfüllen konnte, lasse ich mal dahingestellt. Es gab natürlich die Notwendigkeit, Material, Versorgung, Verpflegung bereitzustellen - alles, was notwendig war -, nicht nur um in erster Linie die Soldatinnen und Soldaten zu versorgen, sondern auch diejenigen, die evakuiert werden sollten. Der Flughafen war ja besetzt mit verschiedenen Personen, die ausgeflogen werden sollten, aber noch nicht ausgeflogen werden konnten. Das haben wir ja dann alles hingekriegt. Und wir haben uns täglich zusammengesetzt und überlegt, auf welche Art und Weise wir das, was notwendig ist, bereitstellen können. Alles, was notwendig werden würde, war auch nicht vorher erkennbar, sodass man es nicht hat mitnehmen können. Und von daher glaube ich schon, dass wir alles Erforderliche getan haben, um schnellstmöglich auch das, was vor Ort benötigt wird, dort hinzuverlegen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ein großes Problem waren ja die Namenslisten.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Wissen Sie, ob General Arlt das Problem direkt gegenüber der Leitung des Ministeriums geschildert hat?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das mit den Listen war ein Problem, ein großes Problem, ließ sich aber ohne Weiteres auch aus Berlin nicht lösen; jedenfalls konnten wir es nicht lösen. Ob er das geschildert



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hat und darum gebeten hat, dass man die Dinge besser koordiniert und steuert, das weiß ich nicht mehr genau, aber spricht viel dafür, weil Herr Arlt, wie gesagt, jeden Tag mit uns im Kontakt war - es gab jeden Tag Telefonkonferenzen - und er eigentlich immer sehr ausführlich die Lage geschildert hat.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Dann hat sich ja auch noch General Laubenthal eingeschaltet in dieser Frage und mit dem Staatssekretär Berger auch gesprochen. - Wissen Sie, ob es dann im Nachgang vollständige oder brauchbare Listen gab, die dann nach Kabul übersandt wurden?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das weiß ich nicht.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Sie waren bei dem Thema Listen nicht involviert?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Okay. - Dann will ich auch noch mal ganz kurz in der verbleibenden Zeit auf das Thema Charterflüge eingehen, das auch die Kollegen schon angesprochen haben. Und zwar hat ja nicht nur die Verteidigungsministerin das Thema aufgebracht, sondern einige Zeit vorher auch schon die Bundeskanzlerin gebeten, das Thema Charterflüge wohlwollend zu prüfen; wir haben das hier im Ausschuss auch schon an verschiedenen Stellen gehabt. - Hatten Sie Kenntnis von dieser Bitte der Kanzlerin um wohlwollende Prüfung?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Daran kann ich mich nicht erinnern, aber ist überhaupt nicht auszuschließen, dass die Ministerin von einer entsprechenden Bitte der Kanzlerin berichtet hat.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Aber waren Sie dann nach der Prüfung dieser Optionen überrascht, dass das Thema Charterflüge dann beiseitegelegt werden musste, dass es da zwischen den Häusern auch keine Einigung über so ein Thema gab?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Na, zum guten Schluss war es, glaube ich, gar nicht die Frage der Einigung zwischen den Häusern, sondern die technische

Umsetzung vor Ort in Masar-i-Scharif. Ich habe ja eben beschrieben, was letztendlich handlungsleitend und maßgebend, insbesondere aus militärischer Sicht - und die haben vor Ort natürlich einen besseren Eindruck von den Verhältnissen, als wir das in Berlin haben konnten -, der Punkt gewesen ist: realistisch im Moment so nicht umsetzbar. Es sei denn, man nimmt Gefährdungen und Sicherheitsrisiken ganz bewusst in Kauf.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Das Thema, das war sozusagen der Junicharter, und dann kam das Thema ja noch mal im Juli auf. Und da gibt es auch einen Vermerk, der Ihnen auch zugegangen ist, wenn ich das richtig sehe - ja, genau -: MAT A BMVg-4.264 VS-NfD, Blatt 122. Und demnach hat sich eben - - Also, die technischen Fragestellungen, die haben wir gerade besprochen. Aber demnach hat sich eben das Auswärtige Amt kritisch zu den Charterflügen geäußert und speziell das Thema „negative Signalwirkung“ hervorgehoben. War das etwas, was dann auch zwischen den Häusern debattiert worden ist? Hat das BMVg da eine andere Position vertreten? Oder musste man das letztendlich so hinnehmen, wie die Position des Auswärtigen Amtes da kommuniziert wurde?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich kenne die Unterlage nicht. - Also, die Situation war schon die - ich habe es an anderer Stelle schon mal erwähnt -, dass zeitlich vorher natürlich auch schon immer wieder die Frage erörtert worden ist: Auf welche Art und Weise können wir möglichst schnell auch Ortskräfte und ihre Familien nach Deutschland bringen?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Und dabei ist dann schon von anderen Ressorts aufgrund der Interessenlage deutlich gemacht worden, dass das ein falsches Signal sein könnte zu dem Zeitpunkt. Das betraf aber nicht den Juli, sondern die Zeit vorher.

(Der Zeuge blättert und liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Mir ging es nur um die Frage, ob das vom BMVg auch sozusagen herausgefordert wurde oder ob man so eine Vorgabe des Auswärtigen Amtes dann auch zu akzeptieren hat.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nee, nee. - Also, das war ja der 20. Juli. Das betraf ja genau den Zeitraum, den ich schon erwähnt habe. Insoweit, hier ist ja auch die Rede davon:

„BKAmf führte hierzu aus, dass, „wenn möglich, das Thema am Rande der Kabinettsitzung gestreift werden solle.““

Und meines Wissens ist das auch passiert, dass es am Rande der Kabinettsitzung gestreift wurde und dass dann auf der Grundlage gesagt worden ist: „So, jetzt versuchen wir es mit den Charterflügen“, also eine Verständigung in der Richtung auch stattgefunden hat. Und es ist nicht so, dass die Kritik, die hier geäußert worden ist vom Auswärtigen Amt und ja auch vom BMZ, dazu geführt hat, dass diese Charterflüge nicht stattgefunden oder abgesagt worden sind.\*

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Das beschließt meine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist gut. - Und wir wechseln zu Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Hoofe, im Ortskräfteverfahren wird ja unterschieden, ob jemand direkt bei der Bundeswehr angestellt ist oder „nur“ als Subunternehmer.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Finden Sie diese Unterscheidung sinnvoll?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Jein.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Wir auch nicht. - Warum finden Sie es nicht sinnvoll?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, weil man Dinge, die sich so klar und eindeutig anhören, im Einzelfall dann doch unter Umständen anders beurteilen muss. Und das haben wir ja auch in Einzelfällen dann zum Schluss getan. Denken Sie nur an das Bawar Media Center. Das sind ja nicht Angestellte der Bundeswehr gewesen, sondern das ist ein Dienstleister gewesen. Trotzdem haben wir gesagt: Die Beziehungen sind so eng, sodass man unter dem Gesichtspunkt - - Und letztlich ist das das entscheidende Kriterium, und nicht entscheidend ist die Frage, ob es um einen Subunternehmer geht oder nicht. Sondern das entscheidende Kriterium ist doch, ob im Zusammenhang mit der Tätigkeit für die Bundeswehr eine latente oder konkrete Gefahr ausgeht; das ist das entscheidende Kriterium.

Und da kann man sicherlich, wenn man eine pauschale Beurteilung dieser Rechtsverhältnisse zugrunde legt, unterscheiden zwischen Werkvertragsunternehmern, Dienstleistern und angestellten Ortskräften. Aber ich würde nicht so weit gehen, dass ich sage: Werkvertragsunternehmer oder Dienstleister sind von vornherein ausgeschlossen. Soweit es um Contractor geht, also Werkvertragsunternehmer, Handwerker etc., ist das noch mal eine andere Situation als zum Beispiel bei einem Media Center.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wissen Sie, wann dem Media Center mitgeteilt wurde, dass sie auch Gefährdungsanzeigen machen können, um ins Ortskräfteverfahren zu kommen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das muss - weiß ich nicht mehr genau - Juli/August gewesen sein. Ich könnte es nachgucken, aber ich weiß es nicht mehr.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann hat man sich denn bei Ihnen im Haus das erste Mal Gedanken darüber gemacht, dass „Ortskräfte“ vielleicht auch mehr bedeutet als die direkt bei der Bundeswehr?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, auch in der Zeit, weil nämlich in der Zeit verständlicherweise vor Ort in Kenntnis der Lage und der Entwicklung auch die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Subunternehmer, die Leute vom Media Center, gesagt haben: Und wir? Uns lasst ihr hier alleine? Die anderen dürfen, aber wir sind doch genauso nahe bei euch dran und haben euch unterstützt. Ihr müsst doch auch für uns sorgen. - Diese Diskussion, die vor Ort stattgefunden hat - und die kriegen wir ja bei der Bundeswehr über die Truppe relativ schnell mit -, hat dazu geführt, dass diese Diskussion, Erörterung stattgefunden hat mit den entsprechenden Ergebnissen.

Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, ob auch andere Dienstleister und andere Dritte einbezogen worden sind und Gefährdungsanzeigen abgeben konnten und die dann auch im Rahmen von Aufnahmezusagen berücksichtigt worden sind. Aber das Verständnis war das: jetzt nicht die Türen knallhart zuzumachen, sondern immer individuell die Frage zu beantworten: Gibt es eine latente oder konkrete Gefährdung im Zusammenhang genau mit dieser Tätigkeit?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich würde Ihnen gern noch einen Vorhalt machen; das ist MAT A BMVg-5.43 VS-NfD, Blatt 59. Da fragt Staatssekretär Berger bei Ihnen per Mail und Engelke und Jäger ein paar Punkte für den nächsten Krisenstab ab - das ist am 22. August - und sagt:

„Aus meiner Sicht wie schon im Krisenstab und in unseren Gesprächen betont tatsächlich wichtig, so schnell es geht einen einigermaßen belastbaren Abgleich unserer ressortübergreifenden Masterliste Ok mit den Daten der afghanischen Ankömmlinge in D zu ermöglichen.“

Da fehlt jetzt ein Verb, aber so ist es. Es klingt ein bisschen so, als wenn die Bitte schon mehrfach vorgetragen worden wäre. - Können Sie sich an diese Mail erinnern?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nee, aber zeigen Sie sie mir.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, was den Abgleich der Listen angeht und die Berücksichtigung der unterschiedlichsten Informationen auch vonseiten der afghanischen Staatsangehörigen, war das natürlich immer ein Thema, weil letztendlich mussten wir wissen, was bei der Sammlung der Daten zugrunde zu legen ist und auf wen wir Rücksicht zu nehmen hatten. Von daher ist da jetzt für mich nichts Besonderes zu erkennen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Ihnen gern noch einen weiteren Vorhalt machen: MAT A BMVg-4.767 VS-NfD, Blatt 337. Im Einsatztagebuch der MilEvak findet sich am 24. August zu einem Telefonat des Chefs des Stabes der MilEvakOp mit Oberst Rapp folgender Eintrag:

„Frage Aufnahme der Bustransporte

- AA StS BERGER wirft StS HOOFE BMVg vor,
- Transport mit Bussen „in die Hose gegangen“, weil Bw nicht bei Aufnahme unterstützt hat (kein DEU Sdt bei USA am Tor)
- Vorwurf an EFK war dem so? Frage Kräfte zur Begleitung in den Bus möglich?“

Ich gebe zu, mir wird der Sachverhalt auch aus den Worten nicht so ganz schlüssig. Aber vielleicht können Sie sich noch an den Transport mit den Bussen, der „in die Hose gegangen ist“, erinnern?

(Der Zeuge liest in den ihm  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

**Zeuge Gerd Hoofe:** Was ist das? Das Einsatztagebuch?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Gerd Hoofe:** Und wo befinden wir beide uns jetzt? Ganz oben?

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ungefähr in der Mitte.

**Zeuge Gerd Hoofe:** In der Mitte.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das können Sie vielleicht erkennen, weil Ihr Name großgedruckt ist.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, ich habe es.

(Der Zeuge liest in den ihm  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

Also, ich erinnere mich gar nicht daran, dass Herr Berger mir in dem Zusammenhang irgendwas vorgeworfen hat.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Dann ist das eine Antwort auf meine Frage. - Am 24.08.21, also an dem Tag, wo auch der Eintrag herkommt, hat Minister Maas über Staatssekretär Berger, der dann wiederum Sie kontaktierte, gebeten, dass das Thema Sammeltransporte nicht während der Krisenstabsitzung thematisiert werden sollte. Sie geben das auch dann der Ministerin weiter, die daraufhin antwortet: Habe mit ihm geredet. Teile die Einschätzung. - Können Sie sich noch dran erinnern, warum der Minister nicht wollte, dass über Sammeltransporte in der Krisenstabsitzung geredet wird?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was ist Ihnen denn zum Thema Sammeltransporte bekannt?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nichts Genaues, nichts Konkretes. Dass Sammeltransporte mit Bussen stattfinden sollten und sich die Frage stellte: Auf welche Art und Weise löst man die damit verbundenen Probleme? Wo sammeln sich die Leute, an welcher Stelle? Auf welche Art und Weise kommen sie in die Busse? Wie kommen

die Busse zum Flughafen? - Insoweit, ja. Aber darüber hinaus nichts Konkretes.

Und ich kann auch die Frage nicht beantworten, ob diese stattgefunden haben, wie viele davon stattgefunden haben und wie viele Personen mit diesen Sammeltransporten dann tatsächlich erfolgreich und ohne Probleme zum Flughafen gelangt sind; weiß ich nicht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe noch eine letzte Frage?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie Kenntnis darüber, dass das Einsatzführungskommando förmliche Dokumente an zu evakuierende Personen ausgegeben hat, die dazu dienen sollten, Ortskräfte der Bundeswehr als Berechtigte auszuweisen, die dann aber leider wie eine Fälschung wirkten - wir haben die Dokumente vorliegen; die sehen tatsächlich aus wie eine Fälschung - und so diese Leute fälschlicherweise abgewiesen wurden?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich erinnere mich ganz dunkel irgendwo im Hinterstübchen, dass es - - Ich weiß aber nicht, zu welchem Zeitpunkt, ob irgendjemand später mal darüber berichtet hat, dass es dieses Problem gegeben hat, oder ob im Zeitpunkt des tatsächlichen Auftretens des Problems; das weiß ich nicht mehr. Es kann auch sein, dass ich mich ganz dunkel daran erinnere, weil ich es später mal gehört habe; das kann ich nicht genau sagen. Aber mehr Kenntnisse habe ich darüber nicht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie Kenntnis darüber, wie praktisch die Listen waren, die Sie ja zusammen erstellt haben für die Leute, die die Einlasskontrolle machen mussten?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Kann ich nicht sagen. Ich kenne aber Aussagen, ohne sie Personen zuzuordnen zu können, die da lauten: Waren nicht sehr hilfreich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Ihnen das schon bekannt, als Sie noch an den Krisenstabsitzungen teilgenommen haben?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ich habe nicht an den Krisenstabsitzungen teilgenommen. Ich war nie im Krisenstab.\*

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ja. Sorry. - Aber als die Krisenstabsitzungen stattgefunden haben und quasi das Problem noch akut war oder erst im Nachgang?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein, das ist meiner Erinnerung nach - und da muss ich mich jetzt auch mit aller Vorsicht äußern - später gewesen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich danke Ihnen sehr. - Danke.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir zur AfD.

**Joachim Wundrak** (AfD): Ja, danke schön, Herr Vorsitzender. - Ich komme noch mal zurück auf das Thema „öffentlicher Druck“, Herr Staatssekretär.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Politischer Druck oder öffentlicher?

**Joachim Wundrak** (AfD): Öffentlicher Druck.

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ach so. Vorhin war vom politischen Druck die Rede.

**Joachim Wundrak** (AfD): Ja, okay. Politisch und öffentlich hängt ja irgendwie zusammen. - An zahlreichen Stellen in den Beweismaterialien wird darauf hingedeutet, dass die Sorge vor negativer Berichterstattung auch in Ihrem Ressort ausschlaggebend war, wie man mit Anfragen Dritter, also zum Beispiel auch vom EU-Abgeordneten Marquardt oder dem Verein Kabul Luftbrücke, umgegangen wurde. Aus MAT A BMVg-5.117 VS-NfD, Blatt 41, geht beispielsweise hervor, dass die Rettungsaktion von Herrn Marquardt,

welche ja intern unter anderem als „rein politisch motiviert“, „nicht hilfreich“ und „komplett aussichtslos - das ist die Bewertung von unserem gemeinsamen Bekannten General Hoppe - angesehen wurde, nicht gänzlich von der Bundesregierung abgelehnt werden sollte, um negative Schlagzeilen wie - ich zitiere -: „BReg lehnt Hilfe bei der EvakOp ab“ zu vermeiden. Haben Sie mit Herrn Marquardt verhandelt oder gesprochen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Nein.

**Joachim Wundrak** (AfD): Ein anderes Beispiel: In Ihrem Haus ging über den Vorsitzenden des Patenschaftsnetzwerkes, Marcus Grotian, ein Unterstützungsangebot für einen afghanischen Clan zu. Diese gaben an, Zielpersonen der Bundesregierung zum Flughafen verbringen zu können. Im Gegenzug verlangte der Clan 10 000 Euro pro Bus sowie die Mitnahme von 107 Familienmitgliedern nach Deutschland. Obwohl dieses Angebot intern als Versuch gedeutet wurde, sich die Einreise nach Deutschland - ich zitiere aus MAT A AA-8.417 VS-NfD, Blatt 209 - zu „erkaufen“ und - ich zitiere weiter - „aus einer ... Notlage (hohes) Kapital zu schlagen“, sahen die Kollegen in Ihrem Haus - ich zitiere aus MAT A AA-8.249 VS-NfD, Blatt 58 - „es als äußerst wichtig an, dass auf das Angebot des Herrn Grotian ... eingegangen wird“. Zitat Ende. - Die Erklärung, warum auf das Angebot eingegangen werden soll, erfolgt zugleich im nächsten Satz, wo es heißt - ich zitiere -:

„Er ist in den Medien sehr präsent. Es muss eine öffentliche Wahrnehmung verhindert werden, dass DEU nicht alle Möglichkeiten des Handelns ausschöpft ...“

Zitat Ende. - Hatten Sie persönlichen Kontakt zu Herrn Grotian? Hat er Sie telefonisch, per E-Mail oder persönlich kontaktiert? Und was können Sie zu dem Inhalt des Gesprächs sagen, wenn das stattgefunden hat?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, zu dem, was Sie da zitiert haben, kann ich gar nichts sagen. Ich weiß auch gar nicht, wer das zu Papier gebracht hat. Ich erinnere mich jedenfalls nicht, dass ich damit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

befasst gewesen bin. Aber mit Herrn Grotian habe ich meiner Erinnerung nach einmal gesprochen, ich glaube, telefoniert. Da ging es aber im Wesentlichen, soweit ich mich erinnere, ganz allgemein um die Frage der Unterstützung und natürlich im Sinne auch seiner Arbeit um schnelle Hilfe.

Klar, hatte er irgendwie auch seine Unzufriedenheit mit diesem und jenem zum Ausdruck gebracht, aber das kann ich nicht mehr genau benennen. Bezogen auf dieses Gespräch - ich meine, es hat stattgefunden irgendwann in der Zeit; ich hoffe, ich irre mich nicht und verwechsle irgendwelche Personen, aber ich meine: ja - habe ich darüber hinaus neben dem, was ich inhaltlich dazu eben berichtet habe, keine weitere Erinnerung.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also über diesen Deal „Clan/10 000 Euro“ können Sie nichts sagen?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das kenne ich gar nicht. Das war mit Sicherheit nicht Gegenstand irgendeines Gesprächs.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, okay. Dann müssen wir ein bisschen springen. - Mit der Entscheidung des Innenministeriums vom 27. April 2021, auf das Votum des jeweiligen Ressortbeauftragten - das sagt Ihnen ja was - zu vertrauen, ging Ihr Ressort dazu über, die Gefährdungsanzeigen der Ortskräfte nicht mehr zu überprüfen. Dies geht beispielsweise eindeutig aus einem Papier - Fundstelle: MAT A BMVg-5.201 VS-NfD, Blatt 167 - hervor - ich zitiere -:

„27. April 2021: ... BMI akzeptiert ab sofort das Votum BMVg ... ohne Begründung. Damit entfällt Einzelfallprüfung der Gefährdungsanzeigen.“

Zitat Ende. - Im Auswärtigen Amt galt das Ortskräfteverfahren durch die Praxis Ihres Hauses intern übrigens bereits ab Mai 2021 - ich zitiere MAT A AA-9.81 VS-NfD, Blatt 261 ff., hier Blatt 263, - als - Zitat - „de facto ... ausgehöhlt“.

Herr Hoofe, dass alle Ortskräfte unter Wegfall der Einzelfallprüfung das Angebot einer Aufnahme in Deutschland erhalten: Inwiefern unterschied sich hier die Praxis des Innenministeriums, dass das ja abgelehnt hatte, von der Praxis des BMVg?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Ja, ich habe das ja schon mehrfach relativ deutlich hier erläutert und erklärt, welche Verantwortung aus unserer Sicht jedenfalls gegenüber den Ortskräften, die die deutschen Soldatinnen und Soldaten vor Ort unterstützen, wir zum Anlass genommen haben, einmal darauf zu drängen, dass das Ortskräfteverfahren vereinfacht und dann auch erweitert wird.

Und die Vereinfachung, von der Sie eben gesprochen haben, im April: Die hat tatsächlich in der Umsetzung bei uns - und ich habe beschrieben, warum das so gewesen ist - dazu geführt, dass ausschließlich noch eine Plausibilitätsprüfung stattgefunden hat. Und Plausibilitätsprüfung hieß eben: Wenn jemand für die Bundeswehr vor Ort zum Schutz der Soldaten, zur Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten, wie auch immer tätig ist, dann folgt daraus - das kann man kritisieren, wenn man will; aber es ändert ja nichts daran, dass wir diese Auffassung vertreten haben und auch umgesetzt haben - selbstredend eine latente oder konkrete Gefährdung. In der Folge haben wir all diese Fälle auch an das BMI weitergeleitet mit der Bitte, eine Aufnahmezusage zu erteilen. Das wiederum ändert auch nichts daran, dass anschließend in dem dritten Schritt der Visaerteilung eine Sicherheitsüberprüfung stattfindet, indem die Sicherheitsbehörden nach der Person befragt werden.

Also: Man kann, was das Verfahren angeht, niemandem vorwerfen, dass es hier nicht um ein individuelles Verfahren geht. Es ist kein pauschales Verfahren gewesen, sondern die Schritte: Phase 1 „Gefährdungsanzeige, Plausibilisierung“, selbstredend bei der Bundeswehr, ja, Aufnahmezusage BMI, und dann Visaerteilung mit entsprechender Sicherheitsüberprüfung über das KZB-Verfahren. Also: So ist es gelaufen, und so war es aus unserer Sicht und auch aus meiner Sicht in Ordnung und passend und führte zu keinen Problemen, die nicht beherrschbar waren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Last, but not least die FDP-Fraktion.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wir haben keine weiteren Fragen. Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann, denke ich, sind wir am Ende der Runde angekommen.

(Joachim Wundrak (AfD):  
Herr Vorsitzender, ich hätte  
noch eine kurze Nachfrage!  
Dann wäre ich auch  
durch!)

- Die will ich Ihnen erlauben.

**Joachim Wundrak (AfD):** Herr Staatssekretär, ich wollte noch mal zusammenfassen, damit ich das richtig verstehe, was Sie gerade eben gesagt haben: Verstehe ich das zusammenfassend richtig, dass jede anzeigeberechtigte Ortskraft des BMVg, die eine Gefährdungsanzeige stellte, dann eine Aufnahmezusage auf Rechtsgrundlage des § 22 Satz 2 Aufenthaltsgesetz vom Innenministerium erhielt, ohne dass der Ressortbeauftragte bzw. eine andere staatliche Stelle die in der Gefährdungsanzeige implizierte Gefährdungsbehauptung im Einzelnen überprüfte, und dass diese Praxis dann als vereinfachtes Ortskräfteverfahren bezeichnet wurde?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Das vereinfachte Ortskräfteverfahren war so, dass wir die Gefährdungsanzeigen plausibilisiert haben. Und soweit aufgrund der Plausibilisierung und der engen Beziehung auch der Ortskräfte zu dem Einsatzkontingent festgestellt wurde, aufgrund dieser vereinfachten Verfahrensweise: „Das ist plausibel“, dann ist das an das BMI mit der Bitte um Erteilung einer Aufnahmezusage weitergegeben worden.

**Joachim Wundrak (AfD):** Und noch eine Nachfrage: Wurde auf das Stellen einer Gefährdungsanzeige, also die individuelle Gefährdungsanzeige durch die Ortskraft, in diesem Ablauf auch irgendwann dann auch noch verzichtet, zum Beispiel bei dem Listenverfahren, dass Leute

auf die Liste gesetzt wurden, ohne dass sie eine Gefährdungsanzeige gemacht haben?

**Zeuge Gerd Hoofe:** Also, ich kenne Einzelfälle nicht, in denen das vorgekommen sein soll. Eigentlich war das Prinzip: Es braucht die Gefährdungsanzeigen. Deswegen ist ja im erweiterten Verfahren auch für die Kräfte, die bereits eine Gefährdungsanzeige gestellt haben, gesagt worden: Die haben eine gestellt, und deswegen werden sie ins Verfahren einbezogen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank. - Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann sind wir jetzt am Ende angekommen, Herr Zeuge. Ihre Befragung ist formell noch nicht abgeschlossen. Sie kriegen das Protokoll, haben 14 Tage Zeit, gegebenenfalls Korrekturen und Berichtigungen vorzunehmen, und erst dann stellt der Ausschuss fest, dass die Befragung abgeschlossen ist.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich der Befragung gestellt haben, wünsche Ihnen einen schönen Abend und unterbreche die Sitzung bis 21.30 Uhr.

(Unterbrechung von  
21.17 bis 21.30 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass es draußen schön ist, und da ist auch Musik, aber wir müssen noch ein bisschen indoor weitermachen.

### Vernehmung des Zeugen Benedikt Zimmer

Ich begrüße jetzt unseren dritten Zeugen für heute, Benedikt Zimmer, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Zimmer, Sie haben den Erhalt der Ladung am 18. April 2024 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen, bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor, sie ist auch für jeden gleich formuliert. Und am Ende unseres Untersuchungsausschusses werde ich das mit Sicherheit auswendig können und vortragen können.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Ver-

fahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Nein, Herr Vorsitzender, habe ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern, und nutze die Gelegenheit auch noch mal, mich wieder bei unseren Protokollanten zu bedanken, die das immer sehr professionell machen. - Vielen Dank.

Es ist wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und laut und deutlich sprechen, sodass wir Ihnen dann nach Fertigstellung das Protokoll übersenden und Sie sich das noch mal angucken können.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 GG Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen also von besonderem Gewicht sein. Und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie dazu Fragen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Habe ich nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann kommen wir zum Ablauf der Vernehmung. Ich werde Sie eingangs kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Wenn Sie zum Ablauf auch keine Fragen haben, dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. - Bitte.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mein Name ist Benedikt Zimmer. Ich bin 62 Jahre alt. Seit dem 5. April 2018 bin ich Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung. Davor war ich Soldat und in letzter Verwendung der Abteilungsleiter zunächst „Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung“ und anschließend, nach Umbenennung und Auskaltung des Bereichs „CIT“, nur noch der Abteilungsleiter „Ausrüstung“, parallel dazu der Nationale Rüstungsdirektor. Meine Anschrift lautet: Bundesministerium der Verteidigung, Stauffenbergstraße 18 in 10785 Berlin.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Wünschen Sie zu Beginn im Zusammenhang vorzutragen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ja, Herr Vorsitzender, wenn Sie gestatten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann haben Sie das Wort.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Einige kurze Punkte, die ich ansprechen möchte: zunächst mal zu meinem Aufgabenbereich und zur Abgrenzung, wie sie im Leitungsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung vorgesehen ist, zumindest vorgesehen war im Zeitraum, den der Ausschuss hier untersucht.

Mein Aufgabenbereich umfasste in diesem Zeitraum die Zuständigkeit für die Abteilung „Ausrüstung“, heute Abteilung „Rüstung“, und die Abteilung „Cyber- und Informationstechnik“, kurz: „CIT“. Ergänzend war ich mittelbar verantwortlich für die Abteilung „Planung“, die grundsätzlich dem Generalinspekteur untersteht. Die Regel war wie immer: Gibt es Außenwirkungen außerhalb des Hauses, sind die beamteten Staatssekretäre für bestimmte Bereiche verantwortlich; so war ich es für die Abteilung „Planung“. Die Abteilung „Politik“ bildete unter den Abteilungen des Bundesministeriums der Verteidigung eine Ausnahme. Diese unterstand und arbeitete zu unmittelbar der Ministerin.

Davon unbenommen wurden Vorgänge, zum Beispiel Mandate und ihre Vorlagen, regelmäßig Staatssekretär Hoofe vorgelegt oder mir, soweit es den Themenbereich des damals existierenden Sicherheitspolitischen Jour fixe betraf.

Staatssekretär Hoofe und ich nahmen an verschiedenen Treffen auf Staatssekretärebene teil, soweit es erforderlich war. Aufgrund von Abkömmlichkeiten haben wir uns gegenseitig vertreten. Originär lagen die Staatssekretärsrunden für Kabinettsitzungen sowie der Jour fixe für Afghanistan und Mali bei Staatssekretär Hoofe, der Sicherheitspolitische Jour fixe, der übergreifende Jour fixe gehörte zu meinem Aufgabenfeld.

Ab dem Frühjahr 2021 wurde der außerordentliche Jour fixe „Afghanistan“ als Steuerungsgremium aufgesetzt. Ziel war, alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Truppenreduzierung und der Beendigung des Einsatzes Resolute Support in der Bundesregierung aufeinander abzustimmen. Dieser Jour fixe lag in meiner Zuständigkeit.

Einige Worte noch zu den Abstimmungen innerhalb des BMVg im Leitungsbereich: Zur Abstimmung strategischer Themen fanden regelmäßig Treffen des Lenkungs Ausschusses statt. Dieser setzte sich zusammen aus Staatssekretär Hoofe, dem Generalinspekteur und mir. Hier wurden die ganzen Bereiche durchgesprochen. Das fand etwa einmal im Quartal statt. Zusätzlich hatte sich be-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

währt - und das haben wir dann auch kontinuierlich gemacht -, dass Staatssekretär Hoofe und ich uns wöchentlich einmal zu den aktuellen Themen abgeglichen haben. In der Woche - das sei ergänzend erwähnt - fanden zudem jeweils mehrere sogenannte Morgenlagen der gesamten Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung statt. In diesen Runden wurden strategische und tagesaktuelle Themen besprochen. Wenn thematisch notwendig, nahmen an dieser Runde auch Abteilungsführungen teil. Dies gilt insbesondere für das Jahr 2021. Wann immer möglich, war die Ministerin in dieser Runde anwesend.

Und noch ein kurzes Wort zur Vorbereitung: Ich habe mich vorbereitet auf die Befragung in diesem Ausschuss mit Unterlagen, die Ihnen durch das Bundesministerium der Verteidigung vorgelegt worden sind.

So weit zu meinen Ausführungen. Ich stehe Ihnen für Ihre Fragen zur Verfügung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Zeuge. Sie können, wenn Ihnen jetzt Vorhalte aus Akten gemacht werden, diese zur Verfügung gestellt bekommen von den Fragesteller/-innen. Und auch nach 21.30 Uhr gilt noch, dass die Fragesteller/-innen, wenn sie Fragen stellen, zu Beginn die MAT-Nummern nennen, sodass es alle nachvollziehen können, worauf sich der Aktenvorhalt bezieht.

Und damit beginnen wir die Befragung und fangen an bei der SPD-Fraktion und dem Kollegen Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Zimmer! Ich würde gern einsteigen mit Fragen, die noch ein bisschen Ihre Funktionen in der Leitung des Ministeriums beleuchten. Sie haben ja gerade ausgeführt, dass Sie auch für die Abteilungen „Politik“ und „Planung“ zuständig waren. Inwiefern war das auch mit Leistungen aus diesen Abteilungen verbunden, die im Hinblick auf den Afghanistan-Einsatz während des Untersuchungszeitraumes erfolgt sind?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Die Leistungen der Abteilungen - „Planung“ weniger, weil die Abteilung „Planung“ in diesem Fachbereich nicht mitgewirkt hat, aber sehr intensiv natürlich der Abteilung „Politik“ -, die Zuarbeiten für nicht nur die Jours fixes, sondern auch alle weiteren Besprechungen fanden für den Leitungsbereich statt und sind auch mir zugegangen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Und die gleiche Frage kann ich auch stellen im Hinblick auf die Abteilungen „Ausrüstung“ und „Cyberinformation“: Gab es spezifisch Afghanistan-bezogene Fragestellungen, die in diesen Abteilungen bearbeitet wurden?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Es gab insofern spezifische Bearbeitungsbereiche, als es um die Ausstattung der deutschen Kräfte ging. Das heißt, in dem Zeitraum, in dem der Untersuchungsausschuss die Untersuchung führt, gab es keine Punkte, die direkt für die Abteilung „Ausrüstung“ oder die Abteilung „CIT“ erforderlich waren zu beantworten und zu bearbeiten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gut. - Sie haben auch erwähnt, dass Sie sich mit dem Staatssekretär Hoofe bei möglichen Abwesenheiten gegenseitig vertreten haben. Ganz speziell betrifft es ja auch den Zeitraum im Juli und August 2021. Können Sie uns noch mal darstellen, wie dort die Vertretungsregelung war und wie Sie sie dann angewendet haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Die Vertretungsregelung war geregelt für den Urlaubszeitraum - zunächst ist Staatssekretär Hoofe in Urlaub gegangen, anschließend bin ich in den Urlaub gegangen - mit der natürlich kompletten Prokuraübergabe an den jeweilig anderen Staatssekretär. Mit anderen Worten: Alle Punkte, die aufgelegt worden sind in diesem Zusammenhang, sind entweder dann über meinen Tisch gegangen oder über den Tisch von Staatssekretär Hoofe.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gab es so etwas wie eine förmliche Übergabe? Oder sind dann tatsächlich nur die Zuständigkeiten auf die andere Person übergegangen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Es gab eine förmliche Übergabe, eine etwa zweistündige Telefonschalte, die wir gemacht haben - Telefonschalte wegen Corona unter anderem -, am 26.07. von mir an Staatssekretär Hoofe. Und als er in den Urlaub gegangen ist, haben wir ebenfalls eine Übergabe stattfinden lassen. Ich weiß aber nicht mehr, ob das telefonisch war oder per VTC; kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben vorhin erwähnt, dass die Ministerin, wenn immer möglich, bei den Morgenlagen persönlich anwesend war. Ich würde Sie gern bitten, zu beschreiben, wie die Austausch mit der Ministerin sich ausgestaltet haben. Welche Formate gab es da zusätzlich zu denen, die Sie bereits beschrieben haben, und wie häufig fanden die statt, und insbesondere natürlich im Hinblick auf die Lage und die Entwicklungen in Afghanistan?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Zweigeteilte Antwort: Es gab verschiedene Runden, auch mit den Abteilungsführungen, insbesondere nachdem am 14.04.2021 feststand, um es genau zu sagen, dass der Abzug jetzt kommt. In unmittelbarer Folge gab es eine Besprechungsrunde mit der Ministerin im kleinen Kreis und anschließend mit den Abteilungsführungen. Ansonsten mit Masse das, was ich angesprochen habe. In der Morgenlage, wann immer es erforderlich war, war das Personal aus den Abteilungen, das unmittelbar Verantwortung in den Bereichen hatte bzw. inhaltlich ergänzen musste aufgrund des vorhandenen Fachwissens, dort anwesend.

Es gab ansonsten verschiedene Treffen, die dann aber nicht regulär aufgesetzt waren, sondern es kam natürlich zu Besprechungen auch bei ihr im Dienstzimmer, es kam natürlich auch zu Besprechungen in anderen Kreisen, die aber nicht festgelegt waren.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Das Organisatorische können wir jetzt hinter uns lassen. Ich möchte gern einsteigen bei den fachlichen Themen mit Fragen im Hinblick auf die Sicherheitslage in Afghanistan.

Wann haben Sie das erste Mal diesen Begriff, der sehr oft jetzt in diesen Befragungen besprochen wird, Szenario „Emirat 2.0“, den der BND geprägt hat, erfahren?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Das Wort „Szenario 2.0“ habe ich das erste Mal erfahren Mitte des Jahres 2020 aus einem Jour fixe, in dem das besprochen oder angesprochen worden ist, kurz vorgestellt worden ist. Dort habe ich mir dann ebenfalls die Unterlagen geholt und habe sie damals gelesen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nach unseren Unterlagen gab es eine Staatssekretärsrunde am 5. November 2020, also schon wieder etwas später im Zeitlauf. Und ausweislich des Sitzungsprotokolls wurde als wahrscheinliches Szenario eben genau dieses Szenario „Emirat 2.0“ vorgestellt; ich beziehe mich auf MAT A BMZ - etwas ungewöhnlich - 3.84 VS-NfD, Blatt 284 bis 289.

Nachdem es auch dem BMVg bekannt war, dass dieses Szenario als das wahrscheinlichste bezeichnet wurde, und Sie vorhin auch angedeutet haben, dass mit der Abteilung „Politik“ auch eine gewisse Nahbeziehung bestand: Welche politischen Schlüsse wurden von Ihnen bzw. von den Ihnen unterstellten Abteilungen aus dieser Szenarioanalyse und der Vorhersage, dass dieses Szenario das wahrscheinlichste sei, damals bereits gezogen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Wenn Sie gestatten, würde ich gerne das Papier kurz einsehen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gern.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Zunächst einmal ist das ein Jour fixe Mali/Afghanistan gewesen, wie vorhin bei mir in der Einleitung angesprochen, bei dem Staatssekretär Hoofe dabei war. Insofern ist das nicht unmittelbar an mich herangetragen worden. Hinsichtlich der politischen Schlüsse kann ich deshalb keine Aussage machen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich kann mich noch daran erinnern, dass der Begriff „Emirat 2.0“ in diesem Zusammenhang gegen Jahresende 2020 gefallen ist. Weitere Überlegungen kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Auch diese Frage ist vielleicht relativ schwierig zu beantworten, aber ich stelle sie trotzdem. Wir haben in unseren Unterlagen keinerlei Informationen zu diesem oder eher in der Nähe liegenden Zeitraum gefunden, dass diese Information über die Wahrscheinlichkeit des Zusammenbruchs des afghanischen Regierungssystems und die Übernahme der Macht durch die Taliban im Wege eines Emirates 2.0 in den parlamentarischen Raum weitergegeben wurde vonseiten des BMVg. Können Sie sich daran erinnern, wann Sie im parlamentarischen Raum das erste Mal über dieses Szenario gesprochen haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Tut mir leid, kann ich mich wirklich nicht dran erinnern.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben ja bereits angeführt, dass für diesen ersten Teil der Staatssekretärsrunden zu Afghanistan/Mali Ihr Kollege Staatssekretär Hoofe teilgenommen hat. Im April kam es dann zu diesem Wechsel, den Sie ebenfalls dargestellt haben. Ich würde Sie gerne nach den Hintergründen fragen, warum da die Zuständigkeiten zwischen Ihnen und dem Herrn Hoofe gewechselt haben.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich gestehe ehrlich, ich habe auch überlegt. Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß wirklich nicht mehr, warum es zu dieser Entscheidung gekommen ist, dass der Bereich dann zu mir gewechselt hat. Vermutlich - - Aber ich lasse das „Vermutlich“ mal lieber außen vor. Ich weiß es nicht, ich kann es Ihnen nicht sagen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie sich zumindest erinnern, von wem diese Entscheidung getroffen wurde? Direkt von der Frau Ministerin oder auf welcher Ebene?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich weiß es nicht, tut mir leid.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ein Unterschied, der uns bei der Durchsicht der Unterlagen aufgefallen ist, ist, dass in den Staatssekretärsrunden zuvor, wie ich es eben auch vorhin gerade geschildert habe, der BND vertreten war, der eben auch über seine Erkenntnisse zur Sicherheitslage berichtete. In den Vermerken über die nachfolgenden Jours fixes taucht dann der BND so aber nicht mehr auf. Da stellt sich die Frage: Erinnern Sie sich, ob der BND an diesen Jours fixes teilgenommen hat oder nicht?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich erinnere mich nicht daran, dass er daran teilgenommen hat. Ich kann es aber auch nicht ausschließen, dass er in der einen oder anderen Runde war. Ist aber, wenn er denn teilgenommen hat oder hätte, aufgeführt in den jeweiligen Protokollen, die danach erstellt worden sind.

Wenn Sie gestatten, noch eine Anmerkung: Es wurde aber grundsätzlich zur Sicherheitslage vorgetragen von zweien: Einmal hatte das Bundeskanzleramt ab und zu mal Anmerkungen aus dem Bereich des Bundesnachrichtendienstes gebracht; der zweite Punkt war, dass einige Ergänzungen gemacht worden sind aus unserem Bereich, insbesondere vom Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“, der ja ebenfalls über die Informationen des BND verfügte. Und es gab einige Einschätzungen - daran erinnere ich mich noch einmal sehr genau - in der Diskussion, die auch Herr Potzel als Sonderbeauftragter Afghanistan miteingebracht hat.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Weil Sie die Informationseinbringung durch das Ministerium gerade erwähnen: Sind da nur Informationen über den BND eingebracht worden oder auch eigene Erkenntnisse aus dem Militärischen Nachrichtendienst?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Soweit aus dem Bundesministerium der Verteidigung die Lage dargestellt worden ist, bildete sie immer ab, was aus dem BND zu erfahren war, und zugleich das, was wir aus den jeweiligen Einsatzkontingenten noch mitbekommen haben. In dem Zusammenhang muss man natürlich ehrlicherweise sagen: Mit dem Abschmelzen der Kontingente und mit dem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

temporären - - temporär ist falsch, dem mit der Zeit nach und nach Aufgeben von Ausbildungsunterstützung und anschließend auch nicht mehr den Kontakten, die man zu den jeweiligen Bereichen in der Region - und zwar sehr detailliert vor Ort - hatte, nahmen natürlich auch die Informationen, die wir selbst hatten, ab.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann stellt sich mir die Frage: Aus Ihrer eigenen Wahrnehmung als Teilnehmer in diesen Runden, wurden diese Informationen zur Sicherheitslage in Afghanistan auf Grundlage der zur Verfügung stehenden oder gestellten Informationen von allen Ressorts gleichermaßen bewertet? Oder sind Ihnen in der Bewertung der Sicherheitslage aus diesen Runden unterschiedliche Wahrnehmungen bekannt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich erinnere mich nicht, dass wir das intensiv diskutiert haben. Es war ein Bestandteil, der die Sicherheitslage dargestellt hat. Ich erinnere mich keiner kontroversen Diskussion hinsichtlich der Sicherheitslage.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich darf auf einen konkreten Fall eingehen. Da ging es allerdings schon - - im Zeitraum nach dem Fall Kabuls. Da schrieb der Referent G■■■■ aus dem Referat SE I 3 am 20. August seinem Referatsleiter Herrn F. - der Name spielt keine große Rolle - auf Nachfrage von Unterabteilungsleiter W. von SE I - MAT A BMVg-3.166 VS-NfD, Blatt 540 f. -, wie die Aussage des BND zu bewerten sei, dass die Schuld der Fehleinschätzung zum Fall Kabuls auch beim BMVg läge. Ich zitiere. - Und wir können es Ihnen auch gerne vorlegen, wenn Sie möchten.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Das wäre nett.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Jörg Nürnberger (SPD):**

„Am 1. Dezember 2020 hat der BND im Rahmen der ND-Lage (damit allen Ressorts bekannt) erstmals seine drei Langezeit-szenarien aufgeworfen ...,“

- davon haben wir vorhin gesprochen -,

„darunter auch das „Emirat 2.0“. ... Das Szenario „Emirat 2.0“ stellte auch für uns, anders als für die USA (Bürgerkrieg als höchste Wahrscheinlichkeit), das wahrscheinlichste Szenario dar. Der BND ordnete es zeitlich allerdings auf 2+ Jahre und deutlich nach einem erfolgten Abzug ein und hat, trotz wiederholter Aufforderungen, seine Zeitlinien bis zuletzt nicht aktualisiert. Wir haben ab Juni begonnen - ausgelöst durch die Raumgewinne der TLB sowie gestützt durch USA und GBR Analysen - unsere Zeitlinien zu verkürzen.

Die eigentliche Analyse BND „Emirat 2.0“ ist allerdings erst vom 30.07.2021.“

Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich kenne den Vorgang selbst nicht, bin auch nicht adressiert, soweit ich mich erinnern kann. Ich erinnere mich allerdings, dass in den Staatssekretärsrunden wir durchaus unterschiedliche Zeiten hatten und nicht davon ausgegangen sind dauerhaft, dass es nur zwei Jahre dauert. Ich erinnere mich, dass wir im Zeitraum Mai/Juni Berichte hatten, wonach wir davon ausgegangen sind, dass es auch früher sein kann. Es war allerdings nie früher als im Jahre 2022. Ich erinnere mich noch, dass es in der Regel März oder April hieß.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wann haben Sie in Ihrer Funktion dann das erste Mal tatsächlich Informationen erhalten, die Sie dazu veranlasst haben, von einem wesentlich kürzeren Zeitraum auszugehen, immer auch im Hinblick auf Ihre Tage, wo Sie im Urlaub waren?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ja, wie gesagt, also diese Kurzfristigkeit ist, bis ich in den Urlaub gegangen bin, also mit anderen Worten: bis zum 26.07., nicht gegeben. Das weiß ich sicher. Wann es dann umgeschwenkt ist, vermag ich nicht zu sagen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Darf ich daran die Frage anschließen, dass Sie während Ihrer Urlaubszeit über diese Vorgänge nicht im Detail informiert worden sind oder sich informiert haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Das ist richtig, dass ich nicht im Detail über diese Punkte informiert worden bin.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ganz anderes Thema, solange ich noch ein bisschen Zeit habe?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke sehr. - Ich würde gern jetzt auf das Thema eingehen, wie die Bundesregierung und Ihr Ressort insbesondere mit gefährdeten Ortskräften eine Lösung beabsichtigt und dann am Ende auch erarbeitet hat.

Zunächst eine relativ abstrakte Frage: Hatten Sie als Staatssekretär, der nicht für die Abteilung SE zuständig ist und damit auch nicht für das Ortskräfteverfahren, Bezugspunkte zum Ortskräfteverfahren und welche? Wann wurden Sie damit befasst und auf welche Art und Weise?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Nach meiner Erinnerung wurde ich damit befasst, unmittelbar nachdem dieser Sicherheitspolitische Jour fixe Afghanistan eingerichtet worden ist, weil zu diesem Zeitpunkt natürlich die Frage der Ortskräfte schon virulent war.

Ich weise allerdings auch darauf hin, dass wir auch in den vorherigen Besprechungen schon über Ortskräfte gesprochen haben. Ich erinnere mich noch der einen oder anderen Morgenlage, die ich vorhin als Institution oder als Einrichtung angesprochen habe, dass das Thema Ortskräfte bereits im Jahr davor thematisiert worden ist.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gerade in den seit April stattfindenden Jours fixes der Staatssekretäre waren Sie regelmäßig dabei, ebenso auch wie der Abteilungsleiter General Schütt. Regelmäßiges Thema war eben auch das Ortskräfteverfahren, so wie Sie es dargestellt haben. Wie würden Sie die Positionen der beteiligten Ressorts in dieser Staatssekretärsrunde beschreiben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Das BMVg war sehr interessiert. Ich sprach vorhin an, dass wir bereits im Jahr davor angefangen haben, uns darüber Gedanken zu machen, das Ortskräfteverfahren so zu gestalten, dass wir in der Lage sind, unseren Ortskräften, soweit sie denn wollen, die Ausreise zu ermöglichen, einschließlich ihrer Familienangehörigen, soweit sie zu dem engeren Kreis nach den Regelwerken des BMI - - folgen.

Zweiter Punkt in dem Zusammenhang: Wir haben vergleichsweise früh versucht, mit der Kenntnis und Erinnerung daran, wie wir mit den Ortskräften umgegangen sind, als die Operation ISAF beendet und Resolute Support aufgesetzt worden ist und wir damit eine entsprechende Anzahl von Ortskräften nicht mehr benötigt haben, die Gefährdungsabschätzung so fahren zu lassen, dass wir in der Lage sind, wie eben schon angesprochen, denen, die ausreisen wollen, dann die Möglichkeit auch zu gewähren.

Bei den anderen Ressorts war das unterschiedlich ausgeprägt. Das Auswärtige Amt war besonders daran interessiert, durch keine schnellen Maßnahmen und damit große Zahlen von Ortskräften, die nach Deutschland kommen oder ausreisen, die Arbeitsfähigkeit der afghanischen Regierung, der afghanischen Administration zu schwächen. Es war auch immer die große Sorge, die das Außenamt vorgetragen hat, dass wir - insbesondere gilt das für den Zeitraum ab Mai 2021 - falsche Bilder generieren würden, die die afghanische Regierung nicht nur schwächen würden, sondern auch insgesamt aufzeigen würden, dass das Land Afghanistan nicht mehr unterstützungsfähig sei.

Warum dieser Punkt? Selbst nach Abzug der deutschen Truppen war die feste Absicht, Afghanistan weiter zu unterstützen. Soweit denn Afghanistan den Regelwerken und all dem, was machbar ist, folgte - eines der Stichwörter war immer Korruption, ohne darauf einzugehen -, war auf jeden Fall das Bestreben des Außenamtes, alles das in irgendeiner Hinsicht zu halten, was eine weitere Arbeit mit der afghanischen Administration, mit der afghanischen Regierung ermöglicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hatte einen weiteren Punkt, der immer angesprochen worden ist: Man wollte nach Abzug der Truppen von Resolute Support sicherstellen, dass man weiter in der Entwicklungsarbeit fortfahren kann. Das geht - so war häufig zu hören - natürlich nicht, wenn man keine Ansprechpartner mehr vor Ort hat und wenn die Kräfte, die bisher die Zusammenarbeit durchgeführt haben, nicht mehr da sind.

Ein weiterer Punkt, der aufgeführt worden ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Es dürfe kein Präjudiz geschaffen werden mit einer dieser Entscheidungen, weil, um es kurz auszudrücken, wenn wir jetzt Ortskräfte ausfliegen in einer Situation, wo wir nicht genau wissen, wie die Entwicklung weitergeht, auf jeden Fall keine konkrete Gefährdung für die Ortskräfte der internationalen Zusammenarbeitsgemeinschaft bestünde, würde man ein Zeichen setzen, dass auch in anderen Ländern, in anderen Teilen der Welt dann Entwicklungszusammenarbeiter, wenn die Lage sich jeweils verschlechtern würde, entscheiden würden, ebenfalls rauszugehen.

Der dritte Punkt, der aufgeführt worden ist vom Entwicklungshilfeministerium, war auch sehr deutlich: Wir sprechen über andere Zahlen und Größenordnungen, als das in den Zahlen des Bundesministeriums für Verteidigung und der Bundespolizei, also derjenigen, die mit den Sicherheitskräften zusammengearbeitet haben - - Insofern sei das eine Geschichte im Einvernehmen dann mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dass es ein Punkt sei, den man kaum abfangen und kaum umsetzen könnte, wenn es denn zu so großen Zahlen an Ausreisen käme. - Das vielleicht als Kurzzusammenfassung über die verschiedenen Blickwinkel.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur Union. Herr Kollege Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Herr Staatssekretär Zimmer, vielen herzlichen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. Ich würde mit Ihnen einmal kurz über Ihre Beteiligung an der Mandatsverlängerung Anfang 2021

reden. Sie haben eben in Ihrem Eingangsstatement oder in der Befragung - weiß ich nicht mehr genau - darauf hingewiesen, dass Sie formal für Mandatsverlängerungen nicht zuständig gewesen wären, gleichwohl ergibt sich aus unseren Unterlagen, dass Sie trotzdem eingebunden waren.

Ich würde einen Vorhalt machen aus MAT A AA-9.119 VS-NfD, Blatt 29. Das ist eine Vorbereitung für die telefonische Unterrichtung zu RSM gemeinsam mit Bundesministerin Kramp-Karrenbauer, für Außen- und Verteidigungspolitiker der CDU/CSU sowie der SPD-Bundestagsfraktion. Da heißt es - auf Bedarf können wir Ihnen das vorlegen -:

„Zur Mandatsdauer Festlegung der SPD-Fraktion auf 9 Monate, Unionsfraktion tritt dagegen für 10 Monate ein. Am 04.02. Verständigung zwischen StS Berger und BMVg/StS Zimmer auf eine Mandatsdauer von 9 Monaten.“

Meine Frage ist jetzt: Erinnern Sie sich an diesen Vorgang, und waren Sie tatsächlich in diesem Einzelfall dann an der Frage der Dauer der Verlängerung des Mandats beteiligt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also, ich erinnere mich keines Gespräches zu diesem Themenbereich. Ich weiß, dass die Absicht des Bundesministeriums der Verteidigung war, zehn Monate zu nehmen, also mit anderen Worten, die Mandatsdauer bis zum 31.01. des Jahres 2022 auszudehnen. Das war einfach der Tatsache geschuldet, dass man, da ja Wahlen im Jahre 2021 anstanden, einfach die Sicherheit haben wollte, dass man vergleichsweise aufgestellt in die Diskussion zu einer gegebenenfalls notwendigen oder beabsichtigten Verlängerung des Mandates reingeht.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich würde Ihnen dann zu diesem Sachverhalt ein Dokument vorlegen. Das ist bei uns MAT A AA-9.132 VS-NfD, Blatt 244 bis 248, hier gleich die erste Seite 244.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich habe es gelesen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Genau, das ist ein Vorgang, den Sie nicht kennen, weil er aus dem Leitungsstab des Auswärtigen Amtes kommt, aber das betrifft genau den Vorgang, über den wir eben miteinander gesprochen haben, nämlich die Frage der Verlängerung des Mandates um neun oder zehn Monate. Da heißt es unter anderem jetzt hier auf Blatt 247 zu Afghanistan - aus dem Leitungsstab des Ministers Maas wird hausintern geschrieben -:

„Rolf“

- gemeint ist sicherlich Rolf Mützenich, also der SPD-Fraktionsvorsitzende -

„besteht ... auf Mandatsende Ende Dezember (nicht: Nov/Dez oder Jan). Hier würden wir der Fraktion“

- also gemeint ist die SPD-Fraktion -

nochmal die Argumente, die dagegen sprechen übermitteln ... mE allerdings wird das nicht so viel bringen, wahrscheinlich kommt es Rolf gerade darauf an, die neuen Mehrheiten im BT zu ärgern.“

Meine Frage ist jetzt: Ist Ihnen bekannt, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende damals die Entscheidung über die Dauer des Verlängerungsmandates zum Anlass genommen habe, neue Mehrheiten im Bundestag zu ärgern?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Man soll es ja eigentlich nicht machen, aber die Antwort ist kurz Nein.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Hat die Frage, ob die Mandatsverlängerung Ärgerpotenzial hat, in Ihrem Gespräch mit Staatssekretär Berger inhaltlich eine Rolle gespielt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Nicht dass ich mich erinnere. Es ging einfach darum, dass wir etwas unterschiedliche Auffassungen zu zehn oder

neun Monaten hatten. Aus Sicht des Bundesministeriums der Verteidigung hat es sich auch in den Jahren der vorigen Regierungswechsel bewährt, die Mandate entsprechend etwas länger zu fassen, was die Laufzeit anging.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Üblicherweise waren die Afghanistan-Mandate ja immer Jahresmandate; also das Mandat lief im März 2021 ab und stand zur Verlängerung an. Und nun wird über eine Dauer geredet, die weniger ist als die 19 Jahre vorher, nämlich nur noch zwölf Monate. Jetzt werden in diesem Vermerk hausintern auch Argumente genannt, die Sie sich eben angeschaut haben:

- Die Mandatsdauer wollen wir auf 10 Monate verkürzen. Damit haben die nächste BReg und der nächste BT zum frühestmöglichen Zeitpunkt Gelegenheit ..., sich im Rahmen des neuen Mandatierungsverfahrens ... zu befassen.
- Eine Verlängerung um nur 9 Monate brächte große Nachteile ... mit sich:
  - Szenario 1: ... Regierungsbildung bis Ende November ... die parlamentarische Behandlung des Mandats müsste ohne Not stark verkürzt werden.
  - Szenario 2: ... Regierungsbildung bis Ende November nicht ..., müsste das Mandat ... um wenige Monate durch noch geschäftsführende BReg und ... Hauptausschuss ... verlängert werden.“

Das sind inhaltliche Argumente, die gegen die nur neunmonatige Verlängerung des Mandats gesprochen haben. Haben Sie diese Argumente in Ihrem Gespräch mit Staatssekretär Berger vorgebracht?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Da ich mich eines Gespräches nicht erinnere, muss ich ehrlicherweise



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen, kann ich das auch nicht sagen. Diese Argumente klingen aber nicht fremd für mich; denn das Bundesministerium der Verteidigung hatte ja die Absicht, zehn Monate als Mandatsdauer zu haben.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Deswegen noch mal die Frage: Teilen Sie die in dieser Mail genannten Argumente, die für eine zehnmonatige Verlängerung begründet worden sind? Oder haben Sie damals diese Argumente geteilt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also, ich sage mal: Damals ist das so geteilt worden von mir, wenngleich ich das Dezierte, was Sie eben ausgeführt haben - - zumindest mich nicht daran erinnere, gelesen zu haben. Aber das waren unsere Argumente.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wenn das Ihre nachvollziehbaren Argumente gewesen sind, warum haben Sie sich dann mit Staatssekretär Berger nur auf neun Monate verständigt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Und das genau ist meine Frage: Ich erinnere mich nicht daran, dass wir uns darauf verständigt haben. Ich erinnere mich wirklich nicht dran.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wie lange ist das Mandat denn dann verlängert worden?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Bis zum 31.01. des Jahres 2022, also zehn Monate.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Und können Sie sich erklären, wie diese Veränderung dann noch mal wieder zustande kam?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Nach meiner Erinnerung gab es verschiedene politische Gespräche, die nicht auf der Arbeitsebene - also ich zähle mich in diesem Falle mit zur Arbeitsebene - stattgefunden haben, und dann wurde abschließend festgelegt, dass man auf zehn Monate geht.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Hier oben steht jetzt ja noch - - Auf der ersten Seite schreibt Frau Stasch aus dem Leitungsbereich des Außenministers:

„Ich hab mir das gerade nochmal angeschaut. Meine Vermutung ist, dass genau diese Schwierigkeiten Rolf sehr recht sein werden. Es den künftigen Mehrheiten so schwer wie möglich zu machen ...“

Meine Frage ist: Ist in Ihren Beratungen sozusagen diese Absicht von Herrn Mützenich, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden, irgendwann einmal offenbar geworden oder mitgeteilt worden, dass er es den künftigen Mehrheiten so schwer wie möglich machen möchte?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich knüpfe noch mal an an das, was ich vorhin gesagt habe: Ich kenne die Argumentation nicht.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das ist schade.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** So ist das Leben.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Aber es ändert nichts daran, dass es hier in den Akten ist. - Genau. - Dann würde ich gerne noch einmal jetzt über eine weitere Fristverlängerung mit Ihnen sprechen wollen, und zwar geht es um die Erweiterung der Berechtigung der Ortskräfte von den bis dahin geltenden zwei Jahren auf einen längeren Zeitraum. Nach unseren Unterlagen - das ist MAT A AA-9.56 VS-NfD, Blatt 31 - haben Sie an einer Sondersitzung des Sicherheitspolitischen Jour fixe zu Afghanistan am 25.05.2021 teilgenommen. Und dort heißt es zum Ortskräfteverfahren - können wir Ihnen aber auch gerne vorlegen, wenn Sie möchten -:

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** -

„BMVg verwies auf hohe innenpol. Erwartungshaltung hinsichtlich ambitionierten OKV und regte flexiblere Handhabung der vereinbarten Zweijahresgrenze an. Konkret betreffe dies seit 2013 erfasste



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Antragssteller, deren Anträge aufgrund nicht ausreichend erkennbarer Bedrohungssituation bereits abschlägig beschieden wurden (ca. 500, exklusive Kernfamilien) und die nun ggf. erneuten Antrag angesichts veränderter Gefährdung stellen könnten. **AA, BMI und BMZ** einvernehmlich: Festhalten an der vereinbarten Linie wegen Vermeidung möglicher Sogwirkung zur Ausdehnung auf Fallgruppen über die vom BMVg befürwortete Flexibilisierung hinaus.“

Meine Frage noch: Was erinnern Sie noch über diese Diskussion zum damaligen Stand? Ist es zutreffend beschrieben, dass das BMVg bereits im Mai 2021 auf die Ausweitung des Ortskräfteverfahrens hingewirkt hat und dies am Widerstand des Auswärtigen Amtes, des BMI und des BMZ gescheitert ist?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich erinnere mich auch dieser Staatssekretärsrunde sehr deutlich. Vielleicht noch mal einen kurzen Ansatz: Die Ministerin hatte schon vergleichsweise früh, und das war vor Mai, festgehalten: Wir haben 2013/2014 den Übergang von einer Mission zu einer anderen Mission gehabt, wir bilden jetzt tatsächlich den Abzug. Das heißt, wir müssen einen anderen Weg einschlagen, als wir das getan haben, bevor wir oder während wir nur die Mission geändert haben. - Insofern war das tatsächlich die Forderung, die wir aufgestellt haben, und, wie ich eben schon ausgeführt hatte, die Positionen des Innenministeriums - das war mit dabei -, des Wirtschaftsministeriums und des Außenamtes mit den verschiedenen Punkten, die ich eben bereits genannt habe, sprachen sich in diesem Zusammenhang dagegen aus.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Meine kurze Frage: Erinnern Sie, ob Sie - Sie waren ja zu dritt aus dem BMVg in dieser Sondersitzung, wovon Sie der Dienstgradhöchste waren, würde ich mal sagen - - Erinnern Sie sich, dass Sie das vorgetragen haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Kann ich nicht sagen, tut mir leid.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nun ist hier von hohen innenpolitischen Erwartungen die Rede oder von einer hohen innenpolitischen Erwartungshaltung. Können Sie dem Ausschuss kurz erklären, was wir darunter verstehen können?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Wir hatten in verschiedenen Runden schon vor dem Mai des Jahres 2021 Gespräche im Bereich der Politik, insbesondere die Ministerin, die davon mitbrachte, dass eine sehr große Erwartungshaltung nicht nur unter der Regierungskoalition, sondern auch unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages von anderen Fraktionen bestehen würde, dass wir etwas machen würden. Unbenommen der Tatsache - und das muss man ehrlicherweise sagen - ist der Treiber ein anderer gewesen. Wir haben Verantwortung für unsere Ortskräfte, die natürlich in einem besonderen Arbeitsverhältnis und in einer besonderen - nicht vergleichbar mit anderen Ortskräften - Gefährdungslage stehen, wenn sie für Sicherheitskräfte, ob das die Polizei oder die Bundeswehr ist, eingestanden sind über diese letzten Jahre. Und deshalb war unsere Erwartung nicht nur das damals gültige Verfahren - zwei Jahre Arbeitsvertrag -, sondern alle ab 2013 dort mit aufzunehmen und zumindest abzufragen.

Natürlich galt es dann auch zu prüfen, inwieweit diese Personen dann tatsächlich unter der Gefährdung zu beurteilen sind, dass sie aufgenommen werden. Da gab es noch andere Dinge zu überprüfen. Ich erinnere mich auch eines Falles, da hatte jemand Gefährdung angezeigt, ist aber damals abgelehnt worden aus Gründen, die eine gewisse Rechtsauffälligkeit dieser Person mit sich brachten. Ich kann Ihnen den Namen nicht sagen, aber ich erinnere mich dieses einen Falles, weil er ab und zu mal genannt worden ist.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** In einem Vermerk über eine weitere Sondersitzung des Sicherheitspolitischen Jour fixe vom 08.06.2021, also rund einen Monat später - das ist MAT A AA-8.283 VS-NfD, Blatt 315 f., also auf



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Seite 316 -, steht noch mal, dass das Auswärtige Amt dafür plädierte, die vereinbarte Zweijahresfrist für die Berechtigung nicht infrage zu stellen.

„**BMVg** erklärte, BM\*in Kramp-Karrenbauer wolle weiterhin eine rückwirkende Ausweitung bis 2013 und habe dies bereits auch mit BM Seehofer besprochen. Nach Erwartung des **BMVg** würde dies insgesamt 5000 Personen betreffen (Kernfamilien mitgezählt).“

Meine Frage ist jetzt noch mal: In diesem Zusammenhang ist ja als Gegenargument gegen diesen vom **BMVg** befürworteten Erweiterungswunsch geäußert worden, es könne eine Sogwirkung zur Ausdehnung auf Fallgruppen geben, oder es ist von einem Rutschbahneffekt die Rede. Können Sie uns kurz erklären, warum Sie diese Einwände aus dem Auswärtigen Amt und/oder dem **BMI** und **BMZ** nicht geteilt haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich habe die Einschätzung nicht geteilt angesichts der Tatsache, dass es eine besondere Gefährdungslage für den Bereich der Ortskräfte gab, die unmittelbar mit Sicherheitskräften zusammengearbeitet haben. Die wurde anders eingeschätzt bei uns im Hause, als dies von anderen Häusern eingeschätzt worden ist, bezogen auf alle Ortskräfte, und am Ende ging es darum: Stellen wir nur die Ortskräfte des **BMVg** in dieser Richtung - - Ermöglichen wir es nur den Ortskräften des **BMVg**, oder ermöglichen wir es auch den anderen? - Wir konnten zu keiner Einigung kommen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Am Ende hat es ja die Ausweitung des Ortskräfteverfahrens dann so gegeben, wie es das **BMVg** auch schon bereits spätestens, also zumindest in diesem Sicherheitspolitischen Jour fixe im Mai und Juni 2021 vorgeschlagen hat. erinnern Sie sich noch, weshalb und mit welcher Begründung der Widerstand der anderen Ressorts dann gegen diese Ausweitung ausgeräumt werden konnte?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich erinnere mich daran, dass es auf der Ebene der Staatssekretäre nicht am Ende entschieden werden konnte, weshalb es dann in den politischen Raum gegeben

wurde und die Ministerinnen und Minister sich diesbezüglich dann geeinigt haben. Das erfolgte, wenn ich mich recht entsinne, am 16.06.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Offensichtlich in zeitlichem Zusammenhang mit dem Sicherheitspolitischen Jour fixe vom 08.06., wo ja schon darüber berichtet wurde, dass offensichtlich hier ein Ministergespräch - ein rasches Bundesministergespräch - stattfinden soll, um eine gemeinsame Entscheidung für die Bundesregierung zu treffen.

Wenn Sie jetzt auf die danach erfolgte Evakuierung der Ortskräfte blicken, würden Sie sagen, dass die von Ihnen vorgetragenen Argumente für eine solche Ausweitung sich als richtig erwiesen haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ja, das würde ich heute auch noch sagen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. Das beendet meine Befragung insgesamt. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich danke Ihnen, Herr Kollege Röwekamp. - Und wir wechseln zu Frau Bayram.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Lieber Herr Zimmer, ich würde gerne allgemein zu dem regulären Sicherheitspolitischen Jour fixe noch ein paar Informationen bekommen, inwieweit das in dieser Legislatur eingerichteter Jour fixe war oder inwieweit das so ein laufendes Geschäft war, was immer gemacht wurde, welchen Anteil bei diesem Jour fixe eigentlich das ja von uns natürlich so ein bisschen wie ein Zoom betrachtete Sonderthema hatte. Vielleicht können Sie das für uns hier als Ausschuss mal einordnen.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Das mache ich gerne. Das Sicherheitspolitische Jour fixe existierte zumindest so lange, wie ich mich erinnern kann, also deutlich auch vor meiner Zeit. Das Sicherheitspolitische Jour fixe diente im Endeffekt dazu, dass alle Einsatzgebiete, in denen die Bun-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

deswehr eingesetzt wird, aber auch alle Einsatzgebiete, die in irgendeiner Hinsicht nicht von der Bundeswehr selbst, aber von politischer Relevanz aus den anderen Ministerien sind, dort bearbeitet werden, besprochen werden, weil es ja durchaus koordinierende Notwendigkeiten hätte geben können. So ist der Jour fixe nach meiner Erinnerung entstanden. Anwesend waren in dem Jour fixe immer das Bundeskanzleramt, immer das Außenamt, immer das Ministerium des Innern und für Bau und Heimat - in diesem Zeitraum für Bau und Heimat - und das Bundesministerium der Verteidigung. Wie gesagt, war das überblickend einmal alle Gebiete durchzugehen, neue Entwicklungen zu nehmen und insbesondere untereinander abzustimmen - -

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank so weit. - Meine weitere Frage wäre, wie Sie sich denn auf dieses Gremium vorbereitet haben oder wie weit Sie dort Entscheidungen treffen konnten, vorher abstimmen mussten, dass wir davon auch noch mal einen Einblick bekommen, was so Ihre Rolle in dieser Runde war.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Zunächst zu meiner persönlichen Vorbereitung: Die persönliche Vorbereitung fand in der Regel ein paar Tage vor dem durchzuführenden Sicherheitspolitischen Jour fixe statt, wurde entweder wahrgenommen durch den stellvertretenden Generalinspekteur, den Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“ oder dessen Stellvertretung und den Abteilungsleiter „Politik“ und dessen Stellvertretung.

Was die Bereiche Abstimmung angeht: In der Regel fand zwischen den Sicherheitspolitischen Jours fixes ja die normale Zusammenarbeit auf Referatsebene unter den Ressorts statt. Also es gab Abstimmungen. Es war in erster Linie ein Informationsaustausch. Gab es Punkte zu entscheiden, dann wurden diese Punkte aufgebracht und dann besprochen in der Staatssekretärsrunde, in der Regel mit dem Ziel, wenn man sich nicht einigen konnte in einer Runde, also etwas kritisch war, sich dann anschließend in der nächsten Runde auf jeden Fall einigen zu können und dazwischen die Zeit zu nutzen, auf Arbeits-

ebene einen Kompromiss oder eine Linie zu finden, die funktioniert, und allen Belangen, die ja sehr unterschiedlich sind in diesen Ressorts, durchaus dann Rechnung zu tragen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und sind denn aus diesen Runden dann solche Aufträge, wie Sie sie gerade so eindrücklich geschildert haben, ausgelöst worden für Sie in Bezug auf den natürlich uns interessierenden Teil Untersuchungszeitraum Afghanistan?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Nicht dass ich mich erinnere. In der Regel hat der Sicherheitspolitische Jour fixe nur einen sehr groben Überbau gemacht hat. Ich erinnere noch mal an meine Einführung. Es gab ja parallel noch den Jour fixe Afghanistan/Mali, in dem ging man dann sehr deutlicher ins Detail. Ich muss allerdings ehrlich gestehen: In der Hinsicht bin ich weder vorbereitet worden. Ich habe ab und zu mal eine Rückkoppelung bekommen, aber das war das Betätigungsfeld von Staatssekretär Hoofe, bis es zu dieser Aufspaltung im April des Jahres 2021 kam und das Sondergremium Afghanistan eingerichtet wurde.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Mich interessierte aber, inwieweit in dieser bestehenden Struktur Aufträge ausgelöst wurden aufgrund der Informationen, die Sie dort erhalten haben.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich kann mich keines konkreten Auftrages erinnern.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Weil Sie ja gesagt haben: „Wir haben uns mit dem anderen Staatssekretär teilweise gegenseitig vertreten oder auf dem Laufenden gehalten“: Gab es da Absprachen untereinander oder Rücksprachebedarfe mit Blick auf diese regelmäßige Runde?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Wenn immer ein Bereich meinerseits betroffen war zu Afghanistan, der, wie gesagt, in den deutlich dezidiert und tiefer einsteigenden Sicherheitspolitischen Jour fixe Afghanistan/Mali Eingang finden sollte, dann ja. Ich erinnere mich aber keines einzigen offenen großen Punktes, der in diesem Zeitraum,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

von dem wir im Untersuchungsbereich sprechen, entweder für Staatssekretär Hoofe oder für mich zu dem Punkt geführt hätte: Wir müssen jetzt dringend miteinander sprechen. - Was ausgetauscht worden ist, sage ich auch ganz ehrlich nach meiner Erinnerung, ist das Thema Ortskräfte, das vor den vorhin angesprochenen Jours fixes Afghanistan schon eine Rolle gespielt hat.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jetzt hatte ich ja vorhin schon gesagt, dass wir hier sozusagen von Berufs wegen diesen Fokus auf das Thema Afghanistan haben. Das heißt, wir interessieren uns nicht nur für die großen, sondern auch für die kleinen Fragen. Vielleicht können Sie uns von den kleinen Beispiele geben oder vielleicht alle benennen, wenn es nicht so viele waren, zu denen Sie dann Rücksprache hatten mit Ihrem Staatssekretärkollegen.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich muss ehrlich gestehen: Weiß ich nicht. Wir haben uns zusammengesetzt, aber es ist nie ein Protokoll geführt worden, und die Lage entwickelte sich ja kontinuierlich. Ich kann Ihnen kein Beispiel nennen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie sich denn nur zu dem Thema dann zusammengesetzt, oder war das dann in regelmäßigen anderen Runden, in denen Sie sich ausgetauscht haben, und dann wurde auch über Afghanistan geredet?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich bin jetzt ein bisschen lost. Ich gebe Ihnen jetzt eine Antwort, weiß aber nicht, ob ich mit der Antwort Ihre Frage treffe. - Bei unserem regelmäßigen wöchentlichen Austausch stand alles auf dem Tableau, alles, was tagesaktuell war, ob es Personalfragen waren, Planungsfragen waren, Finanzfragen waren, also mit anderen Worten Haushaltsfragen waren. Alles, was in irgendeiner Hinsicht in das Feld des jeweils anderen hätte reinwirken können, haben wir im Detail dort besprochen, zumindest festgelegt, wenn es strittige Punkte gab, wie man eine Lösung herbeiführen könnte, um eine Entscheidung innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung zu bekommen.

Wenn es denn einige Punkte gab, die zu besprechen waren, sehr dezidiert zum Beispiel zum Thema Ortskräfte, sind in der Regel andere Runden genutzt worden. Ich sprach vorhin schon von der Morgenlage. Wir haben relativ früh von Ortskräften, Ortskräfteverfahren und Überlegungen, wie man das machen kann, mit Abzug der Streitkräfte - - einzubringen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Lieber Herr Zimmer, ich habe ja wirklich explizit Interesse daran, inwieweit Sie sich mit dem Kollegen speziell zu der Perspektive auf das Thema Afghanistan ausgetauscht haben. Sie haben ja eindrücklich dargestellt, dass es klar abgegrenzte Bereiche waren, und die Frage, die ich habe, ist: Haben Sie sich darüber ausgetauscht, vielleicht auch mal unterschiedliche Perspektiven darauf gehabt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Wir hatten alleine fachlich bezogen unterschiedliche Perspektiven, weil Staatssekretär Hoofe für das Ortskräfteverfahren zuständig war, ich aber in der Runde Afghanistan gesessen habe. Insofern gab es da natürlich Besprechungspunkte, die zu besprechen waren, wenn sie nicht bereits in Morgenlagen angesprochen worden sind mit den jeweiligen Abteilungsführungen, die dort zu Teilen repräsentiert waren.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wenn Sie mir jetzt den Gefallen tun würden und Ihre Erinnerung anstrengen und mir vielleicht mal eine davon erzählen könnten. So lange ist es jetzt auch noch nicht her.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Na ja, es ist schon recht lange her, um das deutlich zu sagen. Ich kann es Ihnen nicht sagen, ich kann wirklich nicht unterscheiden, was wir in den Morgenlagen besprochen haben, was wir dezidiert darüber hinaus besprochen haben in unseren wöchentlichen Treffen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann möchte ich zu der Thematik dieser Sonderrunde übergehen. Da waren Sie ja drin. Außer Ihnen waren noch weitere Vertreter/-innen des



## Nur zur dienstlichen Verwendung

BMVg dadrin. Können Sie mir vielleicht darstellen, wie Sie sich mit den weiteren Vertreter/-innen dieser Runde auf diese Sitzungen vorbereitet haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Das Gleiche, was ich vorhin zum Sicherheitspolitischen Jour fixe generell gesagt habe, gilt auch für den Sicherheitspolitischen Jour fixe Afghanistan. Wir haben uns in der Regel einige Tage vorher zusammengesetzt, um die aktuellen Dinge zu besprechen, auch zu besprechen, was in der Zwischenzeit, wenngleich die Zwischenzeit relativ kurz war zwischen den Treffen, die wir hatten, sich an Entwicklungen ergeben hat in den jeweiligen Arbeitsebenen der Ressorts und hinsichtlich des dortigen Vorgehens. In der Regel haben Fachleute dazu vorgetragen. Mit anderen Worten: Wenn es dezidiert um das Sicherheitsbild ging, hat in der Regel entweder der Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“ oder aber sein Stellvertreter - beide haben ja durchaus ab und zu mal an dieser Runde teilgenommen - die Details ausgeführt, falls es denn Fragen zu Details gab. Den Rest habe ich vorgetragen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und Sie hatten ja vorhin auf eine Frage der Kollegen geantwortet, dass der Abteilungsleiter „Politik“ direkt im Austausch mit der Ministerin war. Haben Sie aus diesen Runden auch selbst berichtet und, wenn ja, in welche Richtung, oder war das sozusagen damit erledigt, dass die Ministerin über Herrn Wächter direkt informiert wurde? Oder wie muss man sich das vorstellen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Im Grundsatz galt: Wenn es nichts Eiliges gab, in der nächsten Morgenlage mit der Ministerin. Wenn es etwas Eiliges gab, dann waren wir uns einig: Wer auch immer zuerst die Ministerin erreicht oder aber das Ganze über den Leiter des Leitungsstabes dort reinspielen kann. - Wenn sie auf Auslandsreisen zum Beispiel war, dann wurde diese Möglichkeit gewählt.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** In der Morgenlage waren die anderen Vertreter ja

dann auch drin. Und wie wurde dort dann berichtet? War da so eine Vielstimmigkeit, oder gab es da eine Regel, wer berichtet?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Die Regel galt, wenn denn andere Abteilungsführungen dabei waren - das war nicht immer der Fall -, dass der Staatssekretär seinen Bericht davon abgegeben hat und anschließend ergänzt wurde durch den Abteilungsleiter - Abteilungsleiter „Politik“ oder Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“ - oder die jeweiligen Vertretungen, die dann mit waren, wenn sie denn mit in dieser Runde der Morgenlage gesessen haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann sind wir am Ende der Befragungsrunde angekommen, und Sie haben das Wort.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Staatssekretär, laut MAT A BMVg-3.166 VS-NfD, Blatt 540, berichtete der schon erwähnte R. G., Referent bei SE I 3, seinem Unterabteilungsleiter Werres am 20. August 2021 Folgendes - Zitat -:

„Wir haben bereits Mitte Oktober 2019 eine BND-Analyse zur Abnutzung und Durchhaltefähigkeit der ANDSF aufgearbeitet und im Rahmen einer MoLa am 14.10.2019 vorgestellt. Die Bewertung des BND zum Zustand der ANDSF war sehr deutlich.

- In Klammern: pessimistisch. -

Ein Jahr später bewertete er die beiden südlichen Korps der ANDSF aufgrund ihrer Isolation und Personalausstattung ... als zerschlagen.

Der Bericht und unsere Bewertung ...“

- es ist immer noch Zitat -

„wurden von SE II 1“

- das ist das für die Koordinierung des deutschen Einsatzes verantwortliche Referat -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„zurückgewiesen und führten zu einer Eskalation, die im Januar 2020 auf Sts-Ebene unter Leitung BKAmT behoben werden musste. Die in den Medien zitierte Frustration entstammt sehr wahrscheinlich diesem Vorgang... es war bei uns nicht anders.“

Zitat Ende. - Nun sollen Sie, Herr Zimmer, laut MAT A BKAmT-3.39 VS-NfD, Blatt 14, am im Januar 2020 durchgeführten Sicherheitspolitischen Jour fixe im Bundeskanzleramt teilgenommen haben. Können Sie sich an diesen Fall erinnern, und können Sie uns sagen, wie und auf welche Art und Weise - und welche Staatssekretäre - die zitierte Eskalation im Kanzleramt behoben wurde, was ja offensichtlich zu Frustrationen bei SE I 3 geführt hat?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich erinnere mich eines solchen Streitfalles nicht.

**Joachim Wundrak (AfD):** Dann springen wir etwas in der Zeit. Laut MAT A BMVg-4.108 VS-NfD, Blatt 58, erhielten Sie am 19. Januar 2021 eine Entscheidungsvorlage für die Ministerin aus dem Referat Pol II 4; das ist Mandatierung. Es handelte sich um ein Eckpunktepapier zur Ausgestaltung des nächsten Bundestagsmandats inklusive eines sogenannten Narrativs zur fortgesetzten Beteiligung Deutschlands an der NATO-Mission Resolute Support. Eine Kernüberlegung dieses sogenannten Narrativs war laut MAT A BMVg-4.108 VS-NfD, Blatt 60, diejenige, dass die fortgesetzte deutsche Militärpräsenz die notwendige Voraussetzung dafür bilde, um das militärische Patt in Afghanistan aufrechtzuerhalten und so eine politische Verhandlungslösung zwischen beiden afghanischen Konfliktparteien zu ermöglichen.

Dagegen hat etwa vier Monate zuvor im September 2020 Jan van Thiel, damals noch politischer Berater im Einsatzführungskommando der Bundeswehr, genau diese Überlegungen als unzutreffend eingeschätzt. Zitat van Thiel aus MAT A AA-4.27 VS-NfD, Blatt 153 - ich zitiere -:

„Das mil. Engagement scheint mir rein instrumentell in Unterstützung des Verhandlungsansatzes gedacht zu werden ... und dabei völlig losgelöst von der tatsächlichen Wirksamkeit im Feld ... betrachtet und entsprechend gnadenlos überschätzt zu werden.“

„... wir wirken doch direkt und indirekt kaum mehr und gegenwärtig immer weniger ...“

Zitat Ende. - War Ihnen diese Bewertung von Herrn van Thiel bekannt, wurde sie diskutiert und abgewogen, und wie kam das BMVg damals doch zu der Überzeugung, dass die deutsche Militärpräsenz in Afghanistan notwendig war, um das militärische Patt und eine Verhandlungslösung zu ermöglichen? Können Sie das konkretisieren, was für diese Sichtweise sprach?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich hätte gern, wenn das machbar wäre, das Papier von Herrn van Thiel.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, natürlich.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Auch nach Lesen kann ich mich nicht daran erinnern, dass das jemals als eine Grundlage für das Abwägen des zukünftigen Handelns auf der Leitungsebene des Bundesministeriums der Verteidigung angekommen wäre.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also Sie kennen dieses Papier nicht oder dieser Aussage nicht?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** Dann gehen wir ein paar Wochen weiter. Laut MAT A BMVg-4.190 VS-NfD, Blatt 9, sollen Sie sich am 4. Februar 2021 mit Staatssekretär Berger des Auswärtigen Amtes zu Fragen der Mandatsverlängerung getroffen haben. Können Sie uns sagen, ob damals erwogen wurde, dem Deutschen Bundestag nicht ein weiteres Mal ein Mandat zur Verlängerung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr vorzulegen? War das eine diskutierte Option?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Nicht dass ich mich auch nur ansatzweise erinnern würde.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank. - Dann eine etwas einfachere, konkrete Frage: Bekanntlich gab vor allem die Bundesrepublik Deutschland sehr hohe Summen an Geldern für die Finanzierung der afghanischen Streitkräfte aus. Das Referat SE I 3 fertigte laut MAT A BMVg-3.66 VS-NfD, Blatt 81, im Februar 2021 eine Kurzanalyse Afghanistan an, in der über die militärische Lage im Norden Afghanistans berichtet wurde. In dieser Kurzanalyse heißt es wörtlich - ich zitiere -:

- „• Militärisch haben die TLB z.B. aufgrund einer verbreitet vorhandenen, handelsüblichen Nachtkampffähigkeit einen deutlichen Vorteil gegenüber den ANDSF.“

Können Sie uns darlegen, aus welchen Gründen die im deutschen Einflussbereich stehenden ANDSF-Einheiten im Gegensatz zu den Taliban über keine Nachtkampffähigkeit verfügten und wie das BMVg oder das Einsatzführungskommando auf Hinweis des Referats SE I 3 reagierte? Hat es deutscherseits Bemühungen gegeben, die afghanischen Armeekorps mit entsprechenden Nachtkampfgeräten auszustatten, und, wenn nicht, was sprach dagegen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also erstens erinnere ich mich - - Aber ich würde das vielleicht gern noch mal sehen, wenn Sie gestatten.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also ich erinnere mich nicht daran, dass das diskutiert worden ist. Insofern kann ich auch Ihre zweite Frage, warum wir dagegen nichts getan haben, nicht beantworten.\*

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Herr Zimmer! Ich wollte noch mal anknüpfen an die Fragen von der Kollegin Bayram, auch noch mal mit Blick auf das Thema Jour fixe. Wir haben MAT A AA-8.648 VS-NfD, Blatt 49, und es geht um eine Jour-fixe-Sitzung am 6. Juli 2021, also kurz nach der Rückkehr der letzten Bundeswehrsoldaten aus Resolute Support, und eine Sonder-sitzung des sicherheitspolitischen afghanischen Jour fixe der Staatssekretäre, dass Sie daran teilgenommen haben, bei der auch die sich verschlechternde Sicherheitslage Thema war.

Zur Lage in Afghanistan wurde dort durch das Auswärtige Amt und BMVg vorgetragen - ich zitiere -:

„AA schätzt Sicherheitslage, große Geländegewinne und zügig abnehmende (logistische) Durchhaltefähigkeit der ANDSF als weiterhin besorgniserregend ein.“

BMVg ergänzt derzeit abnehmendes Operationstempo der TLB, welches ggf. aus mit Konsolidierung gewonnener Gebiete resultierenden Herausforderungen erklärbar sei. Außerdem Verweis auf die geschickte mediale Vermarktung der Erfolge der TLB, die es teilweise zu hinterfragen gelte.“

Im Protokoll sind nur die Statements der jeweiligen Häuser festgehalten. Eine analytische Zusammenführung im Sinne von „Auf dieses oder jenes Szenario bewegen wir uns gerade zu“ oder „Die erfolgreiche Medienkampagne der Taliban könnte sich wie folgt auf die Dynamik in Afghanistan auswirken“ sucht man dagegen im Protokoll vergeblich. Können Sie einmal kurz darstellen, warum dies offenbar nicht Teil des Formats ist, diese Zusammenführung oder diese Conclusio sozusagen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Der Punkt ist: Szenarien wurden immer diskutiert, aber eines stand



## Nur zur dienstlichen Verwendung

in diesem Fall fest: Die großen Geländegewinne waren da. - Es stand ebenfalls fest, dass das operative Tempo abnahm, und es gab noch immer die klare Einschätzung von allen Seiten, die sich in irgendeiner Hinsicht nachrichtendienstlicher Quellen bedient haben, dass es zu keinem sehr schnellen Zusammenbruch kommen würde.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Verstehe ich es richtig, dass man das sozusagen zur Kenntnis genommen hat, aber sich jetzt keine Handlungen oder Entscheidungen daraus ergeben haben.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Es gab insofern keinen Entscheidungsbedarf. Das ist richtig.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Verstehe ich Sie richtig, dass trotz dieser sich zuspitzenden Sicherheitslage kein Entscheidungsbedarf da war?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Es gab für die Kräfte, die die Bundeswehr beinhalteten, keinen Handlungsbedarf. Es gab weiterhin natürlich den Bedarf, dass wir versuchen wollten, unsere Ortskräfte rauszubekommen nach dem Abzug des deutschen Kontingentes, das ja am 28.06. ausgeflogen war. Da gingen auch die Arbeiten weiter.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Zusätzlich zu der bereits zitierten eher pessimistischen Lageeinschätzung sowohl aus dem Auswärtigen Amt als auch aus Ihrem Haus trug das BMZ in dieser Sitzung vor, dass man gerade aufgrund der Sicherheitslage 95 Personen per Charter von Faizabad nach Kabul reduziert habe. Dennoch haben am Ende dieser Sitzung die Teilnehmer beschlossen, dass man dieses Format jetzt auflösen würde und Afghanistan zukünftig in einem Sammelformat gemeinsam mit der Sahelzone behandeln wolle. Können Sie mir diese Entscheidung noch mal näher erläutern, auch im Lichte der Lage?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Zunächst gilt es festzuhalten, dass dieser außerordentliche Jour fixe Afghanistan eingerichtet worden ist, um die koordinierenden Arbeiten und Abstimmungen zu leisten für den Abzug und im Zusammenhang

mit dem Abzug der deutschen Kräfte aus Afghanistan. Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten, die erforderlich waren, um danach zu arbeiten, seien es Ortskräfte oder Planungen für militärische Evakuierungen, falls es zu einem Zusammenbruch kommt, sind ohnehin schon im Jahr davor angestoßen worden und gelaufen, gerade das Letztgenannte. Insofern bestand keine Notwendigkeit, dieses außerordentliche Jour fixe weiter fortzusetzen. Die Entscheidungsbedarfe waren gegeben. Das, was vorzubereiten war, war vorbereitet.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Trotzdem noch mal die Frage: Gab es auch Stimmen gegen diese Entscheidung, dieses Sammelformat einzurichten?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich erinnere mich nicht daran. Das ist geboren worden nach meiner Kenntnis in einem Jour fixe Afghanistan/Mali, dieses Gremium einzurichten, und ich erinnere mich nicht, dass es da einen Dissens zwischen den Ressorts gegeben hat, zumal ein weiteres Ressort mit dazugenommen worden ist. Nein, BMZ war mit dabei. Ich korrigiere mich, war falsch. Also die Runde, die da zusammengetreten ist, war auch die, die in Afghanistan und Mali vorher unter Hoofe getagt hat.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Was mir in dem Protokoll noch aufgefallen ist, ist, dass das Kanzleramt zwar auf der Teilnehmerliste steht, aber kein einziger Redebeitrag vom Bundeskanzleramt im Protokoll festgehalten ist. Aus Ihrer Erinnerung: Ist das üblich gewesen oder entsprach das dem Normalfall von diesen Sitzungen im Untersuchungszeitraum, dass das Bundeskanzleramt sich da so passiv verhalten hat?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also das Bundes- - Ich muss anders anfangen: Das Bundeskanzleramt hat gesprochen wie alle anderen auch. Es ist die Frage, was aus dem Vermerk dann am Ende - - oder in dem Vermerk am Ende festgehalten worden ist. Gab es Ablagen, gab es irgendwelche Aufträge, gab es dezidierte Punkte, die angesprochen werden und dann geführt werden sollten, dann entstand dieser Vermerk durch denjenigen, bei dem es durchgeführt worden ist. Das war in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Regel das Bundeskanzleramt. Dann ging es in die Häuser, und die Häuser haben entsprechend ergänzt oder Punkte zusätzlich reingebracht oder gestrichen oder Formulierungen entsprechend angepasst, damit es zu keinen Missverständnissen gekommen ist. Ich kann mich aber an keine Runde erinnern, in der das Bundeskanzleramt nicht auch irgendwas gesagt hätte.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also im Protokoll - das ist ja eigentlich wie so ein Wissensmanagement - steht zumindest dazu nichts drin, also zu der Sitzung da. - Mir ist auch noch aufgefallen, dass es im Sicherheitspolitischen Jour fixe zu Afghanistan offenbar keinen Lagevortrag vom BND gab, das ja auch zum Geschäftsbereich des Kanzleramts dazugehört. Warum hat man den BND nicht zu diesem Jour fixe dazugebeten, zumal der BND im Gegensatz zur Bundeswehr zu diesem Zeitpunkt ja in Afghanistan noch vor Ort war?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Vielleicht vor der Antwort: Ich weiß nicht, wie viel vom BND dort zu diesem Zeitpunkt noch vor Ort war. Fest steht nur, dass der Austausch zwischen dem Bundesnachrichtendienst und dem Militärischen Nachrichtenwesen, also bei uns in der Abteilung „Strategie und Einsatz“ angehängt, sehr intensiv war, und alles das, was wir an Informationen bekommen konnten, haben wir eingebracht. Ich erinnere mich daran, dass auch das Kanzleramt ab und zu mal einen Punkt angebracht hat, der dann in der Zusammenfassung, soweit es denn eine Zusammenfassung in dem Vermerk zur Sicherheitslage war, mit Eingang gefunden hat.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** War das denn häufiger der Fall, dass man auf einen Vortrag des BND in diesem Format verzichtet hat?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Müsste ich jedes einzelne Protokoll durchgehen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Aus Ihrer Erinnerung, gefühlt sozusagen: Hat es jedes Mal was gesagt, oder war das eher selten, dass sie nichts gesagt haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich kann mich gar nicht daran erinnern, dass bei dem Afghanistan-Jour fixe der BND mit dabei war. Wie eben schon gesagt, wir haben unseren Bereich anwesend gehabt, aber, wie gesagt, müsste ich auch mit dem Kopf reingucken, ob dann jemals der BND mit dabei war. Aber das Kanzleramt hat ja als die vorgesetzte Stelle des BND Punkte geliefert, und der wesentliche Anteil Sicherheitslage, wenn er nicht aus dem Auswärtigen Amt gekommen ist, also mit anderen Worten aus dem Bereich der deutschen Botschaft oder aus den Besprechungen, die immer noch in Doha stattgefunden haben - - dann kamen sie aus dem Bereich Strategie und Einsatz, der alle vorliegenden Informationen, die eingestandenermaßen von Monat zu Monat dünner wurden, weil weniger Personal dort unten vor Ort war - - geprägt wurde.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sie haben aber auch dann nicht aus der Runde heraus, wenn der BND nicht da war, aktiv eine Lagebeurteilung des BND angefordert und das dann sozusagen zu einem Gesamtlagebild zusammengeführt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Die Abteilung „Strategie und Einsatz“ hat alle Informationen aus dem Bundesnachrichtendienst bekommen und hat das dann zusammengefahren mit anderen Informationen, die gegebenenfalls noch - und das beschränkte sich am Ende tatsächlich auf einige wenige Verbündete, die noch in Afghanistan geblieben sind - - zurückgreifen konnte. Insofern war das Bild ein stimmiges Bild, das dort vorgetragen wurde, zumindest nach meiner Erkenntnis.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann sind wir auch bei Ihnen wieder am Ende und beginnen die nächste Runde. Es geht weiter mit der SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir haben jetzt aus verschiedenen Aspekten bereits gehört, dass es bei den Jour fixes der Staatssekretäre nicht immer sofort zu Einigungen gekommen ist. Ich darf mich beziehen auf einen Jour fixe am 08.06.2021. Da ging es um die Frage der Ausweitung der Zweijahresfrist, und dort wurde erklärt - ich beziehe mich auf



## Nur zur dienstlichen Verwendung

MAT A BKAm-3.09 VS-NfD, Blatt 47 f. -, dass dieses Thema nicht gelöst werden konnte, wie so viele andere Themen nach dem ersten Versuch auch nicht. Man habe daher beschlossen, in diesem Fall das Thema auf der politischen Ebene zwischen den Minister/-innen klären zu lassen. Auch hier würde ich gern die Frage stellen, im Anschluss an das, was die Kollegin Jurisch ausgeführt hat: War das eine übliche Vorgehensweise? - Und falls sie zumindest kein Einzelfall war, würde ich Sie bitten, auch noch andere Themen aufzuführen, die von der Staatssekretärsrunde auf die Ebene der Minister/-innen gehoben wurden.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Es war nach meiner Erinnerung der einzige harte Punkt, der in die Ministerrunde reingegeben worden ist. Wir hatten aber vorher schon Themen, bei denen wir nicht unbedingt Einigungen hatten. Dort ist es aber dann in den Protokollen in der Regel nicht festgehalten worden, sondern es ist festgehalten worden, dass wir noch mal auf unsere jeweiligen Ministerinnen oder Minister zugehen und versuchen, eine Einigung zu erreichen und in den Arbeitsebenen entsprechende Punkte voranzutreiben. Häufig musste es auch nur unterfüttert werden mit dem einen oder anderen Inhalt, der in der Runde noch nicht bekannt war, um dann auch auf der Arbeitsebene Lösungen zu finden.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn ich Sie richtig verstanden habe: Das war ein ganz konkreter Einzelfall, aber nicht die Regel.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Das ist korrekt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ein Punkt, den wir heute Abend mit Ihrem Vorgängerzeugen bereits besprochen haben, war die Frage hinsichtlich der Durchführung von Charterflügen in der Endphase des Engagements in Afghanistan und vor der eigentlichen militärischen Evakuierungsaktion. Können Sie bitte aus Ihrer Sicht schildern, inwieweit Sie in diese Überlegungen, in diese Vorbereitungen eingebunden waren und welche Position Sie damals dazu bezogen haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Es sind im Endeffekt zwei Teile, die man zeitlich trennen muss. Das

eine war nach die Entscheidung am 16.06., die getroffen worden ist. Mit der Aufweitung des Verfahrens ist am Rande das Kabinetts ebenfalls besprochen worden, zumindest ist das rückgekoppelt worden, dass man nun doch versucht, noch Charterflüge zu ermöglichen. Es ist deshalb vom Bundesministerium der Verteidigung eine Fluggesellschaft gefunden worden. Soweit ich mich erinnere, war es eine spanische mit zwei Maschinen, die hätten bereitgestellt werden müssen. Es hat dann sehr intensive Gespräche gegeben auf auch meiner Ebene mit insbesondere dem Ressort, das - - mit dem Außenamt.

Angesichts der Tatsache, dass ich mit Personal, das die Bundeswehr dort hätte mit reingeben müssen zur Begleitung des Fliegers - - eine sogenannte Diplomatic Clearance brauche, also mit anderen Worten Überflugrechte, weil das ja kein normaler Linienflug gewesen wäre, bis hin zur Frage, wie wir dort sicherstellen, dass die damals einschlägigen Regeln - Nutzung eines zivilen Flugzeuges nur mit negativem PCR-Test - - wie wir erreichen, eine Begleitung sicherzustellen, die verhindert, von der Aufnahme beginnend, dass nicht irgendeiner, lassen Sie es mich so ausdrücken, mit einem Sprengstoffgürtel in diese Maschine reinsteigt, bis hin zur Frage: „Was passiert eigentlich, wenn sie dann in Deutschland landen, an einem Flugplatz dort aufgenommen werden müssen vom Bundesministerium des Innern und dann entsprechend verteilt werden müssen über die Aufnahmeeinrichtungen?“ Alle diese Fragen sind dann sehr intensiv geklärt worden bis zum 18.06. Maschine war da, Entscheidung Ministerin, es durchzuführen, war ebenfalls da, Diplo-Clearance fehlte. Am 22. setzte sich dann am Ende durch - - also am Dienstag der darauffolgenden Woche setzte sich dann fest, dass es zu viele Unwägbarkeiten gibt, insbesondere auch die zumindest nach meiner Erinnerung nicht verfügbare Diplo-Clearance, dass wir den Flug dann absagen mussten.

Zweiter Teil: Charterflüge: Wir hatten uns ja eine Vorgabe gemacht innerhalb dieser Runde der Staatssekretäre zu Afghanistan, dass wir unbenommen der Tatsache, dass es durchgehend Linienflüge immer noch gab, nach meiner Kenntnis sogar bis Mitte August, also fast bis zum



## Nur zur dienstlichen Verwendung

unmittelbaren Zusammenbruch des Flughafenbetriebes dort, allen denen entgegenkommen, die in irgendeiner Hinsicht ausreisen wollen, einschließlich der Tatsache, dass das Bundesministerium der Verteidigung über das Callcenter, das ab 31. Mai eingerichtet worden war im Einsatzführungskommando, mit den Ortskräften Verbindung aufgenommen hat und wir auch bereit waren, Tickets zu bezahlen und ihnen elektronisch zur Verfügung zu stellen, sodass sie ausreisen können.

Danach bin ich, wie angesprochen, am 26.07. in Urlaub gewesen. Ich erinnere mich daran, dass, als ich in den Urlaub gegangen bin, einer der wesentlichen Punkte, die ich mit dem Kollegen Hoofe besprochen habe, das weitere Vorgehen ist - - um zu unterstützen, möglichst viele Ortskräfte, die wir bisher noch nicht haben ausfliegen lassen können, dort rüberzubekommen. Und soweit ich mich erinnere, ist das dann auch weitergeführt worden - nach dem, was mir aus meinem Bereich berichtet worden ist. Irgendwann in der Woche vor der militärischen Evakuierungsoperation ist dann auch tatsächlich vom Außenamt ins Auge gefasst worden, Charterflüge, ein oder zwei, zu nutzen. Ich kann Ihnen aber die Details nicht dazu sagen. Wie gesagt, ich war in Urlaub, habe das nur als Zwischeninformation bekommen aus meinem Büro.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die Initiative im Juni 2021, also der erste Teil Ihrer Antwort, ging ja von der Ministerin aus, und ausweislich dessen, was der Zeuge Hoofe in seiner vorigen Befragung geantwortet hat, waren diese militärisch-technischen, administrativen Gründe, die eine Durchführung eines solchen Fluges sehr erschwerlich oder vielleicht auch unmöglich gemacht haben, bereits zu dem Zeitpunkt eigentlich Gegenstand der Diskussion, als die Ministerin diese Ankündigung getroffen hat. Sind Ihnen Gründe bekannt, die trotz dieser vorliegenden Informationen die Ministerin dazu bewogen haben, eine derartige öffentliche Bekanntgabe zu tätigen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich habe natürlich nicht mit der Ministerin über die Begründung gesprochen, warum sie das öffentlich angekündigt hatte. Fest stand: Wir wollten noch etwas tun,

um das sicherzustellen, und ich erinnere mich auch der Diskussion, die ja am Ende auch, wie ich eben angesprochen habe, am 22.06. dazu geführt hat, dass wir die geplante Nutzung dieser einen oder zwei Maschinen - zwei standen zur Verfügung - dann abgesagt haben - - an verschiedenen Punkten hängen geblieben ist, die einfach nicht einfach waren. Wir haben es aber versucht, um das so rum zu fassen. Und der Versuch führte ja dann dazu, dass zumindest die Grundlagen, wie man das dann angehen könnte - einschließlich der offenen Fragen nicht nur von Visa und Pässen, sondern auch von Corona, Visa on Arrival und was alles an Punkten genannt worden ist -, dann anschließend aufgearbeitet werden konnten und umgesetzt werden konnten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ein Punkt, den Sie jetzt so ausdrücklich noch nicht angeführt haben, ergibt sich aus MAT A BMVg-5.06 VS-NfD, Blatt 185 bis 188. Da hat sich nämlich ausweislich dieser Unterlage Brigadegeneral Meyer als Führer der deutschen Kräfte vor Ort ausdrücklich gegen die Durchführung solcher Flüge ausgesprochen und als Begründung angeführt, dass die Bundeswehr in dem kritischen Zeitpunkt der Rückverlegung nach Deutschland gar nicht in der Lage wäre, die entsprechenden Serviceleistungen, um das mal so unmilitärisch, untechnisch zu formulieren, zu erbringen. Spielte auch dieser Punkt eine Rolle in dieser Morgenlage vom 22.06., auf die Sie anspielen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Wenn Sie gestatten, würde ich trotzdem gern noch mal den Vorgang haben.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Einige Punkte - kann ich bestätigen - waren sicherlich handlungsleitend für die Absage am 22. Das eine ist definitiv der PCR-Test, dass Zweite ist definitiv der Punkt, dass unklar war, inwieweit eine Administration am zivilen Flughafen Masar-i-Scharif in der Lage sein würde, die Abwicklung, Abfertigung des Personals zu übernehmen. Insofern ist richtig: Einige der Punkte sind mir sehr wohl bekannt, die dann auch dazu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

führten, dass am 22.06. das, was wir geplant hatten, abgesagt wurde.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Eine ganz andere Frage, die aber vielleicht ein bisschen an einen Ihrer anderen Aufgabenbereiche heranführt, die ebenfalls heute Abend mit beiden vorhergehenden Zeugen bereits besprochen wurden. Bei der eigentlichen militärischen Evakuierungssituation, also auch zu der Zeit, wo Sie dann tatsächlich noch im Urlaub waren, gab es tatsächlich Schwierigkeiten mit Kommunikationssystemen, zum Teil mit Datenübertragungen, aber auch mit Kryptoeinrichtungen.

Sie haben eine Vorlage an den Generalinspekteur vom 20. August 2021 mitgezeichnet. Ich beziehe mich auf MAT A BMVg-4.08 VS-NfD, Blatt 73 bis 81. Aus dieser Nachricht geht hervor, dass während der Evakuierungsoperation ein Ausfall des Systems HaFis gekommen ist und die Kryptotelefonie nicht funktioniert hat. Sie haben kommentiert - - Entschuldigung. Ihr Kollege Hoofe hat kommentiert, dass man mehr Redundanzen schaffen müsse und diese Systeme nicht dann in die Wartung geben solle, wenn sie gerade im Einsatz ganz dringend benötigt werden. Nachdem Sie auch für Rüstung und Ausrüstung, wie es damals hieß, zuständig waren, haben Sie noch innerhalb des Untersuchungszeitraums Maßnahmen ergriffen, um diesem von Ihrem Kollegen so definierten Missstand abzuhelpfen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Innerhalb des Untersuchungszeitraumes ist das nicht ergriffen worden. Was wir allerdings zwischenzeitlich getan haben, ist, dass wir unsere Kapazitäten hinsichtlich der geheimen Kommunikation, insbesondere der Abstützung auf Rechenzentren, denn das war eines der Probleme, weiter ausweiten. In dem Zusammenhang: Das hatte auch einen der Hintergründe, soweit ich mich erinnere, [REDACTED]

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nach Ihrer Einschätzung und den Ihnen zur Verfügung stehenden Informa-

tionen: Hatte der Ausfall dieser IT-Systeme Auswirkungen auf die tatsächliche Durchführung oder Durchführbarkeit des Einsatzauftrages?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Nach dem, was ich gehört habe, nein.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Damit wäre ich mit meinen Fragen für heute am Ende. - Vielen Dank, Herr Zimmer.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Kollege Nürnberger. - Die Union war vorhin schon durch. Dann ist jetzt Frau Kollegin Bayram dran.

(Thomas Röwekamp  
(CDU/CSU): Ich bin mit der  
Befragung durch! -  
Heiterkeit)

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die war schon durch, die Union. - Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das sei für das Protokoll noch mal festgehalten: Das ist heute so. - Bitte.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sehr geehrter Herr Zimmer, ich möchte Sie auf ein Protokoll einer Sondersitzung des Sicherheitspolitischen Jour fixe ansprechen, und der Mitarbeiter legt Ihnen das auch vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Das ist MAT A AA-8.283 VS-NfD, Blatt 279, also das ist das erste Blatt. Lassen Sie sich von der großen Blattzahl 276 nicht irritieren. Da zitiere ich jetzt mal draus; die Überschrift ist: „(RSM-)Folgeengagement“:

„Die BReg unter FF“

- Federführung -

„AA wird das politische und zivile Engagement in und für AFG



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch über September 2021 hinaus in Abstimmung mit den beteiligten Ressorts und den internationalen Partnern fortsetzen. Einigkeit, dass auch vor diesem Hintergrund Kommunikation weiter eng abgestimmt werden sollte. Auch muss die Sicherheit der Botschaft/ DEU ziviler Akteur in Afghanistan sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang verwies AA auf US-Erwartungen hinsichtlich personeller/ finanzieller Lastenteilung zum Schutz der Greenzone in Kabul.

AA betonte die zwingende Notwendigkeit einer fortgeführten Finanzierung der ANDSF durch die weitere finanzielle Beteiligung am ANA TF mit bis zu 80 Mio. EUR p.a. bis 2024 und erinnerte an Zusage der BK'in beim NATO-Gipfel 2018.“

Können Sie das mal einordnen, wie Sie das in der Gruppe oder in dieser Runde so verstanden haben oder wie Sie persönlich das so verstanden haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Die Überlegungen waren, wie vorhin schon mal kurz von mir angesprochen, dass mit dem Verlassen der deutschen Truppen und dem Einstellen der kompletten Operation Resolute Support die Unterstützung für die afghanischen Sicherheitskräfte nicht abreißen sollte. Der Afghan National Army Trust Fund - das ist dieses ANA TF - ist ins Leben gerufen worden schon Jahre vorher, ist jeweils vom Bundesministerium der Verteidigung im Einzelplan mit 80 Millionen - oder zumindest in dem Zeitraum mit 80 Millionen - unterlegt worden. Und es war auch weiterhin die Absicht, selbst nach Abzug der Kräfte, die Sicherheitskräfte der afghanischen Regierung und dort unterstehenden Administration so zu unterstützen mit den Mitteln, die sie für das weitere Bestehen und das Herstellen und Halten der Sicherheit in Afghanistan bedürfen. Diesbezüglich bestand auch Einvernehmen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Können Sie denn sagen, warum das jetzt in dieser Runde speziell besprochen wurde?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Das war der 25. Mai. Wir waren im Haushaltsaufstellungsverfahren. Und im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens ist jedes Mal auch zu klären, inwieweit wir Gelder für Einsätze, soweit sie denn so dezidiert ausgeworfen sind, veranschlagen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und war denn in dieser Runde dann einheitlich auch der Eindruck, dass man das so brauchen würde und das so realisieren können würde?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Nach meiner Erinnerung bestand Einvernehmen, dass man das machen sollte. Es ist allerdings auch vom Bundesministerium der Verteidigung ausweislich des Vermerkes hingewiesen worden, dass es Schwierigkeiten manchmal gibt beim Mittelabfluss, mit anderen Worten: bei dem In-Rechnung-Bringen, das ja zeitgerecht erfolgen muss innerhalb eines Haushaltsjahres. Das hat aber keine grundsätzlichen Bedenken generiert, dass wir nicht weitermachen wollten zu diesem Zeitpunkt, wie es bisher auch der Fall war, nämlich die Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte zu fördern.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann würde ich Ihnen gerne ein weiteres Dokument vorlegen. - Ah, haben Sie schon; hat er Ihnen schon gleich mitgegeben.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich habe es schon.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sehr gut. Das geht ja hier von alleine. - Das ist die Sondersitzung Sicherheitspolitischer Jour fixe vom 8. Juni, und da würde ich gerne zitieren:

„AA hob bislang ausgebliebene Angriffe auf internationale Truppen als bemerkenswert hervor und verwies auf fortgesetzte Gespräche in Doha (SB AFG werde ab Donnerstag auch wieder vor Ort sein).“

- Also wahrscheinlich der Sonderbeauftragte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Kabul richte sich allerdings auf bewaffneten Kampf um die Hauptstadt ein, erst wenn TLB hier abgewehrt worden seien, sei mit echter Gesprächsbereitschaft zu rechnen.“

Können Sie das vielleicht auch noch mal einordnen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also, der erste Teil ist vergleichsweise einfach einzuordnen. Wir hatten - - Nicht wir, sondern - - In diesem Doha-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Taliban Ende Februar 2020 war ausgeworfen, dass bis zum 30. April des Jahres 2021 die internationalen Kräfte abgezogen sein sollten. Insofern stellte sich natürlich über die ganzen Monate immer wieder die Frage: Was passiert eigentlich ab 1. Mai? - Es hatte sich dann herausgestellt, dass das, was die Taliban zugesagt hatten, wenngleich sie großen Druck gemacht hatten, dass die internationalen Kräfte abziehen sollten - - trotzdem nicht dezidiert gegen internationale Kräfte vorgegangen sind. Das ist der erste Teil.

Die Gespräche in Doha zu diesem Zeitpunkt fanden vergleichsweise intensiv statt, soweit ich mich erinnere. Und hinsichtlich des Kampfes um die Hauptstadt: Das war eine Frage, die sich darum drehte, ohne das zeitlich festzulegen: Wer wird eigentlich am Ende dann die Regierung sein? Wird es einen Kompromiss geben? Wird es ein gemeinsames Vorgehen der afghanischen Regierung mit den Taliban zusammen geben, oder zu welchem Punkt kommt es? - Der bewaffnete Kampf um die Hauptstadt, das war das Last Resort. Davon ist man ausgegangen, und wenn der am Ende bestanden wird, dann hätten wir auch einen Weg in die Zukunft frei. Das ist grob das Bild, das damals gezeichnet worden ist.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und für wie wirklichkeitsnah wurde das dann auch wiederum von der Runde eingeschätzt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Da die Überlegungen ja waren: „Ab wann könnte es eigentlich zu einem Machtwechsel oder einem Wechsel rüber zu dem

Begriff „Emirat 2.0“, was immer auch dann dezidiert am Ende darunter zu verstehen wäre, kommen?“ - - sollte - - war das eine Überlegung: In 2022 könnte das passieren. Und das war in diesem Fall einer der Punkte: Entweder die afghanischen Sicherheitskräfte können sich dem erwehren - das sich damals entwickelnde Lagebild ließ das eher nicht vermuten - - Und dann war die Frage, inwieweit tatsächlich der Kern - und das ist Kabul - sich dann wird halten können, genau wie die einen oder anderen Provinzstädte. Es war einfach unklar, wenngleich die Prognose eher - wie gesagt, das Datum ist ja dann irgendwann - - oder zumindest die Annahme, die Prognose ist ja immerhin dann gesetzt worden: Anfang des Jahres oder erstes Quartal des Jahres 2022 - - war eher düster.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann würde mich interessieren: Sie haben ja gesagt, aus diesen Runden wurde manchmal in der Morgenlage der Ministerin berichtet. Wurde hier über diesen Umstand auch berichtet, und hatte sie da auch drauf reagiert zum Beispiel?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also, nach meiner Erinnerung ist die Ministerin in diesem Zusammenhang regelmäßig, jede Woche einmal, unterrichtet worden mit einem sehr detaillierten Briefing, wenn sie denn in der Morgenlage da war. Da wurde darauf aufgepasst, dass das in irgendeiner Hinsicht klappte, einfach um die Entwicklungen der Lage dort darzustellen. Und dass die Entwicklung der Lage nicht positiv war, war klar und deutlich erkennbar aus den damals eigentlich nur noch offen zugänglichen Quellen. Es gab einige Medien, die vergleichsweise deutliche Bilder veröffentlicht haben über den Vormarsch der Taliban, über die Provinzen und die Zahl der Provinzen, die umkämpft sind, die in den jeweiligen Händen der Sicherheitskräfte oder der afghanischen Regierung sind oder in den Händen der Taliban.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und können Sie denn einen Zeitpunkt benennen, an dem dann diese Ideen zu dem Folgeengagement der Bundesregierung unter Federführung des Auswärtigen Amtes, das politische und zivile Engagement über 2022 hinaus fortzusetzen - - wo



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen diese Idee angezweifelt wurde oder gar verworfen wurde?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also, ich will jetzt nicht spekulieren. Ich erinnere mich dran, dass das Außenamt davon ausgegangen ist, dass man, solange es immer möglich ist, das, was an Errungenschaften in die Gesellschaft Afghanistans reingetragen - -

(Mikrofonstörung)

Also, um noch mal anzufangen: Im Endeffekt war das das Bestreben des Außenamtes - und nicht nur des Außenamtes -, dass man, soweit immer das machbar ist, die Unterstützung Afghanistans fortsetzen sollte angesichts der Tatsache, dass wir 20 Jahre versucht hatten, dort etwas aufzubauen.

Der zweite Punkt war, dass das Entwicklungshilfeministerium sicherlich völlig zu Recht gesagt hat: Wir müssen auch schauen, was wir in der Entwicklungszusammenarbeit weiter erhalten müssen; denn schließlich geht es dort um Menschen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber die Folgefrage ist: Hat sich denn diese Erwartung, Hoffnung, diese Idee auch auf den Umgang im Ortskräfteverfahren ausgewirkt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Zu diesem Zeitpunkt nicht mehr; ich drücke es mal so rum aus. Zu diesem Zeitpunkt waren wir uns hinsichtlich zumindest unserer Ortskräfte einig, was dort passieren muss. Natürlich muss man ehrlicherweise sagen - das hatte ich vorhin eingangs bemerkt, dazwischen noch mal unterstrichen -: Das Entwicklungshilfeministerium - insbesondere das Entwicklungshilfeministerium - braucht Kräfte vor Ort, die gewohnt sind, zu unterstützen. Ansonsten sind sie nicht in der Lage, Unterstützung in das Land reinzubringen

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Würden Sie mir den Gefallen tun und diesen Zeitpunkt mit Zahlen belegen, sodass wir es dann im Protokoll haben, was dieser Zeitpunkt ist? Zeitpunkt der Vorlage des Vermerks. Ich habe Ihnen die auch vorgelegt: Also 31.05., an

dem der Vermerk geschrieben ist, oder 08.06., der nächste Jour fixe, oder - -

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also, wir hatten eine Einigung zur Erweiterung der Ortskräfte. Die ist ausgesprochen worden am 16.06. Jetzt könnte ich, wenn Sie gestatten - - müsste ich mal kurz in meinen Papieren finden, und dann kann ich Ihnen auch sagen, ab wann das ausgeweitet worden ist für alle.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich gestatte alles, wenn der Vorsitzende gestattet.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Für die letzte Frage. Wir sind schon deutlich über die Zeit. Also, insofern - -

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ich hoffe, ich finde es.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Nein, tut mir leid, kann ich Ihnen nicht nennen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann sind Sie dran.

**Joachim Wundrak (AfD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Staatssekretär, wie aus MAT A BND-3.309 VS-NfD, Blatt 125, hervorgeht, lehnte es Ihre Ministerin im Frühjahr 2021 ab, dass Deutschland Separatverhandlungen mit den Taliban aufnahm, um diese von Angriffen auf die Bundeswehr in Afghanistan abzuhalten. Die Ministerin begründete das damit, dass Separatverhandlungen mit den Taliban politisch nicht vertretbar seien.

Laut MAT A BKAm-3.42 VS-NfD, Blatt 27, haben Sie, Herr Zimmer, am 25. Mai 2021 an einem ressortübergreifenden Sicherheitspolitischen Jour fixe zu Afghanistan teilgenommen. Im Protokoll heißt es wörtlich - Zitat -:

„AA und BMVg übereinstimmend zur Sicherheitslage: weiterhin keine Prognose bzgl. anhaltender Zurückhaltung der TLB ggü. den Koalitionskräften möglich.“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist MAT A BKAm-3.42 VS-NfD, Blatt 27; Zitat Ende. - Können Sie uns sagen, ob die USA die deutsche Seite über die Inhalte und Ergebnisse der im Frühjahr in Doha geführten US-Taliban-Gespräche informierte, insbesondere zur Frage möglicher Talibanattacken auf die Koalitionskräfte nach dem 30.04.2021, was ja der erste Abzugstermin war? Gab es da Erkenntnisse oder Hinweise auf Gespräche mit den Taliban?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Nur zum Vergleich: Könnte ich die Unterlage noch mal haben?

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also, ich schaue gerade deshalb rein, weil - - Sorry, das sage ich jetzt einfach mal so:

„man verlasse sich auf die USA,  
es werde schon nichts passieren“

ist jetzt nicht unbedingt die Diktion der Ministerin gewesen, um das mal deutlich auszudrücken. Ich bin fest davon überzeugt - das ist ausreichend deutlich geworden -, dass ihr das Wohl der Truppe sehr am Herzen lag.

Warum reingeschrieben: „keine Prognose“? - Wir wussten es nicht. Es gab Verhandlungen, die fanden in Doha statt. Es gab Verhandlungen, die die Vereinigten Staaten von Amerika geführt hatten. Unser Sonderbeauftragter für Afghanistan, Herr Potzel aus dem Außenamt, war dort sehr häufig, hat ebenfalls einen vergleichsweise engen Draht zu dem Verhandlungsführer der Vereinigten Staaten von Amerika gehalten. Und selbst die Vereinigten Staaten von Amerika waren sich nicht sicher, ob diese Gespräche ausreichen würden, dass die internationalen Kräfte nicht bedroht sind. Das war auch der Tatsache geschuldet, dass keiner beantworten konnte, ob die Taliban, die in Doha verhandeln, gleichzusetzen sind mit den Taliban, die im Land ihre Operationen

führen, und wie weit das eine, was in Doha besprochen wird, dann tatsächlich auch umgesetzt wird in der Gesamtorganisation der Taliban.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ist Ihnen denn nach dem 30.04. über Amerikaner oder auch über die eigenen Dienste bekannt geworden, warum die Taliban die Koalitionskräfte nicht angegriffen haben?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Es gab nie eine Begründung, warum nicht. Es war gut, festzustellen, dass sie es nicht getan haben.

**Joachim Wundrak (AfD):** Herr Staatssekretär, laut MAT A AA-9.141 VS-NfD, Blatt 152, sollen Sie am 25. Mai 2021 in einer Staatssekretärsrunde für die Erweiterung des Berechtigtenkreises für das Ortskräfteverfahren plädiert haben. Wenige Wochen vorher hatte sich der Verein Pro Asyl laut MAT A BMVg-5.212 VS-NfD, Blatt 111, an die Ministerin gewandt und hierin das Ende der Zweijahresfrist für die Ortskräfte gefordert. Laut MAT A BMVg-5.212 VS-NfD, Blatt 108, kommentierte die Ministerin das Schreiben von Pro Asyl wie folgt - Zitat -:

„Bitte TG“

- Tischgespräch -

„zum Thema ansetzen und Anregungen des Schreibens dabei mit erörtern.“

Zitat Ende. - Im BMVg-Positionspapier, das am selben Tag des dann am 20. Mai 2021 abgehaltenen Tischgesprächs mit der Ministerin verfasst worden war, hieß es laut MAT A BMVg-5.147 VS-NfD, Blatt 28 - Zitat -:

„Anpassung des ... vereinfachten  
OKV ... um so der Erwartungshal-  
tung des ... öffentlichen Raumes  
Rechnung zu tragen ...:

- Erweiterung der Begünstigten des OKV auf solche OrtsKr,“

- Ortskräfte -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„die seit Einführung des OKV  
2013 eine Gefährdung angezeigt  
haben ...“

Zitat Ende. - Hat man - und das ist meine Frage -  
damals im BMVg die Erwartungshaltung des  
öffentlichen Raumes mit derjenigen des Vereins  
Pro Asyl identifiziert? Und wenn nicht, wie war  
Ihre Wahrnehmung zu dieser Entscheidung?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Wenn ich Sie mal kurz  
um die Unterlagen bitten dürfte.

**Joachim Wundrak (AfD):** Gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Danke noch mal für die  
Unterlagen. - Hier stehen ja zwei Punkte. Es steht  
hier:

„Anpassung des ressortübergrei-  
fend abgestimmten vereinfachten  
OKV für OrtsKr BMVg und BMI,  
um so“

- ich drücke es mal so rum aus - einerseits

„der Erwartungshaltung des parla-  
mentarischen und öffentlichen  
Raumes Rechnung zu tragen und“

- andererseits -

„unserer Verantwortung gegen-  
über unseren OrtsKr gerecht zu  
werden[.]“

Und genau das war der treibende Faktor, warum  
das Bundesministerium der Verteidigung schon  
vergleichsweise früh sich dafür eingesetzt hat,  
erstens ein vereinfachtes Verfahren zu bekom-  
men - das war am 15.05. -, und parallel dazu  
auch in den Runden vorher immer angesprochen  
hatte auf Arbeitsebene, dass man das ausweiten  
müsste. Ich hatte vorhin bereits angesprochen,  
dass es eine andere Lage war als 2013/14 mit  
dem Übergang von ISAF auf Resolute Support.  
Da war - in Anführungszeichen - „nur“ ein Wech-  
sel der Operation und damit - - grundsätzlich die

internationalen Sicherheitskräfte noch vor Ort,  
was ja mit dem Abzug komplett der internationa-  
len Gemeinschaft aus Afghanistan nicht mehr ge-  
geben wäre.

**Joachim Wundrak (AfD):** Trotzdem meine Frage,  
Herr Staatssekretär: Kam es nach Ihrer Beobach-  
tung häufiger vor, dass Interessengruppen von  
außerhalb versucht haben, Entscheidungen des  
BMVg zu beeinflussen in dieser Zeit?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Also, ich entsann mich  
ehrlicherweise noch nicht mal dieses Schreibens.  
Ich kann damit natürlich auch nicht ausschlie-  
ßen, dass andere Interessengruppen da herange-  
treten sind, nicht nur an die Ministerin, sondern  
vielleicht auch an den Generalinspekteur. Kann  
ich nicht sagen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Die Nachfrage noch: In  
der Stadt - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nee.

**Joachim Wundrak (AfD):** Schon durch?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Weil Sie zu Ende  
sind mit Ihrer Zeit. - Die FDP ist dran.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank,  
Herr Vorsitzender. - Herr Zimmer, ich möchte  
auch noch mal auf einen Jour fixe zu sprechen  
kommen, und zwar diesmal im Zusammenhang  
mit den Grundannahmen für den Planungspro-  
zess für den Truppenabzug und überhaupt für  
die deutsche diplomatische Präsenz in Afghanis-  
tan - - nämlich die Frage, ob sich die USA nach  
dem Administrationswechsel von Trump auf  
Biden dazu entschließen würden, den Truppen-  
abzug wieder an eine erfolgreiche politische  
Einigung zwischen Taliban und afghanischer  
Republik zu knüpfen. Ich beziehe mich jetzt auf  
MAT A AA-8.282 VS-NfD, Blatt 43 und Blatt 46  
bis 47. Da haben wir zwei schriftliche Berichte  
aus einem Sicherheitspolitischen Jour fixe vom  
28. Januar 2021, an dem Sie laut Teilnehmerliste  
auch teilgenommen haben. Und auf dem  
Blatt 43 - das ist ein Vermerk des AA zu diesem  
Jour fixe - berichtete das Kanzleramt Ende Januar



## Nur zur dienstlichen Verwendung

2021, dass die US-Positionsfindung in die richtige Richtung gehe und dass die US-Spitze darin deutlich sei, dass ein Abzug ohne Blick auf die Lage in Afghanistan kaum denkbar sei. Im Mail-Vermerk heißt es zum Bericht des Kanzleramts in dieser Runde - ich zitiere -:

„Rückkehr zu „conditions-based approach“ zeichne sich ab, Details und Zeitlinien aber offen.“

Zitat Ende. Mögliche aus US-innenpolitischen Kosten resultierende Forderungen an Deutschland seien in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen. - Können Sie sich noch an diese Staatssekretärsrunde am 28. Januar 2021 erinnern?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Könnten Sie mir das Papier kurz zur Verfügung stellen, bitte?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Mhm.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ja, ich kann mich an die Runde erinnern.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Können Sie sich denn auch noch dran erinnern, ob und inwieweit es in dieser Runde eine Diskussion zu einer möglichen Rückkehr zu einem Conditions-based Ansatz, den zugrundeliegenden Grundannahmen und den Wahrscheinlichkeiten und den daraus möglichen Konsequenzen gab?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Muss ich ein bisschen weiter ausholen: Mit der Vereinbarung von Doha - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Nee. Ich würde gern wissen, woran Sie sich in der Diskussion dort erinnern können.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Gestatten Sie mir trotzdem bitte das.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Mhm.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Mit der Vereinbarung in Doha war die Frage gestellt: Haben wir eine feste Zeit vorgegeben mit dem 30.04. des Jahres 2021, oder hängt es davon ab, was an Konditionen erreicht wird in den Verhandlungen? In dieser Runde ist festgestellt worden, soweit ich mich erinnere, erstens, dass es ja nun erfreulicherweise - es hat ein halbes Jahr gedauert ab dem 12. September, wenn ich mich noch recht entsinne - dann auch tatsächlich Gespräche zwischen Taliban und der afghanischen Regierung gab, und parallel dazu die ersten Vermutungen erkennbar waren, wie sich eine neue US-Administration dann abschließend festlegen wird. Die Diskussion ging darum, dass keiner genau sagen konnte, wie die neue US-Administration sich festlegt. Conditions-based war grundsätzlich das, was nicht nur Deutschland, sondern eigentlich andere Nationen ebenfalls bevorzugt hätten.

Auf der anderen Seite war bis dahin definitiv noch unklar, wie weit das rausging, wie weit das in der Entscheidung dann tatsächlich umgesetzt werden würde. Das Verteidigungsministertreffen, das dann im Februar stattgefunden hat, brachte keine Einigung. Auch das Außenministertreffen, das im März stattgefunden hat, brachte noch keine Festlegung auf amerikanischer Seite. Am 14.04. tagte dann der NATO-Rat, und der Präsident Biden hatte dann seine Aussage entsprechend festgelegt, dass man bis zum 11.09. beabsichtigt, aus Afghanistan abgezogen zu sein.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Genau. - Aus MAT A AA-8.282 VS-NfD, Blatt 46 bis 47, also dem offiziellen Protokoll des Jour fixe von Ende Januar, geht hervor, dass es mindestens zwei Interaktionen im Zusammenhang mit dem Conditions-based Ansatz gab, bei denen das BMVg sich zu diesem Tagesordnungspunkt auch geäußert hat. Im Protokoll ist festgehalten, dass das AA und das BMVg vereinbarten, sich weiter zu den gemeinsamen Vorstellungen eines Conditions-based Ansatzes abzustimmen. Können Sie uns dazu was sagen, und was war denn die Zielrichtung von dieser Überlegung?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Hätten Sie das Dokument noch mal für mich?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Das liegt bei Ihnen auf dem Tisch; das ist MAT A AA-8.282 VS-NfD, Blatt 46 bis 47. Das müssten Sie einfach vor sich liegen haben.

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Ach, sorry. Ich hatte nur nicht weit genug gelesen. Tut mir leid. - Was ist Conditions-based?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Nee, wie diese Abstimmung zwischen AA und BMVg aussehen soll und was die - -

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Sorry, gut. - Die Frage stellte sich: Was ist Conditions-based? Setzen wir irgendwelche Punkte fest, in denen ein Haken gemacht werden muss, um abschließend zu sagen: „Die Kondition ist erreicht, wir ziehen ab“, oder ist das etwas, was wir eher beschreiben, um ein bestimmtes Maß an Flexibilität zuzulassen? Deshalb ja auch der Punkt, es „dürfe nicht „zur Mathematik werden““.

Die Diskussion, die darauf folgte - - waren schlicht und ergreifend Fragestellungen des Erhalts des Systems der afghanischen Regierung, des afghanischen Staatssystems so weit wie möglich. Und darin war immer eine weitere Kondition, dass es bei dem Abzug - - es darf zu keinen Gefechtshandlungen gegen internationale Kräfte kommen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sie haben das ja jetzt schon kurz angerissen, aber der Klarheit wegen frage ich noch mal explizit nach: Inwiefern wurde die in dem Jour fixe vom 28. Januar durch das Kanzleramt vorgetragene Einschätzung, dass die USA vermutlich zu einem Conditions-based Ansatz zurückkehren würden, in diesem Ressortkreis denn Konsens zu dem Zeitpunkt?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Wir hatten den Konsens, dass es dazu kommt - hoffentlich.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also alle Ressorts haben das damals so gesehen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Alle Ressorts, soweit ihnen denn die Möglichkeit bestand, mit nominiertem Personal ins Gespräch kommen zu können oder aus der Administration, die ja existierte. Mit anderen Worten: Aus dem Verteidigungsministerium, aus dem State Department und aus dem Weißen Haus mit den ersten Stimmen klang das eher nach Conditions-based.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und Sie haben das auch so gesehen?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Das haben wir auch so gesehen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann sind wir am Ende dieser Runde angekommen. Gab es noch Fragen von anderen? - Sie haben noch eine?

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist dann die letzte.

**Joachim Wundrak (AfD):** Herr Staatssekretär, ich beziehe mich im Folgenden auf Seite 4 der Anlage 27; das ist für das Sekretariat. Im „Spiegel“-Artikel vom 6. August 2022, dem mit „Sie ist tot“ überschriebenen Artikel, heißt es wörtlich über eine Begegnung zwischen General Arlt und dem Sicherheitsberater der deutschen Botschaft in Kabul, dem Zeugen Fisch - ich zitiere -:

„Auch Fisch ist mit dem General sofort per Du. Arlt habe ihm anvertraut, dass ihm das Verteidigungsministerium zwei Aufträge mit auf den Weg gegeben hätte. Erstens dürfe er auf keinen Fall wieder Maschinen leer zurückfliegen lassen, und zweitens solle er Bilder von vollen Fliegern produzieren.“

Weiter heißt es im selben Artikel zum propagandistischen Anliegen des Verteidigungsministeriums - Zitat -:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„... nun läuft auch gleich die große Medienmaschine der Truppe an. Sie soll dafür sorgen, dass der Einsatz in der Öffentlichkeit gebührend gewürdigt wird. Es ist kein Zufall, dass der General ein Kamerateam der Bundeswehr im Schlepptau hat, als er ankommt.“

Herr Zimmer, können Sie uns mitteilen, von wem genau General Arlt aus dem BMVg den Auftrag erhielt, während der Evakuierungsoperation Bilder von vollen Fliegern zu produzieren?

**Zeuge Benedikt Zimmer:** Erstens kenne ich den Punkt nicht. Zweitens. Es ist ein Einsatzkamerateam bei allen militärischen Evakuierungsoperationen dabei, das unter anderem Bilder produziert für das, was dort passiert, aber auch als Nachweis produziert. Zumindest ich erinnere mich nicht daran, in den Telefonrunden und Abendrunden oder Krisenstabsitzungen, die stattgefunden haben, auch nur ein einziges Mal gehört zu haben, dass Bilder von vollen Fliegern erforderlich sind - - übersandt zu werden.

**Joachim Wundrak (AfD):** Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. Dann haben wir das auch geschafft und sind am Ende der Befragung angekommen.

Ich darf mich bei Ihnen bedanken. Im Rechtsinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung noch nicht. Sie bekommen das Protokoll und haben 14 Tage Zeit, Korrekturen und gegebenenfalls Richtigstellungen vorzunehmen. Erst danach beschließt der Ausschuss das Ende der Vernehmung. Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben, und wünsche Ihnen alles Gute.

Bevor ich diese Sitzung schließe, will ich noch mitteilen, dass uns Frau Mirja Baker, die den Ausschuss von Beginn an als Referentin unterstützt hat, verlassen wird. Attraktiver als der Untersuchungsausschuss ist nur das Plenum. Sie wird sich also zukünftig Fragen des Parlamentsrechts widmen. Alles Gute für den neuen Wirkungsbereich und vielen Dank für die Arbeit!

(Beifall)

Und dann schließe ich unsere Sitzung um 23.32 Uhr.

(Schluss: 23.32 Uhr)

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Eberhard Zorn

Protokollanmerkungen Generalinspekteur a.D. General a.D. ZornZeugenvernehmung 26. September 2024:

<u>Seite</u>	<u>Originalzitat</u>	<u>Anmerkung</u>
S. 35, rechte Spalte, unten	„Also, konkret weiß ich das jetzt nicht mehr, wo die uns da behindert haben. Es gab natürlich mit Usbekistan Verhandlungen. Ich selber habe dort meinen Amtskollegen, wenn man so will, auf der Ebene noch mal kontaktiert.  Uzbekistan hat uns in Afghanistan <b>nicht</b> immer geholfen, schon über den kompletten Zyklus hinweg, hat immer wieder Hubs angeboten.“	Nach meiner Erinnerung hat uns Usbekistan während des gesamten AFG-Einsatzes bei Bedarf immer unterstützt. Dies ergibt sich auch aus dem übrigen Kontext meiner Aussage. Insofern möchte ich diese Aussage wie folgt richtigstellen:  „Uzbekistan hat uns in Afghanistan immer geholfen, schon über den kompletten Zyklus hinweg, hat immer wieder Hubs angeboten.“
S. 43, linke Spalte, unten	„Also, das kann ich nur prozessual eigentlich beantworten, weil die Mandatstexte, die wurden ja gemeinschaftlich erstellt. Und da hat nun bei uns ja die Abteilung „Politik“ die <b>Federfügung</b> gehabt, und die hat aus meiner Bewertung immer sehr eng mit dem Auswärtigen Amt das zusammen getan. Und ich gehe mal davon aus, dass auch in diesem Kontext man sich da entsprechend ausgetauscht hat.	„Das Wort Federfügung beinhaltet einen sinnentstellenden Tippfehler. Es muss Federführung heißen, das habe ich auch in der Vernehmung so gesagt.“
S. 60, rechte Spalte, unten	... Wenn ich jetzt noch mal reingucke, wie ich die rück kehrenden Soldatinnen und Soldaten in Taschkent erlebt habe - das nehme ich mal als Abholpunkt -, dann waren da für mich schon ein paar Leute mit dabei, wo ich sage: Die haben wir viel leicht mit der Situation, die wir auch so nicht alle erwartet haben, am Ende überfordert. Also sprich: <b>Man müsste in ein solches ... [akustisch unverständlich] auf jeden Fall die am besten Erfahrenen reinstecken</b> , also diese alten, gestandenen Einsatzkräfte – "	Der hier markierte Abschnitt, der wohl akustisch nicht verständlich war, muss wie folgt lauten:  „Man müsste in ein solches Kontingent oder Dispositiv auf jeden Fall die am besten Erfahrenen reinstecken, also diese alten, gestandenen Einsatzkräfte –“
S. 70, linke Spalte, unten	..... „Es ist nicht die Aufgabe der Bundeswehr, hier zu Hause irgendwelche Leute, die da aus - woher auch immer - kommen, federführend zu <b>betreiben</b> .“	Die Formulierung ... zu betreiben ... geht wohl auf einen Hörfehler zurück. Es müsste heißen: ...  „irgendwelche Leute federführend zu betreiben.“
S. 72, linke Spalte, Mitte	„Das Bild wuchs von unten auf und war noch, sage ich mal, bekräftigt von Leuten, die das vor Ort tatsächlich gemacht haben. Da habe ich auch viele	Das letzte Wort „tragkräftig“ ist offenbar akustisch falsch aufgenommen worden. Es muss heißen:

	<p>Ausbilder damals immer getroffen, die schon ein mehrfaches Mal dort waren, die also dann auch ihre Gegenüber persönlich gekannt haben, um da auch eine persönliche Einschätzung so von ihrer - - vom Willen her letzten Endes mit vornehmen zu können. Also, insofern würde ich mal sagen, war die Bewertung schon tragkräftig.“</p>	<p>„tragfähig.“</p>
<p>S. 73, rechte Spalte, Mitte</p>	<p>„Und das afghanische System ist halt keines, wo die innere Fügung greift wie bei uns oder so ähnlich.“</p>	<p>Der Begriff innere Fügung ist akustisch falsch verstanden worden. Gemeint ist:  „Innere Führung“,  also das Konzept der Bundeswehr gleichen Namens.</p>

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Gerd Hoofe

Protokollanmerkungen Staatssekretär a.D. Hoofe

Zeugenvernehmung 26. September 2024:

<u>Seite</u>	<u>Originalzitat</u>	<u>Anmerkung</u>
96	„ Und - das will ich auch nicht unerwähnt lassen – im Zusammenhang mit den Abzugsplanungen, die ja schon im März 2021 nach dem Doha-Abkommen ..... „	Hier handelt es sich, was die Jahreszahl angeht, offenbar um einen Versprecher – es muss heißen <b>März 2020</b> , wie auch schon auf Seite 89 erwähnt.
110	Thomas Erndl ( CDU/CSU ); „Hat die Ministerin das ..... aktiv dann in der Krisenstabssitzung vorgeschlagen? Zeuge Gerd Hoofe : Ja, ja. „	Hier liegt ein Missverständnis zu Grunde, welches auch aus der anschließenden Frage zur Vertretung in der Krisenstabssitzung und anderen Darlegungen deutlich wird: <b>Weder die Ministerin noch ich haben an der betroffenen Krisenstabssitzung am 13. August teilgenommen.</b>
125	„Zeuge Gerd Hoofe : Gute Frage. Das weiß ich nicht mehr genau. Die Zeitlinien überschlagen sich da so ein bisschen. „	Richtig muss es heißen: „Die Zeitlinien <b>überlappen</b> sich da so ein bisschen. „
128	Zeuge Gerd Hoofe, „.... Und es ist nicht so, dass die Kritik, die hier geäußert worden ist vom Auswärtigen Amt und ja auch vom BMZ, dazu geführt hat, dass diese Charterflüge nicht stattgefunden oder abgesagt worden sind. „	Die Darstellung ist missverständlich. Zur Klarstellung müsste man einfügen: „ ... <b>aus diesem Grund</b> nicht stattgefunden oder abgesagt worden sind.“
131	„Zeuge Gerd Hoofe: Ich habe nicht an Krisenstabssitzungen teilgenommen. Ich war nie im Krisenstab. „	Die Aussage bedarf einer Klarstellung. Ich habe im Untersuchungszeitraum an keiner Krisenstabssitzung in Präsenz – deswegen die Wortwahl „ <b>im Krisenstab</b> “ – teilgenommen. <b>Während der Evakuierungsoperation haben Krisenstabssitzungen als Telefonschaltkonferenzen stattgefunden, an denen neben der Ministerin u.a. auch ich und andere Vertreter des BMVg teilgenommen habe.</b>

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Benedikt Zimmer

**Protokollanmerkungen Staatssekretär Zimmer, Zeugenvernehmung 26. September 2024:**

<b><u>Seite</u></b>	<b><u>Originalzitat</u></b>	<b><u>Anmerkung</u></b>
150	Also erstens erinnere ich mich - - Aber ich würde das vielleicht gern noch einmal sehen, wenn Sie gestatten. [...] Also ich erinnere mich nicht daran, dass das diskutiert worden ist. Insofern kann ich auch nicht Ihre zweite Frage, warum wir dagegen nichts getan haben, nicht beantworten.	Die Ausstattung der ANDSF mit Nachtsichtgeräten wies Lücken auf. So dramatisch, wie das Referat SE I 3 im Februar 2021 in einer Kurzanalyse Afghanistan die Lage darstellte, war mir dies jedoch nicht bekannt und wurde in der Leitung nach meiner Erinnerung so auch nicht diskutiert.

Deutscher Bundestag  
1. Untersuchungsausschuss  
der 20. Wahlperiode  
Ausschussdrucksache  
20(27)433  
14.10.2024